olferts
Velbert
erkstraße 16

G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Kurt Bayertz
Alternativlosigkeit als Staatsräson
Zur politischen Situation in der Bundesrepublik

Peter Lock und Herbert Wulf
Wachstum durch Rüstung?

Kaiser/Keiner/Krysmanski
Hochschulrahmengesetz, hochschulpolitische Lage und Klassenauseinandersetzungen in der BRD

Heinz-Jürgen Axt
Sozialpartnerschaft als Modell für Europa?

Karl-Heinz Braun
Aufgaben einer Politischen Psychologie

Joachim Radkau
Aktuelle Aspekte der Hexenprozesse

Dokumente u. a. zu den Auseinandersetzungen um die Abrüstungskampagne

4'77

April 1977 Einzelheft 5,30 DM Im Abonnement 3,80 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,30 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

April 1977

CHRONIK DES MONATS MÄRZ 1977 389

KOMMENTARE UND BERICHTE

Rüstungsabbau in Mitteleuropa? Zum Stand der Wiener M(B)FR-Verhandlungen ..... *Lorenz Knorr* 392

Zum Ergebnis der Gemeinderatswahlen in Frankreich ..... *Edgar Gärtner* 396

Ein problematisches Schutzkomitee ..... *Norman R. Wiener* 401

Analphabetismus in den USA ..... *Barbara Jentzsch* 403

HAUPTAUFSÄTZE

Alternativlosigkeit als Staatsräson. Zur politischen Situation in der Bundesrepublik ..... *Kurt Bayertz* 406

Wachstum durch Rüstung? Zum Zusammenhang von wirtschaftlicher und militärischer Sicherheit ..... *Peter Lock und Herbert Wulf* 413

Hochschulrahmengesetz, hochschulpolitische Lage und Klassenauseinandersetzungen in der BRD *Peter M. Kaiser, Dieter Keiner und H. J. Krysmanski* 434

Sozialpartnerschaft als Modell für Europa? „Dreierkonferenzen" als Konzertierte Aktion auf EG-Ebene ..... *Heinz-Jürgen Axt* 455

Aufgaben einer Politischen Psychologie ..... *Karl-Heinz Braun* 470

Aktuelle Aspekte der Hexenprozesse. Historische Anmerkungen aus gegebenem Anlaß ..... *Joachim Radkau* 481

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Wirtschafts- und sozialstatistische Daten ..... *Jörg Goldberg* 493

MEDIENKRITIK

Zur „Versachlichung" der Kernkraftdiskussion oder: Steter Tropfen höhlt den Stein ..... *Henning Walter* 497

BÜCHER

Analysen ökonomischer Staatstätigkeit im Internationalisierungsprozeß des Kapitalverhältnisses ..... *Gerhard Leithäuser* 498

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 504

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Stellungnahme von 22 Strafrechtsprofessoren zur Abhörpraxis in der BRD (Wortlaut) 506

Deklaration zur Verwirklichung der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland (Wortlaut) 507

Madrider Erklärung der Kommunistischen Parteien Spaniens, Italiens und Frankreichs vom 3. März 1977 (Wortlaut) 510

Dokumente zur Auseinandersetzung um die Teilnahme an den Abrüstungsdemonstrationen am 21. und 22. Mai 1977 511

Aufruf zum Internationalen Kongreß Kritische Psychologie am 14. und 15. Mai 1977 in Marburg (Wortlaut) 518

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Zweiundzwanzigster Jahrgang · Heft 4/1977

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
HELGA DEPPE-WOLFINGER
JÖRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KURT BAYERTZ
KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115

Chronik des Monats März 1977

1. 3. – S a a r l a n d. Mit der Vereidigung der beiden FDP-Politiker Werner Klumpp (Wirtschaftsminister) und Rosemarie Scheuerlen (Arbeits- und Sozialministerin) im Landtag wird die Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und FDP wirksam. Ministerpräsident Röder (CDU) hatte seit den Wahlen im Mai 1975 ohne parlamentarische Mehrheit regiert (vgl. „Blätter", 6/1975, S. 598 und 1/1976, S. 114).

2. 3. – L i b y e n. Der „Allgemeine Volkskongreß", an dessen Sitzung als Ehrengast der kubanische Ministerpräsident Fidel Castro teilnimmt, beschließt in einer „Deklaration über die Volksmacht" weitreichende Änderungen in der politischen Struktur des Landes. An die Spitze der „Arabischen Sozialistischen Volksrepublik Libyen", bisher „Arabische Republik Libyen", tritt ein aus fünf Mitgliedern bestehendes Sekretariat unter Leitung des Präsidenten Ghadhafi. Das bisherige Kabinett (bestehend aus Ministern) wird durch ein „Allgemeines Volkskomitee" (bestehend aus Sekretären) abgelöst und von 8 auf 26 Mitglieder erweitert.

6.–8. 3. – C D U. Der 25. Bundesparteitag der Christlich-Demokratischen Union in Düsseldorf bestätigt Helmut Kohl mit 767 gegen 27 Stimmen bei 16 Enthaltungen in seinem Amt als Parteivorsitzender. Zum Nachfolger von CDU-Generalsekretär Kurt Biedenkopf, der nicht mehr kandidiert, bestimmen die 870 Delegierten (mit 746 gegen 27 Stimmen bei

38 Enthaltungen) den bisherigen rheinland-pfälzischen Sozialminister Heinrich Geißler; Biedenkopf wird als einer der Stellvertreter Kohls in das Parteipräsidium gewählt.

7. 3. – P a k i s t a n. Die regierende Pakistanische Volkspartei (Pakistan Peoples Party/PPP) erhält bei den Wahlen zur Nationalversammlung eine Zweidrittelmehrheit der insgesamt 200 Parlamentssitze. Die in der Pakistanischen Nationalallianz (Pakistan National Alliance/PNA) zusammengeschlossenen Oppositionsparteien werfen der Regierung nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses massive Manipulationen bei der Auszählung der Stimmen vor und beschließen, auf die ihnen zustehenden 36 Mandate zu verzichten.

7.–9. 3. – A f r i k a. In Kairo findet die erste afrikanisch-arabische Gipfelkonferenz statt, auf der Delegationen von 60 Staaten (darunter 24 Staatschefs) vertreten sind. Den Vorsitz führt der ägyptische Staatspräsident Sadat. Die Konferenz verabschiedet eine „Kairoer Deklaration über afro-arabische Zusammenarbeit", in der nachdrücklich die Forderung auf Souveränität, territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit aller Staaten sowie auf die staatliche Souveränität über Naturschätze und Rohstoffe erhoben wird.

9. 3. – S c h w e i z. Das Eidgenössische Politische Departement (Außenministerium) läßt durch die Botschaften in Washington, London und Moskau die Ratifikationsurkunden zum Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen vom 1. Juli 1968 (Text in „Blätter", 7/1968, S. 767 ff.) hinterlegen; unterzeichnet hatte die Schweiz den Vertrag schon am 27. November 1969 (vgl. „Blätter", 12/1969, S. 1253).

10. 3. – E G / D D R. Zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der Regierung der DDR werden erstmalig offizielle Vertragsverhandlungen aufgenommen (vgl. „Blätter", 3/1977, S. 260). Gegenstand ist die Vorbereitung einer Vereinbarung über Fischereirechte. Minister Udo-Dieter Wange, der Delegationsleiter der DDR, erklärt, die Tatsache dieser Verhandlungen bedeute noch keine offizielle EG-Anerkennung durch seine Regierung.

12. 3. – U S A. In einem Bericht des State Department an den Kongreß heißt es, die Mehrzahl der 82 Staaten, die amerikanische Militärhilfe und Sicherheitsbeiträge erhielten, verletzten in der einen oder anderen Form die Menschenrechte; über Einzelheiten berichtet die „New York Times". U. a. werden genannt Äthiopien, Argentinien, Brasilien, Uruguay, der Iran, die Philippinen, Südkorea und auch Großbritannien.

– C h i l e. Die Regierung verfügt die Auflösung der noch bestehenden politischen Parteien und begründet diese Maßnahme mit „Subversionsabsichten gewisser Gruppen". In Presseberichten heißt es, die Anordnung richte sich in erster Linie gegen die Christlich-Demokratische Partei des früheren Präsidenten Eduardo Frei.

12.–20. 3. – P L O. In Kairo wird die 13. Session des Palästinensischen Nationalrates abgehalten. Auf der Eröffnungssitzung sprechen der seit 1971 amtierende Ratspräsident Khaled al-Fahum, der PLO-Vorsitzende Arafat und der ägyptische Staatspräsident Sadat, der die Bildung einer palästinensischen Exilregierung empfiehlt. Ein Beschluß über diese Frage wird zurückgestellt. Mit 194 gegen 13 Stimmen verabschiedet der Rat ein neues politisches Aktionsprogramm, das der PLO-Führung weitgehend Bewegungsfreiheit für die bevorstehenden Nahost-Verhandlungen einräumt.

16.–20. 3. – I n d i e n. Bei den Neuwahlen zum Unterhaus (vgl. „Blätter", 2/1977, S. 131) verliert die regierende Kongreßpartei ihre bisherige Mehrheit. Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis vom 23. 3. geht die Zahl ihrer Mandate von bisher 355 auf 153 zurück. Die beiden wichtigsten Oppositionsgruppen (Janata-Partei und Kongreß für Demokratie) stellen zusammen 298 (bisher 39) der insgesamt 542 Parlamentsabgeordneten. Nach Bekanntwerden der ersten Teilergebnisse verfügt Staatspräsident Jatti am 22. 3. die Beendigung des Ausnahmezustandes und der Pressezensur und nimmt den Rücktritt von Ministerpräsidentin Indira Gandhi, die ihren Wahlkreis an einen Kandidaten der Opposition abgeben muß, entgegen. – Am 24. 3. wird Morarji Desai (Janata-Partei) als neuer Ministerpräsident vereidigt. Jagjivan Ram (Kongreß für Demokratie; vgl. „Blätter", 3/1977, S. 260) tritt als Verteidigungsminister in das Kabinett ein.

17. 3. – D D R. In einem Bericht an die 5. Tagung des Zentralkomitees der SED äußert sich Generalsekretär Honecker u. a. über den Stand der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD: „Wir sind nach wie vor der Meinung, daß Vernunft und guter Wille die Oberhand behalten sollten, damit Erreichtes gefestigt und Neues hinzugefügt werden kann. Die Haupt-

sache ist, von der völkerrechtlich bereits verankerten Existenz zweier souveräner, voneinander unabhängiger deutscher Staaten auszugehen und die reale Wirklichkeit in Rechnung zu stellen, statt illusionären Wunschträumen nachzuhängen." Es liege in der Logik der Dinge, daß „die Staatsgrenze der DDR respektiert und das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten unserer Republik strikt angewendet werden" müsse. Dies gelte auch für die Fragen der Staatsbürgerschaft.

21. 3. – Frankreich. Das Innenministerium veröffentlicht eine Statistik über die beiden Wahlgänge (am 13. und 20. 3.) zur Neubestellung der 36 383 Kommunalparlamente. Von den Städten mit über 100 000 Einwohnern stellen die Regierungsparteien (Unabhängige Republikaner, Gaullisten, Sozialdemokraten und andere Gruppierungen) nur noch in 17 Städten die Mehrheit; 22 Städte (bisher 12) werden künftig von der Linksunion (Union de la Gauche), bestehend aus Sozialisten, Kommunisten und Radikalsozialisten, verwaltet. Bei den Städten zwischen 30 000 und 100 000 Einwohnern lautet das Ergebnis: 46 (bisher 90) für die Regierungsparteien, 131 (bisher 84) für die Linksunion. In Paris wird der frühere Premierminister Jacques Chirac (zum Rücktritt vgl. „Blätter", 9/1976, S. 963), der gegen den von Staatspräsident Giscard d'Estaing unterstützten Industrieminister Michel d'Ornano kandidiert hatte, zum Bürgermeister gewählt.

23. 3.– Großbritannien. Im Unterhaus wird ein Mißtrauensantrag der Konservativen gegen die Labour-Regierung mit 322 (darunter die 13 Stimmen der Liberalen) gegen 298 Stimmen abgelehnt. Premierminister Callaghan hatte zuvor der Liberalen Partei ein gewisses Mitspracherecht bei der Vorbereitung von Entscheidungen der Regierung eingeräumt. Die Vereinbarung zwischen der Regierung und der Liberalen Partei sieht u. a. die Einsetzung eines gemeinsamen beratenden Komitees vor: „Das Komitee wird die Regierungspolitik und andere Fragen prüfen, bevor sie vor das Unterhaus gelangen, und auch liberale politische Vorschläge prüfen." Im Kabinett sprechen sich 4 der 20 Minister gegen die Vereinbarung aus.

24. 3.– DDR / Ungarn. Während des Aufenthalts einer ungarischen Partei- und Regierungsdelegation (22.–25. 3.) unterzeichnen Generalsekretär Honecker und Parteisekretär Kadar in Berlin einen neuen „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand" zwischen beiden Staaten. Damit wird ein ursprünglich für die Dauer von 20 Jahren abgeschlossener Vertrag vom Mai 1967 abgelöst (vgl. „Blätter", 6/1967, S. 553).

25.–26. 3.– EG. Anläßlich des 20. Jahrestages der Unterzeichnung der „Römischen Verträge" über die Errichtung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (am 25. März 1957) treffen in der italienischen Hauptstadt die Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften zusammen. Am Rande der Jubiläumssitzung stehen vor allem die Meinungsverschiedenheiten über die Vorbereitung des für Mai 1977 in London geplanten „Wirtschaftsgipfels" zur Debatte. – Am 28. 3. stellt Portugal in Brüssel offiziell den Antrag auf Aufnahme in die Europäischen Gemeinschaften.

26.–31. 3.– UdSSR / USA. Der amerikanische Außenminister Vance hält sich zu Gesprächen mit der sowjetischen Führung in Moskau auf. Wichtigstes Thema des Meinungsaustausches mit Außenminister Gromyko, an dem zeitweise auch Generalsekretär Breschnew teilnimmt, sind die gegensätzlichen Standpunkte über eine neue Vereinbarung zur Begrenzung der strategischen Rüstungen (SALT II). Außenminister Vance unterbreitet dazu zwei neue Vorschläge, die jedoch von sowjetischer Seite als „nicht akzeptabel" abgelehnt werden. Für den Mai 1977 verabreden Vance und Gromyko eine weitere Begegnung in Genf. Nach der Abreise von Vance aus Moskau begründet Außenminister Gromyko auf einer Pressekonferenz am 31. 3. die sowjetische Haltung: die UdSSR sei gegen die von den USA vorgeschlagene „Revision" der zwischen Generalsekretär Breschnew und Präsident Ford im November 1974 in Wladiwostok getroffenen Vereinbarung (Text in „Blätter", 12/1974, S. 1308 f.).

31. 3.– Zypern. Unter Vorsitz von UN-Generalsekretär Waldheim beginnt in Wien eine neue Gesprächsrunde über die Modalitäten (Gebietsanteile, Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit usw.) der künftigen Föderalisierung des Inselstaates. Neue Verhandlungsführer sind die Rechtsanwälte Tassos Papadopoulos (griechische Seite) und Umit Onan (türkische Seite). Über die Verhandlungsgrundlagen hatten sich im Februar 1977 Präsident Makarios und der Führer der türkischen Volksgruppe Denktasch geeinigt (vgl. „Blätter", 3/1977, S. 361).

Rüstungsabbau in Mitteleuropa?

Zum Stand der Wiener M(B)FR-Verhandlungen

Die Bundestagsdebatte vom 19. Januar 1977, insbesondere die Kontroverse zwischen den Abgeordneten Mertes/CDU und Pawelczyk/SPD über die Wiener Abrüstungsverhandlungen für Mitteleuropa, war aufschlußreich. Mertes vertrat die Position der Konfrontationsstrategen, die in Bonn keineswegs nur von Oppositionspolitikern vertreten wird. Pawelczyk formulierte das Konzept der realistischeren Kräfte, das die Bundesregierung jedoch nicht übernahm. Der CDU-Sprecher unterstellte der UdSSR den militärischen Ausbau „der historisch gewachsenen Überlegenheit". Als Ziel der NATO formulierte er den Abbau der angeblichen militärischen Disparität: einseitige Reduzierung zu Lasten der UdSSR. Im Widerspruch zu den Ergebnissen der Vorverhandlungen der Wiener Abrüstungsberatung legte er sich auf Truppenreduzierung, nicht auf Rüstungsabbau fest, verlangte „kollektive Höchststärken", lehnte nationale Initiativen zur Rüstungsverminderung ab („Alleingänge") und sprach sich gegen die Ergänzung der politischen Entspannung durch die militärische aus. „Rüstungskontrolle" war statt dessen seine Parole. Der Sprecher der SPD registrierte ein „beiderseitiges Entgegenkommen" von NATO- und Warschauer Pakt-Staaten bei den Wiener Verhandlungen und begründete die Notwendigkeit eines ersten Reduzierungsschrittes. Damit konkretisierte er Ankündigungen führender SPD-Politiker. Zwar hielt auch er an kollektiven Höchststärken fest, relativierte jedoch die angebliche Disparität: „Asymmetrische Reduktion ist nur dort durchführbar, wo Asymmetrien bestehen." Der von ihm im „Europa-Archiv" 2/1977 präsentierte Text enthält alle Elemente für ein Abkommen über einen ersten Abrüstungsschritt in Wien.

Um mehr Informationen zu erhalten und den Forderungen der Friedenskräfte der BRD stärkeren Nachdruck zu verleihen, besuchte eine Delegation der Deutschen Friedens-Union Anfang März – wie schon im Februar 1975 – in Wien die staatlichen Vertretungen bei den Verhandlungen über die Reduzierung von Streitkräften und Rüstungen in Mitteleuropa. Mit den meisten Botschaftern wurden längere Informationsgespräche geführt. Aus der Fülle der gewonnenen Eindrücke und Erfahrungen hier nur einige wesentliche Probleme.

Der Kern aller Schwierigkeiten liegt darin, daß die NATO-Staaten eine militärische Disparität zugunsten des Warschauer Pakts unterstellen und davon abgeleitet eine asymmetrische Abrüstung fordern. Das ist unannehmbar für die Staaten des Warschauer Pakts. Sie gehen – unterschiedliches Profil der Streitkräfte und Rüstungen vorausgesetzt – vom relativen Kräftegleichgewicht in Mitteleuropa aus. Deshalb präsentierten sie Vorschläge, die prozentual gleiche Abrüstung für alle beteiligten Staaten vorsehen. Sie befinden sich damit in Übereinstimmung mit dem Ergebnis der Vorverhandlungen, während die NATO-Staaten dagegen verstoßen.

Offizielle US-Studien, die sich auf wissenschaftliche Auswertung der Aufklärung von Weltraum-Satelliten stützen, bestätigen die Kräfteanalyse der östlichen Militärallianz. Wie kommt die NATO unter solchen Voraussetzungen zu disparitätischen militärischen Stärkeverhältnissen? Aus westlichen Kreisen war

in Wien zu erfahren: Beim NATO-Hauptquartier in Brüssel liegen Meldungen verschiedener Geheimdienste vor, wobei aus der BRD die mit Abstand höchsten Zahlen für die militärische Stärke im Osten berichtet werden. „Die bekannte deutsche Tüchtigkeit", ironisiert ein westlicher Diplomat. In diesem Zusammenhang muß die Bundesregierung gefragt werden, wessen Interessen sie vertritt, wenn sie die unseriöse Quelle für angebliche Disparität nicht nennt und wenn sie verschweigt, daß ein militärisches Kräftegleichgewicht besteht. Blockieren westliche Politiker die Abrüstung, indem man auf dubiose Geheimdienstberichte setzt?

Auf dieses angebliche Ungleichgewicht bauend, verlangt die NATO den Abzug kompletter Militäreinheiten der UdSSR mit Waffen aus dem Reduktionsgebiet, während alle NATO-Einheiten bestehen bleiben und nur „ausgekämmt", also um Einzelpersonen verringert werden sollen. Schließlich wird der östliche Vorschlag, während der Verhandlungen Truppenstärken und Rüstungen „einzufrieren", mit dem Hinweis auf die dann festgeschriebene Disparität abgelehnt.

In den letzten Wochen bestreiten wichtige Vertreter einiger NATO-Staaten das militärische Gleichgewicht kaum noch. Man prüft zur Zeit, was in Ost und West den Landstreitkräften und anderen Truppen zuzurechnen ist und was nicht. „Der Westen wird seine unrealistischen Zahlen korrigieren müssen, wenn Fortschritte erreicht werden sollen", so ein Diplomat aus der DDR. Die Äußerung Pawelczyks am 19. Januar 1977 im Bundestag weist in diese Richtung. Jedoch ist dies nicht die regierungsamtliche Version.

Die Vertretung der BRD bei den Wiener Abrüstungsverhandlungen geht davon aus, daß selbst ein militärisches Gleichgewicht in Mitteleuropa eine asymmetrische Reduktion verlange, weil der Warschauer Pakt geographische Vorteile besitze. Dabei wird verschwiegen, daß die USA immer noch Hunderte von Stützpunkten rund um die UdSSR besitzen, so daß nicht allein die eurasische Landmasse, sondern die globalen militärischen Stärkeverhältnisse zu berücksichtigen sind. Wenn man Landtruppen reduziere, so die BRD-Vertretung, müßten Luft- und Marinekapazitäten verstärkt werden, um notfalls neue Truppen ins Reduktionsgebiet zu bringen. Hinter dieser Position verbirgt sich das Festhalten an der militärischen Konfrontation. Wird nämlich die Entspannung stabilisiert und löst man alle politischen Streitfälle im Sinne der Schlußakte der KSZE mit friedlichen Mitteln, bedarf es keiner Verstärkung der reduzierten Truppen in Mitteleuropa. Von der gleichen Seite wird festgestellt, daß eine prozentual gleiche Abrüstung auch deshalb unmöglich sei, weil es mehr westliche Staaten mit Militär im Reduktionsbereich gäbe als östliche. Es ist jedoch – mit Verlaub gesagt – eine Milchmädchenrechnung, wenn man im Osten bei einer eventuellen Reduktion 4 Staaten mit je 15% minus = 60% und 7 westliche Staaten mit je 15% minus = 105% rechnet. Ob man von einer Gesamtsumme in Ost und West je 15% abrechnet oder diese Gesamtsummen in 4 oder 7 ungleiche Teile zerlegt und von diesen je 15% abrechnet: stets erhält man das gleiche Endergebnis. Das wissen die Herren Diplomaten, die mit solchen „Argumenten" hantieren, natürlich auch. Dieser Trick hilft jedoch mit, kollektive Höchststärken zu „begründen".

Die zweite Schwierigkeit für Fortschritte bei den Abrüstungsverhandlungen liegt bei diesen kollektiven Höchststärken. Obwohl bei den Vorverhandlungen das Prinzip der gleichen und unverminderten Sicherheit für alle festgelegt wurde und alle betroffenen Staaten abrüsten sollen, wurde mit den von der NATO nachgeschobenen kollektiven Höchststärken ein Schlupfloch für die BRD geschaffen. Wenn nämlich – so befürchten nicht nur östliche Diplomaten! – eine kollektive obere Grenze von etwa 700 000 Soldaten aller Waffengattungen für NATO und Warschauer Pakt im Reduktionsgebiet

festgelegt würde, könnte die BRD entsprechend erhöhen, wenn Briten oder andere westliche Staaten ihre Truppen im Reduktionsgebiet krisenbedingt oder aus anderen Gründen verringerten. Aus historischen und anderen Gründen werden wir das nicht hinnehmen, erklärten polnische und tschechoslowakische Vertreter. Höchststärken für jeden Staat schließen eine solche Entwicklung aus. Ein westlicher Sprecher deutet einen möglichen Kompromiß an: „Jedes Abkommen bedarf einer Klausel, daß Reduzierungen auf der einen Seite unter eine vereinbarte Obergrenze nicht von der gleichen Seite ausgeglichen, sondern auch eine Senkung auf der anderen Seite mit sich bringen müssen. Nur das Gleichgewicht auf immer niedrigerem Niveau gewährt unsere Sicherheit." In kleineren NATO-Staaten sorgt man sich über das wachsende Übergewicht der BRD im wirtschaftlichen, finanziellen und militärischen Sektor.

Das irreführende, auch in der Bundestagsdebatte von der CDU betonte „Argument" der NATO, die UdSSR erlange mit vereinbarten Höchststärken der Staaten ein „Mitspracherecht" über Bundeswehr und innere Angelegenheiten der NATO, läßt außer acht, daß es umgekehrt genauso wäre, falls es zuträfe! Festgelegte Höchststärken aller Staaten bedeuten keine Einschränkung des Prinzips der Nichteinmischung.

Das Festhalten an kollektiven Höchststärken wird auch damit begründet, daß der Weg zu integrierten Streitkräften Westeuropas nicht verbaut werden dürfe. Diese Option bleibe ein „essential", war zu hören. Dahinter stehen Konzepte, wie sie F. J. Strauß in seinen Büchern „Entwurf für Europa" und „Herausforderung und Antwort" entwickelt hatte. Schmidt lobte diese „guten Ideen". Jedoch: Gemischte Truppeneinheiten wird es nicht geben. Selbst wenn ein viel höherer Grad an Gemeinsamkeit in der NATO erreicht wäre, müßte man eine Europa-Armee aus in sich geschlossenen Einheiten der nationalen Streitkräfte zusammensetzen. Dies ist unberührt von der Frage, ob man kollektive oder einzelne Höchststärken der Staaten festlegt. So ein westlicher Sprecher. Das Streben nach kollektiven Höchststärken muß also in anderem Zusammenhang gesehen werden.

Ein weiteres schwieriges Problem sind z. Z. noch die Etappen der Reduzierung. Östlicherseits kam man schon 1974 dem Wunsch der NATO-Staaten entgegen, daß erst die beiden Weltmächte ihre im Reduktionsgebiet stationierten Streitkräfte verringern sollten und in einer gleichzeitig grundsätzlich festzulegenden zweiten Etappe alle anderen betroffenen Staaten. Auch im letzten Vorschlag der Staaten des Warschauer Paktes vom 19. Februar 1976 sind diese Elemente erhalten. Die westlichen Staaten erklären, dies sei kein Zwei-Etappen-Vorschlag, wenn man schon bei der Erstvereinbarung die – in etwa 12 oder 18 Monaten folgende – zweite Etappe einschlösse. Die Gegenseite besteht aus verständlichen Gründen darauf, daß die prinzipielle Abrüstungsbereitschaft aller Staaten schon bei einem Erstabkommen fixiert wird. Bisher erklärten nämlich nur die Staaten des Warschauer Pakts und die USA ihre Bereitschaft, Reduktionsverpflichtungen zu übernehmen. Einzelheiten kann man für die zweite Etappe später aushandeln, aber die Prinzipien müssen im voraus klar sein, erklärte ein Sprecher eines Staates des Warschauer Pakts. Der Sorge der Flankenstaaten in Nord und Süd, eine Reduktion in Mitteleuropa könne verstärkte Truppenmassierungen und Rüstungen an anderer Stelle bringen, begegneten Sowjet-Diplomaten mit der Versicherung, die Verpflichtung zur Auflösung der abgezogenen Einheiten sollte in einem Abkommen fixiert werden. Die UdSSR sei zur Auflösung abgezogener Einheiten bereit.

Gegen einen oder zwei baldige symbolische Schritte zur Abrüstung, wie in der Bundestagsdebatte vom 19. Januar 1977 erwähnt, sprachen sich Vertreter der BRD

in Wien aus: dies sei eine Unmöglichkeit. Schon im kleinsten Schritt spiegele sich entweder das asymmetrische Modell oder die prozentual gleichwertige Abrüstung. Da z. Z. keine Seite das Modell der anderen akzeptiere, müsse man verhandeln, bis ein prinzipieller Durchbruch gefunden sei. Dies aber bedeute die Anerkennung der bestehenden Disparität und die asymmetrische Abrüstung. Dazu ein Chefdelegierter aus dem östlichen Lager: Bei jedem symbolischen Schritt kann man festlegen, daß er die weiteren Verhandlungen nicht präjudiziert. Jeder symbolische Schritt hat entspannungsfördernden und vertrauensbildenden Charakter.

Es ist kennzeichnend für die Lage in Wien, daß der eingangs erwähnte Vorschlag des MdB Pawelczyk von einigen staatlichen Vertretungen bei der Abrüstungskonferenz als ein wichtiges Signal gewertet wurde, dessen Substanz auf seine Brauchbarkeit gründlich zu prüfen sei, daß jedoch Diplomaten des Landes, aus dem dieser konstruktive Vorschlag kommt, dagegen angehen und ihn für undurchführbar erklären. Hier ist zu fragen: welches Spiel spielt die Bundesregierung, die ihren Diplomaten Aufträge und Weisungen erteilt und die den Verhandlungsrahmen absteckt, einengt oder erweitert? Versucht die Bundesregierung, die Abrüstungsvorschläge eines Militärexperten der Regierungskoalition zu blockieren, oder tanzen ihr die Experten in Wien auf der Nase herum? Wer ist eigentlich für die Richtlinien der Politik verantwortlich? Die Haltung der Vertretung der BRD in Wien stimmt mit der Position der CDU/CSU überein.

Hier noch einmal der Text des Militärexperten der SPD: „Der Klärungsprozeß (ist) soweit fortgeschritten, daß ein erstes Abkommen möglich erscheint. Nach dem derzeitigen Entwicklungsstand könnte es folgende Elemente enthalten: Alle direkten Verhandlungsteilnehmer verpflichten sich, ihre Streitkräfte zu reduzieren; der Reduzierungsprozeß soll in zwei Stufen aufgeteilt werden. Um die Vertrauensbildung in der Entspannungspolitik zu festigen und voranzutreiben, könnte ein erster Reduktionsschritt auf amerikanische und sowjetische Streitkräfte beschränkt werden. Einzelheiten der Verminderung von Streitkräften der übrigen direkten Teilnehmer wären anschließend zu vereinbaren. Die Reduktion könnte sich auf Land- und Luftstreitkräfte und in einem gewissen Grade auch auf konventionelle und nukleare Waffen erstrekken."

In einem Telex aus Wien forderte die Delegation der DFU Bundeskanzler Helmut Schmidt auf, den Vorschlag des Abgeordneten Pawelczyk in einen kodifizierten Abkommensentwurf umzusetzen und in Wien einzubringen. Man könnte das politische, wirtschaftliche und finanzielle Gewicht der BRD innerhalb der NATO auch einmal für eine den Interessen aller europäischen Völker dienende Maßnahme einsetzen. Bekanntlich hatte Bundeskanzler Schmidt im Wahlkampf eine politische Initiative zugunsten der Abrüstung in Mitteleuropa versprochen. Man sollte ihn jetzt beim Wort nehmen.

Als flankierende Maßnahme könnte die Bundesregierung ein multinationales Abkommen zur Verhinderung eines Atomkriegs in Europa vorschlagen. Dies entspricht eigenen Interessen, denn ein Atomkrieg würde gerade die BRD zerstören. USA und UdSSR schlossen ein solches Abkommen bereits 1973. Durch die NATO-Planung über den Ersteinsatz von Atomwaffen ist das Abkommen der beiden Weltmächte unterlaufen. Es bedarf der Komplettierung durch ein gesamteuropäisches Abkommen.

Die Friedenskräfte in der Bundesrepublik sollten jetzt darauf drängen, daß der Vorschlag des SPD-Militärexperten Pawelczyk in die Tat umgesetzt wird. Die heftigsten Gegner dieses Vorschlags wirken in den Rüstungskonzernen, in der Staatsbürokratie, in der Generalität und in der CDU/CSU. Wirken sie auch innerhalb der Bundesregierung? Das ließe sich durch entsprechende Aktivität feststellen. Vor

allem aber steht der Beginn der Abrüstung in Mitteleuropa auf der Tagesordnung.

Lorenz Knorr

Zum Ergebnis der Gemeinderatswahlen in Frankreich

Am 13. und 20. März 1977 fanden in Frankreich Kommunalwahlen statt. Schon das Presseecho weist darauf hin, daß ihrem Ergebnis im Unterschied zu früheren, mehr von lokalen Interessen bestimmten Gemeindewahlen eine große nationale und internationale Bedeutung zukommt. Ein Jahr vor den für Frühjahr 1978 vorgesehenen Parlamentswahlen mußten die Kommunalwahlen unweigerlich zu einem Test für die Entwicklung des Kräfteverhältnisses zwischen der noch herrschenden Rechten und den Parteien der vereinigten Linken werden. Schon im ersten Wahlgang, in dem zur Wahl der Gemeinderäte die absolute Mehrheit erforderlich ist, konnte die Linke 34 bisher von der Rechten regierten Städte mit über 30 000 Einwohnern erobern und in 75 dieser Städte ihre Mehrheit halten bzw. ausbauen. Das Ergebnis des zweiten Wahlgangs, der überall dort stattfindet, wo keine der kandidierenden Listen die absolute Mehrheit errungen hat und in dem sich nur Kandidaten präsentieren können, die im ersten Wahlgang mindestens 12,5% der Stimmen erhielten, wird selbst von Giscards Premierminister Barre als eindeutiger Sieg der Linken gewertet, ein Teil der rechten Presse spricht gar von einer Katastrophe für die Rechte.

Die Linksunion stellt jetzt in 159, d. h. in 72%, der insgesamt 221 Städte mit über 30 000 Einwohnern den Bürgermeister. Bisher waren es nur 103 dieser Städte gewesen. Insgesamt erhielt die Linke etwa 52% der Stimmen, die Rechte etwa 47%, wobei allerdings zu beachten ist, daß in den Kleinstädten und Dörfern mit weniger als 9000 Einwohnern z. T. noch immer lokale Wählergemeinschaften oder Einheitslisten kandidierten, die nicht immer eindeutig der Rechten oder der Linken zugeordnet werden können.

Abgesehen vom arithmetischen Stimmenzuwachs für die Linke markiert dieses Wahlergebnis auch eine neue Qualität der Einheit der Linken. Im Juni 1976 waren die Unterzeichner des Gemeinsamen Regierungsprogramms der Linken (Kommunisten, Sozialisten und linke Radikalsozialisten) zum erstenmal übereingekommen, in allen Städten mit über 30 000 Einwohnern Einheitslisten zu präsentieren, wobei die konkrete Zusammensetzung der Listen Verhandlungen der örtlichen Parteigliederungen überlassen blieb. Mit Ausnahme von 17 dieser Städte waren die Verhandlungen erfolgreich. Insgesamt kamen in 700 Städten mit über 9000 Einwohnern Einheitslisten der Linksunion zustande, wobei oft auch Kandidaten der linkssozialistischen PSU, oppositionelle Gaullisten und Parteilose in das Bündnis miteinbezogen wurden. In den Fällen, wo die Verhandlungen nicht erfolgreich waren, sind die Gründe nicht selten bei der Sozialistischen Partei zu suchen, so etwa in Marseille, in Toulon, in Aix-en-Provence u. a. In diesen Fällen brachten aber die z. T. erheblichen Stimmeneinbußen der Sozialisten den starken Trend zur Einheitsfront der Linken in der Wählerschaft zum Ausdruck.

Zum erstenmal spielten antikommunistische Vorurteile bei der linken Wählerschaft praktisch keine Rolle mehr. Traditionell sozialistisch wählende Schichten gaben ohne Zögern auch den kommunistischen Kandidaten ihre Stimme, wo diese die linken Einheitslisten anführten. Einige Ausnahmen gab es nur im traditionell sozialistischen Norden. In einigen Fällen zogen die sozialistischen Wähler selbst die kommunistischen Kandidaten vor, wenn die Sozialistische Partei, aus

welchen Gründen auch immer, sich gegen ein Zusammengehen mit den Kommunisten geweigert hatte, so z. B. in den Hafenstädten Toulon und La Ciotat. In den Fällen, wo sich die Linksparteien im ersten Wahlgang getrennt präsentiert hatten, ging die Stimmenübertragung auf den jeweils im ersten Wahlgang favorisierten Kandidaten beim zweiten Wahlgang in der Regel reibungslos vonstatten. Insgesamt erhielten die linken Einheitslisten mehr Stimmen als die bei früheren Wahlgängen getrennt auftretenden Linksparteien zusammengenommen. Das ist der deutlichste Beweis für die Anziehungskraft der linken Einheitsfront.

Zum erstenmal nach der Unterzeichnung des gemeinsamen Regierungsprogramms profitierten Sozialisten, Kommunisten und linke Radikalsozialisten (Linksliberale) in etwa gleichem Maße von dem Stimmenzuwachs für die Linke, während vorher die Sozialisten bevorzugt worden waren. Sozialisten und Kommunisten stellen in den Städten mit über 30 000 Einwohnern nun etwa gleich viele Bürgermeister.

Die Kommunisten konnten einige spektakuläre Wahlsiege in bisher von der Rechten regierten Städten verbuchen, so in Reims und Chalons-sur-Marne. In St. Etienne konnte der kommunistische Spitzenkandidat der linken Einheitsliste mit Unterstützung von oppositionellen Gaullisten, mit denen er einst in der Rèsistence zusammen gekämpft hatte, Giscards Minister Durafour besiegen. (Insgesamt wurden noch weitere fünf Minister des Kabinetts Barre von der Linken in ihren Wahlkreisen besiegt.) St. Etienne gilt als ein Exempel für die Orientierung der Politik der KPF nach ihrem XXII. Parteikongreß im Februar 1976: Besondere Betonung der nationalen Interessen und des Ausbaus der bürgerlichen Freiheitsrechte im Kontrast zur antinationalen und autoritären Politik der Regierung Barre. Die KPF wertet ihren Erfolg bei den Kommunalwahlen als erste Frucht der Orientierung des XXII. Kongresses.

Auch die Sozialisten konnten einige spektakuläre Siege verbuchen, insbesondere in bisher rechts orientierten Regionen, wie etwa in den bretonischen Städten Brest und Rennes, sowie in Belfort (Doubs), Cherbourg (Normandie), Angers (Anjou), Epinal (Vogesen) und Schiltigheim (Elsaß). In der Regel waren es Vertreter der jungen Generation, die z. T. in der linken Arbeitsgemeinschaft CERES organisiert sind, die hier den Sieg davontrugen, während die in den traditionellen sozialistischen Hochburgen z. T. noch kandidierenden Vertreter der älteren Generation der Sozialisten, die in der Regel stark durch ihre Mitwirkung für die arbeitende Bevölkerung verderblichen Politik der Klassenzusammenarbeit in den 50er und 60er Jahren belastet sind, sich eher auf dem Rückmarsch befinden. Eine weitere wichtige Entwicklung im Linksbündnis ist die wachsende Rolle der Frauen, deren Aktivitäten sowohl Sozialisten als auch Kommunisten etliche Erfolge zu verdanken haben.

Insgesamt kann man sagen, daß die Linke in diesen Wahlen, wenn auch vielleicht zunächst noch zaghaft, Zuspruch in bisher noch als Stützen der Rechten geltenden Gesellschaftsschichten und Regionen gefunden hat. Sie hat nun Aussichten, ihre Stimmenzahl noch erheblich zu vergrößern, kann also den kommenden Parlamentswahlen ruhig entgegensehen. Die Rechte hingegen hat allen Grund zur Beunruhigung. Bereits der Rücktritt des Gaullisten-Führers Chirac als Premierminister und die Umformung der gaullistischen UDR in eine Sammlungsbewegung zur Rettung der Republik „Rassemblement pour la Republique" (RPR) im vergangenen Jahr muß als Manöver zur Mobilisierung neuer Kräfte für die schwindende Machtbasis des Großkapitals verstanden werden; denn inhaltliche Differenzen zwischen der Bewegung Chiracs und den übrigen an der Regierung beteiligten rechten Parteien (Unabhängige Republikaner, Zentristen und Radikale) gibt es in allen wesentlichen innen- und außenpolitischen Fragen nicht. Alle

vertreten eine an der globalen Strategie der multinationalen Konzerne ausgerichtete Politik: Austeritätspolitik nach innen und Aufgabe nationaler Souveränitätsrechte nach außen. Der den Wahlkampf beherrschende Streit zwischen den Rechtsparteien drehte sich also nicht um die politischen Ziele, sondern lediglich um die Führung im Regierungslager. (Der von Vertretern der Linken getroffene Vergleich dieses Streites mit der Konkurrenz zwischen Coca Cola und Pepsi Cola um die Marktführung trifft die Situation sehr genau.) Die Uneinigkeit der Rechten hat den Wahlsieg der Linken, insbesondere im zweiten Wahlgang, zweifelsohne begünstigt. Sie hat dazu beigetragen, daß die von den Rechten organisierte riesenhafte Werbeschlacht (sie ließen sich den Wahlkampf schätzungsweise mehr als zehnmal soviel kosten wie die Linken) weitgehend wirkungslos blieb.

Die Wahlergebnisse zeigen, daß es der Rechten auch mit politischen Manövern, mit übelster Demagogie und antikommunistischer Hetze nicht mehr gelingt, neue Reserven anzugreifen. Im Gegenteil: Auch die große Zahl der regelmäßigen Nichtwähler (20 bis 30%), die von den Regierungsparteien als noch zu erschließende Reserve betrachtet wurden, sind eher für die Linke als für die Rechte zu gewinnen.

Vom allgemeinen Linkstrend scheint auf den ersten Blick die Hauptstadt Paris ausgenommen. Hier erreichte die Linke im ersten Wahlgang im Durchschnitt nur 33 und im zweiten Wahlgang 45%. Im neuen Pariser Gemeinderat ist die Linke mit 40, die Rechte (vorwiegend RPR) mit 69 Gemeinderäten vertreten. Der Gaullistenführer Chirac, der sich, um die Wahl des von Giscard als Pariser Bürgermeister auserkorenen Industrieministers d'Ornano zu verhindern, kurzerhand selbst als Kandidat präsentiert hatte, konnte also bequem zum neuen Pariser Bürgermeister gewählt werden.

Das Wahlergebnis der Hauptstadt ist nur auf dem Hintergrund ihrer besonderen Sozialstruktur zu verstehen. Seit der damalige Premierminister Pompidou 1965 die Stadt den Finanzspekulationen der Großbanken preisgab, wurden etwa 500 000 Arbeiter und 200 000 Angestellte durch die kapitalistische „Stadtsanierung" in die Vorstädte des sogenannten Roten Gürtels vertrieben. Anstelle der eingeebneten Wohnviertel entstanden Bürotürme und Luxuswohnungen. Bei der in der Stadt verbliebenen Bevölkerung sind die oberen Mittelschichten überrepräsentiert, im ökologisch begünstigten Pariser Westen konzentriert sich die Bourgoisie. Die Linke erhielt hier weniger als 20% der Stimmen. Es ist also durchaus beachtlich, daß die Linke auch unter diesen ungünstigen Umständen die Zahl ihrer Mandate gegenüber 1971 um zehn vermehren konnte. Im XVIII. Arrondissement wurde d'Ornano, der Kandidat Giscards, gar von einem Kommunisten geschlagen.

Im harten Pariser Wahlkampf spielten zum erstenmal ökologische Probleme eine überragende Rolle. Schon 1976 waren bei den Kantonalwahlen und bei Nachwahlen zur Legislative in einigen Départements ökologistische Gruppen und Einzelkandidaten aufgetreten, die sich als apolitisch etikettierten. Diese Gruppen hatten bereits hie und da spektakuläre Erfolge verbucht, so etwa im Elsaß, wo es, wie auf der deutschen Rheinseite, einflußreiche Gruppierungen gegen den Bau von Kernkraftwerken und die Ansiedlung umweltschädigender Industrien gibt. Diesmal stellten sich insgesamt 1200 sich als apolitisch bezeichnende Öko-Kandidaten zur Wahl. Diese Zahl alleine könnte ein spezielles Eingehen auf dieses Wahlkampfthema kaum rechtfertigen; denn sie ist gegenüber der Gesamtzahl der Kandidaten für die insgesamt 475 000 zu wählenden Gemeinderatsmitglieder verschwindend gering. Aus verschiedenen Gründen waren diese Kandidaten aber bald zu Lieblingskindern der bürgerlichen Massenmedien avanciert. Man sah in ihnen eine Kraft, die die als unglücklich empfundene Spal-

tung der Nation in rechts und links aufheben könnte, und natürlich hoffte man, die Öko-Kandidaten würden vor allem der Linken Wählerstimmen entziehen. Selbst in der westdeutschen Presse wurden die Ökologisten mit viel Sympathie bedacht (vgl. u. a. „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 10. März 1977). Aber die Rechten hatten sich zu früh gefreut; denn im zweiten Wahlgang kamen die Stimmen für die Öko-Kandidaten schließlich doch mehrheitlich der Linken zugute.

Im ersten Wahlgang konnten die Ökologisten ihre größten Erfolge im Elsaß verbuchen, wo sie in zwei Gemeinderäte einzogen. In den Städten erhielten sie die meisten Stimmen im Sceaux (27,7%), Chesnay (25,1 %), Chambery (19,5%), Mulhouse (13%), Nizza (12%) und in Paris durchschnittlich 10%. Die Öko-Kandidaten, in Paris z. T. hervorgegangen aus der Studentenbewegung vom Mai 1968, waren in der Regel um die dreißig Jahre alt und fielen in öffentlichen Diskussionen eher durch Naivität und Mittelmäßigkeit auf. Aber gerade diese Eigenschaften dürften ihnen in bestimmten Teilen der Mittelschichten große Sympathien eingebracht haben. Es gibt dort eine traditionelle Abneigung gegen politische Parteien und Berufspolitiker, die man übrigens schon bei Stendhal beschrieben findet. Auf diese Strömungen spielten die Ökologisten tatsächlich in ihren Wahlplakaten an. Beliebtester Slogan: „Ras le bol des politiciens de gauche et de droite" (etwa: Wir haben die Nase voll von den Politikern von links und rechts).

Meinungsumfragen haben gezeigt, daß die in der Regel selbst aus den Mittelschichten kommenden Öko-Kandidaten ihr Wählerpotential auch bei diesen Schichten haben. Darauf deuten auch die Wahlergebnisse in den verschiedenen Stadtbezirken hin. So erhielt in Marseille beispielsweise eine als apolitisch auftretende (tatsächlich aber eher als rechts einzustufende) Öko-Liste die meisten Stimmen in den grünen und sauberen Villenvierteln des Marseiller Südens und die wenigsten Stimmen in den schmutzigen Arbeitervierteln des Nordens. Auch in Paris ist diese Tendenz, wenn auch weniger klar ausgeprägt, feststellbar.

Die Hauptgründe für die Erfolge der Öko-Listen sind natürlich in den äußerst ernsten Umweltproblemen der französischen Städte zu suchen. Eine Stadt wie Frankfurt, deren Umweltverhältnisse in der Bundesrepublik bereits als katastrophal eingestuft werden, ist fast ein Paradies gegenüber vielen französischen Großstädten. Hier sind z. B. die öffentlichen Verkehrsmittel weitaus schlechter ausgebaut als in den deutschen Städten – mit der unweigerlichen Folge, daß der Pkw-Verkehr unerträgliche Ausmaße angenommen hat. Trottoirs sind außer an zwei oder drei Hauptgeschäftsstraßen rudimentär. Eine öffentliche Straßenreinigung existiert in der Regel trotz der Unzahl von Hunden nicht. Spazierwege sind, wenn überhaupt vorhanden, nicht zu Fuß zu erreichen, d. h. um sich auch nur ein wenig die Füße zu vertreten, ist man gezwungen, zuvor etliche Kilometer mit dem Wagen zurückzulegen. Öffentliche Parks gibt es kaum, dafür gibt es zahlreiche Privatparks, die aber mit hohen häßlichen Mauern umgeben sind.

Was sich in der BRD als Tendenz abzeichnet, ist in Frankreich bereits weitgehend zur Wirklichkeit geworden: die auch räumliche Trennung zwischen Mensch und Natur, d. h. wo es noch „Natur" gibt, wie im Zentrum des Landes (Auvergne, Massif Central u. a.), gibt es keine Menschen mehr, und wo die Menschen zusammengeballt sind, wie in Paris und Umgebung, gibt es keine Natur mehr.

Die Parteien der Linken hatten zwar seit Jahren mehr oder weniger klar Position zu den Umweltproblemen bezogen, deren möglichen Stellenwert im Bewußtsein der Wähler aber vielleicht doch unterschätzt. Unter diesen Umständen konnten die ökologischen Probleme in Form einer apolitisch verstandenen „Grünen Welle" in das Bewußtsein be-

stimmter Gesellschaftsschichten treten. Die Öko-Kandidaten traten nicht selten mit Forderungen hervor, die vor allem die Angehörigen der Arbeiterklasse direkt vor den Kopf stoßen mußten: so die Forderung nach Einschränkung des privaten Konsums zu einer Zeit, in der 16 Millionen Franzosen unterhalb der Armutsgrenze leben, die Forderung nach Sperrung verschiedener Straßen für den Autoverkehr, wo die große Mehrheit der Arbeiter und Angestellten wegen unzureichender öffentlicher Verkehrsmittel gezwungen ist, mit dem Pkw zu ihren Arbeitsstätten zu fahren, u. a. m.

In dieser Form aufbereitet, konnten die ökologischen Probleme natürlich leicht von der Propaganda der Rechtsparteien usurpiert werden. In Paris hatten alle diese Parteien in irgendeiner Form grüne Bäume als Symbole für ihre Plakate gewählt, mit denen die ganze Stadt tapeziert wurde, obwohl ihre Politik unmittelbar für das Verschwinden des letzten Grüns in vielen Stadtvierteln verantwortlich ist.

Auch Staatspräsident Giscard hat mit der Veröffentlichung einer Broschüre „Pour un environnement à la Française" zu diesem grünen Wahlkampf beigesteuert. Er brüstet sich heute damit, daß er 1974 durch autoritäre Eingriffe von oben das Projekt einer Schnellstraße am linken Seine-Ufer und verschiedene Hochhausbauten gestoppt hat. Im Kern handelt es sich hier jedoch lediglich um eine Anpassung der kapitalistischen „Stadtsanierung" an die Investitionsstrategie einiger multinationaler Konzerne, die heute andere Projekte profitabler finden als die Immobilienspekulation in der Hauptstadt, zumal sich deren katastrophale Umweltbedingungen längst in vielerlei Hinsicht als profitmindernd erweisen. Giscards Kandidat d'Ornano konnte deshalb ruhigen Gewissens eine Einschränkung des Baus von Hochhäusern (worunter sich nicht selten eine drastische Einschränkung des Baus von Sozialwohnungen verbirgt) und Autobahnen und die Reservierung der Uferstraßen für Fußgänger und Radfahrer an Sonn- und Feiertagen fordern. Und Jacques Chirac konnte seinen „Grünen Plan" verkünden, der eine Verdoppelung der Grünräume in den nächsten zwanzig Jahren vorsieht.

Der Ausgang des zweiten Wahlgangs hat am Ende gezeigt, daß trotz dieser Manöver auch die Mittelschichten zu begreifen beginnen, daß ökologische Probleme politische Probleme sind, daß ihre Lösung im Einklang mit den Interessen der Bevölkerungsmehrheit also ohne die im Gemeinsamen Regierungsprogramm der Linken vorgesehene Nationalisierung der Banken und Schlüsselindustrien und andere strukturelle Veränderungen der Wirtschaft nicht möglich ist. Bei einer besseren Berücksichtigung in der Programmatik der Linken könnten gerade die ökologischen Probleme dazu dienen, Teile der Mittelschichten für die im „Programme Commun" vorgesehenenen sozial-ökonomischen Umwälzungen zu gewinnen.

Die Parteien der Linken sowie die Gewerkschaften CGT und CFDT werten den Ausgang der Kommunalwahlen als massive Absage der Mehrheit der Franzosen an das Austeritätsprogramm der Regierung Barre („Plan Barre"). Dieses Programm, das vorgibt, durch ein Einfrieren der Löhne Arbeitslosigkeit und Inflation zu vermindern, beinhaltet in Wirklichkeit die Ausrichtung der französischen Wirtschaft nach der globalen Strategie der multinationalen Konzerne („selektive Entwicklung der Produktivkräfte"). Es kann letztlich die Probleme der Arbeitslosigkeit, Inflation, Umweltzerstörung, des Bildungs-, Forschungs- und Kulturabbaus nur verschärfen. Die Gewerkschaften CGT und CFDT haben gleich nach Beendigung der Wahlen Regierung und Unternehmer zu Neuverhandlungen über Löhne und Sozialleistungen aufgefordert. Durch den Sieg der Linken ist die Verhandlungsposition der Gewerkschaften trotz der immer noch wachsenden Ar-

beitslosigkeit entscheidend gestärkt worden.

Die Pariser Börse reagierte übrigens auf das Wahlergebnis, infolge gezielter Panikmache einiger Kreise des Finanzkapitals, mit heftigen Kurseinbrüchen. Die bis zu den Parlamentswahlen verbleibende Jahresfrist wird mit Sicherheit ausgefüllt sein von sich verschärfenden Klassenauseinandersetzungen, die den Manövrierspielraum der sich nun wahrscheinlich um Chirac versammelnden Rechten noch weiter einengen und somit den Wahlsieg der Linken und die Realisierung ihres gemeinsamen Regierungsprogramms vorbereiten werden.

Edgar Gärtner, Marseille

Ein problematisches Schutzkomitee

Wer im März 1977 nach Leipzig gereist und durch das Buchmessehaus am Markt gewandelt war, dem mochten am Ende des Rundganges die Augen übergegangen sein. Boten sich ihm doch in den Auslagen der DDR-Verlage in aller Unschuld und ungehinderter Reihung Werke jener Autoren dar, die nach Maßgabe unserer Massenmedien „im anderen Deutschland" seit Monaten verfolgt und verfemt werden. Von Christa Wolf bis Stefan Heym, von Jurek Becker bis zu Franz Fühmann wurde angeboten, was vorgeblich einer barbarischen Strafaktion zum Opfer gefallen war. Der „gewaltige Rachefeldzug gegen die Literatur", von dem Springers „Welt" noch im Februar zu berichten wußte, blieb offenbar aus[1]). Ebensowenig war das „Erkennungszeichen der DDR-Literatur von heute" auszumachen, von dem im gleichen Blatt die Rede gewesen war: Atemnot und Erstickungsängste[2]). Im Gegenteil, „Die Kindheitsmuster" von Christa Wolf haben, aus welchen Motiven immer, ein außergewöhnlich starkes Presseecho gefunden. Und auch aus Veröffentlichungen zu Büchern war keine Andeutung zu entnehmen, die auf einen verstärkten Druck auf die DDR-Literatur hinweist. Diese Tatsachen veranlassen eine Blickwendung zu einem Hilfsdienst, der sich vor Monaten in Westberlin der DDR-Literatur ungebeten anbot. Gemeint ist das „Schutzkomitee Freiheit und Sozialismus", das am 10. Dezember 1976 seine Arbeit aufnahm und laut Gründungsprotokoll den von den DDR-Staatsorganen bedrohten Schriftstellern Öffentlichkeit zu verschaffen versprach. Man versprach den Betroffenen im Fall von Berufsverboten und Inhaftierungen Unterstützung, die mit eigener Erfahrung angereichert sei: immerhin hätten die Initiatoren auch hierzulande mit Unterdrückung, politischer Zensur und der Entfernung mißliebiger Literatur aus öffentlichen Büchereien ausgiebig zu tun gehabt. Als Kronzeugen dafür stellten sich die Gründungsmitglieder Peter Schneider, Peter Paul Zahl und Yaak Karsunke zur Verfügung, die zum engeren Kreis des Schutzkomitees zählen, dem auch der Vorsitzende des Westberliner Schriftstellerverbandes, Dr. Hannes Schwenger, der Herausgeber von rororo-aktuell, Freimut Duve, Anwalt Otto Schily und der IG-Metall-Funktionär Jakob Moneta angehören.

Die Aktionen des Schutzkomitees bestanden zunächst vorwiegend aus Deklarationen, wie sie von professionellen Antikommunisten seit Monaten abgegeben werden: nämlich endlich Einklang mit den Beschlüssen von Helsinki zu schaffen, die Menschenrechte der Vereinten Nationen zu beachten, Staatsbürgerschaftsrechte zu schützen, die freie Wahl

1) „Die Welt" v. 8. 2. 1977.

2) Ebd.: „Mit Sicherheit läßt sich sagen, daß es drüben auch weiterhin literarische Atemnot geben wird, daß der verstärkte Druck auf die DDR-Literatur die kommenden Monate prägen wird."

des Aufenthalts zu gewähren usw.[3]). Die Tuchfühlung mit der herrschenden Propaganda schien das Schutzkomitee nicht zu bekümmern, man kündigte vielmehr an, „aus allen Rohren zu schießen" und „alle denkbaren Kampagnen" zu entfachen.

Moneta und Duve versuchten unter der Losung „Das Kesseltreiben gegen Schriftsteller in der DDR an den Pranger" in Städten und Landesverbänden des Schriftstellerverbandes (VS) Regionalkomitees „Freiheit und Sozialismus" zu gründen. Dabei stellte sich allerdings schon bei den ersten Versammlungen heraus: Wer es wagte, kritische Fragen zu stellen, mußte eine Art Gesinnungsprüfung über sich ergehen lassen[4]). Als an das Schicksal kommunistischer Schriftsteller hierzulande erinnert wurde, an die ehemaligen Mitglieder des Bundes Proletarischer Schriftsteller wie Carl Wüsthoff, Pelle Igel, Wilhelm v. Hörsten, Paul Polte, Julius Schätzle und Karl Freitag, die seit Jahrzehnten nicht mehr gedruckt werden[5]), zeichnete sich ab, daß es denjenigen, die sich vorgeblich dem „Kampf gegen die Unterdrückung von Meinungsfreiheit in Ost und West" verschrieben hatten, hauptsächlich darum ging, den progressiven Schriftstellern hierzulande endlich antikommunistische Linientreue zu verordnen. Wer in den gewerkschaftlichen Schriftstellerorganisationen nicht in dieses Horn stieß und nicht lautstark in die Forderung einstimmte, „wir müssen uns gegen die Gängelung und Maßregelung unserer Kollegen in der DDR zur Wehr setzen", wurde als „Stalinist" an den Pranger gestellt und sah sich bald in Gefahr, aus den Verbandspositionen herausgestoßen zu werden[6]).

Unter der Flagge des Protests gegen Gängelung und Maßregelung werden Andersdenkende gegängelt und gemaßregelt. Kein Wunder, daß eine Vereinigung von Berufsverbietern wie der „Bund Freiheit der Wissenschaft" starken Beifall spendete.

Bedauerlicherweise folgten auch die anderen Mitglieder des engeren Kreises dieser antikommunistischen Marschrichtung. H. Schwenger, der sich gestern noch für eine „linke Organisationspolitik" als Geschäftsführer des Westberliner Verbandes bildender Künstler und im Schriftstellerverband stark gemacht hatte und deshalb von „Bild" und „Welt" der „Schwengerei" bezichtigt wurde, durfte nun das Lob seiner einstigen Widersacher ernten. Andererseits versagten ihm jedoch andere die Unterstützung, mit der er wohl gerechnet hatte.

Es folgten bald die ersten Pannen. Schwenger, der nach dem Ausbleiben von prominenten DDR-Verfolgten die These aufgestellt hatte, man müsse vor allem den begabten Unbekannten jenseits von Mauer und Stacheldraht Hilfe zukommen lassen, verlor sein Patenkind, den Dissidenten Siegmar Faust[7]). Der nach einer kurzen Gefängnishaft aus der DDR ausgewiesene Nachwuchsschriftsteller war nach seinem Eintreffen in Westberlin von Schwenger betreut worden und hatte dabei wohl mehr erhofft als erhalten und sich darauf als strammer Antikommunist herausgestellt. Durch entsprechende Äußerungen verschaffte sich Faust nun das Eintrittsbillet zum „Bund Freies Deutschland", der ihn unter seinen Anhängern herumreichte und ihn schließlich zum Hauptredner einer „Menschenrechtsveranstaltung" in der

3) Abgesehen davon, daß man ständig den Eindruck zu erwecken versucht, die KSZE-Schlußakte bestünde nur aus einer Menschenrechtserklärung, wird auch die UNO-Deklaration hierbei einseitig und lükkenhaft zitiert. So werden die wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechte einfach ausgeblendet; völkerrechtliche Prinzipien wie souveräne Gleichheit, Achtung der Souveränität innewohnender Rechte, Gewaltverzicht, Unverletzlichkeit der Grenzen, Integrität der Staaten, Nichteinmischung (die in der Schlußakte breiten Raum einnehmen), fallen von vornherein unter den Tisch, da sie der gewünschten Polemik im Wege stehen.

4) „Berliner Extra-Dienst" (ED) v. 11. 2. 1977.

5) Vgl. Peter Schütt im „Berliner Extra-Dienst", 12/XI v. 11. 2. 1977.

6) Ebd.

7) Faust pendelte zuerst zur maoistischen KPD, wurde jedoch davon abgehalten, „weil dies dem Dissidenten-Image schaden könnte" (ED, Nr. 9/XI).

Westberliner Kongreßhalle machte[8]). Dort gab Faust an der Seite von Walden und Löwenthal seinem Schutzherrn Schwenger noch einen Fußtritt zum Abschied, mit den Worten: „Mich befremdet am meisten, daß gerade hier in Berlin die Sozialdemokraten in ihren Organen kaum zu eklatantesten Menschenrechtsverletzungen, die tagtäglich in den Ostblockstaaten begangen werden, Stellung nehmen, sondern das fast ausschließlich dem Hause Springer überlassen. Der ideologische Kampf gegen dieses zutiefst inhumane, völlig unsozialistische System im Osten wird meist am konsequentesten von kleinen Organisationen geführt, die aber wie beispielsweise die Arbeitsgemeinschaft 13. August wenig staatliche Unterstützung erhalten."[9])

Nachdem Faust verlorengegangen war, nutzte Duve seine Möglichkeiten als Herausgeber von rororo-aktuell und ließ einen Sonderband verfolgter und inhaftierter DDR-Schriftsteller unter dem Titel „Gedächtnisprotokolle" erstehen. Wolf Biermann lieferte dazu ein Vorwort, in dem er nachzuweisen versucht, daß in der DDR nach seiner Ausbürgerung eine Phalanx aufrechter Kämpfer in seinem Sinne aufgerückt sei. Leider konnte er davon nur zwei nennen und Duve auch nur zwei drucken – den Combo-Sänger Pannach und den Dichter Jürgen Fuchs. Die mageren Gedächtnisprotokolle wagte hierzulande kaum jemand zur Kenntnis zu nehmen. Dafür erteilte die Schweizer „Neue Zürcher Zeitung", die sich bisher als nicht eben sonderlich DDR-freundlich hervorgetan hatte, dem Rowohlt-Verlag literarischen Nachhilfeunterricht[10]). Sie entdeckte in den „Gedächtnisprotokollen" nichts, was die Mühe gelohnt hätte, sondern fand nur eine Reihe äußerst „dürftiger Impressionen", „Textchen", über die sie sich wunderte, daß man sie sich überhaupt zu Herzen genommen hätte. Die Zeitung nannte das Vorgefundene eine „Prosa, die mit dem Besen geschrieben ist und deren Verfasser nicht verrät, daß er denken kann". Den Freiheitsaposteln à la Schwenger und Duve aber legte die Zeitung ans Herz: „Wir werden auf die Dauer nicht alle Proteststimmen aus der DDR mit gleichmäßigem Wohlgefallen aufnehmen können."

Norman R. Wiener

8) Siehe ED v. 1. 2. 1977: „DDR-Dissident Faust: Bei Rechtsextremisten gelandet".
9) Laut Nachrichtenbulletin des BFD, Februar 1977.
10) „Neue Zürcher Zeitung", Februar 1977. Zu den Versen von Pannach berichtet die NZZ, daß „Not vielleicht beten und ganz gewiß fluchen, aber nicht dichten lehrt."

Analphabetismus in den USA

Es klingt ganz progressiv: „Das amerikanische Bildungswesen auf neuen Wegen". Das ist der Titel eines vom US-Informations-Dienst herausgegebenen Heftchens, das zur Zeit auch in den Amerika-Häusern der Bundesrepublik ausliegt. Gleich Seite 1 kündet vom enormen Bildungsboom: „Die Grundschulen und die weiterführenden Schulen (High-Schools) zählen gegenwärtig 50 Millionen Schüler – vom Kindergarten bis zur zwölften Klasse –, und an den Colleges und Universitäten sind sechs Millionen Studenten immatrikuliert."

Das hört sich gewaltig an, scheint ein glänzendes Ergebnis geplanter Bildungspolitik – und ist doch nur der schöne Schein der halben Wahrheit. Denn *diese* Zahlen fehlen: Fünf Millionen Kinder gehen in den USA überhaupt nicht zur Schule, drei Millionen haben weniger als fünf Jahre Unterricht, fünf Millionen lernen nur fünf bis sieben Jahre, sieben Millionen nur acht Jahre, und zehn Millionen brechen die High-School vorzeitig ab. Was keine Statistik verrät, wohl aber auf Abwege des amerikanischen Bildungswesens schließen läßt: In den USA gibt es 24 Millionen Analphabeten.

Selbst Schüler, die jetzt frisch aus High-School und College kommen, sind oft

nicht für die simpelsten Büroarbeiten zu gebrauchen. Sie schreiben fehlerhaft, können nicht richtig buchstabieren und haben von Zeichensetzung keine blasse Ahnung. Lesen und Schreiben war nie eine amerikanische Stärke, darüber ärgerte sich um 1900 schon Mark Twain, als nur 7% der Bevölkerung den High-School-Abschluß schafften. Heute leisten das drei Viertel aller Schüler, doch was sie zu Papier bringen, geht über einfachste Satzformen und die elementarsten Vokabeln nicht hinaus. Seit bald 20 Jahren zeigt die Leistungskurve der Aufnahmeprüfungen in Grundschulen, High-Schools und Universitäten nur noch nach unten. Auf ihr Erziehungssystem waren die Amerikaner bisher immer besonders stolz, sie nannten es „das freieste der Welt" und zahlten willig Steuern und hohe Schulgelder. Jetzt hagelt es Proteste. Die Eltern beschimpfen die Lehrer, die Lehrer beschuldigen die Schule, die Schulen attackieren Richtlinien der Bundesbehörde in Washington. Eine Untersuchung der Universität Chicago brachte auch keine Klarheit. Die Professoren Annegret Harnischfeger und David Wiley gaben allen Parteien ein bißchen recht und ein bißchen Schuld: „Wir haben zu wenig qualifizierte Lehrer. Die Schüler sind nicht genügend motiviert. Die Schulen halten zu viele schlechte Schüler. In den Lehrplänen steht zu wenig Englisch-, Geschichts- und Fremdsprachenunterricht. Insgesamt wird zu wenig unterrichtet."

Diese Faktoren allein reichen in der Vorstellung eines Mitteleuropäers noch nicht aus, die millionenfache Produktion von Analphabeten zu erklären. Da ist schon ein Griff in die amerikanische Schulgeschichte nötig. Nicht so sehr das „Was" als vielmehr das „Wie" garantiere den Unterrichtserfolg, glaubte die Neue Welt entdeckt zu haben. Kinder wollten ja gerne lernen, aber das sollte ohne Zwang, mehr spielerisch geschehen. Klassische Fächer wie Physik, Geographie oder Chemie verschwanden auf Mehrheitsbeschluß aus dem Lehrplan. Stattdessen gab es Kurse für Schreibmaschine, Buchhaltung, Fotografie, Familienprobleme, Probleme der Verlobung und des Rendezvous, Klassen für Forellenfischen, Werkstatt- und Haushaltsreparaturen. Die Schule machte Spaß.

Daß ein Lehrer bei dieser verordneten Beschäftigungstherapie sein Pensum nicht spielend absolviert, ist verständlich. Aber das wird auch gar nicht von ihm abverlangt. Erwartet wird nur, daß er die sich in den USA stets und schnell verändernden Unterrichtsmethoden beherrscht. Und damit hat er alle Hände voll zu tun. Lehrfächer und Unterrichtsmaterial genauer zu studieren, dazu kommt er kaum, wenn er mit den neuesten Lehrprogrammen Schritt halten will.

Wer in Amerika Englisch unterrichtet, muß deshalb noch lange nicht Englisch studiert haben. Die Hälfte aller Grundschul- und High-School-Lehrer haben seit ihrer eigenen Schulzeit in diesem Fach nicht mehr gearbeitet. Und manche halten das auch gar nicht für nötig, z. B. die Gruppe der „Struktur-Linguisten". Schreiben, behaupten sie, sei bei weitem nicht so wichtig wie sprechen. Denn nur 4% aller existierenden Sprachen hätten ja eine geschriebene Form. Elisabeth McPherson, Struktur-Linguistin und Englisch-Lehrerin aus St. Louis, erklärt: „Hauptsache ist doch, die Leute finden sich selbst in ihrer Sprache zurecht".

Aber auch das ist nicht der Fall. Eine Studie der Universität Austin, Texas, zeigt, daß jeder fünfte Amerikaner ein funktionaler Analphabet ist. Das heißt: Rund 40 Millionen Amerikaner sind zur einfachsten Anwendung ihres Wissens nicht in der Lage. Sie können keinen Scheck ausfüllen, kennen nicht die normale Körpertemperatur, wissen nicht, wie man einen Fahrplan liest oder einen Brief adressiert.

Wie ist es möglich, daß in einem so reichen Land wie Amerika mehr als ein Viertel der Bevölkerung Analphabeten und funktionale Analphabeten sind?

Wer in Amerika nicht oder nur wenige Jahre zur Schule geht, ist arm, schwarz, Chicano oder Angehöriger einer anderen ethnischen Minorität. Er gehört fast immer zu den 50 Millionen am Rande der Existenz Lebenden, die der Zentralrat der Katholiken in seinem hier mehr verschwiegenen als beachteten „Armutsbericht 1975" beschreibt. Regierungsverordnungen definieren Armut mit einem Jahreseinkommen von 5000 Dollar und 15 Cent für Essen und Trinken übrig, drei Dollar im Monat für Schulausgaben.

Die Schwarzen haben an der Gesamtbevölkerung nur einen Anteil von 11%. Im Verhältnis gesehen, gibt es unter ihnen trotzdem viermal soviel Arme und dreimal soviel Analphabeten wie bei den Weißen. 37% aller Schwarzen haben keine oder eine abgebrochene Schulbildung. Noch höher liegt das Analphabetentum bei den Chicano-Kindern, die mit ihren Eltern Jahr für Jahr als Wanderarbeiter durch Kalifornien, Texas, Florida und Illinois ziehen. Schulunterricht können sich die kinderreichen katholischen Familien nicht leisten. Nur wenn alle arbeiten, können sie überleben.

Wie wollen die Vereinigten Staaten ihre Analaphabeten loswerden, wie sehen die Schul-, Universitäts- und Regierungsprogramme dazu aus? Der Bildungsnotstand von 52 Millionen Amerikanern ohne High-School-Abschluß hat außer Schlagzeilen auch eine ganze Reihe von Konsequenzen gebracht. Volksschulen und High-Schools verordnen mehr Englisch-Unterricht, die Lehrerausbildung soll reformiert werden. 1973 war Denver, Colorado, die einzige Universität mit einer Aufnahmeprüfung in Lesen und Schreiben. Heute verlangen 44 Unis und Colleges diesen Nachweis, sogar Harvard, Campus der Elite-Studenten. Ein Drittel der Prüflinge fällt beim erstenmal regelmäßig durch.

Barbara Jentzsch, Washington

pocket wissenschaft

Richard Sorg
Ideologietheorien
Zum Verhältnis von gesellschaftlichem Bewußtsein und sozialer Realität
Hrsg. Prof. Dr. D. Boris und Prof. Dr. R. Kühnl, beide Marburg
144 Seiten, DM 14,80
Die hier untersuchten Ideologietheorien – in der Marx-Engels-Leninschen Version auf der einen Seite, in der Interpretation bürgerlicher Wissenschaftler wie Weber, Mannheim, Topitsch, Habermas auf der anderen Seite – werden daran gemessen, ob bzw. inwieweit sie imstande sind, reale Vorgänge und Erscheinungen im Felde des gesellschaftlichen Bewußtseins sozialwissenschaftlich begreifen zu helfen.

Heiko Haumann
Geschichte und Gesellschaftssystem der Sowjetunion
Eine Einführung
Hrsg. Prof. Dr. Dieter Boris und Prof. Dr. Reinhard Kühnl, beide Marburg, 144 Seiten, DM 14,80
Dieser Band führt in einige grundlegende Probleme der historischen Entwicklung und des gegenwärtigen Gesellschaftssystems der Sowjetunion ein. Im Mittelpunkt stehen dabei die Wirtschaftsverfassung und die politische Struktur – das eigentlich „andere" im Verhältnis zum Kapitalismus, auf dem alles übrige aufbaut.

Rainer Döbert (Hrsg.)
Jürgen Habermas (Hrsg.)
Gertrud Nunner-Winkler (Hrsg.)
Entwicklung des Ichs
Neue Wissenschaftliche Bibliothek
Band 90, 360 Seiten
Broschur DM 28,–, Leinen DM 40,–
Die Entwicklung der Ich-Identität ist ein komplexer Prozeß, in dessen Verlauf die Person lernen muß, Individualität und Intersubjektivität angemessen und realitätsgerecht zu vereinen. Sie muß dazu differenzierte kognitive, soziale und moralische Fähigkeiten erwerben. Die Beiträge dieses Bandes interpretieren diesen Vorgang im Rahmen der kognitivistischen Entwicklungspsychologie (Piaget und seiner Nachfolger) und der Psychoanalyse.

Alternativlosigkeit als Staatsräson

Zur politischen Situation in der Bundesrepublik

Von Kurt Bayertz

Die gegenwärtige innenpolitische Situation der Bundesrepublik scheint zu Optimismus kaum Anlaß zu geben. Was durch Jahre hindurch in der veröffentlichten Meinung als „Insel der Stabilität" gepriesen wurde, offenbart sich mehr und mehr als politisches Sumpfgelände. Allenthalben werden hinter der Fassade von rechts- und sozialstaatlichen Zugeständnissen die Konturen eines gewöhnlichen Kapitalismus erkennbar.

So demonstrierte der kaltblütige Versuch, die vor den Bundestagswahlen fest zugesicherte Rentenerhöhung um ein halbes Jahr zu verschieben, nicht nur einen Mangel an elementarer politischer Moral, sondern vor allem jene durchgängige Tendenz der Bonner Regierungspolitik, die Folgen der ökonomischen Krise auf diejenigen abzuwälzen, die sie am wenigsten zu verantworten haben. Nicht weniger symptomatisch für die in Bonn – unabhängig von Personen und Parteien – bevorzugte Prioritätensetzung ist das soeben verabschiedete „Programm für Zukunftsinvestitionen"[1]), das nach Aussage von Minister Friderichs zur „Vertrauensstabilisierung durch Sicherung des Wirtschaftswachstums auf längere Frist", zur „Verbesserung der Infrastruktur", zur „Schaffung günstigerer Umweltbedingungen" usw. dienen soll. Schwerpunkte des Programms sind Verbesserungen im Verkehrswesen, rationelle und umweltfreundliche Energieverwendung, Wasserwirtschaft, Verbesserung der Wohnumwelt und schließlich die Berufsbildung. Wer allerdings gehofft hat, hier endlich einen Ansatz zum Nachholen der liegengebliebenen sozialen Reformen zu finden, wird bei näherer Lektüre der Illusion überführt: die entscheidenden „Zukunftsinvestitionen" liegen nach dem Willen der Bundesregierung nämlich im militärischen Bereich. Bei der Verteilung der Bundesmittel auf die verschiedenen Ressorts fallen dem Verteidigungsministerium 3,3 von insgesamt 8,2 Mrd. DM zu, ein immerhin neunmal größerer Betrag als der dem Ministerium für Bildung und Wissenschaft zugewiesene.

Eine derartige Mißachtung der Interessen der Bevölkerungsmehrheit zugunsten von Gewinnsteigerung und Herrschaftssicherung ist natürlich auf Dauer nur möglich, wenn die Bevölkerung erfolgreich von der Artikulation ihrer sozialen und demokratischen Belange zurückgehalten werden kann. Ein weiteres Charakteristikum der innenpolitischen Situation der BRD ist deshalb der fortgesetzte Abbau demokratischer Rechte, dessen fortgeschrittenen Stand der im März aufgedeckte „Fall Traube" schlaglichtartig beleuchtet. Die Selbstverständlichkeit, mit der verfassungsmäßige Prinzipien beinahe belie-

1) Vgl. Bulletin der Bundesregierung v. 30. 3. 1977.

big außer Kraft gesetzt werden können, sofern nur einzelnen Politikern oder Staatsschützern Sicherheit und Ordnung bedroht dünken, erlaubt es Bundeskanzler Schmidt, die Kritik an dem „Lauschangriff" auf die demokratischen Rechte aus den Reihen der SPD-Fraktion auf „eine gewisse Sucht zur Flagellantismus und zur Selbstkasteiung"[2]) zurückzuführen, nicht aber auf die Sorge über die Aushöhlung des Rechtsstaates. Wie weit diese Aushöhlung schon vorangetrieben ist, kann abgelesen werden an öffentlich angestellten Spekulationen darüber, ob sich im „Ernstfall" wohl Bluthunde finden mögen, die bereit sind, auch mit Waffengewalt Änderungen der bestehenden Verhältnisse zu unterbinden: „Wir müssen aber damit rechnen, daß der Tag kommen wird, an dem die Arbeiterschaft nicht nur nach dem Inhalt der Lohntüte schaut. Das Bewußtsein der Massen wird eines Tages reif sein zu erkennen, daß ihre Arbeitsbedingungen, insbesondere die Folgen der Arbeitsteilung ‚inhuman' sind, d. h. ihrer Lage als ganzheitliche menschliche Wesen nicht entsprechen. Wenn dieses Gefühl von einer politischen Bewegung umgesetzt werden kann in eine massenhafte Empörung gegen diese ‚Ungerechtigkeit' – dann wird die Lage kritisch. Gegen Terroraktionen kleiner Gruppen kann unsere Gesellschaft ihre Zwangsmittel einsetzen. Ob unsere Demokratie die Kraft hätte, Maschinengewehre gegen revoltierende Arbeitermassen zu richten, bezweifle ich. Ein Noske, der 1919 erklärte: ‚Einer mut den Bluthund machen', scheint mir nicht in Sicht."[3]) „Unsere Demokratie" kontra „Bewußtsein der Massen" – wessen Herrschaft wird hier als „Demokratie" kaschiert?

Wenn sich innerhalb der Bonner Szene weder gegen den Abbau demokratischer Rechte noch gegen die soziale Demontage prinzipieller Widerstand erhebt, so muß dies als Ausdruck einer großen Kumpanei angesehen werden, die in den Medien meist als „Gemeinsamkeit der Demokraten" ausgegeben wird. Die etablierten Parteien haben sich in ihrer programmatischen Zielsetzung bis zur Ununterscheidbarkeit angenähert. Konvergenzpunkt dieser Annäherung sind die in den Planungszentren des Kapitals erarbeiteten Zielvorgaben für Außen- und Innenpolitik[4]). Wer unter diesen Voraussetzungen gehofft hatte, durch seine Stimmabgabe bei der Bundestagswahl Einfluß auf die Inhalte der Regierungspolitik nehmen zu können, sieht sich heute als Opfer politischer Suggestion. Nicht ein einziges der auf der Tagesordnung stehenden Probleme unseres Landes ist im Gefolge der Bundestagswahl einer Lösung näher gebracht worden. Anstatt die schmaler gewordene parlamentarische Basis durch eine an den Interessen der arbeitenden Mehrheit der Bevölkerung orientierten Politik zu kompensieren, hat die sozialdemokratische Führung das knappe Wahlergebnis zum Anlaß genommen, auch in den politischen Tagesfragen in immer stärkerem Maße die Gemeinsamkeit mit der Opposition zu suchen. Als nach dem Renten-Debakel für Bundeskanzler Schmidt noch zusätzliche Schwierigkeiten mit Fraktion und Partei entstanden, suchte

2) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 26. 3. 1977.
3) Günther Nollau, Wie sicher ist die Bundesrepublik? München 1976, S. 189.
4) In einem Vergleich der Wahlprogramme von CDU und SPD mit dem Jahresbericht 1975/76 des BDI konnte Karl D. Bredthauer nicht nur zeigen, daß eine nahezu totale Übereinstimmung in den programmatischen Zielsetzungen der „großen Volksparteien" besteht, sondern auch, daß der gemeinsame Nenner dieser Übereinstimmung von den führenden Kapitalgruppen der BRD definiert wird. Vgl. „Blätter", 9/1976, S. 980ff.

er sein Heil in einer heimlichen Koalition mit der CDU: „so verläßt sich Schmidt zusehens auf die Unterstützung der Opposition, um mit einer Art Allparteien-Union den fehlenden Rückhalt bei den Genossen auszugleichen."[5]) Auch die „Süddeutsche Zeitung" kommt nicht an der Feststellung vorbei: die drei Fraktionen sind „nahe aneinander gerückt und suchen in dauernden Kompromissen Verständigung; keine will in die Opposition gehen oder in der Opposition bleiben. Deshalb regiert die Regierung nicht mehr und die Opposition betreibt das Opponieren nur widerwillig"[6]).

Verschanzt hinter der an Wirksamkeit kaum zu unterschätzenden Fünfprozentklausel und unterstützt von einer im Hinblick auf die Verteidigung der als „Gemeinsamkeit der Demokraten" firmierenden Dreierkumpanei der bürgerlichen Parteien gleichgeschalteten Presse, ist es in der Bundesrepublik bislang gelungen, jede Alternative zum herrschenden Parteienkartell in eine Art politisches Abseits zu kanalisieren. Die angesichts der verschärften sozialen Demontage zunehmende Unzufriedenheit breiter Teile der Bevölkerung kann sich aufgrund dieser Einschränkung des politischen Spektrums auf systemkonforme Parteien nicht mehr adäquat artikulieren. Es scheint unter diesen Voraussetzungen nur noch die Wahl zwischen einem Verzicht auf die Stimmabgabe und einer Stärkung der politischen Rechten zu bleiben. Das Kartell der Bonner Parteien funktioniert somit als eine gigantische Integrationsmaschinerie, die der Entfaltung einer fortschrittlichen Alternative einen Riegel vorschieben soll.

Die Kommunalwahl in Hessen hat dies erneut bestätigt. Der sich bei den Landtagswahlen der letzten Jahre abzeichnende Rechtstrend, der bei den Bundestagswahlen abgebremst zu sein schien, hat sich fortgesetzt. Der schon durch das zeitliche Zusammenfallen naheliegende Vergleich mit den französischen Gemeinderatswahlen[7]) stimmt melancholisch. Während sich in Frankreich über 50% der Wähler für eine Politik entschieden haben (und entscheiden konnten), die im „Gemeinsamen Programm" der Linkskräfte als eine fortschrittliche Alternative zu der an den Interessen des Kapitals orientierten Regierungspolitik ausgewiesen ist, hat die Hessen-Wahl zu einer Stärkung der Rechtskräfte geführt.

Entgegen den üblichen Deutungen ist dieser Rechtstrend jedoch nicht das naturwüchsige Ergebnis einer „Enttäuschungsgrundwelle" (H. Schmidt), die wie selbstverständlich der CDU zugute gekommen ist. „Zur Hessen-Wahl nur dies: Ich habe immer die Philosophie vertreten, daß demokratische Wahlen in der Mitte entschieden werden; wobei ich als Mitte stets denjenigen Teil der Wählerinnen und Wähler definierte, der je nach seinem Urteil oder nach seiner Stimmung sowohl uns als auch die anderen wählen kann. Das ist jetzt in Hessen der Fall gewesen. Unsere Wähler sind zum Teil zu Hause geblieben, teils haben sie die anderen gewählt."[8]) Zwar könne für das Ergebnis „eine Mitschuld der Bonner Politik, insbesondere der Bundesregierung, ganz gewiß

5) „Der Spiegel", Nr. 14, v. 28. 3. 1977.
6) „Süddeutsche Zeitung" v. 1. 4. 1977.
7) Vgl. den Bericht von Edgar Gärtner in diesem Heft.
8) FAZ v. 26. 3. 1977.

nicht weggestritten werden"[9]). Andererseits aber spiele in allen europäischen Ländern die gegenwärtige wirtschaftliche Lage eine entscheidende Rolle. „Wenn sie eine liberal-konservative Regierung haben wie in Frankreich, dann wählen die Wähler links: kommunistisch oder sozialistisch; wenn sie eine Labour-Regierung haben, wie in England, dann gehen die Wähler auf die Seite der Konservativen; in Italien ist der Trend ähnlich wie in Frankreich. Überall haben wir eine Situation, in der ein erheblicher Teil der Wähler in der Mitte, die sowohl links wie rechts wählen können, in der konkreten wirtschaftlichen Lage der Welt nach seinem Gefühl und Urteil zunächst einmal die eigene Regierung für verantwortlich hält. Das ist ganz normal."[10])

So plausibel diese Einschätzung auf den ersten Blick erscheinen mag, so falsch erweist sie sich bei näherem Zusehen. Der Trick der Argumentation Schmidts besteht in der Vertauschung von Ursache und Wirkung. Was hier nämlich als *Voraussetzung* der Politik ausgegeben wird, die Existenz einer großen Wählergruppe, die „sowohl links wie rechts" wählen kann, ist in Wahrheit das *Resultat* eines langen Erziehungsprozesses, in dem ein Teil der Bevölkerung dazu abgerichtet wurde, seine Stimme nach Maßgabe der durch Wahlkampagnen mobilisierten Vorurteile abzugeben. Die von Helmut Schmidt beschriebene „Mitte" ist das Produkt eines Entpolitisierungsprozesses, an dem die Sozialdemokratie mitgewirkt hat, indem ihre Führung jegliche Initiative der werktätigen Massen zur Durchsetzung ihrer elementaren Interessen im ökonomischen, sozialen und politischen Bereich zu unterbinden trachtete. Unter dem Motto der „repräsentativen Demokratie" wurden die Bürger systematisch dazu gebracht, politisches Handeln ihren „Repräsentanten" zu überlassen und ihren Einfluß auf die Abgabe von Stimmzetteln zu beschränken. Daß auch diese Abgabe der Stimmzettel keine inhaltliche Änderung in der Politik herbeiführen konnte, dafür sorgte das Kartell der „demokratischen Parteien". Die von H. Schmidt angesprochene „Mitte" erweist sich damit als Produkt der Alternativlosigkeit der herrschenden Politik.

Wie wenig die Argumentation des Bundeskanzlers die Realität zu erfassen vermag, wird unmittelbar deutlich, wenn man z. B. die französischen Kommunalwahlen nicht als punktuelles Ereignis, sondern im Zusammenhang mit übergreifenden Tendenzen betrachtet. Das für die Linksunion triumphale Ergebnis ist keineswegs Resultat einer Protestwahl, wie Schmidt suggerieren will, sondern ergibt sich aus einem langfristigen Prozeß politischer Bewußtseinsbildung durch die Linksparteien in Frankreich; es ergibt sich aus der Tatsache, daß hier eine politische und ökonomische Alternativkonzeption zur Wahl stand, die an den Interessen der überwiegenden Mehrzahl orientiert ist. Dieses Ergebnis ist zugleich die Frucht eines seit Jahren betriebenen Prozesses politischer Bewußtseinsbildung, der ausgehend von den unmittelbar erlebten Krisenerscheinungen der kapitalistischen Gesellschaft die Einsicht vermittelt, daß nur durch demokratischen Kampf die ökonomischen und politischen Rechte der Bevölkerung gesichert und erweitert werden können, nicht

9) Ebd.
10) Ebd.

aber durch politische Passivität und Vertrauen in die „Repräsentanten" der bürgerlichen Parteien.

Allerdings muß man sich nicht auf französische Verhältnisse fixieren, um zu erkennen, daß sich Rechtstendenzen nicht als ein naturwüchsiges Produkt aus sozialdemokratischer Regierung und ökonomischer Krise ergeben. Auch die Wahl in Hessen hat deutliche Hinweise gegeben, daß eine Stärkung der Rechtskräfte dort verhindert werden kann, wo den Wählern eine fortschrittliche Alternative zur Verfügung steht. Wenn gerade in Marburg, wo die DKP zu dem beachtlichen Ergebnis von über 10% gekommen ist, die CDU konträr zum gesamten Trend der Wahl ihren Stimmenanteil *nicht* zu verbessern vermochte, so handelt es sich hier offensichtlich nicht um ein zufälliges Ergebnis[11]). Man mag zur Kommunistischen Partei und ihrer Politik stehen wie man will: das Marburger Wahlresultat zeigt in jedem Fall, daß Enttäuschung über die herrschenden politischen Zustände und Unzufriedenheit mit den ökonomischen Verhältnissen nicht apriori eine Stärkung der CDU zur Folge haben müssen. Das Marburger Wahlresultat belegt weiterhin die Möglichkeit, einer fortschrittlichen sozialistischen Politik die Unterstützung durch die Wähler zu sichern, sofern es gelingt, den Bürgern die Notwendigkeit einer linken Alternative zur Politik des herrschenden Parteienkartells konkret zu vermitteln, und sofern die Wahl dieser Alternative nicht unter wahlarithmetischen Gesichtspunkten als „verlorene Stimme" erscheint. Wenn solche Voraussetzungen in der Bundesrepublik gegenwärtig auch nur in sehr begrenztem Maße gegeben sind, so zeigen die wenigen Beispiele immerhin an, daß die prinzipielle Möglichkeit besteht, das Kartell der etablierten Parteien auch durch Wahlen zu durchbrechen.

Ein solches Parteienkartell funktioniert nur, so lange Abweichungen aus dem Fahrwasser der von den tonangebenden Kapitalgruppen vorgezeichneten Politik wirksam unterbunden werden können. Die von SPD-Bundesgeschäftsführer Bahr eingeleitete Disziplinierung des neugewählten Juso-Vorstandes wird erst vor diesem Hintergrund erklärlich. Wenn der Beschluß des Hamburger Juso-Kongresses zur Beteiligung an den vom „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" einberufenen Demonstrationen am 21. und 22. Mai auch ein Tabu bundesrepublikanischer Politik tangiert, so erscheint die Reaktion der SPD-Spitze doch auf den ersten Blick als überzogen. Dieser Eindruck erweist sich jedoch als kurzschlüssig, zieht man die übergreifenden Zusammenhänge in Betracht. Die ökonomische Krise, verbunden mit sozialer Demontage und anhaltender Arbeitslosigkeit, hat in breiten Teilen der Bevölkerung ein allgemeines Krisenbewußtsein geschaffen und – wie diffus auch immer – die Systemfrage auf die Tagesordnung gesetzt. Die Überlegung des DGB-Vorsitzenden Vetter, ob die „soziale Marktwirtschaft" angesichts solcher Entwicklung nach wie vor als non plus ultra angesehen werden könne, ist ein Indiz dafür. Im Zusammenhang mit diesem Krisenbewußtsein sind nicht nur Zweifel darüber aufgetaucht, ob der Kapitalismus tatsächlich auf die

11) Schon bei den nordrhein-westfälischen Landtagswahlen 1975 hatte das Ergebnis von Bottrop Aufsehen erregt, weil der Stimmengewinn für die DKP zu einer allgemeinen Stärkung der Linkskräfte führte und die CDU entgegen dem Landestrend schwächte.

Dauer Wohlstand und soziale Sicherheit zu gewährleisten vermag: auch das Vertrauen in die Politiker ist erschüttert, sei es durch die mehrfache Ankündigung des bislang ausgebliebenen Aufschwungs, sei es durch den versuchten Bruch von Wahlversprechen.

Die Rolle eines Katalysators in diesem Prozeß hat offensichtlich die Energie/Umwelt-Diskussion gespielt. Es kann nicht allein auf die erhöhte Zahl von Bauvorhaben und die gestiegene Größe der geplanten Kernkraftwerke zurückgeführt werden, daß der Bau von Kernkraftwerken, der noch vor zehn Jahren nahezu widerspruchslos hingenommen worden wäre, heute große Teile der Bevölkerung zu Massenprotesten mobilisiert. Es sind offensichtlich nicht die technischen Risiken allein, die die Atomenergie so gefährlich erscheinen lassen: erst im Zusammenhang mit der generellen ökonomischen, politischen und geistigen Krise erscheinen die Versicherungen von Politikern und „Experten" als unglaubwürdig.

In Zusammenhang mit diesem Bewußtsein sind nun Entwicklungen zu verzeichnen, die das Funktionieren des hermetischen Parteiengefüges zu stören drohen. Die Rolle der Bürgerinitiativen in der Bewegung gegen Kernkraftwerke muß den Bonner Partei-Strategen große Sorgen bereiten. Bedroht ist hier eine der grundlegenden Voraussetzungen für das Funktionieren der Integrationsmaschinerie: die Passivität der Bürger. In einem Interview des ARD-Fernsehens hat SPD-Bundesgeschäftsführer Bahr sehr deutlich gemacht, wo für die herrschenden Parteien das Problem liegt. „Frage: Wie lange können es sich die Parteien leisten, die ja den Auftrag haben, vom Grundgesetz her an der politischen Willensbildung mitzuwirken, sich von den Bürgerinitiativen den Wind aus den Segeln nehmen zu lassen? Antwort: Natürlich nicht sehr lange. Die Parteien haben den Auftrag durch das Grundgesetz, an der politischen Willensbildung der Bevölkerung wesentlichen Anteil zu nehmen. Und das, was wir im Augenblick sehen, ist die Tatsache, daß in einer Reihe von wichtigen Fragen eine Reihe von Bürgern nicht mehr glaubt, ihre Sorgen durch die Parteien ausreichend wiedergegeben zu finden. Die SPD unterzieht sich ja insoweit als einzige Partei dem schmerzhaften Prozeß der Meinungsbildung z. B. auf dem Gebiete der Energie. Wir werden das ganze Jahr über eine Energiedebatte führen und dann am Ende uns selbst und den Bürgern Antworten geben können, wie es weitergehen soll. Denn einige Bürger formulieren Forderungen, aber die Parteien haben zum Schluß zu entscheiden." [12])

Deutlicher kann man kaum sagen, worum es geht: als alarmierend wird empfunden, daß außerhalb und gegen die etablierten Parteien politische Forderungen aufgestellt und praktisch vertreten werden! Das von den Bonner Parteien beanspruchte Monopol auf die politische Willensbildung ist damit in einem wesentlichen Punkt in Frage gestellt. Und damit ist zugleich ein konstitutiver Bestandteil des gegenwärtigen politischen Systems in der BRD bedroht, das Egon Bahr nicht unzutreffend formuliert hat: „Denn einige Bürger formulieren Forderungen, aber die Parteien haben zum Schluß zu entscheiden."

12) Vgl. SPD-Pressedienst v. 14. 3. 1977.

Die Schroffheit und Hektik der Reaktion auf den Hamburger Beschluß der Jungsozialisten wird aus dieser Perspektive verständlich: hier sollte nicht nur einem neuen und unbequemen Juso-Vorsitzenden die Begrenztheit seines politischen Handlungsspielraums von vornherein unmißverständlich demonstriert werden; hier ging es vor allem darum, eine außerparlamentarische Initiative ins politische Abseits zu kanalisieren, die im Begriff ist, stärkeren Einfluß und größere Breite zu gewinnen, als den Sachwaltern der bestehenden Verhältnisse angenehm ist. Wie immer in solchen Situationen mußte auch hier der Antikommunismus als Legitimationsgrundlage herhalten, der stets als Knüppel-aus-dem-Sack zu fungieren hat, wo die Bürger für ihre Interessen aktiv werden. So waren auch kurz vor der großen Demonstration in Itzehoe plötzlich „zuverlässige Informationen" über eine angebliche finanzielle Unterstützung der Bürgerinitiativen aus der DDR aus der Tasche gezaubert worden. Wenn dieser Versuch, die Bewegung gegen Kernkraftwerke zu stoppen, keinen nennenswerten Erfolg verzeichnen konnte, so nicht nur, weil er etwas zu durchsichtig angelegt war: der Antikommunismus als Mittel politischer Entmündigung versagt notwendig dort, wo es der demokratischen Bewegung gelingt, diejenigen Bürgerinteressen aufzugreifen, die die bürgerlichen Parteien nicht vertreten wollen oder können; wo es ihr gelingt, breite Teile der Bevölkerung aus ihrer anerzogenen politischen Lethargie durch das Aufzeigen einer realistischen Alternative herauszuführen und in das aktive und selbständige Eintreten für die eigenen Interessen einzuüben.

In der gegenwärtigen politischen Situation sind es, nach den Erfahrungen der letzten Jahre und Monate, vor allem drei Bereiche, wo eine Aktivierung breiter Teile der Bevölkerung gegen die Politik der etablierten Parteien und für demokratische Reformen erzielt werden konnte. Erhebliches Gewicht hat 1976 und 1977 die *Bewegung gegen den Abbau demokratischer Rechte* gewonnen. Die Ereignisse der vergangenen Wochen um die „Lauschaktionen" haben breiten Bevölkerungskreisen erneut die Dringlichkeit der Forderung nach Wiederherstellung rechtsstaatlicher Prinzipien vor Augen geführt, und bei vielen die Einsicht geschaffen, daß dem institutionalisierten Verfassungsbruch, wie er mit Abhöraktionen und Berufsverboten praktiziert wird, entgegengetreten werden muß[13]).

Auch die zunächst „unpolitisch" erscheinenden *Bürgerinitiativen gegen den Bau von Kernkraftwerken* und die fortgesetzte Zerstörung der Umwelt haben inzwischen ein bedeutendes moralisches und politisches Gewicht gewonnen. Indem sie sich gegen eine Energiepolitik zur Wehr setzen, die das elementare Sicherheitsinteresse der Bevölkerung und den Schutz der Umwelt den Profitinteressen der Konzerne zu opfern bereit ist, haben diese Aktivitäten vielen Bürgern die Legitimität demokratischer Kontrolle in Politik und Wirtschaft und die Notwendigkeit demokratischer Gegenmacht gegen die organisierte Interessenvertretung der Konzerne deutlich werden lassen. Mit ihren Forderungen nach sofortigem Stopp aller KKW-Bauvorhaben und der forcierten

13) Vgl. die jüngste Stellungnahme von 22 prominenten Strafrechtsprofessoren, in der die bekanntgewordenen Anhör-Vorgänge als rechtswidrig kritisiert und ihre Rechtfertigung durch die politischen Instanzen zurückgewiesen wird. (Wortlaut im Dokumententeil dieses Heftes)

Entwicklung alternativer Energiequellen, haben die Bürgerinitiativen demonstriert, daß sie sich der Verantwortung für Gegenwart und Zukunft stellen, der die etablierten Parteien und tonangebenden Konzerne mit ihrem Atomprogramm nicht gerecht geworden sind.

Die hektische und nahezu groteske Reaktion der Bonner Parteizentralen auf die breite Resonanz, die der Demonstrationsaufruf des „Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" für den 21. und 22. Mai gefunden hat, unterstreicht die zunehmende Bedeutung der *Abrüstungsbewegung* in der gegenwärtigen Situation. Die Beendigung des Wettrüstens erweist sich nicht nur im Hinblick auf die Notwendigkeit einer dauerhaften Sicherung des Friedens als eine Kernfrage für die demokratische Bewegung, sondern darüber hinaus auch als eine Voraussetzung für die Verwirklichung der liegengebliebenen sozialen Reformen. Das erwähnte „Programm für Zukunftsinvestitionen" ist ein erneuter Hinweis darauf, daß die aktuelle Finanzmisere des Staates nicht allein die Folge der ökonomischen Krise, sondern ebensosehr das Resultat einer politischen Prioritätensetzung ist, derzufolge Rüstung vor Bildung, vor Umweltschutz, vor Arbeitsplätzen und Renten rangiert. Die Forderung nach einem Stopp des Wettrüstens in Ost und West bringt damit das Interesse der Mehrheit der Bevölkerung an einer grundlegenden Neuorientierung zum Ausdruck und sollte daher gerade angesichts der verschärften Versuche zur Blockierung und Spaltung der Abrüstungsbewegung mit größtem Nachdruck vertreten werden.

Wachstum durch Rüstung?

Zum Zusammenhang von wirtschaftlicher und militärischer Sicherheit

Von Peter Lock und Herbert Wulf

Der Forderung nach Rüstungsverminderung und nach dem Verbot von Rüstungsexporten wird von interessierter Seite immer wieder die Behauptung entgegengestellt, dies würde die Arbeitslosigkeit verstärken, während umgekehrt durch verstärkte Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte der Bundesrepublik Wirtschaftswachstum und Beschäftigungslage verbessert werden könnten. Peter Lock und Herbert Wulf haben es unternommen, den Nachweis zu führen, daß selbst bei völlig immanenter Betrachtungsweise von einem

wirtschaftlichen Interesse der Bundesrepublik an verstärkter Rüstungsproduktion angesichts ihrer Exportstruktur und der entwicklungspolitisch hemmenden Funktion von Rüstungsexporten keinesfalls die Rede sein kann. Wir meinen, daß diese Untersuchung wichtige Argumente in die Diskussion über Möglichkeit und Konsequenzen von Abrüstungsmaßnahmen einbringt und veröffentlichen nachstehend eine für den Abdruck in den „Blättern" überarbeitete Fassung der Arbeit. D. Red.

I. Die Ausgangslage

Die Produktionskapazität der Rüstungsindustrie in Westeuropa übersteigt bei weitem die Absatzmöglichkeiten innerhalb der NATO-Staaten. Selbst die drastischen Steigerungen des westeuropäischen Rüstungsexportes seit Beginn der 70er Jahre in Länder der Dritten Welt, die „arms for oil"-Geschäfte und die Belieferung des rassistischen Regimes in Südafrika mit modernem Kriegsgerät haben sich als ungenügend erwiesen, die vorhandenen Kapazitäten auf Dauer hinreichend auszulasten. Trotz aufwendiger diplomatischer Unterstützung weltweiter Verkaufsbemühungen, besonders der britischen und französischen Rüstungsindustrie, trotz subventionierter Exportfinanzierung entlassen die Rüstungskonzerne Teile ihrer Belegschaft und drohen mit weiteren Entlassungen. Im Luftfahrzeugbau kommt hinzu, daß sich auch die zivilen Produkte nicht absetzen lassen. Diese Schwierigkeiten haben nunmehr auch die Bundesrepublik voll erfaßt. Dies hat zwei tiefgreifende und gefährliche Folgen für die Politik der sozial-liberalen Regierung gezeitigt, die in ihrer Reichweite bislang nicht erkannt wurden. Es besteht sogar die Gefahr, daß die bereits getroffenen Entscheidungen einen kaum umkehrbaren Sachstand bewirkt haben, noch bevor sich politischer Widerstand, z. B. auch in der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, formieren konnte:

1. Die Beschaffung von 6 bis 12 Fregatten vom Typ 122 wird in den Küstenstaaten als Soforthilfe für die aus einem Superboom in die Krise gleitende Werftindustrie verstanden. Die Parole „Sicherheit der Arbeitsplätze" hat die Kritik an der militärstrategischen Begründung dieses Beschaffungsvorhabens unter zweifelhaften außenpolitischen Opportunitäten vorzeitig zum Schweigen gebracht[1]). Auch die Diskussion um das Milliardenprojekt AWACS und die Beschaffung des Panzers Leopard II deutet darauf hin, daß ein neuer, beschäftigungspolitisch verbrämter Rüstungsschub in Westeuropa zu befürchten steht, dessen Dynamik die M(B)FR-Verhandlungen von vornherein zum Scheitern verurteilt.

2. Die innenpolitische Situation in der Bundesrepublik ist gegenwärtig dadurch gekennzeichnet, daß die Erhaltung von Arbeitsplätzen nahezu jedes Mittel heiligt. Diese Situation hat die deutsche Rüstungsindustrie genutzt und sich unter Ausschluß der Öffentlichkeit kräftig in das Rüstungsexportgeschäft in die Dritte Welt eingeschaltet, obgleich dem regierungsseitige Grundsatzerklärungen und sozialdemokratische Parteitagsbeschlüsse entgegenste-

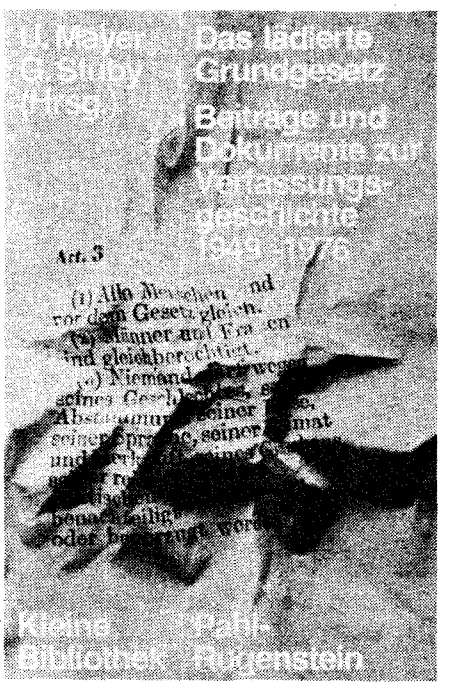
1) Vgl. Peter Schlotter, Sechs Milliarden Mark für die falschen Fregatten, in: Materialien für eine alternative Militärpolitik. Ein Anti-Weißbuch II, Reinbek 1977 (im Erscheinen).

Soeben erschienen

Udo Mayer / Gerhard Stuby (Hrsg.)
Das lädierte Grundgesetz

Beiträge und Dokumente zur Verfassungsgeschichte 1949–1976
Kleine Bibliothek
Band 83, 364 Seiten, DM 14,80

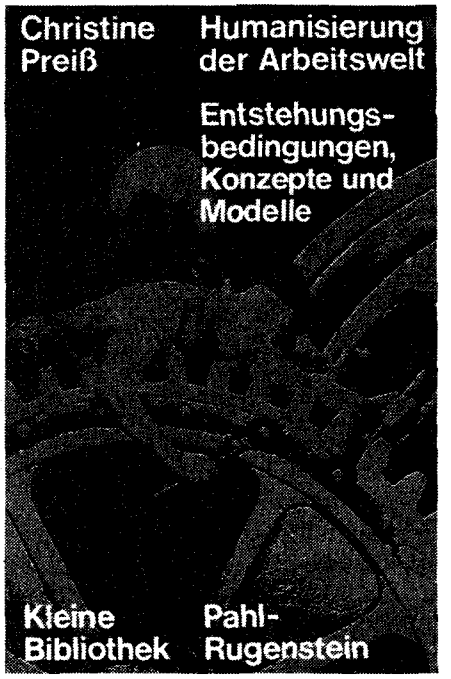
Die Geschichte der Verfassung von 1949 bis heute ist zugleich auch eine Geschichte von Verfassungsbrüchen und Verfassungsverletzungen. Die Chronologie beginnt mit dem Verbot der KPD, den strafrechtlichen Verfolgungen der antimilitaristischen Opposition in den fünfziger Jahren, dem Verbot der von der SPD beantragten Volksbefragung zur Atombewaffnung, der Einschränkung der Koalitionsfreiheit und endet schließlich bei der Notstandsgesetzgebung und den Berufsverboten. Die Autoren zeigen die politischen Zusammenhänge auf, die für die Träger der Macht in der BRD jeweils Anlaß zu Verfassungsbruch oder Verfassungsbeugung waren. Der Band analysiert und dokumentiert ferner den Kampf der demokratischen Kräfte um die Sicherung und die Erhaltung des im Grundgesetz verankerten Friedensgebots mittels der Ostverträge und der Prinzipien von Helsinki.



Christine Preiß
Humanisierung der Arbeitswelt

Entstehungsbedingungen, Anspruch und Realität
Kleine Bibliothek
Band 91, ca. 140 Seiten, ca. DM 12,80

Die Autorin arbeitet heraus, warum die Diskussion über die „Humanisierung der Arbeitswelt" seit den 70er Jahren in den Bereich der gesellschaftspolitischen und wissenschaftlichen Auseinandersetzung gerückt ist. Sie widerlegt die weitverbreitete Meinung, „Humanisierung der Arbeit" sei eine Erfindung und ein Geschenk der Unternehmer. Vielmehr wird nachgewiesen, daß der steigende Technisierungs- und Vergesellschaftungsgrad der Produktion einerseits und die Zentralisation der Verfügungsgewalt andererseits objektiv nach neuen Strukturen der Leitung der Unternehmen und der Arbeitsorganisationen drängen. Die Autorin untersucht die technisch-ökonomischen und gesellschaftspolitischen Veränderungen, die eine Reorganisation betrieblicher Leitungs- und Arbeitsprozesse notwendig machen, und diskutiert die vorliegenden Modelle (von job-rotation bis zur teilautonomen Gruppe) hinsichtlich ihrer Zielvorstellungen, ihrer Auswirkungen und Durchsetzungsmöglichkeiten.



Pahl-Rugenstein

hen. Wie sehr sich tatsächlich die Praxis der Rüstungsausfuhr geändert hat, belegt die Einschätzung des führenden Mitteilungsblattes der Rüstungsbranche: *„Die Lauscherei mit Wanzen und der Rüstungsexport haben dies gemeinsam:* Die Bundesregierung duldet heimlich beides, rückt mit Eingeständnissen aber erst heraus, wenn konkrete Aktionen nicht mehr zu leugnen sind. Womit gesagt ist: Der deutsche Rüstungsexport läuft unter dem Mantel des Schweigens besser als je zuvor seit der Übernahme der Regierung durch SPD und FDP. Dazu haben beigetragen der Druck vom Arbeitsmarkt her, offene und verdeckte Aktionen der Betriebsräte der wichtigsten deutschen Rüstungsunternehmen und Einflußnahmen aus dem Gewerkschaftsbereich (IG Metall). *Schmidt, Genscher* und *Friderichs* genehmigen auf Anhieb nicht alles, was nach einem dicken Geschäft riecht, machen aber erheblich mehr möglich als bisher. Selbst im ersten Rutsch abgelehnte Exportanträge werden – wenn in Bonn nur Druckwellen in der richtigen Stärke ankommen – ein zweites Mal überlegt und dann z. T. genehmigt. Wer hierfür öffentlich Beispiele nennt, macht nur Geschäfte kaputt." [1a])

Angesichts dieser bedrohlichen Lage sollen im folgenden, ausgehend von den selbst formulierten Prämissen der sozial-liberalen Bundesregierung, die Auswirkungen einer derartigen Politik diskutiert werden. Es wird sich dabei herausstellen, daß der jetzt um kurzfristiger Lösungen willen eingeschlagene Weg dem Zielkatalog dieser Bundesregierung widerspricht und darüber hinaus Friedensregelungen und Abrüstungsbemühungen nicht nur in Europa gefährdet.

II. Westeuropäische Integration und Sicherheitspolitik

Sicherheitspolitik ist nicht allein ein Problem relativer militärischer Stärke, vielmehr ist Sicherheit das Produkt aus einem vielfältigen Geflecht sich wechselseitig beeinflussender sozialer, politischer, ökonomischer und militärischer Faktoren. Dieser Tatbestand klingt im Weißbuch 1975/76 der Bundesregierung „Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr" an. „Ihre (der Bundesrepublik; d. Ver.) wirtschaftliche Stabilität – eine der Bedingungen äußerer Sicherheit – hängt von der Wirtschaftsentwicklung ihrer Handelspartner, von offenen Exportmärkten und von einer ausreichenden Versorgung mit Energie und Rohstoffen ab." [1b])

Der britische Verteidigungsminister Roy Mason machte deutlich, was unter anderem angesichts der allgemeinen wirtschaftlichen Krise, die sich in rund 20 Millionen Arbeitslosen allein in den Mitgliedsnationen der NATO ausdrückt, notwendig verstärkt in Überlegungen zukünftiger militärischer Sicherheitsplanungen eingehen muß. „Das Ziel der Überprüfungen der Verteidigungsanstrengungen Großbritanniens . . . besteht in der Aufrechterhaltung

1a) „Wehrdienst", 603/1977, v. 28. 3. 1977. Vgl. auch das Memorandum des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr und des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes Baden-Württemberg, „Lösungsansätze zu den Strukturproblemen der Luft- und Raumfahrtindustrie aus süddeutscher Sicht", v. Dezember 1976, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, die Rüstungsexporte zur Stützung der Süddeutschen Luftfahrtindustrie freizugeben.

1b) Weißbuch 1975/76, Ziff. 2, S. 3 f. Wenig später wird aber betont, daß Außen- und Wirtschaftspolitik kein Ersatz für Verteidigungsfähigkeit sind. Vgl. ebd., S. 4.

moderner und leistungsfähiger Streitkräfte im Rahmen der Mittel, die wir für Verteidigung aufbringen können. Als Ergebnis dieser Überprüfung beschloß die britische Regierung im Rahmen eines Planes zur Wiederherstellung ihrer wirtschaftlichen Gesundheit, die Verteidigungsausgaben anteilsmäßig am Bruttosozialprodukt von dem gegenwärtigen Stand von 5,5% im Laufe der nächsten 10 Jahre auf 4,5% zu senken. Ohne eine gesunde wirtschaftliche Basis wäre unsere Fähigkeit, uns selbst zu verteidigen, auf lange Sicht geringer und sie wäre nicht mehr in der Lage, zur Stärke des Bündnisses beizutragen . . ."[2])

Der hier formulierte Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher und politischer Stabilität einerseits und der militärischen Verteidigungsfähigkeit eines Nationalstaates oder eines supranationalen Bündnissystems andererseits ist als mögliche Ausgangsbasis für die Durchsetzung von Rüstungskontroll- oder Streitkräftereduzierungsvereinbarungen im Rahmen der Friedensforschung weitgehend unberücksichtigt geblieben.

Allerdings haben erst kürzlich wieder prominente amerikanische Ökonomen im Zusammenhang mit den Etatberatungen genau entgegengesetzt argumentiert. Jeder im Rüstungsetat gekürzte Dollar bedeute einen Rückgang des Bruttosozialprodukts (BSP) um zwei Dollar. Freilich stieß diese Behauptung auf massiven Widerspruch anderer Ökonomen[3]). Da staatliche Aufwendungen im militärischen Bereich im Vergleich zu anderen Ressorts durch einen überdurchschnittlichen Anteil an „elastischen"[4]) Investitionen gekennzeichnet sind, nimmt es nicht wunder, daß von interessierter Seite mit Regelmäßigkeit auf die konjunkturelle Bedeutung des Rüstungsetats verwiesen wird[5]).

Aus den Schlagzeilen der westlichen Presse muß man zunehmend den Eindruck gewinnen, daß das Ausmaß der sowjetischen Rüstung das sogenannte Gleichgewicht zwischen Ost und West beeinträchtigt. Unabhängig von dem Realitätsgehalt solcher Einschätzungen steht zu befürchten, daß es in einigen Ländern der NATO zu Steigerungen der militärischen Aufwendungen kommen wird. Dadurch werden jene Hoffnungen zerstört, die davon ausgingen, daß sich die Politik der Détente etwa bei den M(B)FR-Verhandlungen in relevanten Rüstungsbeschränkungen und Truppenreduzierungen niederschlagen werde.

Für die britische Regierung wird sich durch diese Entwicklung der Zielkonflikt bezüglich der Höhe ihrer militärischen Aufwendungen verschärfen. Denn sie sieht sich ihrer eigenen Einschätzung zufolge vor die Alternative gestellt, entweder aktuell mehr für die militärische Verteidigung aufzuwenden

2) Roy Mason, Die Euro-Group im Jahre 1975, in: „NATO-Brief", 2/1975, S. 6–8.
3) The Impact of Cuts and Defense Spending, in: „Business Week", 19/1976, S. 51f.
4) Hiermit soll gekennzeichnet werden, daß der haushaltsrechtlich gegebene Dispositionsrahmen der politisch-parlamentarischen Instanzen im Vergleich zu anderen Ressorts besonders groß ist.
5) Dem Argument ist entgegenzuhalten, daß alternative Verwendungsmöglichkeiten des Rüstungsetats zur Erweiterung der volkswirtschaftlichen Kapazitäten beitragen, was von Rüstungsinvestitionen nur auf der Ebene nicht quantifizierbarer Abstraktion behauptet werden kann. Eine breit angelegte empirische Erhebung für die USA hat jüngst eindeutig ergeben, daß alternative Staatsausgaben zur Rüstung einen höheren Beschäftigungseffekt haben. – Vgl. Marion Anderson, The Empty Pork Barrel: Unemployment and the Pentagon Budget, PIRGIM, April 1975, Michigan. Im Bereich der Verkehrsinfrastruktur sind Investitionen denkbar, die die gleichen Produktionsfaktoren wie die Rüstungsindustrie und damit deren Produktionskapazität beanspruchen.

und dafür in Kauf zu nehmen, daß die Leistungsfähigkeit der britischen Volkswirtschaft im internationalen Wettbewerb weiter abnimmt, oder aber die Militärausgaben zugunsten struktureller Maßnahmen in der britischen Industrie auf einen niedrigeren Wert zu reduzieren. Wie auch immer die britische Regierung sich verhalten wird, die Kräfteverhältnisse innerhalb Westeuropas und damit auch innerhalb der NATO werden ihre Relation ändern, entweder militärisch oder wirtschaftlich[6]). Hinzu kommt – wie wir in Abschnitt III ausführlicher erläutern werden –, daß sich militärische und ökonomische Faktoren bei der Frage der Rüstungsexporte in Länder außerhalb der NATO zu einer sich mit der Zeit verschärfenden Konfliktformation zwischen Großbritannien und Frankreich einerseits und der Bundesrepublik andererseits verschmelzen. Eine Fortschreibung der derzeitig gegenläufigen ökonomischen Tendenzen in den Industrienationen Westeuropas und neuerlich verstärkter Rüstungsaufwendungen in der Bundesrepublik, die von anderen NATO-Staaten nicht mehr mitgetragen werden können, dürfte einerseits zu erheblichen Konflikten in der Europäischen Gemeinschaft führen und andererseits sogar die militärische Integration in der NATO gefährden, womit ein zentrales Element der gegenwärtig praktizierten Sicherheitspolitik entfiele.

Die Vielzahl unausweichlich bevorstehender Probleme zukünftiger Sicherheitspolitik, der immer mehr ins Stocken geratene Prozeß europäischer Integration und die Notwendigkeit, in den Beziehungen zu den Entwicklungsländern von der Konfrontation zu einer Kooperation zu gelangen, stehen in einer auf den ersten Blick nicht sichtbaren Wechselbeziehung. In der vorliegenden Arbeit wird der Versuch unternommen, zunächst noch in Form von Hypothesen und sehr vorläufigen Ergebnissen die Bedeutung volkswirtschaftlicher Untersuchungsmethoden als bedeutendes Hilfsmittel bei der Untersuchung sicherheitspolitischer Fragestellungen aufzuzeigen. Die Diskussion um die Rolle bzw. Existenz eines Militärisch-Industriellen Komplexes hat längst an Bedeutung verloren, und erst auf dem Umweg über den Begriff strukturelle Gewalt sind ökonomische Strukturen nunmehr im Verhältnis zwischen Industrie- und Entwicklungsländern wieder zum Mittelpunkt einer umfassenden Diskussion in der Friedensforschung geworden.

Generell läßt sich feststellen, daß soziale und militärische Sicherung des Friedens in Europa und der Dritten Welt langfristig nur erreicht werden kann, wenn es gelingt, durch Rüstungskontrollmaßnahmen, Streitkräftereduzierungen und Abrüstung die militärischen Aufwendungen der Ost-West-Konfrontation zu verringern und die freiwerdenden Leistungsüberschüsse für Entwicklungsaufgaben in der Dritten Welt verfügbar zu machen. Die Chance für eine derartige Entwicklung steht derzeit schlecht. Die Situation ist gekennzeichnet von gegenseitig eskalierendem Mißtrauen der Militärblöcke. Die militärstrategisch exponierte Lage der Bundesrepublik und ihr großes wirtschaftliches Potential verstärken das Gewicht deutscher Entscheidungen im militärischen Verbund der NATO und damit deren Auswirkungen auf die weitere Entwicklung der Rüstung in der West-Ost-Konfrontation. So paradox

6) Vieles spricht dafür, daß sich sogar das Kräfteverhältnis militärisch *und* wirtschaftlich gleichförmig verändert, und zwar zuungunsten Großbritanniens gegenüber der Bundesrepublik.

es zunächst erscheinen mag: angesichts sich als Wahrscheinlichkeit abzeichnender weiterer Rüstungseskalation im konventionellen Bereich und bei taktischen Nuklearwaffen muß die Bundesregierung die effektive Rüstungskontrolle und Truppenverminderung in Mitteleuropa mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln anstreben, um mittelfristig die politische und damit auch die militärische Funktionsfähigkeit der NATO in Westeuropa zu sichern. Hierbei wird es notwendig sein, eine Bereitschaft zu Risiken in die Ost-West-Verhandlungen einzubringen, die herrschendem militärischen Kalkül derzeit noch unannehmbar erscheinen mag. Denn – wie im folgenden weiter herausgearbeitet wird – es ist bereits heute absehbar, daß sich die Risiken militärischer Sicherheitspolitik im Rahmen des Nordatlantik-Paktes säkular aus Gründen divergierender wirtschaftlicher Entwicklung und konfliktiver Außenhandelsinteressen der westeuropäischen Mitgliedstaaten drastisch erhöhen werden, wenn es nicht gelingt, die militärischen Aufwendungen des Paktes zu senken, Bedrohungsperzeptionen innerhalb des militärischen Bündnisses zu vermeiden und die industriellen Strukturen stärker zu homogenisieren.

Folgende Voraussetzungen liegen der Argumentation zugrunde: Entspannung und friedliche Koexistenz bleiben aktiv verfolgte Zielsetzung deutscher Außenpolitik; ferner wird unterstellt, daß es ohne erhebliche Beeinträchtigung der parlamentarisch-demokratischen Grundordnungen innerhalb der NATO-Staaten nicht möglich ist, weitere drastische Steigerungen der Militärausgaben zu Lasten der sozialen Infrastruktur und persönlichen Einkommen durchzusetzen. Die möglichen Folgen einer verstärkten „Nuklearisierung" der Kriegsbilder, die die Abgrenzung zum konventionellen Bereich kaum mehr ermöglicht[7]), für die Höhe der militärischen Aufwendungen bleiben gleichfalls unberücksichtigt.

Bereits heute wird in ökonomisch schwächeren Staaten, wie z. B. Italien, sichtbar, daß die gegenwärtige Höhe militärischer Aufwendungen Widersprüche zu den gesellschaftspolitischen Zielsetzungen verstärkt, auf denen sich das militärische Bündnis der NATO gründet. Solange jedoch militärische Stärke zentrales Element, die zweite Säule einer Politik friedlicher Koexistenz bleibt, ist die Wahrscheinlichkeit von Steigerungen der militärischen Aufwendungen gegeben. Da sich das technologische Entwicklungstempo moderner Waffensysteme im wesentlichen aus dem in den USA und der UdSSR eingesetzten Finanzvolumen für militärische Forschung und Entwicklung bestimmt und sich in einer beständigen extremen Steigerung der Rüstungskosten pro Einheit niederschlägt, sind dem militärischen Beitrag der Mitgliedstaaten der NATO zunehmend Grenzen durch die beschränkte Leistungsfähigkeit der jeweiligen Volkswirtschaft gesetzt. Bei Fortschreibung der gegenwärtigen Preisentwicklung für militärische Ausrüstungsgüter ist es nurmehr eine Rechenübung, zu bestimmen, wann kleinere Staaten wie die Niederlande nur noch zwei Teilstreitkräfte, etwa Heer und Luftwaffe *oder* alternativ Marine mit modernem Gerät ausstatten können[8]).

7) Vgl. hierzu SIPRI, Armaments and Disarmament in the Nuclear Age – A Handbook, Stockholm 1976, Kap. 2: The nuclear momentum, S. 61–106, bes. S. 69 ff.

8) In einem politisch integrierten Westeuropa müßte es politische Lösungen innerhalb der NATO für ein derartiges Dilemma geben können, genau daran aber mangelt es in der Europäischen Gemeinschaft. – Unterstellt

Wesentlich bedeutender jedoch für die mittelfristige Funktionsfähigkeit der NATO in Europa dürfte die Projektion der jeweiligen volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Frankreichs, Großbritanniens und der Bundesrepublik sein, da sich daraus u. a. das Volumen des jeweiligen Beitrags zu den konventionellen Streitkräften in Mitteleuropa und somit auch das relative Gewicht der militärischen Potentiale innerhalb des NATO-Pakts bestimmen. In Fortschreibung gegenwärtiger Entwicklungstrends in die 80er Jahre ergibt sich eine Verstärkung wirtschaftlicher Überlegenheit der Bundesrepublik innerhalb der Europäischen Gemeinschaft und damit auch eine Situation, in der die Bundesrepublik ihre militärische Vorrangstellung im konventionellen Bereich weiter ausbauen wird, da sie ihre Militärausgaben absolut und relativ zu anderen Mitgliedstaaten der NATO stärker steigern kann. Diese Entwicklung wird noch zusätzlich dadurch verstärkt, daß England und Frankreich, letzteres in besonderem Maße, ihre militärischen Aufwendungen auf konventionelle *und* nukleare Streitkräfte aufteilen. Ferner sind die Ersatzinvestitionen bei den französischen Streitkräften zugunsten des Abbaus der „force de frappe" über ein Jahrzehnt auf einem Minimum gehalten worden, so daß in den kommenden Jahren ein erheblicher Nachholbedarf bei der Ausstattung der konventionellen Truppen erwartet werden muß[9]). Somit könnte die Bundeswehr in die Situation einer konventionellen Überlegenheit geraten, die besonders für Frankreich, aber auch für andere Mitgliedstaaten der NATO aus in der europäischen Geschichte begründeten Motiven politisch nicht akzeptabel erscheint[10]). Eine derartige Entwicklung in eine politisch-militärische Krise der europäischen NATO-Mitglieder stellt nicht nur die Grundlage der gegenwärtigen Strategie einer Verteidigung im Verbund der NATO in Frage, sondern dürfte darüber hinaus auch auf den Prozeß politischer und ökonomischer Integration in Europa negativ zurückwirken.

Die ökonomischen Interessenlagen westeuropäischer Nationen sind nach wie vor sehr unterschiedlich und drohen sich durch Tendenzen im Rüstungsbereich weiter voneinander zu entfernen. Die seit Beginn dieses Jahrzehnts im-

---

man einmal, daß die Verteidigungsausgaben der europäischen NATO-Staaten zu 30% für investive Zwecke zur Verfügung standen – wahrscheinlich eine optimistische Schätzung – dann ergibt sich folgendes Bild:
30% der gesamten Verteidigungsausgaben im Vergleich zu den Stückkosten großer Waffensysteme in den USA (in Mio. US $)

BRD	3,801	Belgien	546
Frankreich	3,252	NPGMC***)	368
Großbritannien	2,992	Griechenland	309
NPAC*)	1,194	Dänemark	285
Italien	1,167	Norwegen	261
50 Kampfflugzeuge**)	1,500	Portugal	210
Niederlande	882	Luxemburg	5,7
Türkei	651		

*) Nuclear Powered Attack Carriers (3. Schiff im Bau 1976)
**) Ein hochentwickeltes Kampfflugzeug (Systempreis) bis 30 Mio. US $ z. B. MRCA
***) Nuclear Powered Guided Missile Cruizer (5. im Bau befindliches Schiff)
(Rüstungspreise aus Jane's Fighting Ships 1975–76 and Jane's Military Aircraft 1975–76.)

9) Eine nützliche und umfassende Bestandsaufnahme in „L'Economie des Forces", veröff. unter der Federführung von Jean Bernard Pinatel als Heft 5 von „Les Cahiers de la Fondation pour les Etudes de Défense Nationale", Paris 1976.

10) Siehe hierzu den Artikel des früheren gaullistischen Premierministers Michel Debré, Réponse à un Lecteur à „Le Monde", in: „Le Monde" v. 1. 10. 1976. In diesem Artikel warnt Debré vor einer möglichen deutschen wirtschaftlichen und militärischen Übermacht in Europa und vergleicht die gegenwärtige Situation mit dem Jahr 1937.

Pahl-Rugenstein Verlag

5 Köln 51 · Vorgebirgstraße 115 · Telefon 362501

Modernes Antiquariat

Bücher zu stark herabgesetzten Preisen

Abonnenten der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" können die nachfolgend aufgeführten Buchpakete bzw. Einzeltitel zu äußerst günstigen Bedingungen beziehen. Bestellen Sie bitte das (die) gewünschte(n) Buchpaket(e) bzw. Einzeltitel durch Vorüberweisung mittels anhängender Zahlkarte. Bitte vermerken Sie auf der Rückseite des Zahlkarten-Empfängerabschnitts **unbedingt** die **Paket-** oder **A-Nr.** (bei Einzeltiteln).

Die Lieferung der Bücher im Wert über DM 20,– erfolgt **porto- und verpackungsfrei.**

Paket 1
Politik · Sozialwissenschaften
Antiquariatspreis DM 50,–
Früherer Gesamtpreis DM 150,–

Deppe/Klevenhelm/Leisewitz u. a., Soziale Stellung und Bewußtsein der Intelligenz **A 101 6,–**
Opitz, Der deutsche Sozialliberalismus 1917–1933 **A 102 6,–**
Castro, Kampf und Tod Salvador Allendes **A 103 1,20**
Engelhardt/Heise, Der militärisch-industrielle Komplex im heutigen Imperialismus **A 104 8,–**
Matthiessen, Von der Entspannung zur Abrüstung **A 105 2,40**
Casanova/Metzger/Prévost, Intellektuelle und Klassenkämpfe **A 106 5,–**
Matthiessen, Kritik der philosophischen Grundlagen und der gesellschaftspolitischen Entwicklung des Maoismus **A 107 4,–**
Portugal – Bildband (25. April bis 1. Mai 1974) **A 108 4,–**
Autorenkollektiv, Die BRD, Israel und die Palästinenser **A 109 4,–**
Elsner, Die EWG – Herausforderung und Antwort der Gewerkschaften **A 110 4,–**
Granow u. a., Die gegenwärtige Sozialdemokratie. Neue sowjetische Analysen **A 111 4,–**
Autorenkollektiv, Medizin und gesellschaftlicher Fortschritt **A 112 6,–**
Hahn, Theoretische Probleme der marxistischen Soziologie **A 113 6,–**

Postscheckkonto Nr. des Absenders

Empfängerabschnitt

DM | Pf

für Postscheckkonto Nr.
2809 90-503
Absender (mit Postleitzahl) der Zahlkarte bzw. Postüberweisung

DM | Pf | für Postscheckkonto Nr.
2809 90-503

Absender der Zahlkarte

PSchA — Postscheckkonto Nr. des Absenders — Postscheckteilnehmer

Zahlkarte/Postüberweisung

DM | Pf | (DM-Betrag in Buchstaben wiederholen)

Die **stark umrandeten Felder** sind nur auszufüllen, wenn ein **Postscheckkonteinhaber** das Formblatt als **Postüberweisung** verwendet (Erläuterung s. Rückseite)

für **Pahl-Rugenstein Verlag**

in **5 Köln 51**

Postscheckkonto Nr.
2809 90-503
Postscheckamt
Köln

Ausstellungsdatum

Unterschrift

Postvermerk

Für Vermerke des Absenders

Postscheckkonto Nr. des Absenders

Einlieferungsschein/Lastschriftzettel

DM | Pf

für Postscheckkonto Nr. **2809 90-503**
Postscheckamt **Kln**

Pahl-Rugenstein Verlag

in **5 Köln 51**
Vorgebirgstraße 115

Postvermerk

Bitte Eintragungen „Für Mitteilungen an den Empfänger" nicht vergessen. Nach Eingang des Kaufbetrages liefern wir die bestellten Titel umgehend porto- und verpackungsfrei.

Paket 2
Soziologie · Philosophie
Antiquariatspreis DM 58,–
Früherer Gesamtpreis DM 171,40

Hahn, Theoretische Probleme der marxistischen Soziologie **A 201 6,–**
Oppolzer, Entfremdung und Industriearbeit. Die Kategorie der Entfremdung bei Karl Marx **A 202 8,–**
Casanova/Metzger/Prévost, Intellektuelle und Klassenkämpfe **A 203 5,–**
Deppe/Kievenheim/Leisewitz u. a., Soziale Stellung und Bewußtsein der Intelligenz **A 204 6,–**
Portugal – Bildband (25. April bis 1. Mai 1974) **A 205 4,–**
Semjenow, Kapitalismus und Klassen **A 206 8,–**
Engelhardt/Heise, Der militärisch-industrielle Komplex im heutigen Imperialismus **A 207 8,–**
Hörz, Marxistische Philosophie und Naturwissenschaft **A 208 10,–**
Tuchscheerer, Bevor „Das Kapital" entstand. Entwicklungsgeschichte der ökonomischen Theorie von Karl Marx. Einzelbezug nicht möglich
Kuczynski, Wissenschaft und Gesellschaft **A 209 6,–**

Paket 3
Pädagogik · Bildung
Antiquariatspreis DM 48,–
Früherer Gesamtpreis DM 139,60

Suchodolski, Einführung in die marxistische Erziehungstheorie **A 301 5,–**
Petrowski, Allgemeine Psychologie **A 302 8,–**
Hofmann, Allgemeinbildung **A 303 5,–**
Kienitz (Hrsg.), Einheitlichkeit und Differenzierung im Bildungswesen **A 304 8,–**
Lunatscharski, Über die Volksbildung **A 305 5,–**
Neuner, Zur Theorie der sozialistischen Allgemeinbildung **A 306 6,–**
Portugal – Bildband (25. April bis 1. Mai 1974) **A 307 4,–**
Lompscher (Hrsg.), Sowjetische Beiträge zur Lerntheorie. Die Schule P. J. Galperins **A 308 8,–**
Meier, Soziologie des sozialistischen Bildungswesens **A 309 6,50**

Einlieferungsschein/Lastschriftzettel
(nicht zu Mitteilungen an den Empfänger benutzen)

Gebühr für die Zahlkarte: 1,– DM
(wird bei der Einlieferung bar erhoben)

Bei Verwendung als Postüberweisung gebührenfrei

Bedienen Sie sich der Vorteile eines eigenen Postscheckkontos
Auskunft hierüber erteilt jedes Postamt

Feld für postdienstliche Zwecke

Hinweis für Postscheckkontoinhaber:

Dieses Formblatt können Sie auch als Postüberweisung benutzen, wenn Sie die stark umrandeten Felder zusätzlich ausfüllen. Die Wiederholung des Betrages in Buchstaben ist dann nicht erforderlich. Ihren Absender (mit Postleitzahl) brauchen Sie nur auf dem linken Abschnitt anzugeben.

1. Abkürzung für den Namen Ihres Postscheckamts (PScheA) siehe unten
2. Im Feld „Postscheckteilnehmer" genügt Ihre Namensangabe
3. Die Unterschrift muß mit der beim Postscheckamt hinterlegten Unterschriftsprobe übereinstimmen
4. Bei Einsendung an das Postscheckamt bitte den Lastschriftzettel nach hinten umschlagen

Abkürzungen für die Ortsnamen der PScheÄ:

Bln W	= Berlin West	Kln	= Köln
Dtmd	= Dortmund	Lshfn	= Ludwigshafen am Rhein
Esn	= Essen	Mchn	= München
Ffm	= Frankfurt am Main	Nbg	= Nürnberg
Hmb	= Hamburg	Sbr	= Saarbrücken
Han	= Hannover	Stgt	= Stuttgart
Klrh	= Karlsruhe		

Für Mitteilungen an den Empfänger			B Kaufbetrag
Bestell-Nr.	Anzahl	Preis	
Paket 1 50,–			
Paket 2 58,–			
Paket 3 48,–			
A			
A			
A			
A			
A			
Porto (unter 20,–)		+ 1,–	

mer zügelloser gewordene Waffenexportpolitik der wichtigsten Partnerstaaten der Bundesrepublik in der Europäischen Gemeinschaft steht – sieht man einmal von der politisch-moralischen Dimension ab – in scharfem Gegensatz zu den handelspolitischen Interessen der Bundesrepublik[11]). Die überdurchschnittlich vom Export industrieller Fertigwaren abhängige Bundesrepublik ist auf dem Weltmarkt bei industriellen Ausrüstungsgütern besonders wettbewerbsfähig und muß daher ein Interesse haben, daß sich die Nachfrage nach Produkten der Maschinenbaubranche etwa besonders in den Entwicklungsländern erweitert. Dem stehen die massiv gestiegenen Rüstungsaufwendungen in zahlreichen Entwicklungsländern entgegen. Da bei einem Scheitern der gegenwärtigen Ost-West-Verhandlungen über Truppenreduzierungen und Rüstungskontrollen mit steigenden finanziellen Belastungen durch Rüstung innerhalb der NATO gerechnet werden muß, droht sich der handelspolitische Gegensatz zwischen der Bundesrepublik einerseits und Großbritannien und Frankreich andererseits zu verschärfen. Denn letztere werden bei der gegebenen Strukturschwäche ihres jeweiligen industriellen Potentials verstärkt Anstrengungen unternehmen, die Finanzmasse für steigende Militäretats aus den Handelsgewinnen durch Rüstungsexporte zu finanzieren.

Da zusätzlich Importabhängigkeit von Rohstoffen z. B. im deutsch-französischen Vergleich zugunsten der Bundesrepublik ausfällt, ist es bei der gegebenen unterschiedlichen Ausgangslage erklärlich, daß Frankreich in besonderem Maße in der Folge der sogenannten Ölkrise systematisch den Versuch unternommen hat, durch bilaterale Handelsabkommen 1. die Rohstoffversorgung zu sichern und 2. durch das Angebot von Waffenlieferungen eine Erweiterung der Auslandsmärkte zur Finanzierung der gestiegenen Importpreise vor allem für Erdöl zu erreichen. D. h. aber auch, daß der Abbau der zivil-militärischen Produktkonkurrenz zwischen der Bundesrepublik und Frankreich z. B. nur dann möglich ist, wenn es zu einer weitgehenden Homogenisierung des Wirtschaftsraums der Europäischen Gemeinschaft kommt. Dies setzt eine Verbesserung der Leistungsfähigkeit der britischen und französischen Industrie in zivilen Wachstumssektoren besonders der Investitionsgüterindustrie voraus. Strukturelle Angleichungen und komplementäre Spezialisierungen sind eine Voraussetzung für einen kontinuierlichen Integrationsprozeß der Europäischen Gemeinschaft.

In dieser Situation von Frankreich zu verlangen, auf einen wichtigen Bereich des Exports, nämlich den Rüstungsbereich, zu verzichten, käme einer grundlegenden Änderung der französischen Außenhandelspolitik gleich. Einen Ersatz für den Rüstungsexport gibt es kurzfristig nicht. Bei Beibehaltung des Grundsatzes restriktiver Rüstungsexportpolitik der Bundesrepublik stößt die gemeinsame Entwicklung und Produktion von Waffensystemen im europäischen Verbund hier auf ihre Grenzen, wenngleich der Konflikt noch nicht endgültig ausgetragen wurde, da seit Beginn des neuerlichen Exportbooms nur wenige gemeinsam entwickelte Waffensysteme in die Produktions- und

11) Vgl. Teil III.

damit Exportphase getreten sind[12]). Das gegenwärtig geübte Schweigen der Bundesregierung bezüglich grundlegender deutscher Kritik an der französischen oder auch britischen Waffenexportpolitik in die Dritte Welt mag kurzfristig bequem sein oder aufgrund gemeinsam betriebener Rüstungsprojekte geboten erscheinen, längerfristig jedoch führt es zu kaum mehr überwindbaren Gegensätzen und Gefahren, die wahrscheinlich sogar den Bestand der Europäischen Gemeinschaft gefährden können. Denn entweder zieht sich die Bundesrepublik aus militärischen Gemeinschaftsprojekten zurück – damit würde es für Frankreich und England sehr viel schwieriger, technologisch und preislich konkurrenzfähige Waffensysteme in Konkurrenz zu den USA für den Export zu entwickeln –, oder aber sie gibt die Grundsätze zur Rüstungsexportpolitik auf und versucht, unter ungünstigen Bedingungen als Nachzügler Anteile am Weltrüstungsmarkt zu gewinnen. Im ersten Falle wären Frankreich und England immer stärker abhängig von florierenden Rüstungsexportmärkten, eine gefährliche Variante, denn die Rüstungsnachfrage ist großen Schwankungen unterworfen. Im zweiten Falle steht zu erwarten, daß die Bundesregierung eine weltwirtschaftliche Entwicklung befördert, die für sie aufgrund ihrer überdurchschnittlichen Abhängigkeit von zivilen Exportmärkten mittelfristig besonders nachteilig ist[13]).

Die Elemente der hier aufgezeigten Konfliktlinien in Westeuropa unterminieren die Grundlage der NATO, nämlich gemeinsame Interessen der beteiligten Staaten, und damit wäre auch eine wichtige Voraussetzung der gegenwärtigen Konzeption der militärischen Verteidigung der Bundesrepublik infrage gestellt. Es muß als Indiz einer gefährlichen Tendenz betrachtet werden, daß in der amerikanischen Diskussion zukünftiger Szenarios die militärisch-ökonomische Dominanz Europas durch die Bundesrepublik bereits als vorauszusetzender „Tatbestand" auftaucht.

In einem „Resource Control Strategy" überschriebenen Artikel in der Zeitschrift „National Defense" schreibt der Vizepräsident des U.S. Industrial Council: „. . . es gibt ein zunehmendes Bewußtsein von der Notwendigkeit enger Verbindungen innerhalb einer neuen Gruppierung von Mächten, die sowohl Ressourcen als auch industrielle und landwirtschaftliche Entwicklung aufweisen. Für die USA umfaßt die Schlüsselgruppe solcher Länder beispielsweise Kanada, Japan, Iran, Saudi-Arabien, Australien, Südafrika, Brasilien und Westdeutschland. Dies sind die Kraftquellen der nächsten Generation."

„Als die NATO gegründet wurde, hatte Südeuropa große Bedeutung für die nationalen Ziele der USA. Darüberhinaus waren die Unterschiede zwischen den westeuropäischen Staaten damals nicht so erheblich wie heute. 1950 war Großbritannien eine Weltmacht. Heute ist Großbritannien ein Schatten seiner selbst, und Westdeutschland bildet heute das Hauptbollwerk in Europa gegen den Sowjetimperialismus.

12) Ausnahmen bilden das deutsch-französische Raketensystem „Roland", das bereits u. a. nach Brasilien geliefert wurde, und die Panzerabwehrraketen Milan und HOT.
13) Siehe hierzu Teil II.

In den 80er Jahren wird es wahrscheinlich zu einer Finnlandisierung Südeuropas kommen . . ., woraus die Notwendigkeit folgt, Westdeutschlands Position abzustützen."

„Weltweit wird die neue Konstellation der Staaten der Ersten Welt – USA, Kanada, Japan, Australien, Südafrika, Brasilien und Westdeutschland – einen enormen Bedarf an starken Seestreitkräften zur Sicherung des Nachschubs an strategischen Materialien entwickeln . . ." [14])

Die hier porträtierte Allianz der 80er Jahre zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik läßt offen, ob Frankreich in den Prozeß der „Finnlandisierung" einbezogen ist oder nicht, in jedem Falle wird der Bundesrepublik eine ökonomisch-politische Rolle zugeordnet, die für die gegenwärtige Bundesregierung nicht akzeptabel sein kann und definitiv das Ende eines europäischen Integrationsprozesses bedeutet.

Die zwar latenten, aber gefährlich konfliktiven Entwicklungen innerhalb Westeuropas gebieten im Bereich rüstungsindustrieller Kooperationen und Integration, den politisch-ökonomischen Zwang zu mindern, dem sich Frankreich, Großbritannien und Italien ausgesetzt glauben. Zwei Schritte erscheinen vor allem notwendig, um die eigentliche Ursache, die in der jeweiligen Industriestruktur begründete gegenüber der Bundesrepublik verminderte Konkurrenz- und Leistungsfähigkeit der anderen Volkswirtschaften in der Europäischen Gemeinschaft zu überwinden: 1. Begrenzung und Abbau der Höhe militärischer Aufwendungen durch Kontroll- und Truppenreduzierungsabkommen zwischen NATO und WVO. Mit den freiwerdenden Mitteln ließen sich Verbesserungen der sozialen und ökonomischen Infrastruktur mit dem Ziel stärkerer Angleichung innerhalb der EG durchführen. 2. Stopp der Rüstungsexporte aus der Bundesrepublik und Abbau der Rüstungsexporte in Länder der Dritten Welt aus Frankreich und Großbritannien bei gleichzeitigen Kompensationsleistungen durch die Bundesrepublik zur Durchführung struktureller Anpassung und Konversion auf zivile Produkte eines Teils der französischen und britischen Rüstungsindustrie. Durch Verzicht auf eigene Rüstungsproduktion in Teilbereichen und verstärkte Rüstungsbeschaffung aus den EG-Staaten durch die Bundesrepublik in einer Übergangsphase würde ein derartiges Programm der Homogenisierung und komplementären Arbeitsteilung der europäischen Industriestruktur wesentlich erleichtern [15]).

III. Volkswirtschaftliche Aspekte der westeuropäischen Verflechtung im Rüstungssektor in ihren Auswirkungen für die Bundesrepublik

Die Tendenz in der westeuropäischen Industrie, einschließlich des Rüstungssektors, Strukturprobleme durch forcierten Export zu vertagen, integriert bei

14) Anthony Harrigan, Resource Control Strategy, in: „National Defense", March–April 1976, S. 350–352.
15) Die in jüngster Zeit diskutierte stärker transatlantische Kooperation bei der Rüstungsproduktion (Stichwort: „Zweibahnstraße") berührt das strukturelle Problem rüstungsindustrieller Überkapazitäten, geringere Konkurrenzfähigkeit und konkurrierender ziviler und militärischer Exportinteressen zwischen den einzelnen EG-Staaten in keiner Weise. Zum Konzept der verstärkten transatlantischen Kooperation siehe Thomas A. Callaghan, U.S.-European Economic Cooperation in Military and Civil Technology, Georgetown University, September 1975.

dem gegebenen Stand der Produktionsverflechtung und der Vielzahl transnationaler Rüstungsprogramme[16]) in immer stärkerem Maße die Bundesrepublik in das internationale Rüstungstransfersystem. Diese Entwicklung hebt faktisch deutsche Exportrestriktionen zum Teil auf und drängt die Bundesrepublik über kurz oder lang auch aktiv in das Rüstungsexportgeschäft mit der Dritten Welt. Es ist daher notwendig, die Konsequenzen einer solchen Entwicklung für die Wirtschaft der Bundesrepublik zu untersuchen, bevor sie vollzogen ist, ohne daß in einem politischen Entscheidungsprozeß das Für und Wider abgewogen worden wäre.

1. Rüstungsproduktion und Wirtschaftswachstum

„Das Wirtschaftswachstum einer hochindustrialisierten und stark arbeitsteiligen Volkswirtschaft – wie die der Bundesrepublik Deutschland – basiert in besonderem Maße auf dem eigenen technischen Fortschritt und ihrer Wettbewerbsposition in der Welt. Die Forderung der Streitkräfte nach überlegenem Gerät fördert die Suche nach modernster Technologie; Rüstungsgüter sind in der Regel Produkte der Spitzentechnologie. Durch Übermittlung und Umsetzung von ‚Know-how' aus dem Rüstungssektor in die private Wirtschaft kann das Wirtschaftswachstum der Volkswirtschaft entscheidende Impulse erhalten, die internationale Wettbewerbspositon entscheidend verbessert werden."[17])

Diese Aussage des ranghöchsten Beamten im Bundesverteidigungsministerium, der inzwischen als Geschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie tätig ist, über den Zusammenhang von Rüstungsforschung und Wirtschaftswachstum gehört zum oft wiederholten public-relations-Repertoire der Rüstungsindustrie. Allerdings gibt es zahlreiche Indizien dafür, daß die behauptete Verbesserung der Wettbewerbsposition durch Umsetzung von „Know-how" aus dem Rüstungssektor nicht zutrifft[18]). Der österreichische Nationalökonom Kurt Rothschild kommt zu dem Ergebnis, daß hohe Rüstungsaufwendungen in den führenden OECD-Ländern das Wirtschaftswachstum beeinträchtigt haben[19]). Seine Hypothese basiert auf der Theorie des „export-ledgrowth" (Theorie des vom Export abhängigen Wachstums), die von einer positiven Korrelation zwischen Export und allgemeinem Wirtschaftswachstum ausgeht. In dieser Anwendung besagt sie, daß hohe Rü-

16) Vgl. P. Schlotter, Die Bundesrepublik Deutschland und die militärische Integration Westeuropas, in: „Beiträge zur Konfliktforschung", 2/1976, S. 35–54, der die Interessen der Rüstungsindustrie, der staatlichen Administration und des Militärs an einer „westeuropäischen Rüstungsintegration" und deren Folgeprobleme untersucht. Dazu auch die Kritik von A. Mechtersheimer im gleichen Heft, S. 55–70. Ferner vgl. U. Albrecht, Transnationale Rüstungskonzerne in Westeuropa, in: „Leviathan", 1/1974. Soweit Exporte in Entwicklungsländer betroffen sind, siehe P. Lock und H. Wulf, Deutsche Rüstungsexporte trotz Beschränkungen: Folgen für die Bundesrepublik und die Dritte Welt, in: „Friedensanalysen für Theorie und Praxis", Nr. 3, Frankfurt/M. 1976, S. 83–100.

17) Siegfried Mann, Bedeutung der Wirtschaft für die äußere Sicherheit und Sicherheitspolitik, in: „Wehrkunde", 4/1976, S. 170.

18) Vgl. Gerhard Bräunling, Rüstung und technologische Entwicklung, unveröff., erscheint in: Studiengruppe Militärpolitik, Materialien für eine alternative Militärpolitik, Anti-Weißbuch II, Reinbek (im Erscheinen). – Siehe auch B. Udis, Adjustment of High Technology Organizations to Reduced Military Spending: The Western European Experience. Boulder/Colorado, October 1975, insbes. Section VI. A. zum „spin off", S. 413–443.

19) Vgl. Kurt Rothschild, Military Expenditure, Exports and Growth, in: „Kyklos", Vol. XXVI, 1973-Fsc. 4, S. 804–814.

stungsaufwendungen in einzelnen Ländern deren Angebotsfähigkeit auf dem Maschinen- und Verkehrsmittelsektor auf den Exportmärkten beeinträchtigt haben. Da aber gerade diese Sektoren in der Nachkriegsperiode weit rascher im Welthandel expandiert haben als andere Sektoren, bietet sich hier eine mögliche Erklärung unterschiedlich raschen Wirtschaftswachstums in sonst vergleichbaren Industrienationen an.

Betrachtet man zunächst unabhängig von diesen Überlegungen das Wirtschaftswachstum der Bundesrepublik und den Aufstieg zu einer führenden exportorientierten Wirtschaftsmacht, so findet sich kein Hinweis, der die Behauptung positiver Anstoßeffekte durch eine entwickelte Rüstungsindustrie bestätigen könnte. Eher läßt sich umgekehrt im Sinne der Rothschild'schen These argumentieren, daß z. B. England wegen seiner entwickelten und technologisch lange in einigen Bereichen führenden Rüstungsindustrie im Vergleich zur Bundesrepublik, deren Rüstungsindustrie erst in den 60er Jahren voll ins Laufen kam, nur niedrige Wachstumsraten aufzuweisen hat, weil die entwickelte Rüstungsindustrie keine positiven Anstöße für die zivilen Bereiche brachte und zudem die Konkurrenzfähigkeit ziviler Industrien beeinträchtigte. Auch Japan, dessen Rüstungsausgaben gemessen am NATO-Niveau sehr niedrig waren, erfüllt deutlich die Bedingungen der Rothschild'schen Erklärung für unterschiedliche Wachstumsraten in den führenden Industrieländern. Die Entwicklung der volkswirtschaftlichen Wachstumsraten in den anderen wichtigen OECD-Ländern ist gleichfalls mit der von Rothschild formulierten Hypothese verträglich[20]). Obwohl eine derartige vergleichende statistische Untersuchung nur begrenzten Aussagewert hat, bietet sie jedoch genügend Anlaß, jenem breiten Sepktrum sozialwissenschaftlicher Literatur kritisch gegenüberzutreten, in dem positive Wachstumseffekte für die gesamte Volkswirtschaft durch eine entwickelte Rüstungsindustrie behauptet werden[21]).

Untersucht man z. B. die Luftrüstungsindustrie in der Bundesrepublik unter dem Aspekt ihres Beitrags zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik im Welthandel, so gelingt es nicht, den volkswirtschaftlichen Nutzen massiver staatlicher Forschungssubventionen für diesen Industriezweig für einen Zeitraum von beinahe zwanzig Jahren[22]) zu beschreiben und schon gar nicht zu quantifizieren.

Der Luftfahrtindustrie ist es gelungen, sich umfängliche staatliche Mittel für Forschung und Entwicklung immer neuer Kampfflugzeuge zu sichern, die das

20) Auch die Analyse der Rüstungsproduktionskapazitäten und der Wachstumsraten in RGW-Ländern scheint dieser These nicht zu widersprechen.

21) Siehe v. a.: Emile Benoit, Defense and Economic Growth in Developing Countries, Lexington 1973; sowie Gavin Kennedy, The Military in the Third World, London 1974.

22) Vgl. hierzu Ulrich Albrecht, Prioritäten in der Rüstungsforschung, in: Wissenschaftspolitik – von wem, für wen, wie? Prioritäten in der Forschungsplanung, hrsg. v. Wolfgang Pohrt, München 1974, S. 118–143. – Im Jahre 1971 waren 75% der F&E-Aufwendungen im Luftfahrzeugbau staatliche Subventionen, nämlich 970 Mio. DM von 1303 Mio. DM F&E-Aufwendungen. Die wichtigsten Exportbranchen der Bundesrepublik – Maschinenbau, Straßenfahrzeuge und Chemie zusammengenommen –, die im gleichen Jahr die Hälfte der gesamten deutschen Warenausfuhr auf sich vereinten, erhielten lediglich 185 Mio. DM Forschungssubventionen. Der Beitrag der Luftfahrzeugindustrie zum Export erreichte in den Jahren 1971–1975 jeweils nur 3–4% . Errechnet nach: Volker Hauff/Fritz W. Scharpf, Modernisierung der Volkswirtschaft, Technologiepolitik als Strukturpolitik, Frankfurt/M. 1975, S. 70; und: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, „Wochenbericht" 23/1975 v. 5. 6. 1975, S. 180, und Nr. 22/1976 v. 3. 6. 1976, S. 219.

Prototypenstadium niemals überschritten haben[23]). Es dürfte in jedem Fall wirkungsvoller sein, durch unmittelbare Forschungsförderung von Zukunftstechnologien die Wettbewerbsposition der verarbeitenden Industrie der Bundesrepublik auf dem Weltmarkt zu fördern, als auf Nebenprodukte militärischer Forschung zu hoffen.

2. Strukturpolitik und Wettbewerbsfähigkeit

Der wirtschaftliche Aufstieg der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg ist ganz wesentlich von den Exporterfolgen einiger Industriezweige geprägt, die im Wettbewerb mit Anbietern aus anderen Industrienationen zum Teil sehr hohe Weltmarktanteile erzielen konnten. In einigen Sparten des Werkzeugmaschinenbaus beliefert die deutsche Industrie sogar bis zu 80% des Weltmarkts[24]). Die gegenwärtige, bislang schwerste weltwirtschaftliche Rezession nach dem Zweiten Weltkrieg hat einzelne der im Export besonders erfolgreichen Industriezweige in der Bundesrepublik unterschiedlich getroffen. Zwar mußten der Maschinenbausektor und die Werkzeugmaschinenbranche auch Einbußen hinnehmen, sie konnten jedoch ihren Anteil an der gesamten Waren- und Dienstleistungsausfuhr halten und der Maschinenbau konnte im Jahre 1975 seinen Anteil sogar erhöhen. Er steht mit nunmehr 46 Mrd. DM (17,6% der Gesamtausfuhr) an erster Stelle der Exportbranchen. Die Auslandsnachfrage nach Investitionsgütern ist für die konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik von entscheidender Bedeutung. Im Jahre 1975 gingen 24% des Gesamtumsatzes der Industrie ins Ausland, bei der Investitionsgüterindustrie lag der Prozentsatz bei 34,5%[25]).

Die Entwicklung zukünftiger Industriestrukturen und damit die Rolle der Bundesrepublik im System weltwirtschaftlicher Arbeitsteilung muß angesichts der nach wie vor hohen Arbeitslosenzahlen, die selbst bei günstiger Konjunkturentwicklung nur sehr langsam abgebaut werden können, verstärkt unter beschäftigungspolitischen Gesichtspunkten gesehen werden. Die Erhaltung und der Ausbau der Wettbewerbsposition der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt sind bei strukturpolitischen Überlegungen von besonderer Wichtigkeit, da die gesamte Wirtschaft der BRD mit rund einem Viertel ihres Umsatzes und rund einem Fünftel der Erwerbstätigenzahl direkt oder indirekt vom Export abhängig ist. Diese hohe Exportquote wird von keiner anderen großen Industrienation erreicht. Dieser Exportanteil, der vor allem von der verarbeitenden Industrie getragen wird, bedeutet zugleich Abhängigkeit von der Aufnahmefähigkeit der ausländischen Märkte und deren Wachstum für die Produkte jener Branchen, die ihren Wettbewerbsvorteil gegenüber konkurrierenden Anbietern halten und ausbauen können.

---

23) Vgl. Ohlsen, Die Milliarden-Pleiten, in: „Flugrevue und Flugwelt international", 1974, S. 25–36; Schlotter, a.a.O.; Schulte-Hillen, Analyse der Politik der Bundesregierung und ihre Erfahrungen auf dem Gebiet von Luft- und Raumfahrt, Arbeitsunterlage der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Köln 1974. Übereinstimmend wird belegt, daß in den 60er Jahren sogar Entwicklungsaufträge von der Regierung finanziert wurden, für die keine militärischen Anforderungen vorlagen.
24) Vgl. UNIDO, The Machine Tool Industry, New York 1974.
25) Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, „Wochenbericht", 22/1976, S. 218–224. Abhängigkeit der Wirtschaftszweige in der Bundesrepublik Deutschland von der Ausfuhr in den Jahren 1972–1975.

Parallel mit der steigenden Abhängigkeit des Beschäftigungsniveaus vom Export ist eine überproportionale Steigerung des Anteils der Investitionsgüter am Gesamtexport zu beobachten. Nach Einschätzung des Hamburger Weltwirtschaftsarchivs gilt dieser Trend für den Welthandel allgemein[26]), woraus abgeleitet werden kann, daß Strukturpolitik auf die Wettbewerbsfähigkeit der Investitionsgüterindustrie der Bundesrepublik ausgerichtet werden sollte. Standortvorteile sind für die deutsche Industrie im Bereich des Maschinenbaus sehr viel stärker ausgeprägt, als etwa in den derzeit ebenfalls für den Export sehr wichtigen Branchen der Stahlerzeugung und Großchemie[27]).

Eine auf Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit in diesen Bereichen abzielende Strukturpolitik muß durch eine Außen- und Außenwirtschaftspolitik ergänzt werden, die darauf abzielt, erstens den Zugang zu ausländischen Märkten für deutsche Investitionsgüter zu erhalten, und zweitens dazu beiträgt, Voraussetzungen für eine kontinuierliche Erweiterung von Absatzmärkten im Ausland zu sorgen. An diesem Punkt der Überlegungen berühren sich Strukturpolitik und das Problem der Rüstungsexporte in die Dritte Welt. Gleichzeitig wird auch die Bedeutung eines kontinuierlichen Ausbaus der Handelsbeziehungen mit den Ländern des RGW und der VR China für die westdeutsche Investitionsgüterindustrie deutlich.

3. *Arbeitslosigkeit durch Rüstungsboom*

Zunächst scheint unter den Ökonomen Einigkeit darüber zu bestehen, daß die Chancen der führenden Industrienationen gering sind, innerhalb der OECD die relativen Außenhandelspositionen zueinander entscheidend zu verändern. Somit sind die Spielräume für die notwendige langfristige Markterweiterung nur im Handel mit den sozialistischen Ländern und der Dritten Welt gegeben. Die Entwicklung des Außenhandels der Staaten der Dritten Welt mit den Industrienationen wird entscheidend davon abhängen, in welchem Maße die Entwicklungsländer in der Lage sind, ihre Produktionsstruktur zu verbessern. Nur bei Vorhandensein ausreichender investiver Kapazität wird es gelingen, einen kontinuierlichen, den Bedürfnissen dieser Länder entsprechenden Industrialisierungsprozeß einzuleiten. Daß ein solcher Industrialisierungsprozeß mit steigender Nachfrage nach Investitionsgütern, die über lange Zeit nur aus den hochindustrialisierten Ländern geliefert werden können, verbunden sein wird, dürfte außer Zweifel stehen[28]). Bei der hervorragenden Stellung, die die Bundesrepublik derzeit in diesem Bereich im Vergleich zu konkurrierenden Industrienationen innehat, ergibt sich, daß sie in besonderer Weise an einem kontinuierlichen und umfassenden Entwicklungsprozeß in der Dritten Welt, der breite Industrialisierung einschließt, interessiert sein muß. Dieses Argument wird keineswegs dadurch entwertet, daß nach wie vor der Löwenanteil des deutschen Exports in Industrieländer

26) Vgl. Hajo Hasenpflug, Wirtschaft im Umbruch, in: „Wirtschaftsdienst", 1975/II, S. 74–78.
27) Vgl. zahlreiche Untersuchungen von Industriebranchen durch das Kieler Institut für Weltwirtschaft, in: „Die Weltwirtschaft", 1/1975.
28) Es muß an dieser Stelle betont werden, daß die Argumentation Folgen eines solchen außenwirtschaftlichen Konzeptes für die Entwicklung in der Dritten Welt und alternative Entwicklungswege völlig außer acht läßt.

geht; denn die wirtschaftliche Entwicklung ist unter den gegenwärtigen Prämissen von Wachstum und Erweiterung der Auslandsmärkte abhängig.

Betrachtet man die Folgen des seit Beginn dieses Jahrzehnts beschleunigten Aufrüstungsprozesses in der Dritten Welt im Hinblick auf die Entwicklung des Welthandels, so kann man feststellen, daß in dem Maße, in dem knappe Ressourcen der Entwicklungsländer unproduktiv im Rüstungs- und Militärbereich absorbiert werden und damit eine umfassende Entwicklung erschwert wird, deutsche Exportinteressen besonders beeinträchtigt werden. Der Schwerpunkt deutscher Exporte auch gegenüber den Entwicklungsländern liegt im Investitionsgüterbereich. Die USA, aber auch Frankreich hingegen liefern in beachtlichem Umfange Nahrungsmittel in die Dritte Welt, während Japan auf den Export hochwertiger Gebrauchsgüter und Transportmittel spezialisiert ist. Daher würden die USA und Frankreich selbst noch von einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in der Dritten Welt partiell profitieren, denn in einem solchen Falle würden die Nahrungsmittel und besonders die Getreideimporte der Entwicklungsländer steigen[29]).

Die kumulative Wirkung unproduktiver Absorption knapper Mittel durch Rüstung, die mit Hilfe staatlicher Verkaufsagenturen und großzügigen Krediten vor allem von den USA, Frankreich, aber auch kleineren Staaten[30]) in die Dritte Welt hineingepreßt wird[31]), stellt eine sich über Zeit verstärkende Beeinträchtigung der Außenhandelsposition der Bundesrepublik gegenüber der Dritten Welt dar. Sie kann auch nicht – und das ist wichtig festzuhalten – durch eine Beteiligung der Bundesrepublik am Rüstungsexport in diese Länder beseitigt werden. Denn die Wirkung deutscher Rüstungsexporte wäre einzig eine Verschärfung einer für die Bundesrepublik generell negativen Tendenz im Welthandel, die es mit allen Mitteln umzukehren gilt. Die Tatsache, daß sich der Welthandel in nahezu allen Bereichen in der gegenwärtigen Rezession schlecht entwickelt hat und einzig der Rüstungshandel jährlich neue Rekordergebnisse vermelden kann, deutet auf die Entwicklung von Strukturen hin, die sich derzeit bereits am Beispiel des chilenischen Regimes abzeichnen: Die Rolle der Länder der Dritten Welt in der Weltwirtschaft ist zunehmend darauf beschränkt, mineralische und sonstige Ressourcen gegen Rüstungsüger und Nahrungsmittel zu tauschen. Eine Struktur, die weder politisch, noch ökonomisch für die Bundesrepublik akzeptabel sein kann.

4. Marktzugang durch Rüstungsexporte

Die Rüstungslobby begründet ihre Forderung an die Bundesregierung, die Rüstungsexporte freizugeben, u. a. damit, daß der deutschen Wirtschaft zahl-

29) In der französischen Militärzeitschrift „Défense Nationale" wurde in einem Artikel sogar propagiert, die landwirtschaftliche Anbaufläche in Frankreich zu erweitern, um aus der zu erwartenden Nachfrage aus der Dritten Welt nach Nahrungsmitteln größten nationalen Nutzen ziehen zu können. – Vgl. Marcel Mazoyer, Pénurie alimentaire et développement de la production agricole, in: „Défense Nationale", Oktober 1975, S. 93–102.

30) Es wird geschätzt, daß im amerikanischen Pentagon etwa 3000 Bedienstete mit der Abwicklung von Rüstungsexporten beschäftigt sind. Vgl. „Le Monde" v. 23/24. 11. 1975, S. 6. Das institutionelle Geflecht französischer Exporthilfe ist erläutert in F. Sirjacques, Determinanten der französischen Rüstungspolitik, „Frankfurter Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung", Frankfurt/M. 1977. Zu den kleineren Industrienationen mit erheblichen Steigerungsraten beim Rüstungsexport gehören die Schweiz und Schweden.

31) Die Wirkung wird noch verstärkt, da regionale Konfrontationen in der Dritten Welt immer stärker die Einbeziehung der Sowjetunkon und Chinas als alternative Rüstungslieferanten implizieren.

reiche Auslandsaufträge dadurch verloren gingen, daß ausländische Interessenten auch ihre zivilen Order dort aufgeben würden, wo die Bereitschaft zur Lieferung von Waffen vorhanden sei[32]). Gelegentlich wird sogar behauptet, daß die Industrienationen gar einer Erpressung seitens der rüstungsbeschaffenden Staaten der Dritten Welt ausgesetzt seien; zivile Aufträge würden nur vergeben, wenn auch die militärische Nachfrage befriedigt würde. Selbstverständlich ist es denkbar, daß derartige Koppelgeschäfte abgeschlossen werden, jedoch kann die Initiative hierzu nicht nur von den Käuferländern, sondern ebenso von bestimmten Lieferländern ergriffen werden, die sich durch ein solches Junktim Vorteile für die eigene Industrie erhoffen. Gegenwärtig gibt es keine Anzeichen für derartige Wettbewerbsverzerrungen auf dem Weltmarkt. Sollte es allerdings dazu kommen, daß der Welthandel durch derartig restriktive Konditionen bestimmt wird, dann wäre mit Sicherheit eine qualitativ neue Stufe des allgemeinen Wettrüstens und eine erhebliche Beeinträchtigung der bundesrepublikanischen Wettbewerbsposition auf dem Weltmarkt eingetreten.

Bislang ist kein Fall bekannt geworden, bei dem die deutsche Industrie mit der Forderung nach einem Koppelgeschäft konfrontiert war. Die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Iran (dem weitaus größten Waffenimporteur der letzten Jahre) und der Bundesrepublik ist ein gutes Beispiel: Bekanntlich hatte es die Bundesregierung abgelehnt, dem Iran 1000 Leopard I-Panzer zu liefern. Großbritannien sprang ein und exportierte den Chieftain-Panzer. Dennoch ist es der Industrie der Bundesrepublik im Gegensatz zur britischen und französischen gelungen, in erheblichem Maße Zuschläge für zivile Großprojekte im Iran zu erhalten. Der Eindruck, daß die deutschen Exportchancen durch eine restriktive Waffenexportpolitik in keiner Weise beeinträchtigt werden, verstärkt sich noch nach der jüngsten Korrektur der Ausgabenplanung im Iran[33]), die u. a. dazu geführt hat, daß einige französische Investitionsvorhaben für längere Zeit zurückgestellt wurden, während diejenigen Projekte, an denen die deutsche Industrie wesentlich beteiligt war, beschleunigt durchgezogen werden.

5. Sicherung außenwirtschaftlicher Stabilität ohne militärisches Drohpotential

Für den Außenhandel der Bundesrepublik ergibt sich als klare Option, mit allen diplomatisch gebotenen Mitteln, für eine Dämpfung und schließlich den Abbau der gegenwärtigen Rüstungseskalation in der Dritten Welt einzutreten. Dies bedeutet auch, vorhandene Rüstungsproduktionskapazitäten in Westeuropa einzuschränken. Eine derartige politische Strategie setzt voraus, daß man darauf verzichtet, Länder der Dritten Welt militärisch zu bedrohen[34]), d. h. darauf verzichtet, eine übermächtige Interventionskapazität auf-

32) Vgl. Erich Schneider, Wehrtechnik als Schrittmacher des Exports, in: „Wehrtechnik", 10/1975, S. 492.
33) Die notwendig gewordene einschneidende Revision der Entwicklungsplanung im Iran ist auf geometrisch anwachsende Rüstungsausgaben zurückzuführen. Zur Rüstung im Iran siehe: Albrecht/Ernst/Lock/Wulf, Rüstung und Unterentwicklung, Kap. II, S. 74–99, Reinbek 1976.
34) Die Bundesmarine wird mit der neuen Fregattenbaureihe über Schiffseinheiten verfügen, die geeignet sind, solche Missionen zu erfüllen. In der offiziösen Zeitschrift „Marineforum", 1–2/1975, S. 7–13, werden von J. Reschke (Fregattenkapitän) entsprechende Überlegungen angestellt. Siehe den Artikel „Die seestrategische Situation im Südatlantik".

rechtzuerhalten. In diesem Zusammenhang betrachtet, muß das Weißbuch 1975/76[35]) bei einem unbefangenen Leser aus der Dritten Welt den Eindruck erwecken, als bestünde für die Bundesrepublik ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen dem militärischen Potential und der Sicherstellung der Rohstoffversorgung aus der Dritten Welt. Angesichts der zunehmenden Verbreitung von weitreichenden Flugkörpern mit Zielsuchkopf bei den Kriegsmarinen in aller Welt wäre es fahrlässig, in der Öffentlichkeit den Eindruck entstehen zu lassen, als könnten die Industrienationen ihre Rohstoffversorgung aus der Dritten Welt mit Hilfe einer umfassenden und verstärkten Kontrolle der Weltmeere sichern. Vielmehr wird gerade die rohstoff- und exportabhängige Bundesrepublik im eigenen Interesse darauf angewiesen sein, im beiderseitigen Interesse einen politischen Ausgleich mit den Staaten der Dritten Welt zu finden[36]).

Entscheidungen über eine „Liberalisierung" der Rüstungsexporte können sich nicht an der Auslastung der Kapazitäten in der Rüstungsbranche orientieren, sondern müssen zumindest an der mittelfristigen Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft ausgerichtet sein. Dies erfordert die Einordnung der Interessen dieses Industriezweiges in eine Strukturpolitik, die unverzichtbare Voraussetzung zur Sicherung des Beschäftigungsniveaus in der Bundesrepublik geworden ist. Strukturpolitische Überlegungen sprechen eindeutig gegen deutsche Rüstungsexporte, auch wenn dadurch auf erzielbare kurzfristige Steigerungen des Außenhandels verzichtet wird.

Die Beispiele der Rüstungsindustrie in England und Frankreich zeigen, daß einmal vorhandene Kapazitäten nicht abgebaut werden, sondern durch massive staatliche Subventionen und Exportförderungsmaßnahmen aufrechterhalten werden. Die Regierung wird so aus beschäftigungspolitischen Gründen zum Sklaven der Rüstungsindustrie, selbst wenn sie verstaatlicht ist[37]). Massenentlassungen, Subvention oder Steigerung der Rüstungsbeschaffung aus beschäftigungspolitischen Überlegungen – einem derartigen Dilemma sollte die Bundesregierung in Zukunft vorbeugen. Dieser Entschluß sollte nicht schwerfallen, weil eine zielstrebige Politik zur Beschränkung des Rüstungshandels die Verbesserung der mittelfristigen Exportchancen und damit die Sicherung von Arbeitsplätzen in der deutschen Industrie einschließt.

Ziel der Ausführungen war es, die in der Fortschreibung gegenwärtiger Entwicklungslinien in Westeuropa begründete Gefahr für die europäische Zusammenarbeit und damit auch für die Grundlagen der militärischen Sicher-

35) Ziff. 69–82, „Machtpotentiale, Energie und Rohstoffe".
36) Die Effektivität moderner Schiff-Schiff-Raketen schließt strategische Optionen auf den Weltmeeren nach dem Muster der Geleitzüge im Zweiten Weltkrieg aus. Solange aber führende Industrienationen eine umfassende Interventionskapazität aufrechterhalten, werden alle Küstenanliegerstaaten der südlichen Halbkugel verstärkt versuchen, durch lenkwaffenbestückte Schnellboote und Fregatten ihre nationale Souveränität zu behaupten. Einmal in Gang gekommen, erhöht die Marinerüstung unter heutigen Bedingungen eher das Risiko von Störungen der Rohstoffversorgung durch militärische Aktionen. Geringere Abhängigkeit von Rohstoffimporten und größeres militärisches Potential bestimmen die Strategie der USA. Die Bundesrepublik kann Konfrontation und massive Störungen des Welthandels auch kurzfristig nicht verkraften, sie muß auf politischen Ausgleich und nicht auf militärische Konfliktregelung abzielen.
37) Verstaatlichung von Rüstungsindustrien löst das Problem zyklischer „Dauerkrise" im Rüstungssektor nur, wenn gleichzeitig eine Umstellung der Überkapazitäten auf zivile Produktion eingeschlossen ist.

heitspolitik wie sie von allen Regierungen in der Bundesrepublik postuliert wurden, herauszuarbeiten. Es muß daher aus der gegebenen Interessenlage der Bundesrepublik angestrebt werden, die Belastungen für militärische Aufwendungen durch Rüstungskontrollabsprachen in Mitteleuropa zu mindern, die ökonomischen Strukturen stärker zu homogenisieren und die Rüstungsbeschaffung durch komplementäre Spezialisierung und einseitigen Verzicht der Bundesrepublik auf einen Teil ihrer Rüstungsproduktionskapazitäten im westeuropäischen Rahmen zu rationalisieren, um darauf aufbauend die strukturellen Konfrontationen, zum einen innerhalb Europas und zum anderen zwischen Industrienationen und der Dritten Welt abzubauen.

Aber auch im Hinblick auf die Notwendigkeit, Abrüstungsmaßnahmen in Europa anzugehen, würden sich aus derartigen Schritten positive Wirkungen ergeben. Die Koordination der europäischen Rüstungsproduktionskapazitäten bei gleichzeitigem Einfrieren und Abbau der Kapazitäten der Bundesrepublik kann als eigenständiges Angebot Westeuropas bei den Verhandlungen in Wien (M[B]FR) genutzt werden und könnte dazu beitragen die festgefahrenen Positionen in Wien wieder in Bewegung zu bringen. Denn Abbau der Rüstungsproduktion in der Bundesrepublik[38]), verbunden mit verminderten Rüstungsexporten aus Frankreich und Großbritannien in die Dritte Welt, muß auch aus sowjetischer Sicht als spürbarer Fortschritt gegenüber der gegenwärtigen Situation erscheinen. Die Behauptung, daß Rüstungskontrolle in Europa ausschließlich bei bilateralen Absprachen zwischen den USA und der Sowjetunion ihren Ausgang nehmen könnte, ließe sich überprüfen, ohne daß das militärische Potential der NATO-Armeen zunächst tangiert würde.

38) Gegenüber der Forderung, daß ein großer Industriestaat nicht auf ein umfassendes eigenes Rüstungsproduktionspotential verzichten kann, muß im Falle der besonderen geographischen Lage der Bundesrepublik eingewandt werden, daß im Kriegsfall einer Konfrontation zwischen NATO und WVO die Rüstungsindustrie sofort ausfallen würde und daher keine Bedeutung für den Kriegsverlauf haben kann. Mit anderen Worten: die militärische Stärke der Bundeswehr ist abhängig von der materiellen Ausstattung und Infrastruktur zu Beginn einer Kampfhandlung in Mitteleuropa. Daher beeinträchtigt es die militärischen Belange der Bundesrepublik nicht, wenn die militärische Ausrüstung importiert wird.

Kleine Bibliothek Politik · Wissenschaft · Zukunft

Neuerscheinungen Anfang 1977

83 *Mayer/Stuby* Das lädierte Grundgesetz. 356 S. DM 14,80
85 *Meyer-Renschhausen* Energiepolitik in der BRD. Ca. 176 S. DM 12,80
86 *Bayertz/Schleifstein* Mythologie der „kritischen Vernunft". Ca. 240 S. DM 14,80
89 *Apel* Umfrage UdSSR. Offener Brief an Sacharow. 176 S. DM 9,80

Pahl-Rugenstein

Hochschulrahmengesetz, hochschulpolitische Lage und Klassenauseinandersetzungen in der BRD

Von Peter M. Kaiser, Dieter Keiner und H. J. Krysmanski

Warum ist das Hochschulrahmengesetz (HRG) verabschiedet worden?

Eine wesentliche Grundlage für die Einschätzung der jahrelangen und heftigen hochschulpolitischen Auseinandersetzungen um das Hochschulrahmengesetz (HRG) muß der geänderte Qualifikationsanspruch des industriellen Produktionssystems, insbesondere im Bereich des monopolisierten Kapitals, an die Arbeitskräfte sein[1]).

Die für die Weiterentwicklung der Produktivkräfte auch unter kapitalistischen Bedingungen notwendige, ja unabdingbar gewordene Anwendung der wissenschaftlich-technischen Ergebnisse in der Produktion, das, was man gemeinhin als wissenschaftlich-technische Revolution bezeichnet, hat anscheinend das Kapital dazu gezwungen, eine Erhöhung der durchschnittlichen Qualifikation der Arbeitskraft zu fordern[2]).

Analog zur Notwendigkeit immer umfassenderer Forschungsplanung[3]) setzt daher auch der Zwang zur Bildungsplanung ein, versteht man „Bildung als Ausbildung für Arbeit"[4]) und damit Bildungspolitik als Arbeitsmarktpolitik.

Die alte Ordinarienuniversität mit ihrer Fakultätenstruktur genügte den Anforderungen des Kapitals nicht mehr, so daß nach der Rezession 1966/67 neue Organisationsstrukturen für den gesamten Bildungsbereich gesucht werden mußten. Mit dieser Entwicklung überwand die BRD in der Entwicklung des Hochschulwesens ihren Nachholbedarf gegenüber anderen entwickelten kapitalistischen Ländern und erreichte schließlich den Anschluß an den internationalen Standard.

Für die Hochschule hieß das: statt Fakultäten Fachbereiche als lenkbare Einheiten, ihnen nachgeordnet Forschungs- und Lehrgruppen bzw. Institute, deren Leitung über Kollegialorgane funktionierte.

---

1) Zum Begriff Qualifikationsstruktur siehe z. B. W. D. Hund/U. Matull/K. Ruff/P. Volkmar, Qualifikationsstruktur und Wissenschaftlich-technischer Fortschritt. Zum Begriff der Qualifikation, in: „Blätter", 10/1972, S. 1084–1099, und 11/1972, A. 1195–1203.

2) Wir folgen hier dem Ansatz der Westberliner Projektgruppe Automation und Qualifikation (im folgenden: Projektgruppe). Vgl. Projektgruppe, Bildungsreform vom Standpunkt des Kapitals, in: „Das Argument" 80, Schule und Erziehung (IV), Berlin (West) 1973, S. 13–54; Dies., Automation in der BRD, „Das Argument", Sonderband 7, Berlin (West) 1975, bes. S. 145 ff.; H. Gottschalch/H. May/R. Nemitz (Projektgruppe), Freiheit und Planung – Überlegungen zur Bildungsreform, in: „Demokratische Erziehung", 6/1975, S. 24–27; Ch. Ohm/I. Schütte/G. Zimmer (Projektgruppe), Ist die Bildungsreform zu Ende?, in: ebd., S. 28–40; H. May/R. Nemitz, Kann der Kapitalismus die Produktivkräfte noch weiterentwickeln?, in: „Marxistische Blätter", 3/1976, S. 108–115. – Von einer Steigerung des Qualifikationsniveaus gehen auch aus: Dirk Beckerhoff/Reimut Jochimsen, Höhere Bildung bringt besseres Geld, in: „Frankfurter Rundschau" v. 22. 9. 1976.

3) Vgl. dazu H. Bernt, Veränderungen in der staatsmonopolistischen Forschungs- und Entwicklungspolitik, in: „IPW-Berichte", 7/1976, S. 29–38; P. M. Kaiser, Neue Tendenzen in der Wissenschaftspolitik am Beispiel der Deutschen Forschungsgemeinschaft, in: „Sozialistische Politik", 34–35/1976, S. 95–117.

4) Projektgruppe, Bildungsreform vom Standpunkt des Kapitals, a.a.O., S. 13.

Alle diese Maßnahmen zur Umorganisierung des Bildungssystems sind und bleiben jedoch widersprüchlich angelegt, da ihre vorwärtstreibende, in Richtung auf einen höheren Vergesellschaftungsgrad weisende Tendenz beschränkt wird durch das Profitinteresse des Kapitals, das kurze Ausbildungszeiten mit mobil einsetzbaren Absolventen verlangt. Dadurch wird der Wert der Arbeitskraft im Durchschnitt gesenkt; eine im Zeitalter der Massenproduktion wissenschaftlich-technischer Intelligenz nicht unerhebliche ökonomische Maßnahme.

Der charakteristische Widerspruch zwischen den ökonomischen Anforderungen und der Forderung nach einem wissenschaftlichen Studium durchzieht die gesamte bildungspolitische Literatur als „Kompetenzstreit zwischen Staat und Kapital"[5]). Die Situation ist objektiv kompliziert, da der Widerspruch einmal in der Wirtschaft selbst auftritt, zum anderen überlagert wird von der notwendigen Verwissenschaftlichung der arbeitenden Bevölkerung. Dieser Konflikt wird in der Hochschule im wesentlichen zwischen demokratischen Studenten- und Wissenschaftlerverbänden und der staatlichen Bürokratie ausgetragen, als deren verlängerter Arm bereits seit einiger Zeit die Universitätsverwaltungen angesehen werden können.

In den ideologischen Begründungen der Kapitalvertreter zur Hochschulpolitik finden sich nach 1966/67 durchgehend Vorstellungen und Forderungen wie:

– Die Einheit zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Staat muß hergestellt werden.

– Die gesamte Lehre und Forschung muß auf die Praxis ausgerichtet werden.

– Die langen Studienzeiten bedeuten volkswirtschaftlichen Luxus.

– Übertriebene Demokratisierung verringert die Effizienz von Forschung und Lehre usw. usf.

Da von Kapital und rechtsopportunistischen Regierungsvertretern dabei aber wie selbstverständlich das Privateigentum an den Produktionsmitteln zum *Ausgangspunkt* gesellschaftspolitischer Vorstellungen deklariert wird, kann man die Maßnahmen des Staates zur Unterordnung der Hochschulen unter die Interessen des Großkapitals[6]) auf folgende kurze Formel bringen:

1.) Pragmatisches Zuschneiden des Studiums auf die Berufsausbildung und

2.) Erzeugung systemtreuen Verhaltens, u. a. mit dem Mittel der Berufsverbote, des Ordnungsrechts usw.

Genau das ist offenbar gemeint, wenn Peter Dallinger, Referent für Hochschulrecht und -gesetzgebung im BMBW, nach der Verabschiedung des HRG am 18. Dezember 1975 schreibt: „Das Inkrafttreten dieses Gesetzes bedeutet Abschluß und Neubeginn zugleich. Abgeschlossen wird eine langjährige

5) Ebd., S. 37.
6) Vgl. dazu auch schon die ausführliche Kritik am HRG-Entwurf 1973 von Paul Schäfer, Kapitalismus, wissenschaftlich-technischer Fortschritt und staatsmonopolistische Hochschulreform, in: „Facit", 31/1973, S. 9–45.

hochschulpolitische Auseinandersetzung, die in ihrem Kern um die Frage geführt wurde, wie sich ‚Demokratisierung' und ‚Effektivität' der Hochschulen miteinander verbinden ließen."[7])

Einem weiteren Kritikpunkt von Konzernvertretern, nämlich der „. . . ineffektive(n) Organisation des Staatsapparates . . ., durch die die Kompetenzen auf Bund, Länder und Ausschüsse zersplittert und völlig unzureichend koordiniert sind"[8]), wird mit dem HRG Rechnung getragen: Das Hochschulwesen hat „zum ersten Mal in der Geschichte des deutschen Bundesstaates eine *zentralstaatliche* Rechtsgrundlage erhalten"[9]).

Als ein Beispiel der Lösung „zentraler Probleme" wird von Dallinger die Studienreform genannt („Auftragspolitik")[10]), die von den Studienreformkommissionen durchgeführt werden soll. Nach § 9, Absatz 3 des HRG verfügen „staatliche Stellen" über mehr als die Hälfte, in den Kommissionen auf Länderebene über mindestens zwei Drittel der Stimmen.

Dallinger nennt nun weitere Gründe, weshalb das HRG als eine zentralstaatliche Regelung zustande kam:

1.) Die Zulassungsfrage. Sie bedeutet eine klassische Mängelverwaltung, denn durch das HRG wird kein einziger Studienplatz neu geschaffen. Die Aufnahmekapazität der Hochschulen wird durch andere Regelungen wie Regelstudienzeit, Kapazitäts- und Lehrdeputaterhöhungen gesteigert.

2.) Die Personalstruktur. Die Neuregelung der Hochschullehrerbesoldung, die im Gegensatz zu den Forderungen der Gewerkschaften steht[11]), sei aufgrund einer Bundesratsvorlage zur C-Besoldung von 1973 nur durch die HRG-Verabschiedung möglich geworden, da das 2. BesVNG[12]) vom Frühjahr 1975 auf die Personalstruktur des HRG Bezug nehmen konnte. Die neue Besoldungsordnung C kann aber erst in Kraft treten, wenn die Länder die Personalstruktur des HRG umgesetzt haben[13]).

3.) Die Verkürzung der Studienzeit. Die Länder brauchen keinen Staatsvertrag mehr, sie können ihre Selbstverwaltung rationalisieren, „indem die Arbeit der Gremien auf Grundsatzfragen beschränkt und dem *demokratischen* Prinzip nicht nur auf der Zentralebene (Präsident), sondern auch auf der Ebene des Fachbereichs (Fachbereichssprecher als selbständiges Organ neben dem Fachbereichsrat) Raum verschafft wird"[14]).

In allen diesen „objektiven Faktoren", die nach Dallinger in „quasi automatische(r) Folge" die Verabschiedung des HRG nach sich gezogen haben, bestä-

---

7) P. Dallinger, Ein guter Kompromiß. Zum Inkrafttreten des Hochschulrahmengesetzes, in: „Deutsche Universitätszeitung", 2/1976, S. 34.
8) Projektgruppe, Bildungsreform vom Standpunkt des Kapitals, a.a.O., S. 38.
9) P. Dallinger, a.a.O. (Hervorhebung d. Verf.).
10) Ebd.
11) Schwindel statt Reform, Flugblatt des GEW-Hauptvorstandes 1973. Vgl. auch die 23 Thesen des DGB zur Hochschulreform, in: „Blätter", 10/1973, S. 1140–1144.
12) Besoldungs-Verordnungs-Neuregelungs-Gesetz.
13) P. Dallinger, a.a.O., S. 36 f.
14) A.a.O., S. 36 (Hervorhebung d. Verf.).

tigt sich die oben gegebene allgemeine Einschätzung der Ausrichtung von Lehre und Studium auf die neuen Anforderungen von Staat und Konzernen:

– Reglementierung des Ablaufs des Studiums, Schaffung von festen Studienordnungen.

– Festlegung von Bildungsinhalten, die den pragmatischen Anforderungen des Staates und der großen Konzerne entsprechen und systemadäquates bzw. bejahendes Verhalten fördern und verlangen.

– Reduzierung des wissenschaftlichen Studiums auf eine verengte Berufsausbildung.

– Staatliche Vorgabe von Prüfungsinhalten und Prüfungsordnungen.

– Einführung von neuen Zulassungsbedingungen, Zementierung des Numerus clausus, Forderungen nach neuen Normen für den Studienabschluß.

– Einführung einer Studienplatz- und Studienzeitbeschränkung (Regelstudienzeit).

– Durchgehende Unterteilung in Kurz- („nicht-wissenschaftliches") und Langstudium („wissenschaftliches" Berufsziel).

– Ökonomische und fachliche Rationalisierung der Studiengänge.

Wer anders als die Industrie könnte diese Formierung der Hochschulreform im Interesse der Konzerne besser ausdrücken? Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) schreibt in seinem letzten Jahresbericht 1975/76 einleitend:
„Der BDI hat mit konstruktiven Beiträgen in die Diskussion um das Hochschulrahmengesetz eingegriffen. Es bleibt abzuwarten, ob das im Herbst 1975 verabschiedete Gesetz wieder zu geordneten Verhältnissen an den Hochschulen beitragen wird. Die Standfestigkeit der Kritiker früherer Entwürfe hat sich jedenfalls bewährt." . . . Und dann: „Im Laufe der mehr als fünfjährigen Beratungen des Hochschulrahmengesetzes konnten wesentliche Schwachstellen dieses Gesetzes aus der Sicht der Industrie behoben werden. Dies gilt insbesondere für den Kompromiß im Paritätenstreit. Es ist zu begrüßen, daß nunmehr in allen Gremien mit Entscheidungsbefugnis für Forschung, Lehre und Studium die in ihrer Qualifikation ausgewiesenen Professoren über die absolute Mehrheit der Stimmen verfügen.

Unpräzise Hinweise wie ‚Lehre und Forschung nur im Bewußtsein der Verantwortung gegenüber der Gesellschaft zu erfüllen' wurden gestrichen, die Gesamthochschulen sind nicht mehr Regelverpflichtungen, das Ordnungsrecht wurde wirksamer gestaltet."[15])

Die zunehmende *staatliche* Reglementierung und Disziplinierung in der Hochschule ist also nur Ausdruck und Folge der Konzernpläne, von denen sich inzwischen die neuesten Ankündigungen und Maßnahmen von SPD, FDP, CDU und CSU in nichts mehr unterscheiden.

15) Jahresbericht 1975/76 des Bundesverbandes der deutschen Industrie.

Tatsächlich verschärfen sich damit aber die Widersprüche zwischen diesen Monopolkapitalinteressen und den Interessen der Arbeiterklasse, der Studenten und der Wissenschaftler an einer demokratischen Wissenschafts- und Hochschulpolitik. Dies bedingt eine klarere Perspektive des Kampfes, nämlich in Richtung auf gewerkschaftliche Orientierung, und eröffnet so neue Bündnismöglichkeiten für Gewerkschaften, demokratische Studenten- und Wissenschaftlerverbände.

Wir wollen im folgenden die hier angedeutete Perspektive in zwei Richtungen vertiefen: 1. bezüglich der Gruppenstrukturen im Hochschulsystem selbst und 2. bezüglich einiger konkreter Strategien im politischen Raum.

Wen trifft das HRG an den Hochschulen?

Das HRG nennt in seinen Aussagen zur Personalstruktur die folgenden Gruppen: Professoren, Hochschulassistenten, Wissenschaftliche Mitarbeiter und Lehrkräfte für besondere Aufgaben. Die Gruppe der Studenten erscheint in den Bestimmungen nicht auf der Ebene der in den Hochschulen Tätigen, sondern aspekthaft beleuchtet an bestimmten Stellen der Hochschulorganisation: Lernziele, besonderes Ordnungsrecht, Regelstudium, Mitbestimmung usw. Die Gruppe der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter, die den Hochschulbetrieb ja nicht nur in Dienstleistungsfunktionen materiell abstützt, sondern in steigendem Maße über ihre administrativen Funktionen staatlich-hoheitlich dirigiert, bleibt ebenfalls praktisch ausgeklammert. Das HRG erweist sich also hinsichtlich der Personalstruktur schon auf den ersten Blick erstens als ein Instrument zur direkten Unterwerfung des wissenschaftlichen Personals unter die im HRG insgesamt durchgesetzten allgemeinen bildungspolitischen Ziele und zweitens als ein Instrument zur indirekten Integration dieses Personals in die allgemeinen Zwänge des Arbeitsmarkts, wie sie einerseits durch die in Ausbildung befindlichen akademischen Arbeitskräfte (Studenten) und andererseits durch das im öffentlichen Dienst stehende nichtwissenschaftliche Personal repräsentiert werden.

Bevor wir auf die spezifische Betroffenheit der genannten Gruppen eingehen, soll noch einmal an den Rahmen erinnert werden, den das Großkapital für die Entwicklung des akademischen Arbeitskräftepotentials durchzusetzen versucht. Die ökonomischen, sozialpolitischen und ordnungspolitischen Ziele können wie folgt zusammengefaßt werden[16]):

– Senkung der durchschnittlichen Einkommen für Hochschulabsolventen bei gleichzeitig steigender Verwissenschaftlichung der Qualifikationsstruktur in der allgemeinen Absicht, durch diesen Druck „von oben" eine durchschnittliche Senkung aller Einkommen aus „unselbständiger Arbeit" zu erreichen.

– Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Verschärfung der Konkurrenz unter allen abhängig Beschäftigten und zwischen bestimmten Gruppen, z. B. zwischen Lehrlingen, Schülern und Studenten oder zwischen Fachhochschul- und Universitätsabsolventen.

16) Zum folgenden vgl. Th. Neumann, Die „bildungspolitische Offensive" im Bereich der Hoch- und Fachhochschulen, in: „Facit-extra", Dezember 1976, S. 25.

– Vollständige Eingliederung der Hochschulabsolventen in den kapitalistischen Arbeitsmarkt und in die industrielle Reservearmee, insbesondere über die „Re-Kapitalisierung" des öffentlichen Dienstes, in welchem bisher etwa zwei Drittel aller Hochschulabsolventen Beschäftigung fanden.

– Abbau arbeitsrechtlicher Normen und gesetzlich schon verankerter Rechte (in der neuen Personalstruktur des HRG besonders evident).

– Erneuerung, Verfestigung und Ausweitung des Bildungsprivilegs im Bereich wissenschaftlich weiterführender Studiengänge; Abbau des zweiten Bildungswegs im Fachhochschulbereich und die Einschränkungen des Hochschulzugangs.

Das Ziel der „Bereinigung" des Arbeitsmarkts und die klassenpolitische (gern „ordnungspolitisch" genannte) Perspektive sind die beiden wichtigsten Merkmale auch der Personalstrukturvorstellungen des HRG. Wie konkretisiert sich dieser Rahmen nun bei den einzelnen Gruppen?

1. Die „Professoren neuer Art"[17])

„Professor neuer Art ist künftig jeder, der nach der Ausgestaltung seines Dienstverhältnisses und der Funktionsbeschreibung seiner Stelle die Aufgaben seiner Hochschule in Forschung und Lehre hauptberuflich selbständig wahrzunehmen hat und die hierfür erforderliche Qualifikation besitzt. Diese grundsätzliche Gleichstellung schließt Differenzierungen etwa nach dem Umfang der Lehr- und Forschungsaufgaben sowie Unterschiede in den Einstellungsvoraussetzungen und auch in der Besoldung nicht aus, doch sind damit statusrechtliche Besser- oder Schlechterstellungen nicht mehr verbunden."[18]) Ohne auf Möglichkeiten der Feininterpretation dieser und vieler anderer offizieller Kommentare einzugehen: deutlicher kann die rechtliche Sanktionierung einer bereits stattfindenden enormen Statusabsenkung der Hochschullehrerschaft nicht ausgedrückt werden. Zwar wird das System der Privilegien und Statusdifferenzierungen der betroffenen Gruppe noch vor die Nase gehalten, zweifellos auch in der Absicht, es im Sinne der konzerntypischen „fringe benefits" (Sondervergünstigungen) anzuwenden; aber eben nicht mehr als ein System rechtlich einklagbarer Vorteile, sondern als ein Willkürsystem, das der Ordinarienuniversität endgültig den Garaus macht und an ihre Stelle industrielle Mechanismen der Führung des Führungspersonals setzt[19]).

Mit der Festlegung der Aufgaben, der Einstellungsvoraussetzungen und der dienstrechtlichen Stellung der Professoren wird zunächst einmal ganz generell ihre Disponibilität erhöht. So sind sie „im Rahmen der für ihr Dienstverhältnis geltenden Regelung berechtigt und verpflichtet, *in allen Studiengängen* ihres Faches zu lehren, also in Fachhochschulstudiengängen ebenso wie

17) Vgl. zur Charakterisierung der Personalstruktur F. Dellian, Die Personalstruktur des Hochschulrahmengesetzes, in: „Deutsche Universitätszeitung", 8/1976, S. 227 ff.
18) Ebd., S. 227.
19) Vgl. z. B. H. Bolsenkötter, Die Hochschule als Betrieb, in: „Deutsche Universitätszeitung", 22/1976, S. 650 ff.; die Zeitschrift des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft „Wirtschaft und Wissenschaft", bes. Heft 3/1976.

in den traditionellen ‚Langstudiengängen', in ‚integrierten Studiengängen' ebenso wie in Aufbaustudiengängen usw." [20]). Sie werden außerdem auf Aufgaben im Prüfungswesen, in der Studienberatung, in der Studienreform und im Dienstleistungsbereich verpflichtet und in ihrem bisherigen Vorrecht der Freiheit in Forschung und Lehre (abgesehen von den allgemeinen Vorgängen in der inhaltlichen Studienreform, s. u.) auch durch ein neues Weisungsrecht der Fachbereiche bezüglich der Übertragung bestimmter Lehraufgaben eingeschränkt (§ 43 Abs. 2 Satz 2 und § 12 Abs. 2). Durch die Einschränkung von Berufungszusagen soll die langfristige Festlegung personeller und sachlicher Mittel („Versäulung") zugunsten eines „ökonomischeren" Mitteleinsatzes verhindert werden. Wie überdies das nach privatwirtschaftlichen Maßstäben besonders kostbare Privileg der nichtgeregelten Arbeitszeit angesichts der verstärkten Inpflichtnahme und der Ökonomisierung aller sonstigen Zeitabläufe im Hochschulsystem aufrechterhalten werden kann, ist schleierhaft. Schließlich werden Disponibilität und Konkurrenzdruck durch die neue Bestimmung erhöht, so daß neben die Verbeamtung auf Lebenszeit das befristete oder unbefristete Angestelltenverhältnis, das Zeitbeamtenverhältnis und das Probebeamtenverhältnis (bei Abschaffung des Beamtenverhältnisses auf Widerruf) treten können.

So sehr die Professoren also an anderen Stellen des HRG im Gefolge des Karlsruher Urteils eine gruppenrechtliche Sonderstellung nach dem Muster des mittleren und gehobenen Industriemanagements zugesprochen bekommen, so wenig hat diese „neue" Sonderstellung mit der „Einsamkeit und Freiheit" und der direkten Beziehung zwischen gelehrtem Individuum und fürsorglichem Staat zu tun, welche die Ordinarienuniversität für manche attraktiv machte. Wenn alle anderen in der Personalstruktur des HRG erfaßten Gruppen unter die Kontrolle der Gesetze des kapitalistischen Arbeitsmarkts gebracht worden sind, wird es auch der Professorenschaft insgesamt an den Kragen gehen; alle Handhaben dazu sind im HRG und in den bereits vorliegenden oder vorgeschlagenen Landeshochschulgesetzen enthalten. So werden auch die Professoren sich damit abfinden müssen, ihre Interessen künftig an der Seite der übrigen abhängig Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu artikulieren: als von „Privatisierung" und „Freisetzung" bedrohte Bildungsmanager.

2. Die Hochschulassistenten

„Das Amt des Hochschulassistenten (§§ 47, 48) ist primär dazu geschaffen, dem qualifizierten *wissenschaftlichen Nachwuchs* auf dem Eingangsniveau einer qualifizierten Promotion eine sichere dienstrechtliche Basis für die Weiterqualifizierung zum Professor zu bieten." [21]) Diese „sichere dienstrechtliche Basis" besteht im wesentlichen darin, daß Professoratsaspiranten eine feste Amtsdauer von maximal zweimal drei Jahren (Dallinger: „in Mutterschutzfällen weitere zwei Jahre") zugesichert wird und daß nach der Stellenklausel des § 47 Abs. 5 „die Zahl der Stellen in den einzelnen Fächern so zu bemessen

20) Dellian, a.a.O., S. 227.
21) Ebd., S. 228.

(ist), daß für die qualifizierten Hochschulassistenten eine angemessene Chance für die Berufung zum Professor gewährleistet ist", wobei andererseits „auch Raum für sonstige Bewerber, insbesondere aus dem Bereich außerhalb des Hochschulsystems gelassen werden" muß[22]). Diese „Sicherheiten" stellen jedoch im Grunde nichts anderes dar als eine Festschreibung der unter dem Alles-oder-Nichts stehenden Abhängigkeit des alten persönlichen Lehrstuhlassistenten („pro Lehrstuhl ein Aspirant") abzüglich der Milderungen dieser Abhängigkeit, die ein tatsächlich persönliches Verhältnis unter diesen Umständen im Einzelfall gelegentlich bringen mochte.

Wie sehr der Bewährungsdruck für diese bedauernswerten Proto-Professoren schon heute zentral aufgebaut wird, zeigt die augenblicklich durch die bürgerliche Presse (in den USA ebenso wie hier) geisternde scheinheilige Diskussion um die „sinkende Qualität der Forschung". In dieser Diskussion wird einerseits die Blockierung wichtiger Forschungs- und Lehrpositionen durch ältere Wissenschaftler hervorgehoben (Keil zwischen den Generationen) und andererseits vorgeschlagen, die „akademische Welt zu überholen, um die Kreativität zu entwickeln und zu fördern", „größere Beweglichkeit im öffentlichen Dienst sicherzustellen, von der ‚Verbeamtung' der Wissenschaftler abzugehen und schließlich massive Fortbildungsprogramme" usw. einzuführen[23]). In der BRD haben die Präsidenten und Vorsitzenden der wichtigsten Forschungsorganisationen mit dem sogenannten „Heisenberg-Programm" das künftige Klima für den Professoren-Nachwuchs angeheizt. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" sieht in diesem Programm nur Vorteile: „Da es sich um Stipendien handelt, fallen keinerlei Nebenkosten an, etwa für die Altersversorgung . . . Es besteht hier also die Möglichkeit, einen zeitweiligen Engpaß durch gezielte Maßnahmen zu überwinden, ohne daß die Stellen im öffentlichen Dienst vermehrt werden müßten . . . Auch die Chancengleichheit für die nachrückenden Jahrgänge, die sonst in ihrer wissenschaftlich furchtbarsten Phase kaum Aussichten auf Entfaltung ihrer Fähigkeiten hätten, bliebe gewährleistet . . . zum anderen könnte man bei der erwarteten Zunahme des Forscherbedarfs nach 1985 auf die erfahreneren ‚Heisenberg-Professoren' zurückgreifen. Dadurch würde vermieden, daß ungenügend qualifizierte Nachwuchskräfte, wie dies in den letzten Jahren häufig genug geschah, berufen werden müssen."[24])

Alles in allem soll hier mit Hilfe der Einrichtung des Hochschulassistenten und flankierender Maßnahmen so etwas wie ein Konkurrenz- und Risikofeld der wissenschaftlichen „Elite" installiert werden, zwecks Auslese nach Maßstäben der Effizienz von Forschung und Lehre, welche die Großindustrie vorgibt. Ob die Gruppe der neuen Hochschulassistenten nun aber tatsächlich sich in diese irrationale Konkurrenzsituation hineinziehen läßt oder aber im Zuge des Prozesses der Vergesellschaftung der Wissenschaft und der Verwissenschaftlichung der Produktion die Deformation der Wissenschaft durch Profitinteressen besonders bewußt erfährt, wird sich in der kommenden wissen-

22) Ebd.
23) Amerika fürchtet für die Zukunft seiner Forschung, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 20. 10. 1976.
24) R. Flöhl, Welchen Rang hat die Forschung? in: FAZ v. 13. 11. 1976.

schaftspolitischen Auseinandersetzung zeigen. Die Vermutung ist jedenfalls berechtigt, daß diese Gruppe innerhalb der sonst in der Personalstruktur des HRG zum Tragen kommenden Effektivitäts-Ziele einen atypischen und instabilen Charakter hat.

3. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter

„Dem wissenschaftlichen Mitarbeiter obliegen ‚wissenschaftliche Dienstleistungen'. Dazu gehören zwar auch bestimmte Aufgaben im Zusammenhang mit der ‚akademischen Lehre'", doch „jede selbständige Lehrtätigkeit, die als Wissenschaftspflege bezeichnet werden kann, ist den Professoren vorbehalten (und unter bestimmten Voraussetzungen auch dem wissenschaftlichen Nachwuchs, d. h. den Hochschulassistenten). Dies gilt grundsätzlich auch für den Bereich der Lehre, den man besser mit Unterricht berschreibt . . . Können Professoren und Hochschulassistenten . . . diesen Teil der Lehre nicht übernehmen, so können für ihn die wissenschaftlichen Mitarbeiter herangezogen werden (Subsidiarität)"[25]). Aus dem HRG selbst sind die zahlenmäßigen Proportionen zwischen den Gruppen der Professoren, der Hochschulassistenten und der Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter nicht zu ersehen. Man wird aber aus den verschiedensten Gründen davon ausgehen müssen, daß die Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter – allein besoldungsrechtlich einheitlich – die größte und heterogenste Gruppe unter den drei genannten werden dürfe. Die meisten der bisherigen „Verwalter" wissenschaftlicher Assistenten, alle bereits verbeamteten akademischen Räte usw. alter Art, die meisten Forschungsassistenten, alle Kustoden usw. werden langfristig in diese Gruppe übergeleitet werden. Im übrigen wird es diese in die allgemeinen dienstrechtlichen Vorschriften des öffentlichen Dienstes eingebundene Gruppe sein, die das mit der zunehmenden Verwissenschaftlichung der gesellschaftlichen Prozesse notwendig werdende wissenschaftliche Personal auf abgesenktem Einkommens- und Statusniveau aufnehmen wird. So werden ja beispielsweise die heute angesichts des Stellenstaus in vielen Fächern geäußerten Vorschläge, Stellen für Forschungsassistenten auf Lebenszeit einzurichten, im Rahmen dieser Kategorie realisiert werden müssen[26]). In einem verschulten, auf unwissenschaftliche Kurzstudiengänge angelegten Lehrbetrieb wird es gerade für diese Gruppe künftig immer mehr zu tun geben.

Diese große, vollkommen abhängige und „entwissenschaftlichte" Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter, durch das „Subsidiaritätsprinzip" in den wissenschaftlichen Massenbetrieb integriert und ihn letztlich tragend, nähert sich tendenziell einerseits der Gruppe der im Hochschulsystem tätigen nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter, andererseits stellt sie, wenn man die im HRG realisierten allgemeinen bildungspolitischen Ziele bedenkt, wahrscheinlich auch – aus Gründen des Solidarisierungsdrucks und der letztlichen Instabilität der Gruppe der Hochschulassistenten – die Bezugsgruppe und möglicherweise auch das Reservoir für den wissenschaftlichen Nachwuchs und seine

25) Dellian, a.a.O., S. 228.
26) Vgl. z. B. die Vorschläge des Vorsitzenden der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, K. M. Bolte, angesichts der geringen Aufstiegschancen des wissenschaftlichen Nachwuchses in der Soziologie Forschungsassistenturen auf Lebenszeit einzurichten (Einleitungsreferat auf dem Bielefelder Soziologentag 1976).

Verhaltensorientierungen dar. Überdies wird sich diese Gruppe wegen ihrer durch Dienstrecht eindeutig verankerten Abhängigkeit und Unselbständigkeit wohl am wenigsten mit dem verbleibenden Schein der Privilegiertheit Hochschulangehöriger zufriedengeben und für eine kollektive gewerkschaftliche Vertretung auch ihrer Arbeitsplatz-Interessen aufgeschlossen sein. Mit der Personalkategorie des „wissenschaftlichen Mitarbeiters" wird der großen Masse der an der Hochschule tätigen Wissenschaftler also jener Status verordnet, den die wissenschaftlich-technisch Arbeitenden in der „freien Wirtschaft" und in Großforschungseinrichtungen längst annehmen mußten und gegen den jene Wissenschaftler in einigen kapitalistischen Ländern bereits schlagkräftige Organisationen der Interessenvertretung aufgebaut haben[27]).

4. Lehrkräfte für besondere Aufgaben

Diese für reine Unterrichtsaufgaben einzusetzende heterogene Gruppe („von der Handarbeitslehrerin und dem Werkstattlehrer bis hin zum Lektor oder Repetitor usw.")[28]) stellt strukturell eine weitere Möglichkeit dar, die außerhalb des Hochschulsystems wirksamen Kräfte des kapitalistischen Arbeitsmarkts in die Hochschulen einzuschleusen und – in einer sicherlich sehr langfristigen Perspektive – das Ausbildungssystem an den Praxisbedürfnissen der Industrie auszurichten. Im Augenblick jedoch dürfte die hochschulpolitische Relevanz dieser Gruppe noch gering sein.

Entscheidend wichtig für die künftige Entwicklung des Hochschulsystems sind jedoch die beiden gewissermaßen an den entgegengesetzten Grenzen der Hochschule angesiedelten Gruppen der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter (teilweise ja auch als Wissenschaftsverwalter Exekutoren des HRG) und vor allem der Studenten. Ihre zum Teil sehr unterschiedliche, letztlich aber auch gemeinsame Betroffenheit soll nun doch noch diskutiert werden.

5. Nichtwissenschaftliches Personal

In den *Personalstrukturvorstellungen* des HRG, in denen die Zuordnung der verschiedenen Mitgliedergruppen der Hochschulen geregelt ist, taucht, wie gesagt, die Gruppe des technischen und Verwaltungspersonals nicht auf – so als bedürften die Beziehungen dieser Gruppe zu den übrigen Gruppen keiner besonderen Überlegung. Das hat verschiedene Gründe. Erstens liegt ein großer Teil dieser Gruppe offensichtlich unterhalb der Wahrnehmungsschwelle der Interessen, die sich im HRG durchgesetzt haben. Zweitens nimmt ein kleinerer Teil dieser Gruppe im Rahmen der staatlichen Wissenschaftsverwaltung derart komplizierte und zentrale Aufgaben wahr, daß diese Teilgruppe aus herrschaftstechnischen Gründen besser im dunkeln bleibt. Die lakonischen Vorgaben in den Bestimmungen zur Selbstverwaltung und Staatsverwaltung zwingen zu dieser Einschätzung. Nun ist es aber andererseits so, daß insbesondere die Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter, letztlich aber auch die anderen Gruppen, in puncto Abhängigkeit und „Entwissen-

27) Vgl. z. B. UGICT und SNECUP in Frankreich.
28) Dellian, a.a.O., S. 229.

schaftlichung" in der großen Masse der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter ihren gesellschaftlichen Bezugspunkt haben; denn eine wirksame Interessenvertretung aller dieser Gruppen wird langfristig nur auf der Grundlage des abhängig im öffentlichen Dienst Beschäftigtseins möglich bleiben. Daneben wird es im Interesse einer demokratischen Entwicklung im Hochschulsystem unverzichtbar, das Verhältnis zwischen der wissenschaftlich-administrativen Intelligenz – die in der Grauzone staatlicher Wissenschaftsverwaltung in häufig kaum legitimierbarer Weise selbständige und fremdständige Interessenpolitik betreibt – und wissenschaftlich-technischer Intelligenz zu klären. Bezogen auf den Kampf um eine Novellierung des HRG und auf die hochschulpolitischen Auseinandersetzungen insgesamt, heißt das u. a., sich nicht nur auf das allgemeine Interesse aller im öffentlichen Dienst abhängig Beschäftigten zu beziehen, sondern speziell auch der Gruppe der staatlichen Wissenschaftsverwalter Bewußtsein und Verantwortlichkeit bezüglich ihrer Tätigkeit abzufordern und die Rolle dieser Gruppe dem Prozeß einer demokratischen Legitimierung zu unterwerfen[29]).

6. Die Studenten

„Der Rahmen des HRG ist auch bei ‚voller Ausschöpfung' mit den studentischen Interessen nicht in Einklang zu bringen."[30]) Diese klare und richtige Einschätzung beruht, ganz allgemein gesprochen, auf der Tatsache, daß mit dieser „zentralstaatlichen Rechtsgrundlage für das Hochschulwesen" der generelle Trend in diesem Staat, alle abhängigen Gruppen und Klassen zum „betroffenen" oder „beplanten" Objekt zu degradieren, auch auf den Hochschulbereich ausgedehnt wird. Dieses Prinzip ist in den Personalstrukturvorstellungen durchgängig vorhanden, konkretisiert sich aber mit nicht mehr zu überbietender Deutlichkeit bezüglich der Gruppe der Studenten. Die Studenten erscheinen überhaupt nicht als kohärente, gleichberechtigte Gruppe, sondern als Störfaktor, als Kostenfaktor, als ein in der Selbstverwaltung um jeden Preis zurückzudrängender Faktor, als Lehrobjekt usw. Nun ist die Gruppe der Studenten einerseits zweifellos insofern an der Grenze zwischen Hochschule und Gesellschaft angesiedelt, als sie die allgemeinen Bewegungen des Arbeitsmarktes, die allgemeine Ausbildungs- und Berufsmisere innerhalb der Hochschule repräsentiert. Staatlicherseits durch volle Kenntnisnahme dieser Gruppe anzuerkennen, daß z. B. zwischen dem Kampf gegen die „Entkopplung von Bildung und Berechtigung" und dem gewerkschaftlichen Kampf um das „Recht auf Arbeit" eine Beziehung besteht, dürfte augenblicklich noch eine schwierige Sache sein. Andererseits aber bringt die Gruppe der Studenten nach ihren Tätigkeitsmerkmalen innerhalb der Hochschule alle Voraussetzungen mit, um als vollwertige Mitgliedsgruppe anerkannt werden zu müssen. Nach der mit dem HRG erfolgten Erhöhung der Disponibilität des übrigen wissenschaftlichen Personals etwa ist das Argument der „ge-

29) Hier kommt der Auseinandersetzung um das Bremer Landeshochschulgesetz besondere Bedeutung zu, da hier die besonders fortschrittliche Drittelparität der Bremer Hochschule (Hochschullehrer/Studenten/Dienstleister) auf dem Spiele steht. Vgl. Konferenz der Bremer Asten, Dokumentation zu HRG und Landeshochschulgesetz, 10. 11. 1976.

30) Aus der 24. These des MSB Spartakus zum Stand der Hochschulformierung und zur gegenwärtigen Taktik der Herrschenden im Hochschulbereich, in: „Facit-extra", Dezember 1976.

ringeren Verweildauer" der Studenten im Hochschulsystem endgültig hinfällig geworden: viele Assistenten und wissenschaftliche Mitarbeiter, aber auch Professoren, dürften künftig in ihrer „Verweildauer" mit Studenten konkurrieren. Auch die ökonomische Absicherung der Studenten über Bafög und Gradfög hat zumindest tendenziell strukturelle Ähnlichkeit mit den besoldungsrechtlichen Regelungen für die übrigen Gruppen.

Vor allem aber ist es angesichts der modernen Wissenschaftsentwicklung völlig unsinnig geworden, an der traditionellen Trennung zwischen Lehren und Lernen (die das HRG festschreibt) festzuhalten. Gerade was die Teilhabe und Einsicht in den Wissenschaftsprozeß insgesamt angeht, haben die Studenten aufgrund ihrer Lage und Tätigkeit im Hochschulsystem einen objektiven Vorsprung, beispielsweise auch gerade gegenüber den Professoren (die im allgemeinen ja fast nur noch sich selbst „hören"). Wie wichtig und zentral die Stellung der Studenten als Gruppe im Hochschulsystem ist, erhellt schließlich aus der Tatsache, daß aus ihren Organisationen zur Zeit die weitaus besten, umfassendsten Analysen des gesamtgesellschaftlichen Stellenwerts des HRG und der Bildungspolitik des Großkapitals kommen. Gerade weil das HRG die Gruppe der Studenten zu bloßen Objekten der kapitalistischen Arbeitskraftpolitik degradiert hat, kann von ihrer Seite aus die Gesamtanlage dieses reaktionären Vorstoßes gegen unser Bildungssystem am klarsten durchschaut und in besonders wirksamer Weise bekämpft werden. Es entspricht zutiefst demokratischen Grundsätzen, wenn diejenigen Gruppen, die vom HRG zu Führungskräften der Bildungsindustrie getrimmt werden sollen, also die Hochschuldozenten, der Studentenschaft im Kampf für die gemeinsamen Interessen neidlos die Führungsrolle zugestehen. Und das heißt konkret, daß sie sich hinter die Forderungen der Studenten „nach Zurücknahme der Pläne, Regelstudienzeiten und Zwangsexmatrikulationen zu etablieren, nach Verteidigung und Ausbau jedes Ansatzes fortschrittlicher Ausbildungspraxis an den Hochschulen, nach Erhalt und gesetzlicher Verankerung der Verfaßten Studentenschaft mit politischem Mandat, nach Wegfall jeder Art von Ordnungsrecht" stellen[31]).

Probleme des Kampfes gegen das HRG

1. Durchsetzen durch Unterlaufen: Kritik der SPD-Illusionen

Obgleich mit der Verabschiedung des HRG die Grundlage für eine bundeseinheitliche technokratische Veränderung des Hochschulsystems nach den Planungen und im Interesse des Großkapitals geschaffen wurde, wird insbesondere von seiten der SPD und der Ministerialbürokratie versucht, die Entscheidung für das HRG in seiner jetzigen Form als „guten Kompromiß" (Dallinger) und als sachadäquate Antwort auf die Massen- und Kapazitätsprobleme (z. B. v. Schenck) darzustellen. Gleichzeitig muß jedoch, im Rückgriff auf die Geschichte der HRG-Diskussion, von der selben Seite eingeräumt werden, daß gegenüber den von der Hochschulseite vertretenen Reformvorstellungen (faßbar z. B. im Leussink-Entwurf) „. . . sich (schließlich) der ‚kapi-

31) Ebd., These 22.

talistische' Staat doch als stärker erwiesen und seine Organisationsgesetze auch im Hochschulbereich durchgesetzt (hat)"[32]). Auf der Grundlage der Erkenntnis, daß „es nicht möglich (ist), in den Hochschulen einen Bereich zu erhalten oder zu schaffen, in dem die Gesetze, die unsere Gesellschaft sonst regieren, nämlich die Nutzen-Kosten-Analyse, außer Kraft gesetzt werden können" (S. 96), wird zugleich zugegeben, daß das HRG „ohne Zweifel zu den umstrittensten Gesetzen der sozialliberalen Koalition" (S. 95) gehört, daß es fragwürdig erscheint, „ob das Instrumentarium, das das Hochschulrahmengesetz an die Hand gibt, ausreicht, um die rein quantitätsmäßige Entwicklung im Hochschulbereich in den Griff zu bekommen" (S. 97) und daß das HRG nichts aussagt „zum Problem des künftigen Akademikerbedarfs und zur Veränderung der Studieninhalte und Qualifikationen im Hinblick auf Veränderungen des Beschäftigungssystems . . ." (S. 98).

Wie aber sieht die Strategie aus, in der das HRG als widersprüchlicher guter Kompromiß erscheint und die davon ausgeht, daß „die Frage, ob das Hochschulrahmengesetz eine Befriedungsfunktion erfüllt, . . . schon vorab negativ zu beantworten (ist)" (S. 97)?

Als ungeklärt erscheint in dieser Strategie zunächst einmal, ob das HRG als gesellschaftspolitische Einzelmaßnahme verstanden wird, ob für ein Bündnis im Kampf um das HRG gemeinsame Interessen unterschiedlicher, vom HRG betroffener Gruppen identifiziert werden und ob der Kampf gegen das HRG in den Zusammenhang gegenwärtiger Klassenauseinandersetzungen in der BRD gestellt wird.

Orientieren wir uns an den Perspektiven, die v. Schenck (wissenschaftlicher Referent der SPD-Bundestagsfraktion für Hochschulfragen) in strategischer Absicht entwickelt, dann fällt auf, daß der Komplex Studienreform plötzlich und unvorbereitet im Mittelpunkt des Interesses steht, verbunden mit nicht belegten, illusionsträchtigen Aussagen zur Wissenschaftsentwicklung in der BRD: „Gab es vor 1965/66 nur einige wenige Lehrstühle, an denen ein emanzipatorischer Wissenschaftsbegriff in Forschung und Lehre praktiziert wurde, so sind heute die Wissenschaftler, die diesen Wissenschaftsbegriff vertreten, Legion. Der Wissenschaftspluralismus, an den deutschen Hochschulen vor 1965/66 nur ein Begriff ohne Realitätsgehalt, ist seit 1970 reale Wirklichkeit geworden" (S. 102).

Verbunden mit dem Wissen, daß die „Produktivkraft Wissenschaft", „für die richtigen Ziele eingesetzt, Großes zu leisten" vermag, werden die „jungen Wissenschaftler an den Hochschulen" aufgefordert, „wegen der jetzigen Entwicklung im Hochschulbereich nicht (zu) resignieren, sondern konsequent auf die langfristigen Auswirkungen emanzipatorischer Wissenschaft (zu) setzen. Wissenschaft braucht Zeit, um praktisch zu werden – und sie erfordert viel, sehr viel Arbeit" (S. 102).

32) Guntram v. Schenck, Das Hochschulrahmengesetz. Hochschulreform in der Gesellschaftskrise, Bonn-Bad Godesberg 1976, S. 97. (Alle folgenden Seitenangaben im Text beziehen sich auf v. Schenck.)

Als Ort des Einsatzes werden die Studienreformkommissionen nach HRG (§ 9) angegeben: „Die Studienreform ist das weite Feld, auf dem sich die junge Hochschullehrergeneration bewähren muß" (S. 103).

Mit dem Votum gegen Resignation in der Studienreform arbeitet v. Schenck zwei für die Strategiediskussion wichtige Argumente heraus: 1. Der Kampf um die Lehrinhalte an den Hochschulen fängt überhaupt erst an, und 2.: Die Studienreform ist der Ansatzpunkt, „die Bande zwischen Arbeitswelt und Hochschule enger zu knüpfen und die Kluft zwischen Gewerkschaften und Hochschule abzubauen" (S. 103). So wird für ihn „Wissenschaft . . . aus einem Instrument der Herrschaft zu einem Instrument der Befreiung. Wissenschaft und Arbeit zusammen werden die deutsche Gesellschaft und damit auch die Hochschulen verändern können. Das Hochschulrahmengesetz verstellt diese Perspektive nicht" (S. 104).

Es ist offensichtlich, daß v. Schencks (und nicht nur seine) Perspektive die Strategiediskussion um das HRG von zentralen Punkten ablenkt. In der hier vorgeschlagenen Strategie der Konzentration auf das lange proklamierte, im HRG nur scheinbar nicht realisierte „Kernstück" der Hochschulreform, die Reform der Studiengänge, erscheint nämlich das HRG selbst nicht mehr als zu bekämpfendes und zu ersetzendes Ziel. Diese Strategie ist daher zu begreifen als ein auf Konfliktvermeidung ausgerichteter, intellektuelle Energien bindender Versuch zur Durchsetzung des HRG in seiner jetzigen Form. Dabei soll der Bedingungsrahmen allein durch inhaltliche und nichts als inhaltliche (und damit idealistische) Anstrengungen unterlaufen werden. Diese Strategie eignet sich damit auch zur möglichst reibungslosen Durchsetzung entscheidender Einzelregelungen des HRG (z. B. Regelstudienzeit)[33]).

Insgesamt erscheint eine solche Unterlaufungsstrategie geeignet, zu Fehleinschätzungen der im HRG vorliegenden Ausweitung des staatlichen Zugriffs auf Wissenschaft, Forschung, Lehre und Studium zu führen und dazu beizutragen, daß eine Desorientierung im Kampf gegen das HRG in zweifacher Weise um sich greift: 1. die inhaltliche Seite der im Kapitalinteresse vom Staat durchgesetzten Rahmenbedingungen wie Regelstudienzeit und Ordnungsrecht wird bewußt ausgeklammert oder bleibt unbegriffen; 2. werden in dieser Strategie keine Kriterien für die Lösung konkreter Bündnisaufgaben angegeben. Der Verweis auf eine notwendige Kooperation in der Studienreform zwischen Gewerkschaften und Hochschule ist zu unspezifisch, um Bündnisfragen klären zu können, und geht dazu noch von einer problematischen Interpretation des § 9 HRG aus: entgegen früheren HRG-Entwürfen ist die Beteiligung von Gewerkschaftsvertretern in den Studienreformkommissionen nicht mehr gesichert. Die vorgesehene Beteiligung von „Fachvertretern aus der Berufspraxis" kann nicht, wie v. Schenck dies tut, als notwendige Beteiligung von Gewerkschaftsvertretern interpretiert werden. Es wird in den Landesgesetzen erst durchgesetzt werden müssen, daß die Fachvertreter aus der Berufspraxis Gewerkschafter sind.

33) Ein anschaulicher Beleg hierfür findet sich in den Materialien der Tagung „Neue dreijährige Studiengänge im Hochschulbereich als Teil der Neustrukturierung des Studiensystems und -angebots" (Evangelische Akademie Loccum, 18./19. 6. 1976).

Unspezifisch bleibt die Strategie des Unterlaufens durch inhaltliche Ausfüllung der im HRG „nur" formal geregelten Bereiche, aber auch in bezug auf eine Bestimmung der Interessenlage der vom HRG betroffenen Gruppen. In dieser sozialdemokratischen Strategie werden gerade jene Gruppen zu nützlichen Handlangern einer Reform(ierung), deren Klassenlage sich im Zusammenhang einer fortschreitenden Unterwerfung des Hochschulbereichs unter Kapitalinteressen durch den Staat verändert haben und in deren Bewußtsein sich die ökonomischen und sozialpolitischen Ziele der Reform und die daraus resultierenden Kämpfe um Arbeitsplatz- und Ausbildungsinteressen immer deutlicher unter der Perspektive der Klassenauseinandersetzungen in der BRD abbilden. Deshalb ist es unverzichtbar, die gemeinsame Betroffenheit der unterschiedlichen Personengruppen in der Hochschule durch das HRG in den Rahmen strategischer Überlegungen aufzunehmen.

Gemessen an den in der Studentenbewegung entwickelten Kampfperspektiven gegen die Durchsetzung der reaktionären Bestimmungen des HRG und für die Realisierung demokratischer Alternativforderungen[34]) tritt uns also in der hier skizzierten SPD-Position ein diffus-illusionäres Bild künftiger Entwicklungen im Hochschulbereich und der Handlungsbedingungen und -perspektiven entgegen.

2. Beispiel Studienreform: HRG-Instrumentarien in den Händen des Staates

Gerade auf dem von v. Schenck ausgewählten Handlungsfeld der Studienreform läßt sich außerdem zeigen, was es einerseits für die Entwicklung von Handlungsperspektiven bedeutet, Interessenidentitäten zwischen oberflächlich durch Interessengegensätze ausgezeichneten Gruppen (Hochschullehrer – Studenten) aufzuzeigen und was es andererseits bedeutet, die Handlungsmöglichkeiten dieser Gruppen mit dem Einsatz der Studienreforminstrumentarien einer technokratischen Hochschulreform durch die Staatsadministration zu konfrontieren.

Zu den Interessenidentitäten: Die im Interesse des Kapitals kostengünstig zu lösenden Kapazitätsprobleme aufgrund objektiv notwendiger, höherer output-Raten akademisch ausgebildeter Arbeitskräfte treffen die Gruppe der Studenten in Form von Regelstudienzeiten, Exmatrikulationsverfahren und durch die Gesamtheit der für die Durchsetzung der Regelstudienzeiten notwendigen Disziplinierungsmaßnahmen. Die Hochschullehrer werden durch eine Ausgestaltung ihrer Arbeitsplätze im Sinne der ökonomischen Ziele der Reform insofern getroffen, als die Neugestaltung ihres Arbeitsverhältnisses die flexible Anpassung an die zu lösenden Kapazitätsprobleme durch Erhöhung des Lehrangebots und durch einen flexiblen Einsatz in unterschiedlichen Studiengängen sicherstellen wird (§ 43,3 HRG: „Die Festlegung muß unter dem Vorbehalt einer Überprüfung in angemessenen Abständen stehen"). Für beide Gruppen wird der zentrale Bezugspunkt ihrer gemeinsamen Interessen die wissenschaftliche Qualifikation und Qualifizierung sein. Die

34) Zu Fragen der Studienreform vgl. vds (Hrsg.), Demokratische Studienreform (Projektbereich Lehrerausbildung, Materialien 2), Bonn 1976.

inhaltliche Ausfüllung der HRG-Regelungen und die Ausschöpfung des unter den Rahmenbedingungen des HRG Möglichen an wissenschaftlicher Qualifizierung wird beide Gruppen auf die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns verweisen.

Zum Einsatz der HRG-Studienreforminstrumentarien durch die Staatsadministration: ausgehend von der durch den BDI erklärten Bereitschaft der Industrie, „in den im Gesetz vorgesehenen Studienreformkommissionen partnerschaftlich mitzuarbeiten und Anforderungsprofile vorzulegen" (vgl. Anm. 15), und angesichts der zu befürchtenden Ausschaltung der Hochschulen aus den Kommissionen durch das Übergewicht des Staates, können die Aktivitäten der Kultusministerkonferenz (KMK) in Sachen Studienreform nach Verabschiedung des HRG erste Belege dafür liefern, wie die HRG-Instrumentarien genutzt werden sollen.

Die KMK hat bisher einen „Entwurf einer Vereinbarung über die Bildung gemeinsamer Studienreformkommissionen der Länder gemäß § 9 HRG" (Stand: 5. November 1976) und eine „Problemskizze für die Studienreform" (Stand: 10. November 1976) vorgelegt.

Der „Entwurf" sieht vor, daß die für das „Hochschulwesen zuständigen Landesminister gemeinsam 1. eine Ständige Kommission für die Studienreform, 2. Studienreformkommissionen" (§ 1) bilden. Mit dieser Konstruktion einer Ständigen Kommission und den Studienreformkommissionen nach § 9 HRG dürfte es dem Staat gegenüber den Hochschulen gelingen, alle relevanten Studienreformaufgaben sowie alle Ergebnisse der Arbeit der Studienreformkommissionen zentral zu kontrollieren (vgl. § 4). Die Zusammensetzung der Ständigen Kommission (11 Vertreter der Länder, 11 Vertreter der Hochschulen, 2 Vertreter des Bundes mit beratender Stimme) und die Tatsache, daß die stimmberechtigten Mitglieder „von den für das Hochschulwesen zuständigen Landesministern" (§ 7, 2) berufen werden sollen, wird sicherstellen, daß durch die Arbeitsergebnisse der „im Benehmen mit der Westdeutschen Rektorenkonferenz von den für das Hochschulwesen zuständigen Landesministern" (§ 5) gebildeten Studienreformkommissionen „die Bande zwischen Arbeitswelt und Hochschule" (v. Schenck) nicht zu eng geknüpft werden.

Unsere Einschätzung, daß der Staat im Sinne der Zielvorstellungen des Großkapitals die Instrumentarien des HRG nutzen wird, wird gestützt durch die „Problemskizze" der KMK: Bevor nämlich die Studienreform begonnen wird, sind, so die KMK, eine Reihe von „materiellen Fragen" näher zu prüfen: *1. „Probleme der Kurzstudiengänge"*, z. B.: „Entwicklung des Grundstudiums bei Langzeitstudiengängen zu einem viersemestrigen Studiengang mit dem Vordiplom als Abschluß" oder „Entwicklung neuer sechssemestriger Studiengänge an wissenschaftlichen Hochschulen"; *2. „Durchlässigkeit der Studiengänge"; 3. „Weiterführende Studien und Ergänzungsstudien"*, z. B. „Ergänzungsstudien zur Erhöhung beruflicher Flexibilität"; *4. „Didaktische Konzeption der Studien"*: „Beschränkung der Lehrveranstaltungen in den ersten Semestern auf das Grundwissen und das methodische Instrumentarium; Wissenschaftliche Vertiefung im Weiterstudium durch exemplarische Stu-

dienmöglichkeiten und Schwerpunkte (berufliche, interdisziplinäre und projektorientierte Ziele)"; 5. *„Sonderprobleme der Reform der Lehramtsstudiengänge"* (nicht näher ausgeführt); 6. *„Studienreform und Eingangsvoraussetzungen für den tertiären Bereich"*: „Für den Bereich der wissenschaftlichen Hochschule, insbesondere Abstimmung zwischen gymnasialer Oberstufe und Grundstudium"; „Für die Fachhochschulen".

Diese „materiellen Fragen" der Studienreform sollen natürlich nicht von den Hochschulen oder von den fachbezogenen Studienreformkommissionen geprüft und behandelt werden, sondern von der von der KMK vorgeschlagenen Ständigen Kommission.

Die an ihren Ausbildungs- und Arbeitsplätzen von solchen zentralstaatlichen Planungen Betroffenen sowie der DGB und seine Einzelgewerkschaften werden in ihren Auseinandersetzungen um die Durchsetzung des HRG die zentralstaatliche Vorgabe nicht in einer engen verwaltungstechnischen Weise aufnehmen, sondern mit der zentralstaatlichen und auch die gesamtgesellschaftliche Dimension im Kampf um die Hochschule zum Tragen bringen müssen[35]).

3. *Theorieverbote und der Kampf um eine fortschrittliche Wissenschaft*

Die schon genannten Widersprüche in den beiden gesamtgesellschaftlichen Systemanforderungen – Verwissenschaftlichung und Profitmaximierung – sind unter den gegenwärtigen Verhältnissen antagonistisch und nicht lösbar. Um den Blick auf potentielle Alternativen abzulenken, werden auf allen Ebenen Maßnahmen zur „Erzeugung systemtreuen Verhaltens" getroffen, die ihrerseits weitere Widersprüche erzeugen und deshalb Deformierungen der Wissenschaft zur Folge haben, obwohl die Orientierung auf die Berufspraxis eine wissenschaftlich-rationale Bildungs- und Forschungspolitik auf einer höheren Vergesellschaftungsstufe erfordern müßte bzw. objektiv erfordert.

Diese komplexe Situation als materielle Grundlage muß notwendigerweise eine nahezu chaotisch anmutende herrschende Ideologie produzieren, beispielsweise hinsichtlich der Frage, was wissenschaftlicher Fortschritt sei, wer denn für die Folgen wissenschaftlichen Arbeitens eigentlich verantwortlich ist, welches die grundlegenden Gemeinsamkeiten von Natur- und Gesellschaftswissenschaften sind, ob es eine solche Einheit überhaupt gibt usw.

Der dabei häufig als „geistige Krise" in den Wissenschaften (und nicht nur dort) apostrophierte Kulturpessimismus[36]) ist also in Wahrheit Ausdruck der totalen Insuffizienz des bürgerlichen Wissenschaftsbetriebs. Die letzten, noch für kritische Einschätzungen offenen „Freiräume" für wissenschaftliches Arbeiten werden nun durch die formalen und mit der Studienreform auch inhaltlichen Regelungen des HRG eingeschränkt bzw. abgeschafft. Daher wird in Zukunft alles darauf ankommen, was denn die verbindlichen Inhalte der Forschungs- und Lehrtätigkeit an den Hochschulen sein sollen.

35) Vgl. Dieter Görs, Vom Bildungsnotstand zum Notstand der Bildungsreform. Bildungsreform – ein nicht erfüllter Auftrag der Reformpolitik, in: „WSI-Mitteilungen", 29/1976, S. 322–333.
36) Vgl. R. Kühnl, Die geistige Krise der kapitalistischen Gesellschaft, in: „Blätter", 11/1976, S. 1207 ff.

Ein wesentliches Moment in den auf dieser Neuorientierung bürgerlicher Ideologie basierenden Angriffen besteht darin, daß *Berufsverbote* hier als *Verbote von Theorien* aufzufassen sind. Es soll die wissenschaftliche Diskussion und die Forschung für diejenigen unmöglich gemacht werden, die das Ungenügende bürgerlicher Wissenschaftsinhalte und Wissenschaftsorganisation angesichts der gesellschaftlichen Krisenerscheinungen erfahren und Lösungsmöglichkeiten zur Erklärung und Überwindung dieser Widersprüche suchen.

Theorieverbote sollen im Kern verhindern, sich über gesellschaftliche Wirklichkeit ein Bewußtsein zu verschaffen, das von einer ganz bestimmten Interessenlage ausgeht, nämlich der der arbeitenden Bevölkerung, die lohnabhängig ist und zu der diese Wissenschaftler selbst gehören. Dabei geht es nicht allein um gesellschaftliches *Bewußtsein* und um bestimmte zu verbietende oder zu verhindernde *Gesinnungen*. Vielmehr geht es darum, daß dies mit gesellschaftlichen Handlungen verbunden sein könnte, die den herrschenden Interessen im Wege stehen, Handlungen, die vielleicht Anschluß an die Interessen und Aktionen der arbeitenden Bevölkerung gewinnen könnten.

Jegliches Handeln, das sich auf wissenschaftliche Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse stützen kann und insofern die Chance hat, sich gegen widerstreitende Interessen durchzusetzen, soll verhindert werden. Insofern betrifft der Kern des Berufsverbots in der Universität nicht nur verschiedene wissenschaftliche Inhalte, sondern auch verschiedene gesellschaftliche Handlungen, verschiedene gesellschaftliche Praxisbereiche, die den Interessen des Kapitals entgegenstehen.

Daß die Auseinandersetzung eine bis jetzt nicht gekannte Schärfe erreichen wird, wurde bereits im Referat von Heinz Oskar Vetter auf dem bildungspolitischen Kongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Essen im November 1976 deutlich: „In einer wohl beispiellosen Antireformkampagne aller konservativen Kräfte wurde versucht, Reformen zu verhindern oder auszuhöhlen und die Interessenvertretung der Arbeitnehmer – vorab die Gewerkschaften – zu diffamieren und zu schwächen. Solche Tendenzen wirken um so stärker, je weniger sich das Bildungswesen als reformfähig erweist. Je unwissender die Menschen sind, desto unduldsamer, desto anfälliger für die Flötentöne totalitärer Ideologien werden sie. Unwissenheit, Angst, Alternativlosigkeit – das ist der Nährboden, der den Weizen reaktionären Gedankenguts fett werden läßt . . . Der neue Konservatismus ist nur der ideologische Ausdruck des Bemühens der Unternehmer und ihrer politischen Freunde, ihre gesellschaftlichen Machtpositionen aufrecht zu erhalten und auszubauen. Sie gehören zusammen wie Topf und Deckel."[37])

Damit ist klar, daß die Auseinandersetzungen, vor allem auch die ideologischen, schärfer werden und sich auf die Erhaltung und Weiterentwicklung demokratisch betriebener Wissenschaft zuspitzen. Berufs- und Theorieverer-

37) H. O. Vetter, Bildungssystem und Beschäftigungssystem – Zusammenhänge – Konflikte – Herausforderung, Referat aus gewerkschaftlicher Sicht, DGB, Bildungspolitische Konferenz Essen '76, 2.–4. 11. 1976.

bote gefährden nicht nur bestimmte Wissenschaftsmethoden, den Wissenschaftspluralismus und damit die Suche nach Wahrheit der Erkenntnis, sie gefährden überhaupt den wissenschaftlichen Fortschritt und damit die Möglichkeit, der gegenwärtigen Probleme in Natur und Gesellschaft Herr zu werden.

Und nun noch einige Bemerkungen zur Frage des Marxismus, auf den sich die Angriffe in Form von Theorieverboten konzentrieren. Wenn aus der Wissenschaft selbst das politische Argument bereitgestellt wird, marxistische Ansätze seien wissenschaftsfeindlich, so wird Wissenschaft selbst zum Produzenten der Hilfsmittel für ihre eigene Beseitigung.

In dem Maße nämlich, wie der Marxismus sich von einer Gesellschaftslehre und Weltanschauung zu sozialwissenschaftlicher Analyse sich entwickelnder Probleme und zu naturwissenschaftlicher Methode der Erforschung komplexer Erscheinungen der Natur weiterentwickelt hat, in dem Maße hat er Anklang, Respekt, aber auch Diffamierung und Skepsis provoziert. Er hat zugleich eine Präzisierung der innerwissenschaftlichen Vorstellung von Pluralismus erzwungen. Nicht mehr die Behauptung einer relativen Richtigkeit kann heute füglich pluralistisch genannt werden, sondern die Kontroverse von unterschiedlichen Erkenntniswegen und Erkenntnissen von Wahrheit. Klammert man einen oder mehrere Kontrahenten durch unwissenschaftliche Manipulationen aus, so gerät die Kontroverse und damit der Pluralismus in Gefahr und mit ihm wissenschaftliche Suche nach Wahrheit.

Die nicht nur von Marxisten behauptete Neuheit ihres Verfahrens, die in der Kooperation mit sozialen Interessengruppen besteht, disqualifiziert nicht das Verfahren als nicht-pluralistisch, sondern zwingt zur Neubesinnung auf wissenschaftliche Fortschrittlichkeit. Einen ersten Ansatz hierzu bieten neue Kooperationsformen zwischen Wissenschaftlern und Gewerkschaften. Nur aus dieser Perspektive heraus – die durch die an der Hochschulpolitik beteiligten demokratischen Kräfte noch systematisch erarbeitet werden muß – erschließen sich auch die Prinzipien für eine inhaltliche Studienreform.

Zusammenfassung und Ausblick

1. Nach mehrjährigen Auseinandersetzungen und in einem widersprüchlichen Prozeß wurde das HRG in einer Form verabschiedet, in der sich ausschließlich das Großkapital mit seinen Zielvorstellungen durchgesetzt hat.

2. Damit wird der Widerspruch zwischen den beiden Systemanforderungen – Verwissenschaftlichung der Berufsausbildung auf breiter Basis und Profitmaximierung – im Hochschulbereich unmittelbar evident.

3. Bezogen auf diesen Widerspruch, ist das HRG konsequenter Ausdruck zentralstaatlicher Lösungsnotwendigkeiten. Es bietet eine neue zentralstaatliche Rechtsgrundlage für die Durchsetzung der Interessen des Großkapitals im Hochschulbereich.

4. Mit Hilfe der Instrumentarien dieser neuen Rechtsgrundlage wird das Großkapital versuchen, seine ökonomischen, sozialpolitischen und ordnungspolitischen Zielvorstellungen im Hochschulbereich durchzusetzen und damit die weitere Entwicklung des akademischen Arbeitskräftepotentials in seinem Interesse zu beeinflussen.

Es wird auf die vollständige Eingliederung der Hochschulabsolventen in den kapitalistischen Arbeitsmarkt und in die industrielle Reservearmee (insbesondere über die Rekapitalisierung des öffentlichen Dienstes) drängen.

5. Die Instrumentarien, die das HRG für die Formierung des Hochschulbereichs in diesem Sinne zur Verfügung stellt, beziehen sich insbesondere auf die Bereiche

– Zulassung zum Studium

– Ordnungsrecht

– Personalstruktur

– Organisation und Verwaltung der Hochschulen (Mitbestimmung)

– Studium und Lehre (Regelstudienzeit/Studienreform).

6. Die Abwehr der Formierungsbestrebungen im Hochschulbereich durch die vom HRG betroffenen Personengruppen kann nur auf der Basis ihrer *gemeinsamen* Interessen erfolgen. Auch die Durchsetzung einer der Verwissenschaftlichung der Berufsausbildung förderlichen Studienreform ist nur so möglich.

7. Dabei kommt dem Kampf um die zukünftigen Lehr- und Studieninhalte eine besondere Bedeutung zu. Dieser Kampf darf nicht – ebenso wie an anderen Punkten des HRG – auf ein Ausschöpfen des HRG-Rahmens beschränkt werden. Vielmehr ist eine solche Beschränkung auf die Reform der Studiengänge in die Nähe einer Strategie zur Durchsetzung des HRG zu rücken.

8. So führt z. B. eine solche Unterlaufungsstrategie, wie sie von Fraktionen in der SPD empfohlen wird, zu Fehleinschätzungen der durch das HRG möglich gewordenen Ausweitung des staatlichen Zugriffs auf Wissenschaft, Forschung, Lehre und Studium. Diese Strategie trägt zu einer Desorientierung im Kampf gegen die Durchsetzung des HRG in zweifacher Weise bei:

– die immer auch inhaltliche bzw. Inhalte determinierende Seite der im Kapitalinteresse vom Staat durchgesetzten Rahmenbedingungen wie z. B. Regelstudienzeit, Ordnungsrecht wird bewußt ausgeklammert oder bleibt unbegriffen.

– die Strategie, die allein durch den Druck akkumulierter inhaltlicher Arbeit innerhalb des vorgegebenen Rahmens das HRG zu unterlaufen hofft, löst weder die Probleme von Forschung, Lehre und Studium als Probleme des Arbeits- und Qualifizierungsprozesses von Individuen, noch löst sie die den Hochschulen im Interesse des gesellschaftlichen Fortschritts von den Lohnabhängigen und ihren Organisationen gestellten Aufgaben. Auch ergeben

sich aus einem solchen Vorgehen keine Kriterien für die Lösung konkreter Bündnisaufgaben.

9. Den vom Bundesverband der deutschen Industrie für die Entscheidung in den Studienreformkommissionen nach HRG § 9 angekündigten „Anforderungsprofilen" der Wirtschaft müssen Alternativen gegenübergestellt werden, die sich an einem umfassenden fachlichen und politischen Qualifizierungsinteresse zukünftiger lohnabhängiger, akademisch ausgebildeter Arbeitskräfte orientieren. Hierzu sind die vom DGB und seinen Einzelgewerkschaften bereits gemachten Vorschläge weiterzuentwickeln.

10. Die Einlösung eines umfassenden fachlichen und politischen Qualifizierungsanspruchs aller Arbeiter, auch durch Veränderung der Lehr- und Studieninhalte an der Hochschule, impliziert außerdem den Kampf gegen ein vornehmlich in der Form von Berufsverboten auftretendes Theorieverbot, das die Entwicklung eines der gesellschaftlichen Wirklichkeit adäquaten wissenschaftlichen Bewußtseins sowie der objektiven Interessenlage entsprechender Handlungen der Lohnabhängigen verhindern soll.

11. Dieser Einschätzung liegt die Überzeugung zugrunde, daß der Kampf gegen die Durchsetzung der reaktionären Bestimmungen des HRG ein Kampf ist, der im Rahmen der Klassenauseinandersetzungen in der BRD stattfindet. Die organisatorischen und inhaltlichen Aufgaben einer demokratischen Hochschulreform sind nur als Teil dieses Kampfes lösbar.

Kurzfristig wird es (neben der organisierten Einflußnahme auf die Novellierungen der Landeshochschulgesetze) darauf ankommen, den Kampf um die Struktur der Arbeitsplätze angesichts der ökonomischen, sozialpolitischen und ordnungspolitischen Zielvorstellungen des HRG als gemeinsamen Kampf aller vom HRG Betroffenen und ihrer Organisationen zu führen. Die Diskussion hierüber muß gerade auch die Auswirkungen des HRG auf die Arbeitsplätze von Wissenschaftlern einbeziehen.

Eine wichtige Vorgabe hierfür ist die „UNESCO-Empfehlung zur Stellung der wissenschaftlichen Forscher". Mit dieser UNESCO-Empfehlung ist überdies eine auch von der Bundesregierung unterstützte soziale Regelung der Belange von Wissenschaftlern fixiert, die auch „beamteten" Wissenschaftlern den Kampf gegen ein Gesetz wie das HRG erleichtern dürfte, das jenen Empfehlungen in fast allen wesentlichen Punkten zuwiderläuft.

Neuerscheinung

Martin Niemöller, **Reden, Predigten, Denkanstöße, 1964–1976**

Ausgewählt von Pastor H. J. Oeffler, Geleitwort von Prof. B. Kreck

Kleine Bibliothek Bd. 69, 294 Seiten, DM 14,80

Zum 85. Geburtstag Pastor D. Martin Niemöllers gibt der Verlag erstmalig einen Sammelband des weltweit bekannten und geschätzten Humanisten und Christen. Das ist zugleich Ausdruck der Wertschätzung der Beiträge Martin Niemöllers zur Verständigung zwischen Menschen und Völkern, zu Frieden und Humanität.

Pahl-Rugenstein

Sozialpartnerschaft als Modell für Europa?

„Dreierkonferenzen" als Konzertierte Aktion auf EG-Ebene

Von Heinz-Jürgen Axt

I

Die westeuropäische Arbeiterbewegung hat sich gegenwärtig mit zwei wichtigen Problemen auseinanderzusetzen: zum einen soll auch im Rahmen der EWG eine Art „Konzertierte Aktion" eingerichtet werden, zum andern verstärken sich die Bestrebungen der äußeren Einmischung. Beide Entwicklungen sind durch die 1974 einsetzende Weltwirtschaftskrise forciert worden. Diese hatte nicht nur alle bedeutenden kapitalistischen Länder erfaßt, sie ist auch die schwerste Krise seit der von 1929/33. Hoffnungen auf einen raschen und kräftigen Aufschwung erfüllen sich nicht. „Genieße die Krise! Der Aufschwung wird fürchterlich werden", riet daher die „International Herald Tribune" ihren Lesern[1]). Die dritte Nachkriegskrise der kapitalistischen Weltwirtschaft erfaßte im Unterschied zu den Krisen von 1948/49 und 1957/58 erstmals fast alle wichtigen kapitalistischen Staaten zum annähernd gleichen Zeitpunkt. Es kann daher zu Recht von einer Tendenz zur internationalen Synchronisierung des kapitalistischen Wirtschaftszyklus gesprochen werden.

Bedeutsam ist auch die Tatsache, daß sich die Ausgangspositionen für einen neuen Aufschwung in allen EG-Ländern gegenüber früher verschlechtert haben. Obwohl die Krise von 1974/75 die längste und tiefste seit der von 1929 bis 1933 gewesen ist, reichte sie nicht aus, um die Disproportionen zu beseitigen und die Überkapazitäten abzubauen. Die Verwertungsbedingungen des Kapitals unterliegen auch nach der Krise bedeutenden Unsicherheiten und strukturellen Defiziten. „Die realen Wachstumsraten liegen zum Teil deutlich unter denen des Jahres der Erdölkrise 1973 (wohl mit Ausnahme der Bundesrepublik Deutschland). Die Arbeitslosenquoten (4,5–6%) liegen weit mehr als doppelt so hoch wie 1969. Die Preissteigerungsraten liegen teilweise mehr als doppelt so hoch als in den Jahren 1969/70. Fast alle Mitgliedstaaten starten in den Aufschwung von einem Inflationssockel, der sogar höher ist als der des Jahres 1973, als praktisch allenthalben konjunkturelle Überhitzung zu konstatieren war."[2]) Die künftige ökonomische Entwicklung wird eine Reihe bedeutsamer stagnativer Tendenzen aufweisen und wird viele Rückfallgefahren in sich bergen. J. Kuczynski meint sogar, daß mit einer Wirtschaftsentwicklung zu rechnen sei, „die keine längere Prosperitätsphase einschließt, die ständig eine hohe Arbeitslosigkeit bringt, häufiger sinkende als steigende

1) Zit. nach J. Kuczynski, Wirtschaftsperspektiven des Kapitals, in: „IPW-Berichte", 12/1975, S. 2–7, hier S. 2.
2) M. Lahnstein, Hoffnung auf sozialen Konsens, in: „Europa-Union", 6/1976, S. 6.

Reallöhne, wahrscheinlich einen Rückgang der internationalen Arbeitsteilung, das heißt eine noch ungünstigere Entwicklung des Außenhandels als der Produktion, Währungswirren und Inflation"[3]).

Im Gefolge der Krise verstärken sich die Bemühungen zur sozialpartnerschaftlichen Integration der Werktätigen und der Gewerkschaften. Eine wichtige Erscheinung stellt hier die an ähnlichen Entwicklungen in der BRD orientierte Institutionalisierung sogenannter „Dreierkonferenzen" von Regierungsvertretern, Mitgliedern der Kommission, Unternehmer- und Gewerkschaftsvertretern im Rahmen der EG dar. Damit ist, wie der Hauptinitiator des Vorhabens, der Vizepräsident der Kommission, W. Haferkamp, mitteilte, eine „Konzertierte Aktion", ein „Bündnis zwischen Sozialpartnern und Staat" auf EG-Ebene intendiert[4]). „Dreierkonferenzen sollen auf der Ebene der Gemeinschaft allmählich das hervorbringen helfen, was für die Bundesrepublik schon fast selbstverständlich ist: einen gesellschaftlichen Konsens zwischen Sozialpartnern und Regierungen über die Grundlagen der Gesellschaftsordnung und über jene Ziele, die in dieser Gesellschaftsordnung vornehmlich zu erreichen sind."[5]) Haferkamp verdeutlicht den sozialpartnerschaftlichen, gegen die Autonomie der Gewerkschaften gerichteten Aspekt, schreibt er doch: „Eine europäische konzertierte Aktion ist nur möglich mit Kräften, die zusammenarbeiten und die die gegenwärtige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung grundsätzlich akzeptieren (!), sie reformieren und verbessern wollen."[6])

Das Streben, „Konzertierungsgremien" auf der EG-Ebene zu installieren, wurde mit der ersten „Dreierkonferenz" im November 1975 eingeleitet, womit das „heimliche Sehnen gemäßigter EG-Gewerkschafter nach einer Konzertierten Aktion auf europäischer Ebene einen Schritt näher gerückt zu sein" schien[7]). Der zweiten „Dreierkonferenz" vom 24. Juni 1976 legte die EG-Kommission im Auftrag des Europäischen Rates vom 1. und 2. Dezember 1975 in Rom[8]) ein Dokument zur „Wiederherstellung von Vollbeschäftigung und Stabilität in der Gemeinschaft"[9]) vor, das zuvor „Gegenstand ausführlicher Beratung mit Vertretern der Sozialpartner" war. Nach der durchaus realistischen Einschätzung der Kommission drohen dem sich abzeichnenden Konjunkturaufschwung von mehreren Seiten Gefahren: die Arbeitslosigkeit und der Grad unausgelasteter Produktionskapazitäten sind unverändert hoch, die Inflationsrate beträgt in fast allen EG-Ländern über 10%, und protektionistische Maßnahmen drohen von im Alleingang betriebenen nationalen Expansionsmaßnahmen. Mit der Maßgabe des „verantwortlichen Zusammenwir-

3) J. Kuczynski, Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft, Frankfurt/M. 1976, S. 125.
4) W. Haferkamp, Für Vollbeschäftigung und Stabilität, in: „Europa-Union", 6/1976, S. 5. Zur staatlichen Einkommenspolitik in der BRD vgl. J. Bergmann/O. Jacobi/W. Müller-Jentsch, Gewerkschaften in der Bundesrepublik, Frankfurt/M. 1975, S. 63 ff.
5) E. Rhein, Konzertierte Aktion auf europäisch?, in: „EG-magazin", 7/1976, S. 12.
6) Interview mit W. Haferkamp in: „Welt der Arbeit" v. 25. 6. 1976, Beilage S. 2.
7) E. Hauser, Lernprozeß eingeleitet, in: „EG-magazin", 12/1975, S. 7. Zur Einbeziehung der Gewerkschaften in den institutionellen Aufbau der EWG: W. Elsner, Die EWG – Herausforderung und Antwort der Gewerkschaften, Köln 1974, S. 47 ff.
8) Vgl. H.-J. Axt, Zur Situation der EG nach der Konferenz von Rom, in: „Blätter", 1/1976, S. 4 ff.
9) Vgl. EG-Kommission, Wiederherstellung von Vollbeschäftigung und Stabilität in der Gemeinschaft, Brüssel 26. 5. 1976 (hektographierte Vorlage).

kens von Staat und Sozialpartnern, um die wirtschaftliche Situation wieder ins Lot zu bringen"[10]), formuliert die Kommission die gemeinschaftlich anzustrebenden Ziele: „Bis spätestens 1980 ist die Vollbeschäftigung herzustellen. Bis spätestens Mitte 1978 ist zumindest der konjunkturelle Kern der Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Die Gemeinschaft strebt für die Jahre 1976–80 eine jährliche Wachstumsrate von mindestens 4,5–5% an. Dafür ist eine überproportionale Zunahme der Investitionen nötig. Die Inflationsrate muß bis spätestens 1980 in allen Mitgliedstaaten auf höchstens 4–5% pro Jahr gedrückt werden, weil kräftiges Wachstum mittelfristig nur bei größerer Stabilität durchzuhalten ist."[11])

Zur Erreichung dieser Zielstellungen sollen die Regierungen „ein kräftiges Wachstum schaffen", die Haushaltsdefizite abbauen, die Geldpolitik am Wachstum des Sozialprodukts orientieren, die Wettbewerbspolitik aktivieren und eine wirksame Arbeitsmarktpolitik betreiben. Die Unternehmer sollen „Preisdisziplin üben" und darauf verzichten, „Marktchancen bis zum Letzten auszunutzen"[12]). Vor allem soll aber die Tarifpolitik, soll die Autonomie der Gewerkschaften eingeschränkt werden. Diese Intention stellt den eigentlichen Kern der Konzertierungsbestrebungen dar. Nach der Vorlage der Kommission sollen die „Sozialpartner . . . ihrerseits zu größerer Preisstabilität beitragen, indem sie die Einkommenszunahme stärker nach den realen wirtschaftlichen Möglichkeiten ausrichten. Die Gewerkschaften werden sich bei ihren Lohnforderungen Mäßigung auferlegen . . ."[13]). Während für die Begrenzung der Unternehmereinkommen (natürlich) kein Kriterium, kein Maßstab gegeben wird, soll für die Einkommen der Lohnabhängigen der „gesamtwirtschaftliche Produktivitätsfortschritt die wichtigste Bestimmungsgröße" sein[14]). Damit sind nicht nur gewerkschaftliche Forderungen nach Einkommensumverteilung über eine aktive Tarifpolitik von vornherein blokkiert, auch die bloße Sicherung der erreichten Realeinkommen ist gefährdet. Haferkamp fordert z. B., daß die etwa durch die Verteuerung der Rohstoffeinfuhren erhöhten Preise nicht „Anlaß zu höheren Lohnforderungen sein" dürften. Auf mittlere Sicht sollen Produktivitätsgewinne noch nicht einmal „voll für Lohnerhöhungen ausgeschöpft werden"[15]). „Reale Einkommenseinbußen (sollen) . . . als solche akzeptiert" werden[16]). Es geht also nicht nur um eine „Mäßigung" bei der gewerkschaftlichen Tarifpolitik, sondern darum, daß die „Reallohnentwicklung vorübergehend hinter der Produktivitätsentwicklung" zurückbleibt[17]). Die Senkung der Masseneinkommen ist ebenso programmiert wie die überproportionale Steigerung der Gewinneinkommen.

Um die Gewerkschaften in einen derart restriktiven Rahmen zwängen zu können und um den „sozialen Frieden" aufrechtzuerhalten, wird von der Kommission vorgeschlagen, „geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die

10) Die Krisenstrategie der EG-Kommission, in: „Europa-Union", 6/1976, S. 6.
11) EG-Kommission, Wiederherstellung . . ., a.a.O., S. 9.
12) W. Haferkamp, Erklärung auf der Dreierkonferenz am 24. 6. 1976 (hektographierte Vorlage), S. 8.
13) EG-Kommission, Wiederherstellung . . ., a.a.O., S. 10. Dieser Passus wurde später geändert.
14) Ebd., S. 5.
15) W. Haferkamp, Erklärung . . ., a.a.O., S. 8.
16) Die Krisenstrategie . . ., a.a.O.
17) 2. Dreierkonferenz für Gemeinschaftsstrategie, in: „Europa-Union", 5/1976, S. 3.

Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand und Beteiligung der Arbeitnehmer an Unternehmensentscheidungen zu fördern"[18]). In der gesamten EG soll nun offensichtlich jene Entwicklung nachvollzogen werden, die in der BRD vor allem die IG Bau-Steine-Erden unter Georg Leber mit der Übernahme der Partnerschaftsideologie und der Ideologie der gewerkschaftlichen „Ordnungsfunktion" eingeleitet hat. „Vermögenspolitik" hat noch immer die Akkumulationsfähigkeit des Kapitals verbessert, indem ein Teil der Lohneinkommen der individuellen Verfügung vorenthalten wird und in den Unternehmen verbleibt oder diesen zumindest durch die Inanspruchnahme der Fonds zur Verfügung steht. Neben dieser Funktion, die Masseneinkommen und die Tarifpolitik der Gewerkschaften einzuschränken und damit die Gewerkschaften insgesamt zu schwächen, ist aber auch zu berücksichtigen, daß, wie Eugen Loderer ausgeführt hat, „eine breitere Streuung von Eigentumstiteln nicht eine Demokratisierung der Wirtschaft bewirkt. Sie würde im Gegenteil dazu führen, daß die unkontrollierten Manager der Wirtschaft noch mächtiger werden"[19]).

Aber auch die „Beteiligung der Arbeitnehmer an Unternehmensentscheidungen" intendiert nicht die Ausweitung realer, d. h. auf die Verbesserung der Kontrollrechte der organisierten Lohnabhängigen gerichteten Mitbestimmungspositionen. Die gegenwärtigen ökonomischen und politischen Verhältnisse sollen auf keinen Fall tangiert werden, die „Freiheit der Unternehmen, Investitionen in eigener Verantwortung vorzunehmen, (soll) nicht beschränkt werden". „Investitions- oder Preiskontrollen (seien) keine geeigneten Mittel zur Sicherung von Vollbeschäftigung oder Stabilität."[20]) Die Meldung von Investitionsvorhaben soll lediglich „in bestimmten kapitalintensiven Sektoren, die zu Überkapazitäten neigen, die Transparenz . . . erhöhen"[21]). Die „Beteiligung" strebt also lediglich eine „Beruhigung an der Kostenfront . . ., sowie verläßliche Rahmendaten und eine Stabilisierung des Ertragshorizonts" an[22]).

Wenn auch die Regierungen sich „keinerlei Zwangs, sondern allein der wirtschaftspolitischen Argumentation oder, anders ausgedrückt, des Appells an die ‚gesamtwirtschaftliche Vernunft' der Sozialpartner" bedienen sollen[23]), so ist dennoch kaum zu übersehen, daß die Autonomie der Gewerkschaften eingeschränkt werden soll. Sie sollen sich einem „Gemeinwohl" gegenüber verpflichten, dessen Inhalt durch die „Rationalität" kapitalistischen Wirtschaftens vorgegeben ist. Nicht nur sollen die „Unternehmereinkommen" überproportional steigen, um die vielfach umworbene „Investitionsneigung" zu stimulieren, es soll gleichzeitig erreicht werden, „die in einigen Mitgliedstaaten (der EG) noch immer vorhandene gesellschaftliche Polarisierung langfristig zu überwinden"[24]). „Wenn dieses Programm (der Konzertierten

18) EG-Kommission, Wiederherstellung . . ., a.a.O., S. 10.
19) E. Loderer, Qualität des Lebens statt Vermögenspolitik, in: K. H. Pitz (Hrsg.), Das Nein zur Vermögenspolitik, Reinbek 1974, S. 9–24, hier S. 10.
20) Interview mit W. Haferkamp, a.a.O., S. 2.
21) EG-Kommission, Wiederherstellung . . ., a.a.O., S. 9.
22) M. Lahnstein, Hoffnung . . ., a.a.O.
23) E. Rhein, Europäische konzertierte Aktion, in: „Europa-Archiv", 15/1976, S. 497–504, hier S. 499.
24) Ebd., S. 501.

Aktion im Rahmen der EG; H.-J. A.) in seinen großen Zügen von Regierungen, Sozialpartnern und europäischen Institutionen in politische und ökonomische Realität umgesetzt wird, ist in Europa ein gewaltiger Schritt zur Wiederherstellung von Vollbeschäftigung und Stabilität, zur Annäherung der wirtschaftlichen Verhältnisse zwischen den Mitgliedstaaten und zur Realisierung einer gerechteren Wirtschaftsordnung sowie zur *Überwindung des Klassenkampfes* getan."[25])

Aber auch die Befürworter derartiger Programme zur „Überwindung des Klassenkampfes" gestehen ein, daß die Realisierungschancen gering und die Widerstände von seiten der Arbeiterbewegung – wenn auch in den einzelnen Ländern der EG unterschiedlich – groß sind. Den Ansatzpunkt zur Durchsetzung integrationistischer Konzepte sieht E. Rhein noch am ehesten beim Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB), der eine „treibende Kraft hinter dieser (zweiten) Dreierkonferenz" gewesen sei. Die Gemeinschaftsebene böte nämlich insofern einen großen Vorteil, als die „europäischen Sozialpartner" gezwungen seien, Meinungsverschiedenheiten innerhalb des eigenen Lagers abzubauen. „Denn in der Auseinandersetzung mit der Gemeinschaft und den einzelnen Regierungen hängt die Stärke des Europäischen Gewerkschaftsbundes oder der Vereinigung der Europäischen Arbeitgeberverbände allein von der Geschlossenheit ihres Auftretens ab."[26]) Die Dreierkonferenz soll den Prozeß der Vereinheitlichung der Gewerkschaftsauffassungen besonders deutlich gemacht haben. Letztlich standen die Gewerkschaften „vor der Wahl, mit Regierungen und Arbeitgebern den Beginn einer gesamtwirtschaftlichen gesellschaftspolitischen Konzertierung zu machen und dabei konkrete ‚Kompromisse' (etwa Beschäftigungsziele gegen ‚einkommenspolitische' Zusagen) zu schließen oder aber sich der eher klassenkämpferischen Grundposition einer Minderheit anzuschließen und den Dialog abzubrechen. Es zeugt von der politischen Weitsicht des EGB, daß er trotz dieser inneren Spannungen den Beginn einer europäischen konzertierten Aktion bejaht und sich bereit erklärt hat, ihren Fortgang zu unterstützen"[27]). Die reformistische Mehrheit im EGB soll also die weniger integrationsfähigen und -willigen Gewerkschaften wie die französische CGT, die italienische CGIL, aber auch die belgischen Gewerkschaften domestizieren. Parallelen zu dem Bemühen, das sozialliberale „Modell Deutschland" auf die gesamte EWG zu übertragen, sind erkennbar.

Die westeuropäische Gewerkschaftsbewegung läßt sich jedoch keineswegs so problem- und widerstandslos, wie einige Befürworter der Konzertierungsbestrebungen meinen, in diesen „Dialog" mit Unternehmern und Regierungen einbeziehen und partnerschaftlich integrieren. Nicht nur die sogenannten „klassenkämpferischen" Gewerkschaften wie CGT und CGIL widersetzen sich, auch die Mehrheit des EGB muß aus der Tatsache, daß die Ergebnisse der Dreierkonferenzen keineswegs mit den gewerkschaftlichen Zielvorstellungen übereinstimmen, Konsequenzen ziehen. Dabei wird einmal mehr

25) Ebd., S. 503 (Hervorh. H.-J. A.).
26) Ebd.
27) Ebd.

ersichtlich, daß sich die sozialen und politischen Konflikte primär an den nationalen ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen sowie dem nationalen Kräfteverhältnis zwischen den gesellschaftlichen Klassen orientieren.

II

Die vom EGB in die bisherigen Dreierkonferenzen gesetzten Erwartungen sind nicht erfüllt worden. Gestützt auf eine vom Exekutivausschuß des EGB verabschiedete Stellungnahme zu Wirtschaftslage, Beschäftigung und Einkommen, hat eine EGB-Delegation unter Führung von H. O. Vetter in Verhandlungen mit dem Europäischen Rat die Einberufung einer wirtschaftlichen und sozialen Dreierkonferenz im Rahmen der EWG für Ende 1975 durchgesetzt. Eine bereits im Dezember 1974 über Sozialfragen durchgeführte Konferenz, an der lediglich die Arbeitsminister als Regierungsvertreter teilgenommen hatten, hatte den EGB insofern enttäuscht, als es nicht möglich war, „einen Dialog über die wirtschaftlichen und konjunkturellen, vor allem aber über die strukturellen Ursachen der Krise sowie über die Wiederbelebungsmaßnahmen in Gang zu bringen."[28]) Daß im November 1975 erstmals eine Dreierkonferenz unter Einschluß der Wirtschafts- und Finanzminister stattfand, sieht der EGB als eine Bestätigung seiner Politik, denn „der Anstoß zu dem diese Konferenz im Prinzip billigenden Beschluß des europäischen Rates und zu ihrer Einberufung für den 18. November 1975 (ist) vom EGB gekommen"[29]).

Aber auch die Erweiterung der Konferenzteilnehmer um einige Minister erhöht nicht die Chancen zur Durchsetzung von Entscheidungen, die sich an den Bedürfnissen der organisierten Arbeiterbewegung orientieren. Die Unternehmervertreter konzentrieren sich darauf, die Gewerkschaften zur Zurückhaltung in der Lohnpolitik zu veranlassen. Lohnerhöhungen, so die Union der Europäischen Industrien (UNICE), müßten von der „Zunahme der Rentabilität abhängig gemacht werden"[30]). Als Vertreter der EG-Kommission bekräftigte auch deren Vizepräsident W. Haferkamp, daß die Gewerkschaften „für einen begrenzten Zeitraum auf die bisherigen hohen Reallohnsteigerungen" zu verzichten hätten. Aufgrund dieser Tatsachen mußte auch der EGB feststellen: Selbst wenn man der „Konfrontation zwischen öffentlichen Instanzen und Sozialpartnern" auf höchster europäischer Ebene Bedeutung zuzumessen habe, so habe die Dreierkonferenz insgesamt „weitgehend enttäuscht"[31]).

Angesichts der zunehmenden Massenarbeitslosigkeit stellte der EGB die „Wiederherstellung der Vollbeschäftigung (als) das oberste Ziel der Wirtschaftspolitik" für die Beratungen der zweiten Dreierkonferenz heraus[32]). Die Gewerkschaften gingen dabei von folgender Zielstellung aus: Die Regierun-

28) Europäischer Gewerkschaftsbund, Tätigkeitsbericht 1973–1975, Brüssel 1976, S. 49.
29) Ebd.
30) Vgl. „Frankfurter Rundschau" (FR) v. 20. 11. 1975.
31) Europäischer Gewerkschaftsbund, Tätigkeitsbericht . . ., a.a.O., S. 49.
32) Europäischer Gewerkschaftsbund, Aktionsziele des EGB 1976–1979, angenommen vom zweiten satzungsmäßigen Kongreß am 22.–24. April 1976 in London, Brüssel 1976, S. I.5.

gen sollten auf eine Politik zur Erreichung der Vollbeschäftigung festgelegt, die Geschlossenheit der westeuropäischen Arbeiterbewegung demonstriert und jegliche Strategie, die von den Lohnabhängigen „übermäßige Opfer" verlangt hätte, abgelehnt werden[33]). Da nicht nur die erste Dreierkonferenz, sondern auch „die weitere Entwicklung nach der Konferenz sehr enttäuschend verlaufen ist"[34]), sollten von der zweiten Konferenz spezifische Aktionsvorschläge verabschiedet werden, nachdem zuvor ein Bericht der Kommission vorgelegt würde, „der die Regierungen und die Arbeitgeber eindringlich auf den Ernst der gegenwärtigen Beschäftigungslage hinweist und sie vor die Tatsache des Mißlingens der traditionellen Politiken für die Bewältigung dieses Problems stellt"[35]). Nach der zweiten Dreierkonferenz ist allerdings festzustellen, daß die Beeinträchtigung der gewerkschaftlichen Lohnpolitik weit schwerer wiegt als das verbale Zugeständnis der Regierungen, in Zukunft der Erreichung der Vollbeschäftigung und der Senkung der Inflationsrate mehr Gewicht beizumessen.

Daß mit den Dreierkonferenzen nicht ein mehr oder weniger harmonischer „Dialog gleichberechtigter Sozialpartner" eingeleitet, sondern eher eine Politik der Konzertierten Aktion von Unternehmern und Regierungen *gegen* die Gewerkschaften fortgesetzt wurde, haben z. T. auch führende Vertreter des EGB betont. H. O. Vetter, der Präsident des EGB und Vorsitzende des DGB, erklärte z. B., die gegenwärtige Situation sei nicht dazu angetan, die Gewerkschaften zur Mäßigung anzuhalten, da einige Industriezweige die ersten konjunkturellen Aufwärtstendenzen bereits zu rücksichtslosen Preissteigerungen genutzt hätten[36]). Die Gewerkschaften hätten bereits eine „gewisse Mäßigung" bei den Einkommen gezeigt, nun müßten die Unternehmer das gleiche bei den Preisen tun. Einer Einkommenspolitik könne der EGB auf keinen Fall zustimmen[37]). Während die Mehrheit des EGB – trotz der auch von Vetter zum Ausdruck gebrachten Kritik – der Gemeinsamen Erklärung der 2. Dreierkonferenz mit der Festlegung der Tarifpolitik auf „objektive Wirtschaftsdaten" zustimmte, wurde die Erklärung von den belgischen Gewerkschaften im EGB und der französischen CGT, die dem EGB nicht angehört, abgelehnt[38]). Georges Crose, Vertreter der CGT, wies eine Übereinkunft zurück, die eine „Lohndisziplin nach dem Muster der westdeutschen Gewerkschaften" beinhalte[39]). Unter dem Vorzeichen der „Einkommenspolitik" hätten in der BRD „die geringfügigen Lohnerhöhungen im letzten Jahr zu einem realen Kaufkraftverlust geführt"[40]). Die Vertreter der dem EGB angehörenden italienischen Gewerkschaft CGIL hatten die Konferenz bereits vor der Schlußabstimmung verlassen. Es konnte also „kein volles Gelingen nach dem ‚Modell Deutschland'" erzielt werden.

---

33) Vgl. E. Rhein, Europäische konzerte Aktion, a.a.O., S. 502.
34) Europäischer Gewerkschaftsbund, Aktionsziele . . ., a.a.O., S. I.5.
35) Ebd.
36) Vgl. „EG-magazin", 8/9/1976, S. 17.
37) EG-Kommission, „Bulletin . . .", a.a.O., 6/1976, S. 10f.
38) Vgl. „Europa-Archiv", 15/1976, S. D. 397.
39) So FR v. 25. 6. 1976.
40) „EG-magazin", 8/9/1976, S. 17.

III

Nach einem Kommentar der „Zeit" soll die Bundesrepublik zwar zu den wenigen Ländern gehören, in denen Unternehmer und Gewerkschaften 1976 „am Verhandlungstisch . . . Maß gehalten haben"[41]). Dennoch sei klar, daß Tarifverhandlungen nicht mehr nach dem „Ritus" des vergangenen Vierteljahrhunderts ablaufen könnten. Die Regierungen müßten in die Tarifautonomie eingreifen. „Der Verlust der Freiheit ist die Quittung für die Maßlosigkeit der vergangenen Jahre." Einkommensverzichte sollen den Beschäftigten durch vermögenspolitische „Zugeständnisse" schmackhaft gemacht werden. Im Vorfeld der eigentlichen tarifpolitischen Auseinandersetzungen wurde auch im Herbst 1976 wiederum versucht, die Gewerkschaften in die „gesamtwirtschaftliche Verantwortung" zu nehmen. Die Gutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute über die konjunkturelle Entwicklung 1977 zielten vor allem auf eine Beeinflussung der gewerkschaftlichen Lohnpolitik ab. Ungeachtet sonstiger unterschiedlicher Auffassungen waren sich alle Institute darin einig, „daß der Lohnpolitik für den weiteren Investitions- und Konjunkturverlauf eine Schlüsselrolle zufällt. Nur wenn die Verschiebung der Einkommensverteilung zugunsten der Unternehmensgewinne anhalte, sei mit einer mäßigen Zunahme der Beschäftigung zu rechnen. Die Arbeitslosigkeit werde auf jeden Fall nur langsam zurückgehen"[42]).

Für die IG Metall werden in den Gutachten theoretische Lücken durch eine „einseitige Stimmungsmache gegen Arbeitnehmer und Gewerkschaften" verdeckt. Dabei wiesen die Gutachten selbst nach, „daß die einseitige Einkommensumverteilung zugunsten der Gewinne von 1976 nicht zu einem nachhaltigen Abbau der Arbeitslosigkeit geführt hat und auch 1977 nicht zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung führen wird"[43]). Der DGB will eine „neue Verteilungsungerechtigkeit auf die Dauer" nicht hinnehmen. Nur eine energische Haltung der Gewerkschaften wird Reallohnsenkungen verhindern können. „Der Appell an die Gewerkschaften, als Tribut für künftige Vollbeschäftigung Lohnopfer zu bringen, geht von Illusionen aus, solange die Arbeiter und ihre Gewerkschaften nicht über die Gewinnverteilung mitbestimmen und solange Investitionen nicht unter gesamtgesellschaftlicher Kontrolle stehen (Investitionslenkung)", betont daher Leonhard Mahlein, der Vorsitzende der Gewerkschaft Druck und Papier[44]). Überhaupt werden sich gewerkschaftliche Erfolge aufgrund der zu erwartenden ökonomischen Entwicklung oftmals nur unter Einsatz massiver gewerkschaftlicher Kampfmittel erreichen lassen. Der Spielraum der Unternehmer für Zugeständnisse zur Absicherung einer sozialpartnerschaftlichen Strategie ist jedenfalls wesentlich enger geworden. Wenn auch der Streik in der Druckindustrie keineswegs – wie L. Mahlein hervorhebt – „zu einem einmaligen Ereignis" hochstilisiert werden sollte, so hat er dennoch eindrucksvoll bewiesen, daß Gewerkschaften auch in Krisenzeiten sich gegen Reallohnverluste und Abbau sozialer Lei-

41) M. Jungbluth, Abschied von der alten Lohnpolitik, in: „Die Zeit" v. 4. 9. 1976.
42) Nach FR v. 26. 10. 1976.
43) Nach „Handelsblatt" v. 27. 10. 1976.
44) L. Mahlein, Lehren aus einem Arbeitskampf, in: „Gewerkschaftliche Monatshefte", 7/1976, S. 396–406, hier S. 399f.

stungen wehren können. Wie die ausgedehnten Warnstreiks in der Metallindustrie im Februar 1976 hat auch der Druckerstreik gezeigt: „Streiks sind nicht nur Maßnahmen für Schönwetterperioden."[45])

Seit Ende der 60er Jahre wachsen die sozialen Konflikte in den *Niederlanden*. Bestand bis dahin noch eine weitgehend sozialpartnerschaftlich ausgerichtete Zusammenarbeit zwischen Unternehmern und Gewerkschaften, so änderte sich dies vor allem, als die Zweite Kammer des niederländischen Parlaments ein Lohngesetz verabschiedete, das den Minister ermächtigte, Tarifverträge für unverbindlich zu erklären. Die Gewerkschaften zogen sich aus den lohnpolitischen Beratungen im Sozial-Ökonomischen Rat zurück. Sie reagierten damit auch darauf, daß die vom Staat gelenkte, zentrale Lohnpolitik eine Kluft zwischen der Gewerkschaftsführung und den Mitgliedern aufgerissen hatte. Zwar lebte mit dem zwischen Gewerkschaften, Unternehmern und Regierung 1972 abgeschlossenen „Sozialabkommen" noch einmal die Politik integrationistischer Zusammenarbeit auf, doch nahm die Unzufriedenheit unter den Beschäftigten zu. Anfang 1977 erlebte Holland den größten Arbeitskampf seit 1945. Die Gewerkschaften forderten eine automatische Anpassung der Löhne an den Preisindex in den laufenden Tarifverträgen. Nachdem u. a. die Industrie, das graphische Gewerbe, die Schiffahrt, der Verkehr und die Landwirtschaft bestreikt wurden, erklärten sich Anfang Februar die Unternehmer zur Übernahme des automatischen Teuerungsausgleichs für 1977 bereit. Auch der Versuch der Unternehmer, Streiks per Gerichtsbeschluß verbieten zu lassen, konnte die Gewerkschaften nicht einschüchtern. Sozialminister Boersma resignierte: Chancen für die von den Arbeitgebern gewünschte „Konzertierte Aktion" seien nicht mehr gegeben.

In *Belgien* haben die sozialen Auseinandersetzungen in der Vergangenheit zugenommen. Die Gewerkschaften widersetzen sich dem Versuch, sie an einen „Sozialpakt" mit Unternehmern und Regierungen zu binden. Mit Beginn der Krise sahen die Unternehmer die Chance gekommen, gegen die Indexbindung von Löhnen und Gehältern, die die Masseneinkommen vor inflationären Verlusten schützen soll, anzugehen. Von den Gewerkschaften wurde heftiger Widerstand geleistet. Im Sommer 1976 wurde in einem Stahlwerk immerhin sieben Wochen gestreikt. Überhaupt hat die belgische Gewerkschaftsbewegung seit Beginn der 70er Jahre sehr oft zum Mittel des Streiks gegriffen, um die Interessen der lohnabhängig Beschäftigten zu verteidigen. Die Intentionen der EWG-Dreierkonferenz konnten auch kaum auf Belgien übertragen werden. Enttäuscht stellt daher die „Frankfurter Allgemeine" fest: Belgiens Gewerkschafter sind „keine wirklichen Sozialpartner". Was ihnen fehlt, „ist die mangelnde wirtschaftliche Schulung ihrer Funktionäre. Sie sind in alter Weise auf bedingungslosen Kampf, aber nicht auf soziale Partnerschaft eingestellt . . . George Debunne und seine Gefolgschaft sehen die Gewerkschaften immer noch als eine reine Kampftruppe an, die den Unternehmen soviel wie möglich abtrotzen muß, unter Einsatz aller Mittel"[46]).

---

45) Ebd., S. 400.
46) E. Kobbert in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 30. 7. 1976.

Sozialpartnerschaft ist nicht das Ziel der belgischen Gewerkschaftsbewegung, wie sie durch den FGTB repräsentiert wird. Diese Gewerkschaft hat sich in einer 1945 verabschiedeten und 1971 erneut bestätigten Erklärung zum Ziel gesetzt, „daß sich das Gewerkschaftsideal einer klassenlosen Gesellschaft und die Auflösung der Arbeitnehmerschaft durch eine totale Wandlung der Gesellschaft verwirklichen wird . . . Hierzu fordert sie, daß die Arbeit als Schöpfer aller Werke und Quelle aller Güter endlich als primärer Faktor gewertet wird, von dem alle anderen Faktoren nur abhängen oder zehren"[47]). Die belgischen Gewerkschaften, „die ohne Zweifel eine der stärksten in der westlichen Welt" sind und die das „Harmoniemodell" der Gesellschaft durch „konfliktorientierte Einstellungen" in Frage stellen[48]), haben ihre auf nationaler Ebene dokumentierte Ablehnung von Partnerschaftsmodellen auch auf der Dreierkonferenz der EWG zum Ausdruck gebracht.

Der Versuch der *französischen* Regierung, nach der Dreierkonferenz der EWG auch im nationalen Rahmen eine Art Konzertierter Aktion einzuführen, um ein drastisches Sanierungsprogramm durchsetzen zu können, ist auf entschiedenen Widerstand der französischen Gewerkschaften und Linksparteien gestoßen: Anfang Oktober 1976 erlebte Frankreich die größte Streikaktion der letzten Jahre. Für den 7. Oktober riefen die Gewerkschaften CGT, CFDT und FEN zu einem „nationalen Tag der Streiks und Kundgebungen" auf. „Die Kampfansage erfolgte keine 24 Stunden nach der Bekanntgabe des Wirtschaftsprogramms der Regierung"[49]) – eine Tatsache, die für die Entschlossenheit und organisatorische Stärke der französischen Arbeiterbewegung spricht.

Orientiert an dem „bundesdeutschen Modell", bemühte sich die französische Regierung, einen „sozialen Konsensus" zu schaffen[50]) und gleichzeitig ein Sparprogramm durchzusetzen, das u. a. folgende Maßnahmen vorsah: Einkommenssteuern sollen geringfügig, Kraftfahrzeug-, Benzin- und Spirituosensteuern stark erhöht werden; die Beiträge zur Sozialversicherung sollen ebenfalls steigen. Das Wachstum der Geldmenge soll begrenzt bleiben, um die „flüssige Finanzierung überhöhter Lohn- und Preisforderungen" zu verhindern. Zentral ist der Angriff auf die Lohn- und Gehaltseinkommen. Die Tarifverträge sollen die „allgemeine wirtschaftliche Entwicklung" berücksichtigen. Die Lohnerhöhungen sollen im kommenden Jahr auf die Steigerungsrate der Einzelhandelspreise beschränkt bleiben[51]). Ein noch strengeres „Stabilitätsprogramm" ist offensichtlich durch die „Wählerrücksichten" angesichts der Gemeinde- und der 1978 bevorstehenden Parlamentswahlen blockiert worden. Giscard d'Estaing und Raymond Barre versuchen offensichtlich auch, potentielle Wähler der Linken zu gewinnen. Die französische Regierung beabsichtigt, in das Bündnis der Linksparteien einzudringen und die Sozialisten für eine Unterstützung der Regierungspolitik zu gewinnen.

47) Die belgische Gewerkschaftsbewegung, a.a.O., S. 2.
48) Vgl. R. Blanpain, Die Gewerkschaften und die Entwicklung der Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern in Belgien, in: „Gewerkschaftliche Monatshefte", 8/1975, S. 461–468.
49) FAZ v. 25. 9. 1976.
50) Vgl. FAZ v. 23. 9. 1976.
51) Vgl. FR v. 23. 9. 1976.

„Giscard hat nie verhehlt, daß er sich für wirkliche Reformen gerne mit den Sozialisten verbünden würde, wenn die nicht an die Kommunisten gekettet wären."[52]) Der gegenwärtige Zeitpunkt scheint der französischen Regierung offensichtlich insofern günstig zu sein, als die Führungsgruppe der Sozialisten „ihr Godesberg" gehabt haben soll. Wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" schreibt, soll in einem Gespräch mit Unternehmern der „Durchbruch der Partei von staatsdirigistischen zu marktwirtschaftlichen Ordnungsvorstellungen offengelegt (worden sein). Die Versicherung Francois Mitterands, das Privateigentum der Aktionäre werde bei der Verstaatlichung von Monopol-Betrieben voll entschädigt, die freie Unternehmerwirtschaft solle als Basis des französischen Wohlstands gefördert und ausgebaut werden, bedeutet für die Sozialistische Partei die klare Abkehr von alten marxistischen Zwangsvorstellungen, wie sie die Sozialdemokratische Partei Deutschlands 1959 mit ihrem ‚Godesberger Grundsatzprogramm' vollzogen hatte"[53]). Das Bekenntnis zur „freien Unternehmerwirtschaft", zur „Marktwirtschaft nach deutschem Vorbild" soll danach die Sozialisten mit Abstand zur größten Partei Frankreichs machen. Wenn dabei angemerkt wird, „zur Verabschiedung einer Art ‚Godesberger Programm' bedarf es nur noch eines nationalen Kongresses der Partei"[54]), nachdem die Führung der Partei sich bereits zur „Marktwirtschaft" bekannt habe, dann wird dabei freilich übersehen, daß sich gerade auch der übergroße Teil der Mitglieder der Sozialistischen Partei an dem erbitterten Abwehrkampf gegen das von Barre vorgelegte Stabilisierungskonzept aktiv beteiligt[55]). Unter der Führung von CGT, CFDT und FEN wurde der nationale Streiktag gegen das Regierungsprogramm zu einer eindrucksvollen Dokumentation der Kampfbereitschaft und der strikten Ablehnung von sozialpartnerschaftlichen Integrationsbestrebungen.

Die Regierungschefs der EG-Länder haben sich auf ihrer Sitzung im Juli 1976 anerkennend über die Ergebnisse der EG-Dreierkonferenz ausgesprochen, wobei sie besonders deren „politisch-psychologische Wirkung" gewürdigt haben[56]). Während sich in Frankreich derartigen Intentionen starker Widerstand entgegenstellt, hat sich in *Großbritannien* eine den EG-Konzertierungsbemühungen angenäherte Form der Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Labour-Regierung gefestigt. Diese Zusammenarbeit unterscheidet sich jedoch insoweit von der Konzertierten Aktion in der BRD, als sie an die Labour Party gebunden ist und mit der Übernahme der Regierung durch die Konservativen zum großen Teil wirkungslos würde.

Ebensowenig sind formell die Unternehmer in England in das Bündnis zwischen Regierung und Gewerkschaften einbezogen. Im Sommer 1976 wurde zwischen den Gewerkschaften und der Regierung ein „social-contract" (Sozialvertrag) vereinbart, der eine Begrenzung der Lohnsteigerungen auf 4,5% vorsah. Die Regierung verpflichtete sich, als Gegenleistung in den „nächsten drei Jahren, gestützt auf einen rapiden wirtschaftlichen Aufschwung, 1 Mil-

52) FR v. 21. 10. 1976.
53) FAZ v. 15. 10. 1976.
54) FAZ v. 28. 10. 1976.
55) Vgl. FAZ v. 8. 10. 1976.
56) Vgl. FR v. 14. 7. 1976.

lion neue Arbeitsplätze" zu schaffen[57]). Ebenfalls sollten sogenannte Planungsvereinbarungen zur Forcierung der Privatinvestitionen und die paritätische Mitbestimmung gewerkschaftlich organisierter Arbeiter in großen Unternehmen sowie eine Vermögenssteuer eingeführt werden. Die bisherige Praxis – Sozialverträge gibt es seit 1974 in Großbritannien, wobei sich die Gewerkschaften auf ständig drastischere Formen der Lohnbeschränkung einließen – zeigt allerdings, daß gegenüber Zusagen der Regierung erhebliche Skepsis angebracht ist und daß von der Politik der social-contracts letztlich vor allem die Unternehmer und die Regierung profitiert haben.

Die Gewerkschaftsbewegung zahlt für die institutionalisierte Zusammenarbeit mit der Regierung einen hohen Preis: „Denn zum einen ist das gewerkschaftliche Grundprinzip des interventionsfreien Aushandelns der Löhne zwischen Unternehmern und Gewerkschaften durch feste Lohnleitlinien aufgegeben worden, zum andern bedeutete dies eine von allen Seiten offen zugegebene Reallohnsenkung, da die Preissteigerungsrate z. B. im Mai 1976 gegenüber dem Vorjahresmonat noch immer 15,6% betrug."[58]) Die Lohnerhöhungsgrenzen für 1975 und 1976 wurden sogar nicht mehr von der Labour-Regierung, sondern von der Gewerkschaftsführung verkündet. Daß die Lösung der „wirtschaftlichen Schwierigkeiten allein auf Kosten der Beschäftigten in Form ständig sinkender Reallöhne" angestrebt wird[59]), führt zu wachsender Kritik, die sich vor allem in den Einzelgewerkschaften des Bergbaus, der Metallindustrie, im öffentlichen Dienst und in der Gruppe der Labour-Linken bemerkbar macht. Es entsteht so die Situation, daß die Führung des Gewerkschaftsdachverbandes „die Labour-Regierung gegen den vom linken Flügel beherrschten Parteivorstand" unterstützt[60]). Hat sich bisher das „Establishment in der Regierung . . . mit Erfolg dagegen gewehrt, in dieser Frage (der Sozialisierung und der Wirtschaftspolitik; H.-J. A.) völlig dem Parteivorstand und dem Parteitag ausgeliefert zu sein[61]), so mehren sich die Anzeichen, daß gegenwärtig der Druck aus der mittleren und unteren Ebene der Gewerkschaften sowie der Labour Party auf die Regierung zunimmt. Ein Indiz dafür ist die Tatsache, daß die Regierung die vor allem aus wirtschaftlichen Gründen notwendig gewordene Übernahme der Flugzeug- und Schiffsbauindustrie in staatliches Eigentum (wofür am ehesten der Begriff von der „Sozialisierung der Verluste" angebracht wäre) mit viel Aufwand als Erfüllung des Labour-Verstaatlichungsprogramms auszugeben versucht. Die Verstaatlichung in beiden Industriebereichen soll nach der Regierungsstrategie „das Zuckerstückchen (sein), das den Linken vorgeworfen wird, damit sie die sauren Brocken Lohnverzicht und Haushaltskürzungen schlucken"[62]).

Die energische Abwehr von Angriffen auf den Lebensstandard der abhängig Beschäftigten gehört seit langer Zeit zur Politik der Arbeiterbewegung in *Italien.* Erinnert sei an den Plan von Notenbankgouverneur Carli von 1974, der –

57) FAZ v. 30. 7. 1976.
58) Ebd.
59) Ebd., S. 535.
60) Vgl. FAZ v. 30. 7. 1976.
61) FR v. 31. 7. 1976.
62) FR v. 31. 7. 1976.

allgemein als „Roßkur" bezeichnet – eine drastische Erhöhung der Steuern, eine Reduzierung der öffentlichen Ausgaben und eine der „Produktivität der Wirtschaft angepaßte Einkommenspolitik bei der eventuellen Aufbesserung der Löhne" vorsah[63]). Im Oktober 1976 wurden die Kfz-Steuern verändert, sieben Feiertage gestrichen, ein Teil der Arbeitgeberbeiträge für die gleitende Lohnskala abgebaut und der Benzinpreis von 400 auf 500 Lire erhöht. Mit Teilstreiks, die sich über einen längeren Zeitraum erstreckten, demonstrierten die Gewerkschaften, um die Regierung zu einer Rücknahme der einschneidenden Maßnahmen zu zwingen.

„Vor allem widerspricht die Föderation der Gewerkschaften CGIL/CISL/UIL einem ‚Einfrieren' der gleitenden Lohnskala für Arbeiter und Angestellte unter einem Netto-Jahreseinkommen von sechs Millionen Lire (rund 17 000 Mark). Statt dessen schlagen die Vereinigten Gewerkschaften eine Sonderabgabe für höhere Einkommen vor."[64]) Die einzelnen Aktionen der Gewerkschaften wurden regional festgelegt. Die Ausrufung eines Generalstreiks wurde vorläufig zurückgestellt[65]). Zwischen den Organisationen der italienischen Lohnabhängigen existieren dabei z. T. unterschiedliche Auffassungen über einzelne Aspekte des Regierungsprogramms und der zu ergreifenden Maßnahmen. Vertreter der christlichen und sozialistischen Gewerkschaften fordern z. T. energischere Kampfmaßnahmen, als sie von der CGIL derzeit für notwendig gehalten werden, so daß, wie einige Kommentatoren schreiben, der Eindruck entsteht, als wollten CISL und UIL die CGIL „links überholen". Die Mehrheit der sozialistisch-sozialdemokratisch orientierten UIL und sozialistische Gewerkschafter der CGIL waren z. B. für die Ausrufung des Generalstreiks eingetreten. Ein Großteil der CGIL-Gewerkschafter wiederum fordert die PCI auf, den Regierungskurs schärfer zu bekämpfen. Auch innerhalb des PCI wird das Notprogramm der Regierung sowie die Haltung der Partei dazu ausführlich diskutiert.

Während Giorgio Amendola z. B. meint, das Regierungsprogramm könne die ökonomische Misere keineswegs beseitigen, weil es zu wenig wirksam sei, gibt Luigi Longo zu bedenken, daß der derzeitige Kurs der Partei dazu führen könne, Einfluß und Ansehen bei den Massen einzubüßen. Enrico Berlinguer hält dem entgegen, daß der Kampf gegen die Inflation und der für mehr wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit eng verbunden seien und daß der jetzigen Haltung der Partei gegenüber der Regierung die tatsächliche Regierungsbeteiligung folgen müsse.

So wenig es den Linkskräften in Italien darum geht, eine Regierungsbeteiligung unter allen Umständen und unter Aufgabe zentraler Forderungen zu erreichen, so ist gegenwärtig dennoch eine qualitativ neue Stufe der politischen Auseinandersetzungen mit den bürgerlichen Parteien erreicht. Insofern sind die gegenwärtigen Meinungsverschiedenheiten ein Ausdruck des zugunsten der Linken veränderten politischen Kräfteverhältnisses in Italien. Eine Regie-

63) Vgl. FAZ v. 4. 6. 1974.
64) FR v. 22. 10. 1976.
65) Vgl. FAZ v. 16. 10. 1976.

rungsbeteiligung des PCI ist in greifbare Nähe gerückt. Gerade die Stärkung der italienischen Linken erfordert aber auch neue strategische Ansätze und stellt die italienische Arbeiterbewegung vor ein überaus wichtiges Problem: Wie kann das politische Kräfteverhältnis weiter verändert, wie können Ansätze für eine tiefgreifende gesellschaftliche Umwandlung in einem Land gesichert werden, das aufgrund seiner immensen ökonomischen Probleme immer wieder der inneren und äußeren Reaktion ausgeliefert werden und ihrer Einwirkung und Einmischung unterliegen kann? Das in Puerto Rico hergestellte Einvernehmen zwischen den Regierungschefs Frankreichs, Großbritanniens, der USA und der BRD, jegliche finanzielle und wirtschaftliche Hilfe an Italien einzustellen, falls Kommunisten an der Regierung beteiligt würden, beweist die Aktualität dieser Gefahren. Ebenso die Äußerung des neugewählten US-Präsidenten J. Carter: „Die Italiener können nicht einerseits die Fortführung amerikanischer Entwicklungshilfe erwarten und andererseits gleichzeitig die Politik auf der Halbinsel nach links lenken."[66]) Und in der Bundestagsdebatte über die Regierungserklärung von H. Schmidt erläuterte Bundesaußenminister Genscher, eingehend auf Auslassungen der Opposition zum Thema „Eurokommunismus", die Bonner Position gegenüber Italien: „Es kann doch gar keinen Zweifel geben, daß wir den Kommunismus in jedweder Form ablehnen. Diese Feststellung allein reicht aber nicht aus, wenn wir nicht auch die Frage stellen, wie ihm der Boden entzogen werden kann, wo er durch Wählerunterstützung maßgeblichen Einfluß errungen hat." Neben der Gewährung von Krediten mit wirtschaftlichen und politischen Auflagen sieht die Bundesregierung ihren Beitrag zu diesem Zweck – wie Minister Genscher ausdrücklich hervorhob – auch in der von Bonn angeregten „Konferenz zwischen Vertretern der Regierungen, der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände nach dem Muster der konzertierten Aktion" im Rahmen der EG[67]).

Sieht die KPI – eingedenk der Tatsache, daß die „antidemokratische Reaktion in dem Maße gewalttätiger und grausamer wird, wie das Volk beginnt, die Kommandohöhen in Staat und Gesellschaft zu erobern"[68]) – in der Konzeption des „Historischen Kompromisses" den Weg, um dem „Vormarsch Italiens zum Sozialismus in Demokratie und Frieden" den Weg zu ebnen[69]), so stellt sich derzeit besonders die Aufgabe, die ökonomische Lage Italiens zu verbessern, um eine autonome Entwicklung des Landes zu ermöglichen. Dazu ist es u. a. dringend notwendig, die überhaus hohe Auslandsverschuldung abzubauen, die immer wieder den ausländischen Regierungen Gelegenheit bietet, nachhaltig auf die italienische Entwicklung Einfluß zu nehmen. Es muß den demokratischen Kräften Italiens also durchaus darum gehen, wirtschaftliche Maßnahmen einschränkender Art durchzusetzen. Die Öffnung Italiens zum Sozialismus wird auch bedeuten, daß dieses Land seine Entwicklung weitgehend mit eigener Kraft wird vollziehen müssen. „Wir wollen Italien aus der Unterordnung herauslösen, in die es von den herrschenden Klassen gegen-

66) Nach der italienischen Zeitschrift „Gioia" zit. in: FR v. 8. 11. 1976.
67) Vgl. FAZ und FR v. 20. 1. 1977.
68) E. Berlinguer, in: P. Valenza (Hrsg.), Der historische Kompromiß, Berlin (West) 1976, S. 17.
69) Ebd., S. 15.

über einem ausländischen Imperialismus gezwungen worden ist."[70]) Die dazu erforderlichen Maßnahmen unterscheiden sich aber von den derzeitigen Regierungsmaßnahmen grundlegend dadurch, daß sie Einschränkungen bringen, um die Unabhängigkeit des Landes zu garantieren und um das korrupte politische und das ökonomische System zu überwinden – und nicht wie derzeit zu erhalten.

Aufgrund ihrer gewachsenen Stärke wird von der italienischen Arbeiterbewegung eine konkrete Antwort auf ein Problem verlangt, das die gesamte künftige Entwicklung der westeuropäischen Länder unter den Bedingungen zunehmender ökonomischer und tendenziell politischer Internationalisierung sowie Integration bestimmen wird: Nach den Plänen der EG-Gipfelkonferenz von 1972 in Paris soll die EG bis 1980 in eine „Europäische Union" umgewandelt werden, also nicht nur wirtschafts- und währungspolitisch, sondern auch politisch vergemeinschaftet werden. Die bisherige Entwicklung der westeuropäischen Verflechtung offenbart jedoch die sich dieser Zielsetzung entgegenstellenden Hindernisse. Entscheidende Entwicklungen werden von den nationalen Staaten, nicht von Gemeinschaftsorganen vollzogen. Mit der Internationalisierung des Kapitals nimmt nämlich zugleich die Bedeutung staatlicher Eingriffe zur Erhaltung und Optimierung der Kapitalverwertung zu[71]). Führt dies dazu, daß die Realisierung einer Politischen Union in der EG wenig wahrscheinlich ist, so kann andererseits dennoch unter bestimmten Umständen die politische und ökonomische Führungsschicht eines EG-Landes dazu übergehen, sich mehr oder weniger in die Abhängigkeit anderer Mitgliedstaaten zu begeben. Dies trifft natürlich für kleinere und ökonomisch weniger starke Länder in besonderem Maße zu. Der Verzicht auf die nationale Souveränität könnte der Preis sein, den die herrschenden Kräfte zu zahlen bereit wären, um ein im nationalen Rahmen in Frage gestelltes Gesellschaftssystem, um die von einer starken Arbeiterbewegung bedrohten ökonomischen und politischen Privilegien erhalten zu können.

70) E. Berlinguer, Für eine demokratische Wende, Berlin (DDR) 1975, S. 226.
71) Vgl. H.-J. Axt, Westeuropäische Integration, Nationalstaat und Arbeiterbewegung, in: F. Deppe (Hrsg.), Arbeiterbewegung und westeuropäische Integration, Köln 1976, S. 98–141. Ders., Staat – multinationale Konzerne – Europäische Wirtschaftsgemeinschaft: Voraussetzungen und Hindernisse einer politischen Union in Westeuropa, Dissertation, Marburg 1976.

Soeben erschienen

Martin Meyer-Renschhausen
Energiepolitik in der BRD von 1950 bis heute
Analyse und Kritik
Kleine Bibliothek / Band 85, ca. 185 Seiten, DM 12,80

Dieses kritische Buch analysiert die Zurückdrängung der Steinkohle in der BRD durch die multinationalen Ölkonzerne. Es geht dem ständig wachsenden staatlichen Einfluß auf dem Energiesektor nach und deckt dabei für die Energiepolitik ausschlaggebende ökonomische Interessen auf. Auch das Energieprogramm der Bundesregierung aus den Jahren 1973/74, das einen beschleunigten Bau von Kernkraftwerken vorsieht, dient weniger dem gesellschaftlichen Erfordernis einer langfristigen Sicherung der Energieversorgung als vielmehr den wirtschaftlichen Interessen der energieerzeugenden Unternehmen.

Pahl-Rugenstein

Aufgaben einer Politischen Psychologie

Von Karl-Heinz Braun

Anläßlich des für den 13. bis 15. Mai nach Marburg einberufenen „Internationalen Kongresses Kritische Psychologie" veröffentlichen die „Blätter" Überlegungen des Organisators des Kongresses zu den Aufgaben einer Politischen Psychologie. D. Red.

Angesichts der Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung durch die Machtübernahme des Faschismus forderte Wilhelm Reich eine politische Psychologie als unabdingbare Grundlage zur Entwicklung einer antifaschistischen Strategie[1]). Ansätze dieser Art wurden in den sechziger Jahren von der wiedererstarkenden demokratischen Bewegung, besonders im akademischen Bereich, angesichts Großer Koalition, Notstandsgesetze, Neofaschismus stark rezipiert. Die Frage nach dem Verhältnis von Psychologie und Politik ist zwar legitim, kann aber nicht durch derartige Ansätze geklärt werden, da die Psychoanalyse, auf deren Grundlage sie sich entwickelten, zu richtigen Einzelerkenntnissen in Hinblick auf das individuelle Bewußtsein und die Motivation gelangt, aber ihr letztendlich keine adäquate Vermittlung von Gesellschaft und Individuum gelingt. Die Psychoanalyse läuft daher – trotz aller entgegengesetzter Absichten und Beteuerungen – in letzter Konsequenz auf eine Psychologisierung der Gesellschaft hinaus. Dies wurde in dem Maße deutlich, wie sich eine materialistische Persönlichkeitstheorie entwickelte[2]). Von ihren Grundpositionen ausgehend, soll hier die Frage nach der Bedeutung einer politischen Psychologie erneut gestellt werden, wobei sowohl auf die aktuellen Diskussionen über deren Notwendigkeit als auch auf einige Elemente derselben eingegangen werden soll.

I. Zur Kontroverse um die Notwendigkeit einer politischen Psychologie

1. Louis Althussers „theoretischer Anti-Humanismus" als Gesellschaft ohne Individuen

Die Diskussion um die Marx-Interpretation des Franzosen Louis Althusser und seiner Schule hat nach der Übersetzung der wichtigsten Arbeiten jetzt auch in der BRD eingesetzt. Diese Schule begreift sich einerseits als orthodoxe Deutung des Marxschen Werkes und andererseits als Alternative zur stalinistischen Philosophie[3]), die u. a. als humanistische Abweichung begriffen

1) Vgl. W. Reich, Massenpsychologie des Faschismus, Kopenhagen/Prag/Zürich 1933, S. 5ff., 13ff.; Ders., Was ist Klassenbewußtsein?, Kopenhagen/Paris/Zürich 1934.

2) Vgl. K.-H. Braun, Kritische Psychologie: Entwicklung, Stand, Perspektive. Eine Problemskizze, in: Ders., Beiträge zur Kritischen Psychologie Band I: Persönlichkeitstheorie (1), Marburg 1976. – Der enorme Aufschwung und das heute erreichte Erkenntnisniveau der Kritischen Psychologie hat die Notwendigkeit entstehen lassen, die Ergebnisse öffentlichkeitswirksam zu verbreiten. Daher wird am 14./15. 5. 1977 in Marburg/Lahn ein Internationaler Kongreß „Kritische Psychologie" durchgeführt, an dem sich Referenten u. a. aus der Sowjetunion, Polen, der DDR und Italien beteiligen werden. Nähere Informationen: Kongreßbüro Kritische Psychologie, Karl-Heinz Braun, Wilhelmstr. 2a, 355 Marburg/Lahn.

3) Vgl. Chr. Buci-Glucksmann, Über Stalinismus – Kritik von links, in: F. Cohen u. a., Freiheit der Kritik oder Standpunktslogik. Diskussion in der KPF, Berlin (West) 1976 (das Buch ist sehr interessant – der Titel völlig verfälschend).

wird. Daher bildet der „theoretische Anti-Humanismus" ein Zentrum dieses Ansatzes. Schon früh schrieb Althusser: „Unter der straffen Beziehung der Theorie kann und muß man dann offen von einem *theoretischen Anti-Humanismus von Marx* sprechen und in diesem *theoretischen Anti-Humanismus* die Bedingung absoluter (negativer) Möglichkeit der (positiven) Erkenntnis der menschlichen Welt selbst sehen. An den Menschen etwas *erkennen kann man nur unter der absoluten Bedingung, daß der philosophische (theoretische) Mythos vom Menschen zu Asche reduziert wird.*"[4]) Und weiter: „So schlägt Marx, wenn er in der Geschichtstheorie das alte Paar Individuen – menschliches Wesen durch neue Begriffe (Produktivkräfte, Produktionsverhältnisse etc.) ersetzt, tatsächlich gleichzeitig eine neue Auffassung der ‚Philosophie' vor."[5]) In der Tat hat Marx mit jedem spekulativen Humanismus gebrochen, der das Wesen der Menschen *in* ihnen sucht und nicht außerhalb ihrer selbst, in den gesellschaftlichen Verhältnissen[6]). Soweit diese kopernikanische Wende in den Humanwissenschaften gemeint ist, hat Althusser recht; er hat aber unrecht, wenn er damit die Frage nach dem Individuum, der Persönlichkeit, also auch nach der politischen Persönlichkeit, aus der materialistischen Theorie verbannt. Dies führt notwendig zu einer objektivistischen Gesellschaftstheorie. Und so meint er auch, daß die Gesetzmäßigkeit der Gesellschaft zu begreifen sei „als Existenzweise einer Inszenierung, eines Theaters, das zugleich Text, Bühne und Schauspieler repräsentiert, und dessen Zuschauer nur gelegentlich Zuschauer sein können, weil sie zunächst gezwungenermaßen Schauspieler sind, Gefangene von Texten und Rollen, deren Autoren sie nicht sein können. Denn dieses Theater ist seinem Wesen nach ein *Theater ohne Autor*"[7]). Worin der Fehler genau liegt, wird in folgendem Zitat deutlich: „Denn nicht die Theoretiker, ob Wissenschaftler oder Philosophen, ja nicht einmal die Menschen machen die Geschichte, sondern die Massen, d. h. die im Klassenkampf verbundenen Klassen"[8]). Selbstverständlich sind die gesellschaftlichen Verhältnisse einerseits *Voraussetzung* menschlichen Handelns, sind also objektiv vorgegeben; aber andererseits sind sie eben auch Resultat menschlichen Handelns und können nur in der Dialektik von individuellem Handeln und gesellschaftlichen Verhältnissen existieren. Die Produktionsverhältnisse existieren nicht jenseits der konkreten Individuen, sondern sind die lebendigen materiellen Verhältnisse zwischen ihnen. Gerade diesen Zusammenhang verkennt Althusser grundlegend, wenn er meint, „daß die Struktur der Produktionsverhältnisse die Stellen und Funktionen bestimmt, die die Produzenten dann besetzen und übernehmen . . . Die wahren (einen Prozeß konstituierenden)) ‚Subjekte' sind daher weder die Stelleninhaber noch die Funktionäre, also – allem Anschein und jeder ‚Evidenz' des ‚Gegebenen' im Sinne einer naiven Anthropologie zum Trotz – eben *nicht* die ‚kon-

4) L. Althusser, Marxismus und Humanismus, in: Ders., Für Marx, Frankfurt/M. 1968, S. 179; vgl. Ders., Elemente der Selbstkritik, Berlin (West) 1975, S. 101 f.; N.-E. Thévenin, Über die „Antwort an John Lewis" oder die Augen und die Erinnerung, in: Cohen u. a., S. 68 ff.
5) A.a.O., S. 178.
6) Vgl. K. Marx, Thesen über Feuerbach, Marx-Engels-Werke (MEW) 3, S. 6 (6. These).
7) L. Althusser/E. Balibar, Das Kapital lesen, 2 Bde., Reinbek 1972, S. 260 f.
8) L. Althusser, Lenin und die Philosophie, Reinbek 1972, S. 44; vgl. Ders., Bemerkung zu einer Kategorie: „Prozeß ohne Subjekt und ohne Ende/Ziel", in: H. Arenz u. a. (Hrsg.), Was ist revolutionärer Marxismus? Kontroverse über Grundfragen marxistischer Theorie zwischen Louis Althusser und John Lewis, Berlin (West) 1973.

kreten Individuen' und die ‚wirklichen Menschen': *die wahren ‚Subjekte' sind die Bestimmung und Verteilung dieser Stellen und Funktionen . . .* Aber da es sich hierbei um Verhältnisse handelt, können sie in der Kategorie des *Subjekts* nicht gedacht werden"[9]).

Die Leugnung der Subjekt-Objekt-Dialektik im allgemeinen schließt zweierlei ein: 1. Die Leugnung der historischen Methode des wissenschaftlichen Sozialismus, also der Einsicht, daß die logischen Notwendigkeiten sich im historischen Prozeß herausbilden[10]). Dieser Anti-Historizismus isoliert die Struktur und das System von der Geschichte und der Entwicklung und muß die Existenz der Strukturen *setzen*, anstatt sie als Momente der Veränderung zu erklären. 2. Die Trennung von Subjekten und Objekt im Erkenntnisprozeß, was hier bedeutet: Ablösung des Erkenntnisobjekts vom Realobjekt. Als Konsequenz aus diesem subjektiven Idealismus verficht Althusser eine psychoanalytisch begründete und strukturalistisch überformte Erkenntnistheorie[11]).

Gegenüber der Marx-Interpretation der Althusser-Schule ist der Vorwurf des Strukturalismus erhoben worden[12]). Auch wenn man bedenkt, daß der Strukturalismus heute ein sehr schillerndes ideologisches Gebilde ist[13]), auch wenn man die Abwehr dieses Vorwurfs durch Althusser selbst berücksichtigt[14]), bleibt er berechtigt, denn der Anti-Humanismus, der Anti-Historizismus, der subjektive Idealismus in der Erkenntnistheorie bilden wesentliche Merkmale des Strukturalismus[15]). Dieser aber ist im Kern mit der marxistischen Theorie unvereinbar, seine Ablehnung einer Theorie des konkreten Individuums und damit auch einer politischen Psychologie ist daher auch nicht als marxistisch zu begreifen.

2. *Wie Alfred Schmidt das Individuum vor dem konsequenten Materialismus retten will*

Alfred Schmidt gehört heute neben Oskar Negt zu den bekanntesten Vertretern der zweiten Generation der „Kritischen Theorie" der Frankfurter Schule, wobei auch er sich als ein authentischer Interpret der Marxschen Theorie begreift, der zugleich aber auch an ihrer Weiterentwicklung arbeitet. Im Zentrum seines Interesses steht dabei das Individuum, seine Freiheit, der reale Humanismus. In seiner letzten Arbeit hat er noch einmal betont, „daß die Kritische Theorie vielen Studierenden einen unverstellten Zugang zum humani-

9) Althusser/Balibar, S. 242.
10) Vgl. a.a.O., S. 157 ff.; so auch N. Poulantzas, Theorie und Geschichte. Kurze Bemerkung über den Gegenstand des „Kapitals", in: W. Euchner/A. Schmidt (Hrsg.), Kritik der Politischen Ökonomie heute. 100 Jahre „Kapital". Gekürzte Studienausgabe, Frankfurt/M. 1972.
11) Vgl. L. Althusser, Freud und Lacan (mit M. Tort, Die Psychoanalyse im historischen Materialismus), Berlin (West) 1976; Ders., Ideologie und ideologische Staatsapparate, in: Ders., Marxismus und Ideologie, Berlin (West) 1973, S. 143 ff.; Ders./Balibar, S. 15 f., 70 ff. Zur Kritik vgl. H. J. Rheinberger, Die erkenntnistheoretischen Auffassungen Althussers, und: Chr. Thoma-Herterich, Althussers Selbstkritik, beides in: „Das Argument", 94, 11/12, 1975.
12) Vgl. U. Müller, Althussers strukturalistische Umdeutung des „Kapitals", in: „Das Argument", 89, 1/2/1975; H. J. Sandkühler, Praxis und Geschichtsbewußtsein, Frankfurt/M. 1973, S. 161 ff.
13) Vgl. paradigmatisch F. Wahl (Hrsg.), Einführung in den Strukturalismus, Frankfurt/M. 1973.
14) Althusser, Selbstkritik, S. 63 ff.
15) Vgl. W. D. Hund, Geistige Arbeit und Gesellschaftsformation. Zur Kritik der strukturalistischen Ideologie, Frankfurt/M. 1973, S. 75 ff.; L. Sève, Über den Strukturalismus. Zu einem Aspekt des ideologischen Lebens in Frankreich, in: „Marxismus-Digest", 1/1972.

stischen Gehalt des Marxschen Werks überhaupt erst ermöglichte"[16]). Ersichtlich also ein Althusser diametral entgegengesetztes Marxverständnis, welches auch ein prinzipiell anderes Verständnis von Sozialgeschichte und Persönlichkeit vermuten läßt.

Der Springpunkt ist auch hier das Verständnis der Objektivität und Materialität der sozialen Gesetze, die ihre Grundlage in der gesellschaftlichen Arbeit haben. Dazu Schmidt: „Weil immer schon durch geschichtliche Arbeit filtriert, stellen die unabhängig vom Bewußtsein existierenden Dinge gerade *in* dieser Unabhängigkeit etwas Gewordenes dar, ein ins Für-Uns übersetztes An-sich . . . Die gegenständliche Welt ist kein bloß abzubildendes An-sich, sondern in hohem Maße ein gesellschaftliches Produkt"[17]). Daran ist richtig, daß die von den Menschen geschaffenen Gegenstände unabhängig vom Bewußtsein existieren; daran ist falsch, daß alle vom Bewußtsein unabhängig existierenden Gegenstände schon ein gesellschaftliches Produkt seien, denn die Erde selbst ist dies nur in einem sehr beschränkten Maße, vom Kosmos ganz zu schweigen (die materielle Realität auf die Erde zu reduzieren, gemahnt an vor-kopernikanische Zeiten). Diese Reduktion hat aber nicht nur Konsequenzen für das Verständnis der Natur (sie wird weitgehend aus dem Erkenntnishorizont eliminiert), sondern auch für das Verständnis der gesellschaftlichen Gesetze, denn Schmidt meint: „Nimmt man den Begriff der Darstellung in der ganzen Strenge, der ihm bei Marx zukommt, das heißt nicht nur literarisch, so ist wohl gemeint, daß der Begriff einer historisch-materialistisch gefaßten Dialektik nur für die vollentfaltete bürgerliche Gesellschaft gilt und für die vorbürgerliche, soweit sie Tauschverhältnisse vorwegnimmt."[18]) Damit aber werden gesellschaftliche Gesetze identifiziert mit Tauschverhältnissen, mit Entfremdung, und deren grundlegender Unterschied zu den materiellen Vergegenständlichungen verkannt. Gerade dieser Unterschied findet sich aber in Marx' Grundrissen, um deren Interpretation es ja Schmidt in der oben zitierten Arbeit geht. „Die bürgerlichen Ökonomen sind so eingepfercht in den Vorstellungen einer bestimmten historischen Entwicklungsstufe der Gesellschaft, daß die Notwendigkeit der Vergegenständlichung der gesellschaftlichen Mächte der Arbeit ihnen unzertrennbar erscheint von der Notwendigkeit der *Entfremdung* derselben gegenüber der lebendigen Arbeit."[19])

Notwendige Konsequenz aus der Identifizierung von Vergegenständlichung und Entfremdung ist die Leugnung sozialer Gesetze im Sozialismus. „Auch der Marxsche Materialismus ist eine Theorie auf Widerruf. Er ist kein weltanschauliches Dogma, sondern Diagnose eines falschen, aufzuhebenden Zustands. Wenn es ein Spezifikum der von der Frankfurter Schule vertretenen Marx-Interpretation gibt, dann ist es der schwere, auf diesem Gedanken liegende Akzent . . . In der Determination von Bewußtsein durch gesellschaftli-

16) A. Schmidt, Die Kritische Theorie als Geschichtsphilosophie, München/Wien 1976, S. 14; vgl. Ders., Gegenwärtige Grundpositionen des Neomarxismus, Hofheim/Ts. 1971, S. 3f. (unveröffentlicht).
17) A. Schmidt, Der Begriff der Natur in der Lehre von Marx. Überarbeitete, ergänzte und mit einem Postscriptum versehene Neuausgabe, Frankfurt/M. 1971, S. 205.
18) A. Schmidt, Geschichte und Natur im dialektischen Materialismus. Eine Interpretation der Grundrisse, Den Haag 1973, S. 31.
19) K. Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin (DDR) 1974, S. 716.

ches Sein spiegelt sich die Unbeherrschtheit des Wertgesetzes, das die Menschen zu seinen Agenten herabsetzt. Künftig dagegen – das pointiert die Kritische Theorie – soll . . . Bewußtsein über Sein gebieten."[20]) So wenig zu leugnen ist, daß die sozialistische Gesellschaft die gesellschaftlichen Gesetze mit vollem Bewußtsein anwendet, ja im Kommunismus sogar mit Bewußtsein produziert, so sehr muß bestritten werden, daß damit schon das Bewußtsein das Sein bestimmt, denn die Möglichkeit einer planmäßigen Gestaltung des sozialen Prozesses beruht ja nicht zuletzt auf dem Entwicklungsniveau der materiellen Produktivkräfte.

Insgesamt stellt sich die Kritische Theorie hier als ein individualistisches Konzept dar, ein spekulativ-humanistisches, welches die Gesellschaft nur als etwas den Individuen feindlich Gegenüberstehendes begreift und nicht sieht, daß diese Gesellschaft die Individuen hervorbringt, ihr Wesen ausmacht. Diese falsche Entgegensetzung von der Materialität der Gesellschaft und der Freiheit des Individuums findet sich explizit bei Schmidt. „Eine eigenartige Seite der materialistischen Philosophie schon seit Demokrit besteht darin, dem Menschen klarzumachen, wie determiniert, wie befangen, wie bedürftig er sei – und doch war der Materialismus objektiv-politisch stets ein Brecheisen im Freiheitskampf der Völker. Das heißt doch: mit äußerst deterministischen Theorien wurden freiheitliche Ziele verfolgt."[21]) Wenn Schmidt meint, „angesichts des bedrückend objektiven Weltlaufs . . . bleibt bloß moralische Option fürs Individuelle kraftlos"[22]), so sollte man hinzufügen: eine idealistische und individualistische Option bleibt es genauso. Insofern bleibt Schmidts Althusser-Kritik, so sehr sie auch mit humanistischem Pathos vorgetragen wird[23]) letztendlich diesem Objektivismus gegenüber hilflos, weil eben der spekulative Humanismus nicht die adäquate Antwort auf den theoretischen Anti-Humanismus sein kann; diese ist der wissenschaftliche Humanismus[24]).

3. *Der wissenschaftliche Sozialismus als wissenschaftlicher Humanismus*

Wir haben gesehen, daß sowohl Althusser als auch Schmidt gleichermaßen – wenn auch in entgegengesetzter Weise – die Frage des Humanismus und

20) Schmidt, Geschichtsphilosophie, S. 104 f. Damit nicht der Eindruck entsteht, daß es sich hierbei nur um eine unscharfe Formulierung handelt, hier einige weiterere Belegstellen: Ders., Zur Idee der Kritischen Theorie, in: M. Horkheimer, Kritische Theorie. Eine Dokumentation, hrsg. v. A. Schmidt, Frankfurt/M. 1968, S. 358; Ders., Geschichte, S. 47; Ders., Grundpositionen, S. 7, 16 f.; Ders., in: W. Post/Ders., Was ist Materialismus? Zur Einleitung in die Philosophie, München 1975, S. 96. – Dieser hier offen zutagetretende Idealismus ist – wenn man genau liest – in seinem Praxisbegriff angelegt. „Den Kern der neuen, durch Feuerbach und Marx ermöglichten Konzeption der ‚Sinnlichkeit' bildet die revolutionäre Einsicht, daß sie – ob subjektiv oder objektiv verstanden – *geschichtlich geworden* ist. Indem die Menschen die Dingwelt arbeitend umgestalten, heben sie deren ursprüngliche Materialität ebenso auf wie den bloß physiologischen Charakter ihrer Sinnesfunktionen" (A. Schmidt, Emanzipatorische Sinnlichkeit. Ludwig Feuerbachs anthropologischer Materialismus, München 1973, S. 67). – Zur Kritik hieran vgl. O. Finger, Der Materialismus der „Kritischen Theorie", Frankfurt/M. 1976, S. 39 ff.; F. Tomberg, Von der „Kritischen Theorie" zur wissenschaftlichen Weltanschauung. Zur Problemlage bei A. Schmidt und W. F. Haug (I), in: „Das Argument", 97, 1976, Mai/Juni, S. 398 ff.

21) Schmidt, in: Post/Schmidt, S. 28, vgl. S. 55 f.

22) Schmidt, Geschichtsphilosophie, S. 38.

23) Vgl. A. Schmidt, Der strukturalistische Angriff auf die Geschichte, in: Ders. (Hrsg.), Beiträge zur marxistischen Erkenntnistheorie, Frankfurt/M. 1969, bes. S. 202 ff.; Ders., Geschichte und Struktur. Fragen einer marxistischen Historik, München 1971, S. 14 ff., 76 ff.

24) Hinzuweisen ist noch darauf, daß alle wesentlichen Merkmale dieser Revision der marxistischen Theorie (Ablehnung der Naturdialektik und Widerspiegelungstheorie, Reduktion der gesellschaftlichen Gesetze auf

damit die nach dem Verhältnis von Gesellschaft und Individuum verfehlen; zugleich ist deutlich geworden, daß ein wissenschaftlicher Humanismus gleichermaßen Front machen muß gegenüber Objektivismus und Individualismus, also die innere Widersprüchlichkeit der Humanität selbst begreifen muß. „Das Paradoxon der Humanität läßt sich so formulieren: Jedes Individuum, so scheint es, ‚hat an und für sich die Gestalt des Menschenverstandes', wie Montaigne sagt. Jedes Individuum ist ein einmaliges Exemplar der Humanität im allgemeinen; und doch wissen wir seit Marx, daß diese Humanität im allgemeinen, die umfassend verstandene Humanität, der Sachverhalt des Menschseins, das menschliche Wesen an und für sich nicht die Gestalt der Individualität, nicht psychologische Gestalt hat. Es ist die historisch veränderliche und konkrete Summe der Produktivkräfte, der gesellschaftlichen Verhältnisse, der kulturellen Errungenschaften usw. *Die Humanität hat dem Wesen nach nicht Menschengestalt.* Und doch erhält jedes Individuum gerade durch dieses Wesen, das nicht Menschengestalt hat, seine Individualitätsform, seine menschliche Gestalt . . . Dieses Paradoxon ist im Grund nichts anderes als das hochwichtige epistomologische Paradoxon des *konkreten Wesens.*"[25]). Aus dieser Auffassung von Humanität ergeben sich zwei analytische Stränge: zum einen der der gesellschaftlichen Entwicklung als Voraussetzung und Grundlage der Humanität und zum anderen der der persönlichen Entwicklung als individueller Reproduktion und zugleich Weiterentwicklung der Humanität.

Die Entwicklung und Struktur der Gesellschaft ist einerseits bedingt durch das Niveau der Auseinandersetzung der Menschen mit der Natur, also dem Stand der Produktivkraftentwicklung (wobei die Menschen selbst Hauptproduktivkraft sind), und andererseits durch die Verhältnisse der Menschen untereinander, besonders die materiellen, also die Produktionsverhältnisse. Der Zuwachs an Humanität, d. h. der Fortschritt selber, mißt sich primär am Niveau der Naturbeherrschung und, über viele Vermittlungen davon abgeleitet, an der Beherrschung der gesellschaftlichen Prozesse. Die antagonistischen Klassengesellschaften, deren letzte der Kapitalismus ist, haben zwar – bei aller Widersprüchlichkeit und allen Rückschlägen – einen enormen Zuwachs an Humanität hervorgebracht, aber sie vermochten nicht, den gesellschaftlichen Prozeß der bewußten Kontrolle und Planung der Menschen zu unterwerfen. Angesichts der gegenwärtigen Krise des ganzen kapitalistischen Weltsystems ist dies besonders evident. Erst die sozialistische Gesellschaft vermag diese volle Anwendung der Naturgesetze und bewußte Gestaltung der Sozialgeschichte zu realisieren. Deshalb konnte Marx schon 1859 über den Kapitalismus schreiben: „Mit dieser Gesellschaftsformation schließt daher die Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft ab."[26]) Angesichts der Herrschafts- und Machtstrukturen des Imperialismus, über den Lukàcs so prägnant

---

Entfremdung bei gleichzeitigem Individualismus) sich auch in der jugoslawischen Praxisphilosophie wiederfinden (vgl. H. Conert, Gibt es einen jugoslawischen Sozialismus? in: „Das Argument", 82, 9/10/1973, 84, 1/2/1974; H.-H. Holz, Strömungen und Tendenzen im Neomarxismus, München 1972, S. 69 ff.; H. J. Sandkühler, Wofür sind wir, wenn wir für die „Praxisphilosophie" sind? in: „BdWi-Brief", 19).

25) L. Sève, Marxismus und Theorie der Persönlichkeit, Frankfurt/M. 1972, S. 260 f.

26) K. Marx, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, MEW 13, S. 9.

sagte, daß er Weltkrieg und Bürgerkrieg bedeute[27]), muß jeder Humanismus, der nicht wissenschaftlicher Humanismus, nicht sozialistischer Humanismus ist, ohnmächtig sein und versagen, selbst wenn er mit beeindruckendem Engagement vorgetragen wird.

Den anderen analytischen Strang, die individuelle Reproduktion und Weiterentwicklung der Humanität, behandelt die materialistische Persönlichkeitstheorie, als deren Teil sich die politische Psychologie darstellt.

II. Elemente einer politischen Psychologie

1. Als Grundlage: die materialistische Persönlichkeitstheorie

In einem langen und recht widersprüchlichen Prozeß hat sich die Einsicht durchgesetzt, daß marxistische Psychologie materialistische Persönlichkeitstheorie sein muß, wenn sie tatsächlich das einmalige Individuum in seiner konkreten Totalität begreifen will. Hiervon gehen wir im folgenden aus[28]).

Wie schon oben angedeutet, *vergegenständlichen* sich die Menschen, schaffen Produkte und mit ihnen Verhältnisse außerhalb ihrer selbst, die den nachfolgenden Generationen als Voraussetzung und Ausgangspunkt ihres Handelns gegeben sind. Die Vergegenständlichung bringt als komplementären Sachverhalt den der *Aneignung* hervor, ein Tatbestand, der den Menschen wesentlich vom Tier unterscheidet. „Auch das Tier paßt sich mit seiner Tätigkeit der Umwelt an, es eignet sich dabei jedoch niemals die Errungenschaften der phylogenetischen Entwicklung an. Während ihm diese in den natürlichen, angeborenen Besonderheiten *gegeben sind,* sind sie dem Menschen dagegen in den objektiven Erscheinungen seiner Umwelt *aufgegeben.* Um diese Errungenschaften in seiner ontogenetischen Entwicklung zu realisieren, muß er sie sich aneignen; nur durch diesen, stets aktiven Prozeß ist das Individuum in der Lage, deren wahre menschliche Natur, deren Eigenschaften und Fähigkeiten zutage treten zu lassen, die aus der gesellschaftlich-historischen Entwicklung der Menschheit resultieren und objektiv gegenständliche Form erlangt haben."[29]) Im Niveau der Aneignung liegt also das objektive Maß der je individuell reproduzierten Humanität.

Diese Aneignung vermag aber ab einem bestimmten Entfaltungsniveau der Gesellschaft, des Sozialerbes, dieses nicht mehr in seiner Gesamtheit zu erfassen, sondern sie muß selektiv sein; d. h. durch den Prozeß der Aneignung, der Vergesellschaftung, werden die Individuen zugleich vereinzelt. Diese Entwicklung hat ihre Grundlage in der umfassenden gesellschaftlich-technischen Arbeitsteilung und führt dazu, daß ein Individuum in dem Maße Indivi-

27) G. Lukàcs, Lenin. Eine Studie über den Zusammenhang seiner Gedanken, Neuwied und Berlin (West) 1967, S. 36ff.
28) Vgl. grundlegend zur Persönlichkeitstheorie: Sève, Marxismus; K. Holzkamp, Sinnliche Erkenntnis – Historischer Ursprung und gesellschaftliche Funktion der Wahrnehmung, Frankfurt/M. 1973. Sehr komprimierte Zusammenfassungen bei W. Jantzen, Materialistische Erkenntnistheorie, Behindertenpädagogik und Didaktik, in: „Demokratische Erziehung", 1/1976; K.-H. Braun, Zum Entwicklungsstand der „kritischen Psychologie". Ein Literaturbericht, in: „Blätter", 2/1976, S. 201ff.
29) A. N. Leontjew, Probleme der Entwicklung des Psychischen, Frankfurt/M. 1973, S. 281.

duum ist, wie es einmalig, unverwechselbar ist, wobei diese Einmaligkeit kein zufälliges, sondern ein gesellschaftlich notwendiges Merkmal darstellt[30]).

Da jedoch in den antagonistischen Klassengesellschaften der unterdrückten und ausgebeuteten Klasse der Zugang zum Sozialerbe – in der Gesamtheit betrachtet – nur sehr beschränkt möglich ist, vermögen sie, was besonders für den Kapitalismus von Bedeutung ist, nur in einem sehr begrenzten Maße eine unverwechselbare Persönlichkeit hervorzubringen, herrscht hier eher die Tendenz zur Eintönigkeit und Konformität. Das verweist auf die Notwendigkeit, daß sich diese Individuen stets ihren klassenspezifischen Zugang zum Sozialerbe und damit zu Humanität, zum menschlichen Wesen, erarbeiten müssen (vgl. II, 3).

Diese (tendenziell) einmalige Persönlichkeit stellt selbst wiederum eine Einheit von materiellen und ideellen Prozessen dar, die sich – in spezifischer Abhängigkeit vom gesellschaftlichen Prozeß – zwischen Geburt und Tod als eigener Entwicklungsprozeß mit seinen Gesetzen konstituiert. „Persönlichkeit erscheint als strukturierte Gesamtheit (System) komplexer, hierarchisch-sequentiell organisierter Handlungen eines Individuums. Hinsichtlich der der Ausführungsregulation zugrundeliegenden Handlungsvoraussetzungen (Fähigkeiten) kann die persönliche Handlungskompetenz aufgefaßt werden als Insgesamt der dem Individuum zur Verfügung stehenden Regel- und Elementensysteme zur Erzeugung realisierbarer Pläne. Hinsichtlich der der Antriebsregulation zugrundeliegenden Handlungsvoraussetzungen (Motive) betrachten wir die persönliche Motivstruktur als Insgesamt der Bewertungen des allgemeinen Verhältnisses von Produkt und Bedürfnis verschiedener Tätigkeitsbereiche."[31]) Hiermit ist auch gesagt, daß der Aneignungsprozeß, als der sich uns die gesamte Persönlichkeitsentwicklung darstellt, in der *Einheit* von Handlungsstrukturen und Bewußtseinsstrukturen betrachtet werden muß, wobei beide durch die Sprachstrukturen vermittelt werden. Dabei bilden die Handlungsstrukturen letztendlich die Triebkraft der ganzen individuellen Entwicklung. Eine Vereinseitigung eines dieser Momente muß zur Revision der materialistischen Persönlichkeitstheorie entweder in objektivistisch-mechanistischer oder subjektivistisch-idealistischer Richtung führen.

2. *Möglichkeiten und Grenzen der „großen Männer" in der Sozialgeschichte*

Die Sozialgeschichte bringt ein ganzes System voneinander abhängiger gesellschaftlicher Gesetze hervor, deren allgemeinste Tendenz in der Entwicklung vom Niederen zum Höheren besteht, was besonders durch Abfolge der ökonomischen Gesellschaftsformationen (Urgesellschaft, antike Sklavenhaltergesellschaft, Feudalismus, Kapitalismus, Sozialismus/Kommunismus) zum Ausdruck kommt. Diese allgemeine Tendenz setzt sich sehr widersprüchlich

30) Vgl. Sève, S. 260; U. Holzkamp-Osterkamp, Grundlagen der psychologischen Motivationsforschung 1, Frankfurt/M. 1975, S. 304 ff.
31) W. Volpert, Die Lohnarbeitswissenschaft und die Psychologie der Arbeitstätigkeit, in: P. Großkurth/Ders., Lohnarbeitspsychologie, Frankfurt/M. 1975, S. 141 (alle Sperrungen entfernt).

durch, schließt gegenläufige Tendenzen ein; so bringt z. B. der Imperialismus zwar die objektiven Grundlagen für den Sozialismus hervor, zugleich aber auch ein ungeheueres Destruktionspotential.

Das Handeln der Individuen und damit deren Wirksamkeit müssen stets im Zusammenhang mit Art und Charakter der gesellschaftlichen Gesetze, die sie zur Geltung bringen[32]), betrachtet werden; dies schließt die Frage nach Möglichkeiten und Grenzen der „großen Männer" ein. „Ein großer Mann ist nicht dadurch groß, daß seine persönlichen Besonderheiten den großen geschichtlichen Geschehnissen ein individuelles Gepräge verleihen, sondern dadurch, daß er Besonderheiten besitzt, die ihn am fähigsten machen, den großen gesellschaftlichen Bedürfnissen seiner Zeit zu dienen, die unter dem Einfluß der allgemeinen und besonderen Ursachen entstanden sind."[33]) Je umfassender das realisierte und weiterentwickelte Gesetz, desto bedeutsamer die Persönlichkeit, desto stabiler ihre Handlungen, denn die lange Gültigkeitsdauer der Gesetze garantiert den entsprechenden individuellen Handlungen in dieser Zeitspanne eine adäquate Wirkung.

Die Wirksamkeit der „großen Männer" ist allerdings beschränkt dadurch, daß auch sie nicht über die allgemeinsten und umfassendsten Gesetze hinauszugehen vermögen. „Kein noch so großer Mann kann der Gesellschaft Beziehungen aufzwingen, die dem Zustand dieser *nicht mehr* entsprechen oder *noch nicht* entsprechen. In diesem Sinne kann er in der Tat nicht Geschichte machen, und in diesem Fall würde er vergebens den Zeiger seiner Uhr vorstellen: er würde den Lauf der Zeit nicht beschleunigen und auch nicht umkehren."[34])

Verdeutlichen wir das Gesagte an einigen historischen Beispielen. Im deutschen Bauernkrieg[35]) kamen Martin *Luther* und Thomas *Müntzer* eine besondere Bedeutung zu, wobei Luther die gemäßigt-reformerische und Müntzer die revolutionäre Bewegung zum Ausdruck brachten. Während Luthers politische Linie dadurch Erfolg hatte, daß er sich innerhalb der objektiven Möglichkeiten bewegte (sie sogar nicht einmal ausschöpfte), scheiterte Müntzer daran, daß er und seine Bewegung Forderungen aufstellten, die weit über die Möglichkeiten hinausgingen, daß ihr Programm „weniger die Zusammenfassung der Forderungen der damaligen Plebejer als die geniale Antizipation der Emanzipationsbedingungen der kaum sich entwickelnden proletarischen Elemente unter diesen Plebejern"[36]) war. – In *Bismarcks* Handeln hingegen spiegelt sich der Versuch wider, die soziale Entwicklung zu bremsen, ja, sie

32) Vgl. P. Bollhagen, Gesetzmäßigkeit und Gesellschaft. Zur Theorie gesellschaftlicher Gesetze, Berlin (DDR) 1967, Kap. 2.
33) G. W. Plechanow, Über die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte, Berlin 1945, S. 41. – Diese sehr frühe Arbeit von Plechanow ist eine der wichtigsten Vorarbeiten zu einer politischen Psychologie. Über sie hat es im Anschluß an J. Kuczynskis Aufsatz „Der Mensch, der Geschichte macht" in der DDR-Geschichtswissenschaft eine ausführliche Diskussion gegeben (vgl. K.-H. Braun (Hrsg.), Beiträge zur Kritischen Psychologie, Band V: Politische Psychologie, Marburg 1977).
34) A.a.O., S. 42.
35) Vgl. W. Zimmermann, Der große deutsche Bauernkrieg. Volksausgabe, Berlin (DDR) 1975; F. Engels, Der deutsche Bauernkrieg, MEW 7.
36) Engels, S. 353; vgl. E. Bloch, Thomas Müntzer als Theologe der Revolution, Berlin (DDR) 1960, S. 18 ff., 59 f., 150 ff.

umzukehren. War ihm dies durch seinen Sieg über das liberale Bürgertum weitgehend und im „Kulturkampf" noch teilweise gelungen, so beschied ihm sein Frontalangriff auf die deutsche Arbeiterbewegung eine folgenschwere Niederlage: deren Aufstieg vermochte er zeitweise zu bremsen, aber nie zu verhindern[37]).

Die Personalisierung des sozialhistorischen Prozesses, wie wir sie als Hauptlinie der deutschen bzw. bundesrepublikanischen Geschichtswissenschaft finden[38]), hat verschiedene Ausprägungsformen. In der Hypostasierung einer immergleichen „menschlichen Natur" in Gestalt der Ontologisierung und Anthropologisierung wird das gesellschaftliche Wesen der Menschen geleugnet, der Zusammenhang von Vergegenständlichung und Aneignung ignoriert. Solcherart Metaphysik bzw. Biologismus verwandelt die realen Schöpfer der menschlichen Geschichte in passive Werkzeuge einer Bewegung des Immergleichen; die Veränderbarkeit von Gesellschaft und Menschen ist hier, was besonders in der Begabungsideologie zum Ausdruck kommt[39]), ausgeschlossen.

In der Ideologie von den „großen Männern", die die Geschichte machen, und selbstverständlich alleine, ist nicht nur von den materiellen Grundlagen der menschlichen Gesellschaft, die von den werktätigen Massen tagtäglich geschaffen wurden und werden, abstrahiert, sondern auch von den Entstehungs- und Wirkungsbedingungen des individuellen Handelns. Mit diesem Ideologem tritt in der Regel sowohl die elitäre, anti-demokratische Trennung von „Männern" und „Massen" auf als auch ein Desinteresse gegenüber den spezifischen Aneignungsbedingungen dieser historisch bedeutsamen Persönlichkeiten. Aus demokratischer Sicht muß die Frage doch lauten: „Sind die großen Menschen, Ausnahmen einer Epoche *insofern, als die gewaltige Mehrheit der übrigen Menschen durch die gesellschaftlichen Bedingungen verkrüppelt wird,* nicht in gewissem Sinn die *normalen Menschen* dieser Epoche, und ist der Regelfall der Verkrüppelung nicht gerade *die Ausnahme,* die Erklärung verlangt?"[40]) Dementsprechend verfolgen wir im weiteren die Frage nach den allgemeinen Entwicklungsbedingungen des Proletariers, wie sie jedem von ihnen als Mitgliedern ihrer Klasse offenstehen, also die Regel und nicht die Ausnahme sind.

3. *Die kämpferische Persönlichkeit als Paradigma des politischen Individuums*

In seiner durchschnittlichen bürgerlichen Existenz ist die persönliche Entwicklung des kapitalistischen Lohnarbeiters geprägt von der spezifischen Widersprüchlichkeit in „Beruf" und „Freizeit". Während er am Arbeitsplatz gesellschaftliche, notwendige und sinnvolle Tätigkeit leistet, am Entwick-

37) Vgl. J. Streisand, Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, Köln 1972, S. 198 ff.; F. Engels, Die Rolle der Gewalt in der Geschichte, MEW 21, S. 426 ff.
38) Vgl. K. Bergmann, Personalisierung im Geschichtsunterricht – Erziehung zu Demokratie? Stuttgart 1972, S. 16 ff., 60 ff.; R. Kühnl (Hrsg.), Geschichte und Ideologie. Kritische Analyse bundesdeutscher Geschichtsbücher, Reinbek 1973, S. 184 ff., 187 ff.
39) Vgl. L. Sève, Kampf der Begabungsideologie, in: „Demokratische Erziehung", 1/1975.
40) Sève, Marxismus, S. 203.

lungsniveau der Produktivkräfte teilhat, ist er aber – durch seine Existenz als Lohnarbeiter – von der Verfügung über die Produktionsmittel und Produktionsresultate und damit auch über sich selbst ausgeschlossen, er unterliegt hier letztendlich der Kommandogewalt des Kapitals. In der Freizeit, die scheinbar unabhängig von der Produktion ist, kann er zwar – in gewissen Grenzen – über sich selbst entscheiden, ist hier aber von der Teilnahme an gesellschaftlich relevanter Tätigkeit ausgeschlossen, seine Tätigkeit ist objektiv sinnentleert. „Die innerhalb der kapitalistischen Produktion möglichen Varianten inhaltlicher Merkmale der Tätigkeit, damit auch möglicher ‚produktiver' Motiviertheit des Arbeiters, sind generell dadurch gekennzeichnet, daß in jeder Variante, wie immer sie auch beschaffen ist, wirkliche Teilhabe an bewußter gesellschaftlicher Realitätskontrolle, damit die Entstehung wirklich subjektiv bedeutungsvoller, in entwickelter ‚produktiver' Motivation anstrebbarer Arbeitsaufgaben ausgeschlossen ist"[41]).

Sucht der einzelne Lohnarbeiter nach einer Alternative für diese völlig unbefriedigende Lebenssituation, welche im Produktionsbereich subjektiv sinnentleert und im Freizeitbereich objektiv sinnentleert ist, muß er sich zurückbesinnen auf die objektive Stellung seiner Klasse im Gesamtprozeß der Gesellschaft. Das heißt zweierlei: 1. daß die Arbeiterklasse die materiellen Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaft schafft; 2. daß nur die Arbeiterklasse (und ihre Verbündeten) die Möglichkeit hat, den immer offener zutage tretenden Widerspruch von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen zu lösen – durch die sozialistische Revolution. Erst wenn der einzelne Arbeiter die objektive gesellschaftliche Funktion seiner Klasse mit seiner individuellen Lebensperspektive vermittelt, vermag er – selbstverständlich in den Grenzen dieser Gesellschaft – zu befriedigendem Leben zu gelangen. „Solange die bewußte gemeinsame Planung menschlicher Lebensverhältnisse unter Beteiligung aller, darin die vielseitige Entfaltung menschlicher Lebensmöglichkeiten, nicht gesellschaftliche Wirklichkeit geworden ist, ist der bewußte solidarische Kampf um die Schaffung einer solchen gesellschaftlichen Wirklichkeit die einzige sinnvolle übergreifende Lebensperspektive. Die ‚gemeinsame Sache', über welche die Menschen verbunden sind, ist hier die sozialistische Perspektive kritischer gesellschaftlicher Praxis; diese Perspektive mündet mit dem Grade ihrer Verwirklichung in die gemeinsame Sache bewußter gesellschaftlicher Lebensgestaltung unter Beteiligung aller ein."[42])

Die Entwicklung von der in sich entzweiten, zerrissenen Persönlichkeit zur kämpferischen Persönlichkeit stellt die entscheidende und allgemeinste biographische Entwicklungsnotwendigkeit des Lohnarbeiters dar; Notwendigkeit in dem Sinne, daß nur diese Entwicklung die individuelle „Not zu wenden" vermag. Diese Entwicklung vollzieht sich über eine Vielzahl von Stufen, deren wichtigste das Interesse an der beruflichen Tätigkeit, die gewerkschaftliche und schließlich die politische Organisierung darstellen. Im Maße der

41) U. Holzkamp-Osterkamp, Grundlagen der psychologischen Motivationsforschung 2, Frankfurt/M. 1976, S. 101; Holzkamp, Erkenntnis, S. 23ff.
42) Holzkamp, S. 263 (alle Sperrungen entfernt).

Verwirklichung dieser individuellen Entwicklungsnotwendigkeit wird der Widerspruch von gesellschaftlichen und individuellen Erfordernissen aufgehoben, realisiert das Individuum zunehmend die Tatsache, daß das Wesen der Menschen nicht in ihnen selbst liegt, sondern außerhalb ihrer selbst, in den gesellschaftlichen Verhältnissen. Damit rückt auch der Zusammenhang von Individuum und Staat ins Blickfeld. Denn die Proletarier befinden sich „auch im direkten Gegensatz zu der Form, in der die Individuen der Gesellschaft sich bisher einen Gesamtausdruck gaben, zum Staat, und müssen den Staat stürzen, um ihre Persönlichkeit durchzusetzen"[43]).

Wir können jetzt zur Ausgangsfrage zurückkehren: „Was soll und kann eine politische Psychologie?" Sie analysiert alle jene Prozesse der Persönlichkeit, die in einem Wechselverhältnis mit Institutionen des politischen Überbaus der Gesellschaft (Staat, Parteien, Verbände usw.) stehen: also einerseits, wie diese Institutionen die Persönlichkeitsentwicklung beeinflussen und andererseits durch welche Persönlichkeitsstrukturen diese beeinflußt und qualitativ umgestaltet werden können. Eine so verstandene politische Psychologie leistet einen Beitrag zur Erforschung dessen, was Ernst Bloch „aufrechten Gang" genannt hat[44]).

Aktuelle Aspekte der Hexenprozesse*)

Historische Anmerkungen aus gegebenem Anlaß

Von Joachim Radkau

Die Hexenprozesse sind keine Kuriosität am Rande der Geschichte. Fast drei Jahrhunderte lang, vom 15. bis zum beginnenden 18. Jahrhundert, wüteten sie in vielen Gebieten Europas; kamen sie an einem Ort zum Erliegen, flammten sie anderswo von neuem auf. Die Zahl ihrer Opfer in ganz Europa läßt sich nur vage schätzen; denn später, als man sich dieser Prozesse schämte, wurden viele Akten vernichtet, so wie 1715 auch hier in Lemgo das sogenannte „Hexen-Buch" öffentlich verbrannt wurde[1]). Christian Thomasius, einer der bedeutendsten Kämpfer gegen die Hexenprozesse, spricht um 1700 von „so viel

43) K. Marx/F. Engels, Die deutsche Ideologie, MEW 3, S. 77.
44) Vgl. E. Bloch, Naturrecht und menschliche Würde, Frankfurt/M. 1972, S. 233 ff.

*) Überarbeitete Fassung eines Vortrags in Lemgo am 29. Januar 1977 auf einer Kundgebung der ostwestfälischen Bürgerinitiativen gegen Berufsverbote.

1) Karl Meier, Hexen, Henker und Tyrannen. Die letzte und blutigste Hexenverfolgung in Lemgo 1665–1681, Lemgo ^{3}1968, S. 48.

Million Tausenden, die durchs Feuer hingerichtet worden"[2]); das war zweifellos übertrieben, aber neuesten Berechnungen zufolge[3]) liegt die Gesamtzahl der Opfer zumindest in der Größenordnung von Zehntausenden, und der Schrecken, den sie verbreiteten, erfaßte weite Teile der Gesellschaft.

Von Frankreich gingen die Hexenprozesse aus; aber in Deutschland machte man aus ihnen ein System; hier veröffentlichten die päpstlichen Inquisitoren Sprenger und Institoris 1487 den berüchtigten „Hexenhammer", und in Deutschland und angrenzenden Gebieten erreichten die Hexenverfolgungen ihre furchtbarsten Kulminationen. Auf dem Höhepunkt der Hexenprozesse, um 1630, erschien auch die berühmteste Anklageschrift gegen die Rechtsbrüche und Grausamkeiten des Hexenverfahrens, die „Cautio criminalis", verfaßt von dem Jesuiten Friedrich v. Spee, der zur selben Zeit im Bistum Paderborn als Beichtvater viele angebliche Hexen zur Richtstätte begleiten mußte. Er veröffentlichte die „Cautio criminalis" anonym: unter seinem eigenen Namen hätte er es nicht wagen können. Spee begann seine Schrift mit der Klage, die Hexenprozesse hätten dahin geführt, daß die Deutschen im Auslande in einen üblen Geruch geraten seien –, „daß wir unsern Geruch haben stinkend gemacht"[4]); er schreibt, die Exzesse der Hexenverfolgungen in Deutschland hätten andere Völker vor den Hexenprozessen zurückschrecken lassen[5]). Warnend prophezeite Spee, wenn man die Hexenverfahren so weiter laufen lasse wie bisher, dann würden sie kein Ende nehmen, bis alle Menschen verbrannt seien[6]): denn da alle Angeklagten auf der Folter zur Denunziation immer weiterer angeblicher Hexen gezwungen würden und da die Juristen, Richter, Henker, Folterknechte ein Interesse daran hätten, immer neue Hexen zu schaffen, müßten die Verfolgungen zwangsläufig lawinenartig anwachsen. Daß das nicht bloß eine rhetorische Übertreibung war, wird durch das Beispiel Lemgos bezeugt: es war der Regierende Bürgermeister und Initiator der hiesigen Hexenprozesse selbst, Dr. Kerkmann, der schon nach kurzer Zeit klagte, nicht der dritte Teil der Bürger sei mehr unbelastet –, „unbeklafft", wie der Ausdruck war[7]).

Hat es Sinn, diese fremdartigen und weit zurückliegenden Vorgänge heute wieder in Erinnerung zu rufen, aus Anlaß der gegenwärtigen Berufsverbote, der Abstempelung von Sozialisten und Radikaldemokraten zu Verfassungsfeinden? Oder läuft eine derartige Parallelisierung Gefahr, geschmacklos zu werden, ja sich der Lächerlichkeit auszusetzen und die historische Materie in ahistorischer Weise zu plündern? Diese Bedenken sind gewiß ernst zu nehmen und nicht von vornherein abzutun; es wäre keineswegs zulässig, eine Parallele zwischen den einstigen Hexenverfolgungen und der gegenwärtigen Diskriminierung sogenannter Radikaler von vornherein für gegeben zu neh-

2) Christian Thomasius, Kurtze Lehr-Sätze von dem Laster der Zauberey (De crimine magiae, dt.), Halle 1704, S. 615.
3) Norman Cohn, Europe's Inner Demons. An Enquiry Inspired by the Great Witch-Hunt, New York 1975, S. 253 ff.
4) Friedrich von Spee, Cautio criminalis oder Rechtliches Bedenken wegen der Hexenprozesse, übers. nach der 2. Aufl. (Frankfurt 1632) von Joachim-Friedrich Ritter, Weimar 1939, S. 3.
5) Ebd. S. 50.
6) Ebd. S. 49.
7) K. Meier (Anm. 1), S. 18.

men. Einige fundamentale Unterschiede sind so evident, daß man sie nicht lang und breit auszuführen braucht: natürlich wird heute in der Bundesrepublik nicht mehr gefoltert, natürlich geht es bei heutigen Verfahren gegen angebliche Verfassungsfeinde nicht mehr wie damals um Leben und Tod – wohl aber nicht selten um die Existenz –; gewiß hat heutzutage der, der verdächtigt wird, im allgemeinen eine reale Chance, das Verfahren erfolgreich durchzustehen: das hatten die Hexen einstmals nicht, – selbst wenn sie die unvorstellbar grausamen Foltern überstanden, ohne sich ein Geständnis abzwingen zu lassen, kamen sie meist doch nicht frei, sondern nun hieß es, nur der Teufel könne ihnen diese Unempfindlichkeit gegen Schmerz verliehen haben.

Kein Zweifel, es wäre höchst unangemessen, Hexenprozesse und Berufsverbote nahe aneinanderzurücken: eine weite historische Entwicklung, ein Fortschritt auf vielen Ebenen liegt dazwischen. Aber man kann die Hexenverfolgungen auch *zu* weit von unserer Gegenwart fortrücken, weiter, als historisch zulässig ist. Es kann einem dabei ähnlich ergehen wie bei dem eigenen Verhältnis zur NS-Zeit: die wirkt auf den, der sie nicht mehr miterlebt hat, wie eine ganz ferne und schaurige Vergangenheit, obwohl sie in Wirklichkeit chronologisch gar nicht fern ist; man muß genauer hinsehen, um zu erkennen, daß es damals Grundmuster des menschlichen Verhaltens – insbesondere der Machtausübung, der Verfolgung und Verteufelung, auch der Angstreaktionen – gab, die auch heute noch vorhanden sind. Und vergleichbare Entdeckungen kann man bei genauerer Untersuchung der Hexenverfolgungen machen.

Eine von solchem Interesse geleitete Beschäftigung mit den Hexenprozessen braucht nicht ahistorisch zu sein, sondern sie befindet sich in bester wissenschaftlicher Tradition: die historischen Standardwerke des 19. Jahrhunderts zu diesem Thema, die Untersuchungen von Soldan/Heppe und Riezler[8]), ebenso wie das halb-literarische Werk über „Die Hexe" des berühmten französischen Historikers Jules Michelet[9]), waren zugleich brillante Anklageschriften gegen den zeitgenössischen Klerikalismus. Auf diese Weise wurden allerdings manche wesentlichen Bedingungen der Hexenprozesse noch nicht voll erfaßt. Im 20. Jahrhundert entstand dann auf der Grundlage neuer Erfahrungen mit Verfolgungen und Feindbildern eine weitere Generation wissenschaftlicher Literatur über den Hexenwahn, die sich gegenüber der fortschrittsgläubigen Literatur des 19. Jahrhunderts als revisionistisch charakterisieren läßt[10]): die aus Erfahrungen der NS-Zeit erwachsene Darstellung von Kurt Baschwitz[11]), die bahnbrechende Neuinterpretation von H. R. Trevor-

8) W. G. Soldan, Geschichte der Hexenprozesse. Erstausgabe 1843, Bearbeitung von Henriette Heppe 1879, Neubearbeitung von Max Bauer 1911, Neudruck (2 Bde.), Darmstadt 1972. – Sigmund v. Riezler, Geschichte der Hexenprozesse in Bayern. Im Lichte der allgemeinen Entwicklung dargestellt, Stuttgart 1896, Neudruck mit Nachwort von Friedrich Merzbacher, Aalen 1968. – In diese Reihe hinein gehört auch: Joseph Hansen, Zauberwahn, Inquisition und Hexenprozeß im Mittelalter und die Entstehung der großen Hexenverfolgung, München 1900.

9) Jules Michelet, Die Hexe (La Sorcière, frz. Erstausgabe 1862). Deutsche Neuausgabe mit Nachwort von Georges Bataille, München 1974.

10) Vgl. hierzu bes. H. R. Trevor-Roper, Religion, Reformation und sozialer Umbruch, Frankfurt/M. u. a. 1970 (amerikan. Erstausgabe 1956), S. 102ff.

11) Kurt Baschwitz, Hexen und Hexenprozesse. Die Geschichte eines Massenwahns, München 1963.

Roper[12]) und die erst vor kurzem erschienene, manche quellenkritische Überraschungen enthaltende Analyse von Norman Cohn[13]), die im Kontext eines Untersuchungsprogramms zur „Dynamik von Verfolgung und Ausrottung" entstand. Nicht zu vergessen Arthur Millers Theaterstück über die „Hexenjagd" in Salem/Massachusetts 1962, das von dem Erlebnis der Kommunistenhatz der McCarthy-Ära inspiriert wurde, sich dabei jedoch um die historische Wahrheit bemühte und auf eine billige Aktualisierung des Stoffes verzichtete. Eine neueste Generation einschlägiger Literatur entsteht jetzt im Zusammenhang mit der feministischen Bewegung, so die eben herausgekommene Untersuchung einer Gruppe von Frankfurter Germanisten „Zur Genese und Aktualität des Hexenbildes"[14]). All solche Arbeiten machen Ernst mit der Erkenntnis der Geschichtstheorie, daß es die „Geschichte an sich" nicht gibt, sondern nur die „Geschichte für uns", die Geschichte als die von einer immer neuen Gegenwart evozierte Erinnerung, die von dieser Gegenwart zwar nicht inhaltlich gefüllt wird – das wäre Geschichtsklitterung –, aber doch ihren Sinn, ihre Bedeutung erhält.

Um die Hexenprozesse für uns bedeutsam werden zu lassen, sind zunächst drei falsche Vorstellungen über sie zu korrigieren, die man immer wieder trifft. Zunächst die Vorstellung, die Hexenverfolgungen gehörten ins Mittelalter hinein, in das angeblich „dunkle" Mittelalter, wo man auf alle Befremdlichkeiten gefaßt ist: das stimmt nicht; im Mittelalter hat es Hexenprozesse offenbar noch nicht sehr häufig gegeben, trotz des schon damals in vielen Dokumenten bezeugten Hexenglaubens. Zu einer Lawine entfesselt wurden die Hexenprozesse erst in der Neuzeit – in Zeiten, die in unseren Geschichtsbüchern die Titel „Renaissance", „Reformation", „Barock", ja „Aufklärung" tragen. Sie reichen näher an die Gegenwart heran, als oft angenommen wird, und sind in jenen neueren Zeiten nicht als bloßes Überbleibsel aus dem Mittelalter abzutun: eine Tatsache, die die Geschichtswissenschaft erst nach der Erfahrung neuer Wahnsysteme im 20. Jahrhundert intensiver durchdacht hat[15]).

Sodann begegnet man oft der Vorstellung, die Hexenverfolgungen seien eine Ausgeburt der dumpfen Masse, und der Aberglaube des niederen Volkes trage die Hauptschuld daran. Ich selber habe auf der Schule gelernt, Kirche und Obrigkeit hätten unter dem Druck der Masse gar nicht anders gekonnt, als die Hexen zu verfolgen, ja, die Oberen wären sogar von der Masse gelyncht worden, wenn sie ihr die Hexenprozesse verweigert hätten. Aber derartige Behauptungen sind grundfalsch und lassen sich historisch leicht widerlegen: nahezu in allen Fällen war es die Obrigkeit, ob kirchliche oder weltliche, und waren es gelehrte Juristen, die die Prozesse in Gang brachten; sie waren es, die im Volke die Angst vor den Hexen systematisch schürten, – sobald aber die Obrigkeit den Hebel herumwarf und die Hexenprozesse abbrach, pflegte

12) Vgl. Anm. 10.
13) Vgl. Anm. 3.
14) Gabriele Becker/Silvia Bovenschen/Helmut Brackert u. a., Aus der Zeit der Verzweiflung. Zur Genese und Aktualität des Hexenbildes, Frankfurt/M. 1977.
15) Vgl. Anm. 10.

auch die Hexenangst im Volke abzunehmen[16]). Manches deutet sogar darauf hin, daß die Unterstützung der Hexenjagd mit steigendem Bildungsgrad zunahm[17])! Gewiß gab es in den unteren Schichten seit alters viele Formen von Hexenglauben; aber der hatte doch sehr unterschiedliche Färbung und führte zu unterschiedlichen Verhaltensweisen: es gab noch nicht die Zuspitzung auf das eine Feindbild der Hexe, es gab die Vorstellung guter und böser Hexen, und so brachte man angeblichen Hexen nicht nur Furcht und Haß entgegen, sondern nahm auch Zuflucht zu ihren Heilkünsten und ihrem Liebeszauber[18]). Erst auf kirchlichen Druck wurde im 16. Jahrhundert die juristische Unterscheidung zwischen „guten" und „bösen" Hexen aufgegeben[19]). Aus dem Volksglauben ist der Anstoß zu den Hexenprozessen offenbar nicht gekommen; der Volksglaube diente lediglich als Medium der Manipulation – nicht zuletzt dadurch wird die Hexenjagd zu einem Phänomen der modernen Zeit.

Es gibt noch eine dritte verbreitete Vorstellung über den Ursprung der Hexenverfolgungen; zwar ist sie anders als die beiden ersten Vorstellungen nicht geradezu falsch, aber doch als oberste Erklärung unzulänglich: nämlich die Annahme, die Hexenprozesse hätten ihre Ursache in psychischen Defekten: in Frauenhaß und Sexualangst auf seiten der Verfolger und/oder in Wahnvorstellungen und Geisteskrankheiten auf seiten der Hexen selbst. Der „Hexenhammer", der in seinem grundsätzlichen Frauenhaß so offen und ausführlich wie nur möglich ist, liefert bestes Material für eine Psychologisierung des Phänomens in der ersten Art; die Psychologisierung in der anderen Art, die Erklärung des Hexenglaubens aus Wahnvorstellungen der angeklagten Frauen, kann sich bis auf die „Blendwerke der Dämonen" (De praestigiis Daemonum, 1563) des Arztes Johann Weyer zurückführen, der frühesten Kampfschrift *gegen* die Hexenprozesse[20]). Der Wahrheitsgehalt der psychologisierenden Deutungen läßt sich historisch-empirisch nur begrenzt überprüfen; sicher ist, daß sie zur Erklärung nicht ausreichen. Nicht nur Frauen, sondern auch zahllose Männer wurden als Hexer hingerichtet – mehr als gemeinhin angenommen –; gerade bei dem von Obrigkeiten und Gelehrten verbreiteten Hexenwahn trat die populäre Konzentration auf die Frau zurück[21]). Im übrigen zogen sich die Hexenprozesse viel zu lange hin und waren viel zu weit verbreitet, als daß man sie etwa aus einer Kollektivhysterie oder anderen pathologischen Zuständen erklären könnte[22]). Gerade hier in Lemgo wird deutlich, wieviel kalte Berechnung und Machtpolitik bei den Prozessen mitspielten: hier, wo die Bürgermeister Kerkmann und Cothmann die Hexenjagd zielstrebig entfesselten, um die Gegner ihres Stadtregiments zu beseitigen.

16) Baschwitz (Anm. 11), S. 358f., 380ff.
17) Riezler (Anm. 8), S. 129; Trevor-Roper (Anm. 10), S. 147, 159; Baschwitz, S. 314f.; Wanda v. Baeyer-Katte, Die historischen Hexenprozesse – Der verbürokratisierte Massenwahn, in: Wilhelm Bitter (Hrsg.), Massenwahn in Geschichte und Gegenwart, Stuttgart 1965, S. 223f.
18) Zum volkstümlichen Hexenglauben vgl. Handwörterbuch des dt. Aberglaubens, 9 Bde., 1927–42, Bd. 3, Spalte 1827–1920.
19) Trevor-Roper, S. 137.
20) Vgl. Becker/Bovenschen (Anm. 14), S. 148, 373f.
21) N. Cohn (Anm. 3), S. 252.
22) Ungeachtet des Titels ihres Beitrags ausdrücklich gegen eine derartige Deutung: Baeyer-Katte (Anm. 17), S. 220.

Für sie waren die alten Frauen, die hingerichtet wurden, offenbar nur Beiwerk bei ihrem Kesseltreiben gegen den Anhang der oppositionellen Familie Kleinsorge[23]); selbst der Pfarrer Andreas Koch und der Oberst Abschlag fielen den Hexenprozessen zum Opfer. In Bamberg, Schauplatz der wohl furchtbarsten Hexenjagd des 17. Jahrhunderts, wurden fünf Bürgermeister und der bischöfliche Kanzler als Hexer verbrannt[24]).

Die Hexenverfolgungen gehören also stärker der politischen Geschichte an, als vielfach angenommen wird; sie gehören nicht nur in die Volkskunde oder in eine historische Psychiatrie hinein. Als Gesamtphänomen bleiben Hexenprozesse und heutige Verfahren gegen vermutete Verfassungsfeinde gewiß nach wie vor unvergleichbar; aber das schließt nicht aus, daß Einzelaspekte der Hexenjagd doch auf gegenwärtige oder künftige Gefahren verweisen. Mögen sie auch nicht im vollen Sinne Parallelen zu den gegenwärtigen Vorgängen darstellen, so können sie doch die Phantasie weiten für Möglichkeiten, die gegenwärtige Entwicklungen in sich enthalten. Im folgenden werden zehn derartige Aspekte der Hexenprozesse aufgeführt:

1. Das Delikt, das angebliche Delikt der Hexerei, war höchst ungenau definiert – natürlich, wie hätte das auch anders sein können bei einem Delikt, das es in Wirklichkeit gar nicht gab! –; es fehlten die klaren Indizien dafür, welcher Hexerei-Verdacht als begründet anzusehen war und welcher nicht. Thomasius, dessen Argumentation wesentlich dazu beitrug, die Prozesse endgültig zu Fall zu bringen, hob hervor, es sei „niemahls bey diesem Laster ein warhafftes Corpus delicti angetroffen worden"[25]). Aber – wie Riezler schreibt – „wo es kein Delikt gibt, ist das Geständnis alles, ein solches konnte aber nur durch die Folter oder Angst vor der Folter erpreßt werden"[26]). Es war eben diese Unmöglichkeit, die Indizien für das Delikt genau zu definieren, die einen Freiraum für jegliche Willkür öffnete, und dieser Freiraum wurde von Richtern wie von Folterknechten oftmals skrupellos ausgenutzt: in einer Weise, von der diejenigen, die die gesetzlichen Grundlagen der Hexenverfolgungen schufen – das waren persönlich nicht selten wohlmeinende und gelehrte Theologen und Juristen – offenbar keine volle Vorstellung besaßen[27]). Im Laufe der Jahrhunderte wurden die Hexenprozesse mit immer mehr Gelehrsamkeit, mit immer mehr System und Methode ausgestattet, aber die Willkür wurde dadurch nur noch größer.

Gewiß drohen aus gegenwärtigen Richtlinien gegen Radikale im öffentlichen Dienst keine derart schauerlichen Konsequenzen wie einst aus den Hexen-Paragraphen; aber auf formaljuristischer Ebene gibt es vergleichbare Defekte, und vergleichbar ist der prinzipiell gegebene Anlaß zu willkürlicher Auslegung. Wenn es in dem BVerfG-Beschluß vom 22. Mai 1975 heißt, ein Bewerber für den öffentlichen Dienst müsse die Gewähr bieten, „jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzutreten", so muß man fragen,

23) Vgl. dazu K. Meier (Anm. 1); Hermann Rothert, Westfälische Geschichte, Bd. 3, Gütersloh 1951, S. 336.
24) Trevor-Roper, S. 150; Baschwitz 223ff.
25) Thomasius (Anm. 2), S. 615.
26) Riezler (Anm. 8), S. 119.
27) Spee (Anm. 4), S. 84f.

wie Indizien aussehen könnten, die eindeutig das Gegenteil beweisen. Diese Frage stellt sich um so mehr, als es im darauffolgenden Absatz heißt, ein ablehnendes Urteil beziehe sich auf eine Prognose über die Persönlichkeit des Bewerbers, und diese Prognose gründe sich „jeweils auf eine von Fall zu Fall wechselnde Vielzahl von Elementen und deren Bewertung". Dieser BVerfG-Beschluß ist mittlerweile in NRW in „Vorläufige Richtlinien" umgesetzt worden; aber wo das Delikt prinzipiell unklar ist, wird das Verfahren auch durch Einzelbestimmungen und Systematisierungen nicht durchsichtiger, im Gegenteil: wie der Senat der Universität Bielefeld in einstimmigem Beschluß feststellte, geben die neuen Richtlinien „in keiner Weise Maßstäbe zur inhaltlichen Klärung des genannten Problems", sondern „dekretieren lediglich ein im einzelnen überaus kompliziertes Entscheidungsverfahren", das „auf dem Rücken des Betroffenen ausgetragen" wird.

2. Die Hexerei wurde 1468 von Papst Paul III. zu einem „crimen exceptum" erklärt[28]), und der Hexenprozeß wurde ein Sonderverfahren, das sich den üblichen juristischen Normen entzog und bei dem – wie die Verfasser des „Hexenhammer" freimütig zugeben – „die gesetzliche Ordnung zugunsten des Glaubens verstümmelt" wurde[29]). Der Angeklagte hatte viel weniger Chancen als beim normalen Prozeß: obskure Personen wurden als Zeugen zugelassen und ernstgenommen, ja obenan sogar die Bezichtigungen der gefolterten „Hexen" selbst; meist kannte der Angeklagte die Zeugen nicht, die gegen ihn ausgesagt hatten; nicht ihm mußte seine Schuld bewiesen werden, sondern er mußte seine Unschuld nachweisen, und was auch immer er sagte und wie auch immer er reagierte, alles konnte, ja pflegte zu seinem Nachteil ausgelegt zu werden. Mit flammender Empörung stellte Friedrich von Spee fest, die Juristen selber wüßten keine Antwort auf die Frage, „auf welche Weise sich denn einer befreien könne, der wirklich unschuldig ins Gefängnis gekommen sei"[30]). Das war die Folge der juristischen Sonderstellung des Hexenprozesses.

Dabei hätte die normale Gerichtsbarkeit für die Erfassung der nachweislich gefährlichen „Hexen", etwa der Giftmischerinnen, vollauf genügt; so wie heute die normale Gerichtsbarkeit und das bisher übliche Verfahren bei der Einstellung von Beamten völlig ausreichen würde, um nachweisliche aktive Gegner unserer Rechts- und Verfassungsordnung aus dem öffentlichen Dienst herauszuhalten. In den gegenwärtigen Sonderverfahren bei der Einstellung von Beamten jedoch kann es zu solchen grotesken Verhören kommen wie bei dem Einstellungsgespräch mit Manfred Lehner in Augsburg 1976, wo schon der Umstand, daß der Verdächtigte den Befragern befangen erschien und ihnen kein Belastungsmaterial gegen sich selber lieferte, als Verstocktheit und damit als negatives Indiz gewertet wurde; seinem Gedächtnisprotokoll zufolge äußerten die Befrager: „Ich überlege mir nur, woher diese eigenartige Haltung kommt. Sie zeigen sich so versperrt. . . . Wenn jemand ein echter De-

28) Trevor-Roper, S. 120.
29) Jakob Sprenger und Heinrich Institoris, Der Hexenhammer. Erstausgabe Köln 1487, dt. Übers. von J. W. R. Schmidt, Berlin 1906, Bd. 3, S. 39.
30) Spee, S. 95.

mokrat ist, dann kann er ohne Schwierigkeiten hierherkommen . . . Sie haben irgendwo Angst, Sie könnten sich durch Äußerungen verraten."[31]) Bei einem Verhör solchen Stils ist man in der Tat versucht, direkte Parallelen zu einstigen Hexenverhören zu ziehen, wo schon Anzeichen der Furcht bei dem Angeklagten, ja selbst die Neigung, die Augen niederzuschlagen, als Indizien herhalten mußten[32]): alles die logische Konsequenz eines Verfahrens, wo das Delikt selbst unklar ist und es folglich auch keine klaren Indizien gibt.

3. Da der Hexenprozeß nicht auf klaren Indizien beruhte, sondern auf Verdacht, auf Verleumdung, Gerüchtemacherei und Denunziation, mobilisierten die Hexenverfolgungen systematisch latente Vorurteile der Gesellschaft und schufen einen wahren Teufelskreis lawinenartig anwachsenden Mißtrauens, das sich auf viele überkommene Solidaritäten zerstörierisch auswirken mußte: auf diese Weise kam die Hexenjagd dem aufsteigenden Absolutismus zugute.

4. Diejenigen, die öffentlich gegen die Verfolgungen Stellung nahmen, mußten damit rechnen, selber in den Geruch der Hexerei zu geraten; eben weil es nicht erst aus moderner Sicht, sondern schon von Anfang an mehrere naheliegende Argumente gegen die Hexenprozesse gab[33]), mußten die Hexenverfolger frühzeitig ein brutales Abwehrsystem gegen alle Kritik entwickeln. Die Verfasser des „Hexenhammer" brandmarkten den Zweifel an der Existenz von Hexen als Ketzerei; der Titel des „Hexenhammer" trug sogar die Inschrift „Haeresis est maxima opera maleficarum non credere" (Die größte Ketzerei ist, an Hexenwerk nicht zu glauben)[34]), und selbst innerhalb der Regeln des Hexenprozesses konnte die Verteidigung der Hexen gefährlich werden[35]).

5. Die Hexenprozesse waren anscheinend im Spätmittelalter aus einer Verselbständigung bestimmter lokaler Seitentriebe der Ketzterverfolgungen hervorgegangen, und der Apparat zur Verfolgung der Hexen entwickelte eine wachsende Eigendynamik, die schließlich bürokratisch untermauert wurde. Um seine immer wieder bedrohte Legitimität zu erhalten, um fortzubestehen und weiter zu wachsen, war der Verfolgungsapparat darauf angewiesen, immer neue Menschen zu Hexen zu deklarieren. Das Mittel dazu war damals die Folter; die gibt es heute in der Bundesrepublik nicht, aber es gibt den Computer und die elektronische Datenverarbeitung. Friedrich von Spee warf den Rechtsgelehrten vor, sie könnten sich, gemütlich in ihrem Studierzimmer sitzend, nicht vorstellen, was in den Folterkammern aus den Hexenprozessen würde[36]); heute muß man fragen, ob diejenigen, die wohlmeinend die Maßregeln gegen Radikale im öffentlichen Dienst befürworten, sich vorstellen können, wie das Aufspüren angeblicher Radikaler in der Ära der elektronischen Datenspeicherung auszuwuchern droht.

31) Gedächtnisprotokoll von Manfred Lehner und seinem Beistand, Pfarrer Schwemmer, mir zugänglich gemacht von Prof. Dr. Andreas Dress, Bielefeld.
32) Trevor-Roper, S. 122.
33) Wolfgang Ziegeler, Möglichkeiten der Kritik an Hexen- und Zauberwesen im ausgehenden Mittelalter. Zeitgenössische Stimmen und ihre soziale Zugehörigkeit, Köln 1973 (Rolf Sprandel (Hrsg.), Kollektive Einstellungen und sozialer Wandel, Bd. 2).
34) Trevor-Roper, S. 119.
35) Hexenhammer (Anm. 29), Bd. 3, S. 65ff.
36) Spee, S. 45f.

6. Die Verfolgungen warfen ihre Schatten auch auf viele derjenigen, die noch nicht angeklagt waren; vielerorts belasteten sie die Kommunikation und lähmten die Geselligkeit, denn jeder mußte davor zittern, irgendwie auffällig zu werden: und eben diese Wirkung muß den hexenverfolgenden Obrigkeiten in krisenhaften Zeiten nicht unlieb gewesen sein, auch wenn derartige Hintergedanken nicht schwarz auf weiß in den Quellen geschrieben stehen.

7. Die Hexenverfolgungen erreichten in Deutschland ihre Kulmination im späten 16. und frühen 17. Jahrhundert: in einer Zeit allgemeiner Krise, einer Zeit sinkenden Lebensstandards, des Niedergangs der Städte, der Erstarrung des öffentlichen Lebens, des sich immer mehr zuspitzenden Konfessionsgegensatzes, schließlich des Dreißigjährigen Krieges. Die Bücher der Hexenverfolger spiegeln fast alle auf ihre Weise ein nervöses, ja hektisches Krisenbewußtsein; sie gehen davon aus, „daß die Welt in einem unheilvollen Zustand ist; daß sich die Zeitläufe und also die Menschheit von Jahr zu Jahr, von Tag zu Tag, ja von Stunde zu Stunde verschlechtern" (Brackert)[37]. Die Hexenprozesse stehen offenbar in innerem Zusammenhang mit der realen Krise und dienten nicht zuletzt dazu, Sündenböcke aufzubauen und den dumpfen Groll und die Angst der Bevölkerung auf bestimmte Opfer zu lenken. Grundlage der Hexenprozesse war eine Denkweise, die die Ursache von Krisen nicht in politischen, sozialen, ökonomischen oder auch ökologischen Bedingungen sucht, sondern in verborgenen Machenschaften bestimmter Gruppen, in Verschwörung, Unterwanderung (die letztere durch den Succubus sinnlich verkörpert!).

8. Die Hexen, von denen gesagt wurde, daß sie mit dem Teufel buhlten, daß sie den Teufel am Hintern küßten, machten das große Feindbild der christlichen Kirchen – den Teufel – gleichsam sinnlich greifbar, sie aktualisierten es, und das zu einer Zeit, da die Macht der Religion zunehmend bedroht war. Es ist bezeichnend, daß die katholische Inquisition in einem Land wie Spanien, wo ihre Macht fest eingewurzelt war, die Hexenprozesse unterband[38]): dort waren sie zur Popularisierung[39]) der Inquisition nicht vonnöten, wohl aber in Deutschland, wo der Katholizismus damals durch die Reformation einen entscheidenden Stoß erlitt.

In vergleichbarer Weise wird mit den von heutigen Erfassungsbehörden präsentierten Radikalen das Feindbild Sowjetkommunismus aktualisiert und greifbar gemacht, und das zu einer Zeit, da es dank der Ostverträge im Verblassen begriffen ist. Ob allerdings das Gros derjenigen, die heute in den Verdacht der Verfassungsfeindlichkeit geraten, mit der Sowjetunion oder der DDR mehr zu tun hat als einst die angeblichen Hexen mit dem Teufel, ist nicht sicher, „ist doch" – wie Alfred Grosser 1975 beim Empfang des Friedenspreises mit Blick auf die Affäre Guillaume bemerkte – „die Gefahr von innen mit der Gefahr von außen gar nicht so sehr verknüpft. Bei einem Jugendlichen,

37) Becker/Bovenschen (Anm. 14), S. 171; vgl. hierzu auch Trevor-Roper.
38) Baschwitz (Anm. 11), S. 186ff.; die spanische Königin Isabella von Kastilien argumentierte persönlich gegen die Behauptung, daß Impotenz durch Hexenwerk verursacht werde (Ziegeler, S. 204)!
39) Vgl. Thomasius (Anm. 2), S. 609: „Denn da erdichtete die Päbstliche Clerisey bald selbst dergleichen Zauberer . . ., dadurch sie sich in Ansehen bey dem gemeinen Pöbel setzte."

der mit ketzerischen Ideen herumläuft, sind die Chancen, daß er ein Agent sei, geringer als bei einem biederen Ostflüchtling, der durch Verheimlichung seinen Weg bis hoch nach oben machen kann"[40]).

9. Den Hexen wurde nachgesagt, sie liebten die ekligsten Speisen, sie ritten verkehrt auf dem Bock zum Hexensabbat, sie verehrten nicht Gott, sondern den Teufel, sie stünden auf dem Kopf, wenn sie dem Teufel huldigten, und der drehte ihnen dabei den Hintern zu –, kurz, sie machten alles Mögliche genau umgekehrt wie der normale Mensch. Hier zeigt sich die angstvolle Einbildung, als gebe es eine Sorte Menschen, die jegliche Ordnung umstürzen und auf den Kopf stellen wollten: eine Vorstellung, die in dieser allgemeinen Form nicht nur im 16. und 17. Jahrhundert in den Gehirnen gespukt hat. Seit der Romantik und der Entstehung der Volkskunde hat es, auch in der Wissenschaft, immer wieder die Auffassung gegeben, es müsse hinter dem Wahn vom Hexensabbat irgendeine Realität, irgendein verborgener Kult gesteckt haben; aber diese Theorie scheint neuerdings von Norman Cohn überzeugend widerlegt worden zu sein[41]). Der Hexenwahn trägt vielmehr deutlich Züge einer mit unterdrückter Lust vermischten Angst, die aus einer dumpfen Empfindung der Unzulänglichkeit gegenwärtiger Zustände hervorgeht.

10. Wie schon gesagt, wurden die Hexenverfolgungen, auch wenn es sie zeitweise in vielen Ländern gab, gerade in Deutschland zu einem mörderischen System entwickelt; und Friedrich von Spee meinte, das sei nicht zufällig so: denn „den Unwillen der Fürsten zu erregen und ihnen nicht auf der Stelle zu gehorchen, das ist in Deutschland gefährlich"[42]). So steht es am Schluß seines Buches; zu Anfang erwähnt Spee noch den Aberglauben des gemeinen Volkes als eine Hauptursache der Prozesse[43]), aber an späterer Stelle bricht er in die Verwünschung aus, er möchte einmal „gegen die Obrigkeiten in Deutschland inquirieren" und sie, wenn sie sich verteidigen wollten, „in ausgesuchter Weise foltern", um ihnen am eigenen Leibe zu beweisen, daß man mit den Methoden des Hexenverfahrens jeden zum Hexer machen könne[44]).

Das Auswuchern der Hexenprozesse wurde ganz offensichtlich durch spezifisch deutsche Umstände ermöglicht und gefördert. Es waren ähnliche Bedingungen wie die, die den Antisemitismus eskalieren ließen; Trevor-Roper hat in scharfsinniger Weise die Austauschbarkeit von Hexenverfolgung und Judenverfolgung in Deutschland nachgewiesen. Die jüngste und furchtbarste Judenverfolgung, die der NS-Zeit, hat mit den Hexenverfolgungen die Objektlosigkeit gemein: denn gerade das deutsche Judentum war, von seiner relativ geringen Zahl abgesehen, besonders stark assimiliert und bruchlos in die deutsche Kultur eingefügt.

Schon zu Anfang seiner berühmten Kampfschrift gegen die Hexenprozesse stellte Spee die Frage, ob es denn in Deutschland mehr Hexen und Unholde

40) Alfred Grosser, Ansprache anläßlich der Verleihung des Friedenspreises, Frankfurt/M. 1975, S. 51.
41) Vgl. Cohn (Anm. 3), S. 99ff. („The non-existent society of witches").
42) Spee, S. 280; ähnlich Thomasius, Über die Hexenprozesse, hrsg. v. Rolf Lieberwirth, Weimar 1967, S. 173 Fn. (Disputatio . . . de origine ac progressu processus inquisitorii contra sagas . . .): „Daher man Teutschland terram obedientiae genennet" („Land des Gehorsams"!).
43) Spee, S. 3ff.
44) Ebd., S. 162.

als andernorts gebe, – was ja, gemessen an der Häufigkeit der Hexenbrände, hätte der Fall sein müssen. Spee antwortete darauf: er wisse es nicht[45]).

Wenn wir allerdings heute fragen, ob es denn in der Bundesrepublik, wo ein so unglaublich perfekter Mechanismus zur Erfassung von Radikalen entwikkelt wird, besonders viele Radikale gebe, so läßt sich diese Frage sehr wohl beantworten: es gibt nämlich bei uns allem Anschein nach viel weniger Radikalismus als in den meisten anderen Ländern. Das wirft ein Licht auf die irreale Atmosphäre, in der sich die Radikalenerfassung abspielt und die der Erfassungsmechanismus zu seiner Perfektionierung braucht; hier wird eine Ebene geschaffen, die der vernünftigen Argumentation immer schwerer zugänglich wird, und man kann aus der Geschichte lernen, daß solche Entwicklungen gefahrenträchtig sind: sie drohen einen Verlauf zu nehmen, der sich rationaler Kontrolle und Korrektur entzieht.

*

Was kann man heute aus den Methoden lernen, mit denen in der Vergangenheit die Hexenprozesse schließlich *überwunden* wurden? Vielleicht vor allem dreierlei: einmal die initiatorische Bedeutung der konkreten Anschauung bei der Überwindung von Vorurteils-Mechanismen, zum anderen die Machtlosigkeit der bloßen Kritik des Einzelfalls und die Notwendigkeit, eine neue Art zu denken durchzusetzen, und zum dritten den Wert der historisch-genetischen Analyse bei der Erschütterung der Legitimität des Verfolgungssystems.

Wie schon zu Anfang bemerkt, wurden die Hexenprozesse erst in der Neuzeit zu einem *System* entwickelt: indem sie weit ausholend und auf verschiedenen Ebenen – theologischen, naturwissenschaftlichen, volkstümlichen – begründet, gegen Kritik immunisiert und derart in die Lage versetzt wurden, sich auch unter veränderten Bedingungen – in der bürgerlichen Gesellschaft, unter der Ägide des Protestantismus und des Humanismus – zu reproduzieren. Die Hexenprozesse sind nicht das einzige Beispiel dafür, daß die neuzeitliche Entwicklung, die den Systemcharakter der Gesellschaft fortschreitend intensivierte, nicht nur human-fortschrittliche, sondern zugleich auch destruktive Kräfte zu einem System ausgestaltete. Auf philosophisch-spekulativem Wege war dieses System lange Zeit kaum zu durchbrechen; nicht nur der mittelalterlich-scholastische, sondern auch der humanistische Kosmos, nicht nur Thomas von Aquin, sondern auch Platon, ja selbst ein aus den Entdeckungen und der neuen Wissenschaft hervorgegangenes Weltbild konnte zur Begründung des Hexenwahns herhalten[46]). Zwischen den Gelehrten und den Folterknechten, die die Aussagen erpreßten, lag eine soziale Kluft, die lange Zeit verhinderte, daß die Hexengeständnisse auf ihre Entstehungsweise hin kritisch hinterfragt wurden[47]). Die Schrift Spees dagegen lebt ganz von der Sicherheit und Überzeugungskraft der unmittelbaren Anschauung, der persönlichen Konfrontation mit den gefolterten Hexen: diese konkrete Erfahrung

45) Ebd., S. 2.
46) Vgl. die Vorrede von Jean Bodin, *Traité de la démonomanie des sorciers*, 1580, ins Dt. übers. von Johann Fischart, Straßburg 1591!
47) Baeyer-Katte (Anm. 17), S. 223.

war es, die dem Verfasser die Gewißheit von dem ungeheuerlichen Frevel des Hexenverfahrens gab, und auf ähnlich empirischem Wege waren auch frühere Kritiker der Hexenprozesse zu ihrem Standpunkt gelangt[48]). – Auch heute kann die Begegnung mit konkreten Einzelschicksalen der von Berufsverboten Betroffenen vielleicht am besten die Verschrobenheit der abstrakten Feindbilder beweisen, aus denen sich die hiesige Radikalenangst häufig nährt.

Spees „Cautio criminalis" scheint allerdings noch wenig unmittelbare Wirkung gehabt zu haben: noch lange nach dem Erscheinen dieses Buches wüteten die Hexenprozesse fort. Die Kritik an den Prozessen hatte solange keinen dauernden Erfolg, wie sie punktuell blieb und die philosophisch-theologischen Grundlagen des Hexenwahns unangetastet ließ. Erst ein neues Weltbild, ein neuer Denkstil, verbunden mit rationaleren Mitteln zur Krisenbewältigung (und auch rationaleren Methoden zur Herrschaftssicherung) ließen die Hexenprozesse verschwinden – meist kampflos, ohne Diskussion, fast stillschweigend und wie von selbst[49]). – Auch die irrationale Furcht vor jeglichem „Radikalismus" wird nur dann auf die Dauer verschwinden, wenn sich das Konzept einer Gesellschaft durchsetzt, die fähig ist, auf Krisen rational und wirkungsvoll zu reagieren, und die bereit ist, zu diesem Zweck auch ihr ökonomisches System in die Diskussion zu ziehen.

Zum dritten die Bedeutung der historisch-genetischen Analyse: während die Verfasser des „Hexenhammer" geflissentlich darzulegen suchten, daß sie keine neue Lehre aufbrächten, sondern nur Erkenntnisse zusammenfaßten, die führende Geister schon immer gehabt hätten – die Zitateritis des „Hexenhammer" kann mit heutigen Seminararbeiten wetteifern –, war es die Entdeckung des Thomasius, daß die Hexenprozesse weit jüngeren Datums, als gemeinhin angenommen, waren und daß der Hexenwahn, wenn auch viel älter, letztlich aus trüber Quelle stammte. Auf das gängige Argument, daß das mosaische Gesetz gebiete, die Zauberer zu töten, erwiderte er, jenes Gesetz befehle ebenfalls, „es soll des Hohenpriesters Tochter, woferne sie Hurerey betreibet, mit Feuer verbrandt werden: warum verbrennt man denn nicht itzo unserer Herrn Superintendenten Töchter, wenn sie dergleichen Sünde begehen?"[50]) Auf diese drastische Art verdeutlicht er, daß die Hexenverfolgung aus einem kulturellen Kontext stammt, der mit der zeitgenössischen Gesellschaft nichts zu tun hat. – Auch im Fall des Radikalenerlasses hat sich der Rückblick auf die historischen Ursprünge derartiger Maßregeln und auf deren seinerzeitigen historischen Kontext, ob in der Ära Metternich oder in der NS-Zeit, immer als recht wirkungsvoll erwiesen. Der historische Rückblick könnte auch manche obskuren Ursprünge des gegenwärtigen Feindbildes vom „Radikalen" erhellen, in das wohl nicht nur die Kommunistenfurcht, sondern auch ältere Ängste vor den Russen, dem „Osten", vor „Asien" eingeflossen sind –, und die Furcht vor der Freiheit, die eigene Umwelt entsprechend dem Wandel der Bedingungen und Bedürfnisse neu zu gestalten. Histo-

48) Ziegeler (Anm. 33), S. 100, 203.
49) Trevor-Roper, S. 168ff.
50) Thomasius (Anm. 2), S. 595.

rische Rückblicke können verhindern, daß die Verdachtsjustiz gegen mögliche Verfassungsfeinde als etwas Selbstverständliches, allzeit Notwendiges, seit eh und je Bestehendes erscheint.

Wirtschaftsinformation

Wirtschafts- und sozialstatistische Daten

Die Entwicklung der Unternehmenszusammenbrüche

Zu einem charakteristischen Merkmal der wirtschaftlichen Situation ist seit 1972 die rasche Zunahme der Unternehmensinsolvenzen geworden. Zwar läßt sich feststellen, daß es einen Zusammenhang zwischen der Zahl der Unternehmenszusammenbrüche und dem wirtschaftlichen Zyklus gibt. In Perioden des zyklischen Abschwungs kommt es zu einem Anstieg der Zahlen, während im Aufschwung ein meist nur leichter Rückgang zu verzeichnen ist. Doch bewegten sich die Zahlen in der BRD bis 1969/70 immer im Bereich um 3000 „Pleiten" jährlich. Erst seit Beginn der 70er Jahre ist eine kräftig ansteigende Tendenz zu verzeichnen, die zwar durch die Krise 1973/75 verschärft wurde, nicht aber durch sie allein zu erklären ist.

Insolvenzen (Konkurse und Vergleichsverfahren)

1972	*1973*	*1974*	*1975*	*1976*
4 619	*5 515*	*7 722*	*9 195*	*9 362*

Quelle: „Wirtschaft und Statistik", lfd.

Diese Entwicklung ist trotz der wirtschaftlichen Belebung und der Zunahme der Unternehmergewinne noch immer nicht gestoppt. Im Januar 1977 wurden wiederum 842 Insolvenzverfahren gemeldet, 6,7% mehr als im Januar 1976. In immer mehr Fällen wird die Eröffnung des Konkurses von den Gerichten abgelehnt, weil die vorhandene „Masse", d. h. das existierende Vermögen, nicht ausreicht, um die Verfahrenskosten zu decken. Auch die Anzahl der Vergleichsverfahren, bei denen sich die Schuldner mit dem Gläubiger einigen, hat abgenommen. Die Vermögenslage der insolventen Unternehmen und Personen hat sich also stark verschlechtert, wobei insbesondere die Konkurse mit einer Forderungssumme unter 500 000 DM betroffen sind.

Konkurs- und Vergleichsverfahren

	Konkurse		
	eröffnet	*abgelehnt*	*Vergleichsverfahren*
1974	3 482	3 870	462
1975	3 056	5 886	355
1976	2 702	6 519	181

Quelle: „Wirtschaft und Statistik", 2/1977, S. 93.

Es ist dabei noch zu berücksichtigen, daß ein Teil der eröffneten Verfahren später wieder eingestellt wird, weil die „Masse" auch dort nicht ausreicht, um die Verfahrenskosten zu decken. Noch rascher als die Zahl der Konkurse hat die Forderungssumme zugenommen.

Konkursforderungen

1973	*3597 Mio. DM*
1974	*7171 Mio. DM*
1975	*6359 Mio. DM*
1976	*8226 Mio. DM*

Quelle: Ebd. S. 94.

Das ist auf die wachsende Bedeutung der Millionenkonkurse zurückzuführen. Insbesondere die Insolvenzen mit einer Forderungssumme von mehr als 10 Mio. DM haben zugenommen, obwohl sie anteilmäßig noch kaum ins Gewicht fallen. Nur 1,6% aller Konkurse fallen in diese Kategorie.

Konkurse nach Forderungshöhe

	1973		*1974*		*1975*		*1976*	
Forderungen	*Anzahl*	*In %*[1]	*Anzahl*	*In %*	*Anzahl*	*In %*	*Anzahl*	*In %*
Bis 100 000 DM	*2398*	*1,6*	*2693*	*1,0*	*3724*	*1,5*	*4200*	*1,3*
100 000 bis 1 Mio. DM	*1757*	*16,4*	*2694*	*13,2*	*2838*	*15,3*	*2887*	*11,6*
Über 1 Mio. DM	*620*	*82,0*	*1004*	*85,8*	*1039*	*83,2*	*1054*	*87,1*
darunter:								
Über 10 Mio. DM	*–*[2]		*–*[2]		*110*	*46,1*	*127*	*55,9*

1) In % der Forderungssumme.
2) Keine Angaben.
Quelle: „Wirtschaft und Statistik", lfd.

Die Masse der von Konkursen betroffenen Firmen gehört demnach in den Bereich der kleinen selbständigen Existenzen. Es fällt jedoch auf, daß in zunehmendem Maße mittlere und sogar große Unternehmen von Zusammenbrüchen bedroht sind, wobei meist die Abhängigkeit von einer bestimmten Branche eine Rolle spielt.

So konnte der größte westdeutsche Textilkonzern, Glöggeler, 1976 nur mit öffentlicher Hilfe vor dem vollständigen Zusammenbruch bewahrt werden. Der drittgrößte Verbrauchermarkt der Bundesrepublik, SB-„mehr Wert", mußte Konkurs anmelden. Das „Bieberhaus", einer der größten Elektrogroßhändler, mußte ebenso schließen wie so renommierte Firmen wie die „Pfalz-Kre-

dit-Bank", „Eszet Schokolade" oder die „Anker Werke AG". Größe ist also kein absoluter Schutz mehr gegen die Pleite. In vielen Fällen suchen die bedrohten Firmen vor dem endgültigen Zusammenbruch Schutz bei einem Konzern, wobei die Selbständigkeit auf der Strecke bleibt. So gliederten sich allein 1976 vier ehemals selbständige Privatvankiers der Dresdner Bank an und machten ihre Unternehmen zu Filialen. Selbst so große Privatbanken wie die des Freiherrn v. Bethmann blieben nicht verschont. Die Bayerische Vereinsbank übernahm 1976 die Hälfte des Kapitals des 229 Jahre alten Unternehmens.

Der Schwerpunkt der Konkurse hat sich im vergangenen Jahr auf den Bereich Handel und Dienstleistungen verlagert, wenn auch die Bauwirtschaft, gemessen an der Insolvenzanfälligkeit, noch immer an der Spitze liegt. Auf 1000 Unternehmen kamen dort 9 Insolvenzen, verglichen mit 3 im Bereich des Handels.

Insolvenzen nach Wirtschaftszweigen

	1973	*1974*	*1975*	*1976*
Land- und Forstwirtschaft	*51*	*52*	*95*	*106*
Verarbeitendes Gewerbe	*1061*	*1597*	*1865*	*1689*
Großhandel	*455*	*685*	*744*	*765*
Einzelhandel	*599*	*790*	*715*	*772*
Baugewerbe	*764*	*1375*	*1589*	*1456*
Kreditinstitute	*19*	*21*	*27*	*28*
Dienstleistungen	*868*	*1225*	*1597*	*1688*

Quelle: „Wirtschaft und Statistik", lfd.

Über die Ursachen der Insolvenzen gibt es nur wenige und unzulängliche Erhebungen. In einer Untersuchung des Mittelstandsinstituts, die sich auf die Analyse von 264 Insolvenzfällen im mittelständischen Bereich stützt, steht die mangelnde Qualität der Betriebsführung an erster Stelle. Mangelhafte „Unternehmerqualifikation", fehlende Ausbildung, ungenügender Informationsstand des mittelständischen Unternehmers werden zu den Hauptursachen gezählt. Damit aber wird im Grunde nur wenig erklärt: Qualifikation, Ausbildung, Marktüberblick sind Faktoren, die nicht mit persönlichen Mängeln der mittelständischen Betriebsinhaber zu erklären sind. Es sind wichtige Momente im Konkurrenzkampf, bei dem das größere, kapitalstarke Unternehmen notwendig einen Vorsprung besitzt.

Finanzierungsprobleme werden als zweitwichtigste Ursache angegeben. Zumindest hierdurch wird auch teilweise der sprunghafte Anstieg der Insolvenzen nach 1972 erklärlich. Denn in diese Periode fällt die Verschärfung und Effektivierung der restriktiven Geldpolitik der Bundesbank. Hohe Zinsen und eine die kleineren und weniger finanzstarken Unternehmen diskriminierende Kreditvergabepraxis haben manches mittelständische Unternehmen in den Konkurs getrieben.

Wie das Institut für Mittelstandsforschung hervorhebt, „bleibt festzuhalten, daß die Kapitalstruktur kleiner und mittlerer Unternehmen im Durchschnitt schlechter ist als die der Großunternehmen und daß dadurch in Verbindung mit unzureichenden Eigenkapitalbeschaffungsmöglichkeiten den kleinen und mittleren Unternehmen in Zukunft schwerwiegende Finanzierungsprobleme erwachsen können" (Bundesministerium für Wirtschaft, „Unternehmensgrößenstatistik", Studien-Reihe 16, Bonn 1976, S. 129).

Allerdings sind die vorliegenden Kapitalstrukturuntersuchungen so unzulänglich, daß schlüssige Aussagen über die unterschiedliche Finanzierungsstruktur der verschiedenen Unternehmensgrößenklassen nicht möglich sind. Doch auch die Finanzierungsschwäche ist nur die Folge der im allgemeinen niedrigen Produktivität, ungünstigen Ertragslage und hohen Kostenbelastung der kleineren Betriebe. Das gilt auch innerhalb vergleichbarer Branchen.

Umsatz je Beschäftigten im Baugewerbe 1976

Beschäftigte	*Umsatz/Beschäftigte in 1000 DM*
20–49	*54 100*
50–99	*59 200*
100–199	*63 100*
200–499	*73 600*
500–999	*80 900*
1000 und mehr	*86 300*
Insgesamt	*66 600*

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, „Unternehmensgrößenstatistik", ebd., S. 109.

Personal- und Raumproduktivität im Lebensmitteleinzelhandel 1974

Jahresabsatz	*Absatz je Beschäftigten*	*Absatz je qm Geschäftsraum*
100 000–200 000 DM	*124 029*	*3033*
500 000–1 Mio. DM	*175 189*	*4551*
Über 5 Mio. DM	*237 061*	*5813*

Quelle: Ebd., S. 109.

Ein Großunternehmen im Einzelhandel verkauft also pro Beschäftigten fast doppelt so viel wie ein Kleinunternehmen. Mietkosten schlagen relativ zum Umsatz doppelt so stark zu Buche. Auch die Lagerumschlagshäufigkeit ist bei den Großunternehmen um 60% höher als bei den Kleinbetrieben, so daß der relative Kapitalbedarf bei letzteren erheblich mehr ins Gewicht fällt.

Diese Tatsache darf allerdings nicht zu der Schlußfolgerung verleiten, daß es sich bei der wachsenden Vernichtung kleiner Betriebe generell um einen „gesunden" Strukturwandel handelt. Denn wichtige ökonomische Funktionen kleiner Unternehmen werden in vermachteten Märkten nicht privatwirtschaft honoriert. Das gilt z. B. im Einzelhandel für die Versorgungsnähe, das gilt teilweise sogar für den technischen Fortschritt. So ermittelte das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung in einer Untersuchung über das Innovationsverhalten der Betriebe, daß Großbetriebe zwar wesentlich innovationsfähiger sind, diese ihre Fähigkeit aber nicht immer anwenden.

Patente nach Betriebsgrößenklassen

Umsatz in Mio. DM	*Patente*	*Davon verzögert („Sperrpatente")*
Unter 10	*39*	*18 = 46,1%*
10 bis 50	*159*	*45 = 28,3%*
50 bis 250	*273*	*111 = 40,7%*
250 bis 1000	*229*	*94 = 41,0%*
Über 1000	*539*	*337 = 62,5%*
Insgesamt	*1239*	*605 = 48,8%*

Quelle: Ebd., S. 121.

So entfällt zwar auf Großunternehmen der Hauptanteil der durch die Untersuchung erfaßten Patente, gleichzeitig aber ist der Anteil der wirtschaftlich nicht genutzten Erfindungen bei den Großunternehmen wesentlich höher. Das aber läßt sich nicht durch die unterschiedliche Produktivität, sondern nur durch die unterschiedliche Marktstellung, d. h. durch Monopolpositionen, erklären. So spiegelt die höhere Leistungsfähigkeit und höhere Produktivität der Großunternehmen, die ja von Marktpreisen ausgeht, nicht durchweg eine technische Überlegenheit wider. Viele kleine und mittlere Betriebe werden einfach von der Kapitalüberlegenheit der Konzerne erdrückt, obwohl sie ökonomisch und gesellschaftspolitisch wichtige Funktionen ausüben.

Jörg Goldberg

Medienkritik

ZUR „VERSACHLICHUNG" DER KERNKRAFTDISKUSSION oder: STETER TROPFEN HÖHLT DEN STEIN

Seit einigen Monaten geht eine Welle von Sendungen zum Thema der Kernenergie-Nutzung durch die Massenmedien, die als „Beitrag zur Versachlichung der Kernenergie-Diskussion" verkauft wird. Anhang der Sendung „Blickpunkt" (ZDF, 15. März), die unter dem Thema Bürgerinitiativen ebenfalls dieses Problem ins Zentrum stellte, lassen sich einige Vermutungen über die ideologische Zielrichtung dieser „Versachlichung" anstellen. Dabei kann diese Sendung durchaus als exemplarisch behandelt werden. Auffällig war zunächst, daß nicht der sachliche Anlaß der Bürgerinitiativen, die Gefahren des technologisch noch nicht kontrollierbaren Umgangs mit der Kernenergie, diskutiert wurde, sondern vielmehr der Umstand, daß hier eine Bürgerinitiative über überschaubar-begrenzte Bereiche hinaus sich als politische Kraft zu stabilisieren scheint, deren Eigendynamik derzeit kaum kontrollierbar ist. Dieser Leitgedanke zog sich als roter Faden durch die Sendung: „Während die meisten Bürgerinitiativen nur wegen Problemen vor der Haustür entstehen, hat die Anti-Atom-Bewegung die Umweltschützer bundesweit gebündelt."

Der laxe Sprachgebrauch, der sich im Zitat andeutet, qualifizierte die Bürgerinitiativen geradezu zu fortschrittsfeindlichen Maschinenstürmern ab; einer führenden Persönlichkeit wurde gar eine Art „religiöser" Streitbarkeit unterstellt. Die durch die Aussparung des sachlichen Anlasses der Kernenergie-Diskussion eingesparte Sendezeit nutzte man zur eindringlichen Vorführung der „Folgen" solcher Aktivitäten: die Gefahren für die Arbeitsplätze der vom Baustopp betroffenen Industrien wurde breit ausgemalt; der letztlich abstrakt-anonym bleibenden und in ihren Konsequenzen kaum begriffenen Bedrohung durch radioaktive Strahlung wurde der Eindruck verbitterter Arbeiter und verrottender Bauteile gegenübergehalten. Da die strukturellen ökonomischen Problemzusammenhänge, die den vorschnellen und unkontrollierten Ausbau der Kernenergie verursachten, ausgeblendet blieben, konnte den Umweltschützern gar noch die moralische Verantwortung für die bedrohten Arbeitsplätze aufgebürdet werden; der Verursacher blieb im Dunkel, die Folgen wurden den sich wehrenden Opfern angelastet.

Ohnehin wurde durch die Sendung suggeriert, daß die von den Bürgerinitiativen ausgehenden Gefahren erheblich massiver seien als die der Kernenergie. Bilder von der ersten Brokdorf-Demonstration führten Jugendliche vor, die mit Knüppeln bewaffnet die „vorsorglich herangezogenen Ordnungskräfte" bedrohten; jeder „sah" hier, welche Bedrohung von den Bürgerinitiativen ausgehen kann: der nackte Terror, der unser aller Sicherheit bedroht, indem er die Initiativen als Sprungbrett nutzt.

Selbstverständlich deutete man hierfür eine Lösung an. Es wurden „gute Beispiele" von Bürgerinitiativen gezeigt, die „keine Hilfstruppen aus dem ganzen Bundesgebiet herangeholt" hatten; präzise wußte man zu unterscheiden zwischen „einheimischen Bürgern" und „eingereisten Radikalen". – Was die Bedeutung der Bewegung gegen die unkontrollierte Nutzung der Kernkraft ausmacht, nämlich die bundesweite Vereinigung von Einzelaktivitäten, wird in absurder Verkehrung der Zusammenhänge als eigentliche Gefahr hingestellt: der Gefahr des Mißbrauchs entgeht man nur durch die Selbstbeschränkung. Daß dabei auch die politische Bedeutung der Initiativen auf der Strecke bliebe, wäre wahrscheinlich kein unerwünschter Nebeneffekt.

Schließlich gab es aber auch noch „vorbildliche" Initiativen; einer war es gar gelungen, einen Lärmschutzwall ohne irgendwelche Kosten zu errichten, was allen Betroffenen „nur Vorteile" erbracht hätte. Mit diesem Zaunpfahlhinweis auf die Kernkraftgegner wären endlich alle Verantwortlichkeiten auf die Opfer verlagert, negative Nebeneffekte auf deren Planungsmängel zurückverwiesen.

Eine solche „Versachlichung" schafft eine Wahrnehmungsschablone, die immer unempfänglicher wird für eine Diskussion der Kernenergieprobleme. Stattdessen trägt sie zur allmählichen ideologischen Vorbereitung einer Erosion der Bewegung der Kernkraftgegner bei.

Henning Walter

Bücher

Analysen ökonomischer Staatstätigkeit im Internationalisierungsprozeß des Kapitalverhältnisses

Rolf Knieper, Weltmarkt, Wirtschaftsrecht und Nationalstaat, edition suhrkamp 828, Frankfurt/M. 1976, 346 S.

Christian Palloix, L'internationalisation du capital, Eléments critiques, François Maspero (éd.), Paris 1975, 203 S.

Suzanne De Brunhoff, Etat et Capital, Recherches sur la politique économique, collection intervention en économie politique, Presses Universitaires de Grenoble, François Maspero, Paris 1976, 126 S.

Marc Guillaume, Le capital et son double, Presses Universitaires de France, Paris 1975, 172 S.

Ernst Piehl, Multinationale Konzerne und internationale Gewerkschaftsbewegung. Ein Beitrag zur Analyse und zur Strategie der Arbeiterbewegung im international organisierten Kapitalismus insbesondere in Westeuropa, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1974, 339 S.

Christian Pierre / Lucien Praire, Plan et autogestion, Préface de Didier Motchane, Paris 1976, 188 S.

Die aufgeführten Autoren aus dem deutschen und französischen Sprachraum befassen sich mit den Formwandlungen ökonomischer Staatstätigkeit, die sich im zunehmenden Internationalisierungsprozeß des Kapitalverhältnisses einstellen. Allen Autoren gemeinsam ist der Ausgangspunkt: Erklärung vorgefundener wirtschaftspolitischer Strategien aus marxistischen Grundpositionen. Sie unterscheiden sich im Ansatz und im Gewicht, die die Marxsche Theorie in den Arbeiten einnimmt. Empirie wird aus den Studien nicht ausgeblendet, sondern es wird in allen Arbeiten versucht, zu theoriegeleiteter empirischer Forschung vorzustoßen.

Knieper setzt bei der Internationalisierung der kapitalistischen Produktion an, die ihm zufolge etwa 10 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg sich quantitativ und qualitativ als Abkehr von Portofolio-Investitionen bzw. Übergang zu Direktinvestitionen durchgesetzt hat. Gleichzeitig aber dehnen sich nationalstaatliche, interventionistische Politiken aus und gewinnen auch in Bereichen an Gewicht, die ihnen vorher nicht oder nur sporadisch offen standen. Diese scheinbar gegenläufige, tatsächlich aber widersprüchliche und insofern auch komplementäre Tendenz wird von Knieper als historisch-spezifische Entwicklung der gegenwärtigen kapitalistischen Produktionsweise erkannt und überwiegend in ihren juristischen Ausformungen untersucht. Sein Rückgriff auf Marxsche Positionen ist weniger auf eine Weiterentwicklung dieser Theorie gerichtet, sondern er findet dort zunächst und vor allem die Möglichkeit einer m. E. durchaus sinnvollen Organisationsstruktur seiner sehr umfangreichen Materialsammlung, in die, soweit der Rezensent das übersehen kann, die wesentliche angelsächsische und deutsche Literatur Eingang gefunden hat.

Die Untersuchung ist, abgesehen von der Vorrede, in der theoretische Grundpositionen und Untersuchungsziele vorgestellt werden, in drei ausgewogene Teile gegliedert. 1. Teil: Verrechtlichung der Währungssysteme und Internationalisierung des Kapitals; 2. Teil: Das Recht des (national-)staatlichen Haushalts und die Internationalisierung des Kapitals; 3. Teil: Das Recht des Antitrust, der Wettbewerbsbeschränkung und die nicht vermittelte Internationalisierung der Konkurrenz. Im 1. Teil gibt der Verfasser eine kurze theoretische Einführung, in der er m. E. daran erinnert, daß bereits die Grundform des Geldes als allgemeines Äquivalent eines gesellschaftlichen Konsensus bedarf, der sich als unverzichtbare Voraussetzung aller, auch und insbesondere der entwickelten Geldformen erweist und deren nationalstaatliche Verrechtlichung bis in die Gegenwart hinein zu untersuchen ist. Es folgt eine prägnante Analyse der Funktionsweise und Genesis des derzeitigen internationalen Währungssystems, in der auch komplexe Zusammenhänge wie Euromarkt, Keynes-Plan oder Sonderziehungsrechte eine dem theoretischen Bezugsrahmen adäquate Behandlung erfahren. Auf diesem Fundament aufbauend, gelingt R. Knieper m. E. eine vorzügliche Darstellung der Interaktion der nationalen bzw. internationalen Währungsordnungen, die Voraussetzung und Resultat der von den mul-

tinationalen Unternehmen internationalisierten Produktion sind.

Im 2. Kapitel folgt auf hohem Niveau ein Ländervergleich nationalstaatlicher haushaltsrechtlicher Bestimmung zwischen den USA und der Bundesrepublik vor dem Hintergrund fortschreitender Internationalisierung des Kapitals. Dabei steht die sich in beiden Ländern aneinander angleichende Gewinnbesteuerung von Außenbeziehungen im Vordergrund, durch die hindurch multinationale Unternehmen Chancengleichheit untereinander im internationalen Konkurrenzkampf durchsetzen. Von besonderer Bedeutung in diesem Teil scheint mir das Kapitel über „Konjunkturell induziertes Einnahmen- und Ausgabenrecht des Nationalstaates" zu sein, in dem die nationalen Grenzen, die der Konjunkturpolitik, insbesondere der Fiskalpolitik gesetzt sind, möglicherweise überschätzt werden. Angesichts der erstmalig sich durchsetzenden internationalen Gleichzeitigkeit des Konjunkturzyklus wird m. E. eine internationale Harmonisierung der Konjunkturpolitiken einer kleinen Führungsgruppe von kapitalistischen Industrienationen (USA, Bundesrepublik, Japan) möglich, die über die Herstellung eines „hohen Anteils des Klischeegebrauchs" (S. 235) hinausgeht und multinationale Unternehmen bis hin zur „Untergrenze der Aufrechterhaltung kapitalistischer Verwertung" (S. 226, Fußnote 224) in eine international abgestimmte nationalstaatliche Konjunkturpolitik einbezieht – eine nicht auszuschließende Perspektive, deren Potentiale vom Verfasser möglicherweise unterschätzt werden.

Der 3. Teil schließlich behandelt die Durchsetzungschancen von Kartellrechts- bzw. Fusionskontrollgesetzgebung angesichts fortschreitender Internationalisierung der Konkurrenz. Es gelingt R. Knieper auch in diesem Teil eine durchdringende Untersuchung der qualitativen Wandlungen, die sich im Zuge der Durchsetzung der internationalen Konkurrenz herausgebildet haben. Die Realisierungspotentiale eines internationalen Antitrust- bzw. Wettbewerbsrechts werden differenziert beurteilt. Das zur Aufrechterhaltung der auf Privateigentum an den Produktionsmitteln basierenden Produktion unabdingbare Maß an Konkurrenz unter Einzelkapitalen scheint sich entlang einer nur schwer auszumachenden Grenze zwischen Kooperation und Konflikt zwischen multinationalen Unternehmen zu entwickeln, die sich ständig über nationalstaatliche Politiken und ein auch für die einbezogenen Unternehmen nur noch schwer überschaubaren Wechsel von verschachtelten Beteiligungen verschiebt. Der Verfasser, dem an anderen Stellen der Mut zur Voraussage nicht fehlt, bleibt in diesem Bereich mit Prognosen vorsichtig.

Palloix leitet seine Studie über eine kritische Auseinandersetzung mit der französischen Literatur zum Thema Internationalisierung des Kapitals ein. Diese Kritik, die sich in der Formulierung der Kapitelüberschrift als „Erste Elemente für eine Kritik der politischen Ökonomie der Internationalisierung des Kapitals" versteht, wird ausführlich und materialreich geführt, mißlingt aber teilweise insofern, als sie nicht über die kritisierten Positionen hinausführt, sondern bei der Bestimmung eines theoretisch-politischen Standorts bzw. Selbstverständnisses anhält. Hinsichtlich der Untersuchung von Formen und Funktionen ökonomischer Staatstätigkeit ist eine Position angedeutet, die sich in unmittelbarer Nähe der französischen Variante der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus[1]) ansiedeln läßt (S. 29).

In den folgenden Ausführungen jedoch spielt diese Positionsbestimmung des Autors eine völlig untergeordnete Rolle, d. h. die Erkenntnisfortschritte, die Palloix' Buch m. E. bringt, werden weitestgehend ohne Bezug auf die vorgetragene theoretische Selbstbestimmung erarbeitet. Der wichtige, weil originelle Beitrag von Palloix beginnt mit dem Abschnitt „Internationalisierung und internationale Verwertung des Kapitals". Hier nutzt Palloix Marxens Erkenntnisse aus dem II. Band des Kapitals über die drei Kapitalkreisläufe: Kreislauf des Geldkapitals, Kreislauf des Warenkapitals und Kreislauf des produktiven Kapitals. Diese sinnvolle, weil „verständige" Untergliederung der Reproduktion und Zirkulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals erlaubt es Palloix, in seinen Analysen historische wie auch systematische Ergebnisse zu erzielen. Die Vorgehensweise hat weiterhin den Vorteil, daß eine Untermauerung mit Statistiken verschiedenster Provenienz möglich und von Palloix auch glänzend geleistet wird. In einem kurzen, leider kaum ausgeführten Unterab-

1) Es wird Bezug genommen auf Paul Boccara, Etudes sur le capitalisme monopoliste d'Etat, sa crise et son issue, Paris 1973; ebenso auf Paul Boccara u. a., Le capitalisme monopoliste d'état: Traité marxiste d'économie politique, 2 Bände, Paris 1971; deutsch: Der staatsmonopolistische Kapitalismus, Frankfurt/M. 1973.

schnitt behandelt der Autor Form- und Funktionswandel ökonomischer Staatstätigkeit in den historischen Phasen, die Palloix entsprechend den verschiedenen Gestalten der Kapitalkreisläufe zu organisieren versteht. Dieser erfolgversprechende Ansatz verdient zweifelsohne eine weitere Vertiefung. Im Anhang taucht unter vier getrennt aufgeführten Beiträgen auch eine rund 20seitige methodologische Untersuchung zum Thema „Konzeptueller Ansatz zur Internationalisierung des Kapitals" auf, die, da sie viele Wiederholungen bringt, besser in den Text eingearbeitet worden wäre.

Palloix untersucht in seinem Buch weiterhin verschiedene Akkumulationsprozesse, die er unterschiedlichen Entwicklungsphasen der Internationalisierung des Kapitals zuordnet. Er führt auch hier wiederum nur als Ansatz, allerdings im Rückgriff auf die Klassiker, aus, daß der Internationalisierungsprozeß des Kapitals in seinen Phasen die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise von der Produktion des absoluten zur Produktion des relativen Mehrwerts signalisiert. In allen Teilen seiner Ausführungen bringt Palloix, meist ohne die erforderlichen Vermittlungsschritte angemessen zu berücksichtigen, die multinationalen Unternehmen als Akteure (historische Subjekte) des Internationalisierungsprozesses des Kapitals ins Spiel. Im letzten Kapitel, in dem die Darstellung in empirische Bereiche vordringt, wird schließlich der Internationalisierungsprozeß einzelner Industriebranchen untersucht. Palloix' Verdienst ist es, wenn auch nur in unentwickelter Form auf die konkrete Einheit von Produktions- und Zirkulationsprozeß des Kapitals hingewiesen und die Marxsche Kreislaufanalyse für die Untersuchung der Internationalisierung des Kapitals sowie des Form- und Funktionswandels ökonomischer Staatstätigkeit in diesem Internationalisierungsprozeß herangezogen zu haben.

De Brunhoff präzisiert die Schwierigkeit ihrer Staatsanalyse mit der Frage, auf welche Weise der Staat gleichzeitig dem kapitalistischen Produktions- bzw. Reproduktionsprozeß immanente und äußerliche Politiken verfolgen kann. Um die Formen staatlicher Aktivitäten in Griff zu bekommen, untersucht sie zwei Schwerpunkte wirtschaftspolitischer Intervention in die Produktions- und die Zirkulationssphäre, d. h. als „Politik hinsichtlich der Arbeitskraft als Lohnarbeit und des Geldes als allgemeines Äquivalent" (S. 3). Die Besonderheit dieser beiden Phänomene, die in der Warenform auftreten, sind der Autorin zufolge besonders geeignet, Immanenz und Äußerlichkeit staatlichen Interventionismus zu erfassen. Von der Untersuchung ausgeschlossen bleiben staatliche Interventionen in das fixe Kapital und die Verwertungsbedingungen, d. h. in die Profitrate. Die Arbeit gibt sich als Partialanalyse zu erkennen.

In ihrem ersten Kapitel „Staatliche Politik hinsichtlich der Arbeitskraft" gibt de Brunhoff bereits zu erkennen, daß sie in überzeugender Weise historische und theoretische Analysen zu verbinden versteht. Sie bezieht sich auf die Marxsche Lohntheorie, deren Tragfähigkeit sie an Hand historischer Beispiele (Frankreich, USA, England) verdeutlicht, die zeigen, daß der Lohn tendenziell zur Reproduktion der Ware Arbeitskraft nicht ausreicht und zusätzlich staatliche Institutionen eingeschaltet werden müssen, die dennoch nicht die Grundkonstellation des kapitalistischen Arbeitsmarktes, der sich wesentlich über die Existenz einer industriellen Reservearmee reguliert, außer Kraft setzen, auch wenn dadurch der Lohnarbeit neue historisch spezifische Formen gesetzt werden. Im zweiten Kapitel „Staatliche Politik hinsichtlich des Geldes" kann die Autorin auf ihre früheren geldtheoretischen Arbeiten zurückgreifen[2]). In diesem Kapitel zeigt sie, daß die Reproduktion des Geldes in der Form des allgemeinen Äquivalents eine im Kontext der gesellschaftlichen Entwicklung sich wandelnde staatliche Aktion impliziert, die ebenfalls dem Zirkulationsprozeß des Kapitals gleichzeitig immanent und äußerlich ist. Es gelingt de Brunhoff in diesem Kapitel der überzeugende Nachweis dieser These, die sie mit historischem und aktuellem Material illustriert. Sie kommt für die gegenwärtige Situation zu dem Ergebnis: „Die Funktionsweise des Geldsystems impliziert eine staatliche Politik des nationalen Geldes im Verhältnis zum internationalen Geld, die einen gesellschaftlichen Konsensus verwirklicht" (S. 43). Nachdrücklich sei hervorgehoben, daß in der gegenwärtigen staatstheoretischen Diskussion der BRD m. E. der geldpolitische Aspekt nur von wenigen Autoren, u. a. Knieper, adäquat erfaßt wird. Im dritten Kapitel werden „Formierung und Formulierung der Wirtschaftspolitik" und im vierten Kapitel „Formen der Wirtschaftspolitik" (Untertitel: Fraktionierung und Einheit der Wirtschaftspolitik) untersucht. Es

2) Suzanne de Brunhoff, L'offre de monnaie, critique d'un concept, Paris 1971, La monnaie chez Marx, 2. Auflage, Paris 1973: La politique monétaire, un essai d'interpretation marxiste, Paris 1973.

gelingt ihr, an repräsentativen Beispielen die Konstanz der politökonomischen Grundkonstellation aufzuzeigen, die z. B. die wenn auch mit unterschiedlichem theoretischen Instrumentarium erarbeiteten, so doch nahezu identischen arbeitsmarktpolitischen Empfehlungen der Jahre 1800 bis 1830 und der Jahre 1920 bis 1930 hervorgebracht haben. De Brunhoff setzt sich weiterhin am italienischen Beispiel mit der gesellschaftlichen Bedeutung zunehmender Autonomie der Zentralbank auseinander. Im fünften Kapitel „Aktionsbereich des kapitalistischen Staates" versucht sie, zu einer zusammenfassenden Stellungnahme vorzustoßen, die aufgrund der partialanalytischen Ausgangsposition – staatliche Politik hinsichtlich der Arbeitskraft und des Geldes werden vorrangig untersucht – skizzenhafter Natur bleiben muß. Drei instruktive Anhänge zu den Themen: „Geldsystem, Inflation und Krise", „Private und öffentliche Geldpolitik" und „In Richtung auf das Absterben der Staaten" schließen die Untersuchung ab, die die Verfasserin allzu bescheiden als Essay verstanden wissen will und von der man sich eine Übersetzung ins Deutsche wünschen möchte.

Eine in der gegenwärtigen staatstheoretischen Diskussion ungewöhnliche Position bezieht *Guillaume*, der in diesem Zusammenhang nicht übergangen werden soll, auch wenn der Prozeß der Internationalisierung des Kapitals in seinem Essay nicht im Vordergrund steht. Er versucht, die Hieroglyphen verzerrter Vorstellungswelt mit Methoden zu entschlüsseln, die Elemente der marxistischen politischen aber auch der neo-klassischen Ökonomie, dialektischer Philosophie, der Informationstheorie und der Semantik einbeziehen. Der Autor findet mit diesen Mitteln zu Darstellungen, auch in der Form von gelungenen Apercus und Parabeln, die seine Problemstellung schlaglichtartig ausleuchten[3]). Ziel des Buches ist die Untersuchung des Reproduktionsprozesses des Kapitals und der von ihm bestimmten Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft. „Das Kapital und sein Doppelgänger" (Buchtitel), der Staat, sollen in ihren komplexen Beziehungen untersucht werden. Beiden Instanzen wird ein Code zugeordnet, Code der Ware bzw. des Kapitals (S. 66 ff.) und Code der Macht (S. 78 ff.). Ware und Macht verbergen sich (wie die beiden Clowns, siehe Fußnote 3) hinter Masken, die als Spektakel begriffen werden. Für das Spektakel der Waren liegt es nahe, eine Beziehung zu der in Deutschland geprägten Disziplin der Warenästhetik herzustellen[4]). Das Spektakel der Macht stellt sich in seiner abstraktesten Form als Produktion des Scheins einer Gesellschaft von Freien und Gleichen dar, ohne Klassen und ohne Hierarchie. Hier scheint dem Rezensenten eine Verbindung zur und Interpretation der deutschen Literatur möglich, die sich mit dem Begriff der Legitimation und den Problemen ihrer Herstellung befaßt[5]). Die sich wechselseitig durchdringenden Codes von Kapital und Staat sind expansiv und haben die Tendenz, sich den gesamten Bereich gesellschaftlicher Beziehungen zu unterwerfen. Der Essay Guillaumes ist reich an bestechenden Problemformulierungen, zu denen man sich vertiefende Analysen wünschen möchte. Unter der Überschrift „Der Mangel und sein Double: Ungleichheit" gelingt dem Autor eine m. E. durchdringende Untersuchung der über den Fetischcharakter der Waren vermittelten systemnotwendigen Armut und Ungleichheit, an der sich seine Begrifflichkeit bewähren kann. Das gleiche gilt für das 10. Kapitel „Kollektivinvestitionen und gesellschaftliche Reproduktion". Die Studie enthält weiterhin eine Reihe von Ansätzen, die

3) Er beginnt seine Staatsanalyse folgendermaßen: „Zwei Clowns beobachten sich durch den leeren Rahmen eines großen Spiegels. Der eine ist in Körpergröße, Kostüm und Maske die genaue Entsprechung des anderen. Der erste ist betrunken, und der zweite ahmt sorgfältig all seine Gesten nach. Der betrunkene Clown ist zunächst mißtrauisch und nicht ganz sicher, ob er vor seinem Abbild steht. Er hampelt vor dem nicht-existenten Spiegel und verfolgt sein falsches Spiegelbild aus dem Augenwinkel. Schließlich aber überzeugt ihn die Nachahmung, daß er allein auf der Bühne ist.
Ein klassisches Spektakel im Zirkus und Grundmuster dieses Buches: der erste Clown ist das Kapital in der Trunkenheit und Blindheit seines Wachstums, der nachahmende und nüchterne Clown ist der Staat. Im Zirkus lacht das Publikum, weil die Wirklichkeit für ein Spiegelbild gehalten wird, im Gegensatz zu dem Ergebnis, das sich im Alltagsleben einstellt. Hier ist die Imitation von der Perfektion weit entfernt, und dennoch läßt sich die Mehrheit derer, die sie beobachten, täuschen. Im besonderen glauben viele Ökonomen, daß der Staat in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften in der Tat nur das Spiegelbild des Kapitals ist. Wir wollen zeigen, daß es zwischen beiden keinen Spiegel gibt." Marc, Guillaume, a.a.O., S. 7.

4) Gedacht ist hier an die Arbeit von W. F. Haug, Kritik der Warenästhetik, Frankfurt/M. 1971, und stellvertretend für die breite Diskussion: Warenästhetik, Beiträge zur Diskussion, Weiterentwicklung und Vermittlung ihrer Kritik, Frankfurt/M. 1975.

5) Stellvertretend für eine breite Diskussion sei hier J. Habermas, Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt/M. 1973, angeführt; siehe auch die mit politologischem Schwergewicht geführte Diskussion in: Ebbinghausen (Hrsg.), Bürgerlicher Staat und politische Legitimation, Frankfurt/M. 1976.

m. E. geeignet sein dürften, die festgefahrene staatstheoretische Diskussion wieder zu beleben.

Die Agenturen des Internationalisierungsprozesses des Kapitals sind die multinationalen Unternehmen, die ein – innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung – unauflösliches, widersprüchliches gesellschaftliches Verhältnis gestalten, das Lohnarbeit und Kapital zusammenhält. *Piehl* untersucht in seinem Buch die strategischen Möglichkeiten gewerkschaftlicher Organisationen angesichts des neu konstituierten Aktionsrahmens. Im 2. Kapitel findet der Leser eine ausführliche, mit empirischem Material belegte Darstellung der Aktivitäten multinationaler Unternehmen. In einem Unterabschnitt mit dem allerdings irreführenden Titel „Nationalökonomische Zusammenhänge" wird über die neuen, insgesamt gesehen eingeschränkten Bedingungen ökonomischer Staatstätigkeit berichtet. In den folgenden fünf Kapiteln analysiert Piehl, wiederum ausführlich dokumentiert, Struktur und Programmatik der weltweiten Gewerkschaftsbewegung sowie gewerkschaftliche Aktivitäten im europäischen Rahmen am Fallbeispiel. Es folgt eine systematische Analyse der Problembereiche in der internationalen Gewerkschaftsbewegung, die von nationalstaatlichen Bedingungen, politisch-ideologischer Zersplitterung, strategischen Differenzen bis hin zu Interessenkonflikten und Kompetenzkontroversen reicht. Versucht man, sich aus diesem Material ein vorläufiges Bild vom Stand und der Effizienz der Internationalisierung gewerkschaftlicher Aktivitäten zu machen, dann kann man angesichts des Vorsprungs der Kapitalseite, der ein Machtzuwachs für sie bedeutet, kaum zu einer optimistischen Vision für die nähere und weitere Zukunft kommen. Im folgenden Kapitel versucht Piehl, Ziele, Mittel und Anwendungsbereiche gewerkschaftlicher Strategien auszumachen. In seinen Schlußthesen versucht der Autor optimistische Akzente zu setzen. Nach seinen Vorstellungen werden die multinationalen Konzerne „als gegenwärtige Form der internationalen kapitalistischen Wirtschaft zur Internationalisierung der Gewerkschaftsbewegung beitragen" (S. 297). Daß von nationalstaatlicher Seite keine nachhaltige Unterstützung für die Internationalisierung gewerkschaftlicher Organisationen zu erwarten ist, klingt in den Schlußthesen an (S. 307/308). Im Internationalisierungsprozeß des Kapitals wird es schwer möglich sein, die nationalstaatliche Position, die bei der Überwindung der Konkurrenz unter Arbeitern, d. h. im Kampf innerhalb des Lohnsystems, durchgesetzt wurde, zu halten. Die Überwindung des Lohnarbeitsverhältnisses – die andere Seite des Doppelcharakters der Gewerkschaften – droht zugunsten der innerkapitalistischen Funktion der Gewerkschaften weiter in den Hintergrund gedrängt zu werden[6]).

Die Studie von Christian *Pierre* und Lucien *Praire* (Pseudonyme hoher französischer Verwaltungsbeamter) teilt mit dem „Gemeinsamen Programm", auf das sich die Autoren an verschiedenen Stellen auch beziehen, m. E. eine Unterschätzung der folgenreichen Ergebnisse, die der schnelle Internationalisierungsprozeß des Kapitals hervorbringt. Eine Überschätzung der Möglichkeiten ökonomischer Staatstätigkeit liegt ihrer Analyse zugrunde, wenn sie auch „partielle oder totale Entstaatlichung" (dénationalisation) in den letzten 20 Jahren konstatieren müssen (S. 30). Überschätzt werden ebenfalls zweifelsohne in diesem Zusammenhang die Planungsmöglichkeiten in marktwirtschaftlichen Systemen, die auch aus den Erfahrungen mit der französischen Wirtschaftsplanung nicht belegt werden können, selbst wenn der französische Plan von den Autoren als „ein Modell der Vieldeutigkeit" (S. 73) paraphrasiert wird[7]). In ihren in der Tat konkreten Vorschlägen zur Veränderung der Wirtschaftsplanung in Frankreich wird die Kontrolle der organisierten Arbeiterklasse bei Aufstellung und Durchführung des Plans besonders berücksichtigt. Unterbelichtet bleiben jedoch zwei zentrale Bereiche bzw. ungelöste Probleme, d. h. einmal die außenwirtschaftlichen Koordinationsmöglichkeiten einer gesamtwirtschaftlichen Planung im Internationalisierungsprozeß des Kapitals und zum anderen die Koordinationsprobleme eines gesamtwirtschaftlichen Plans mit einzelwirtschaftlichen Plänen von Unternehmen, die der Arbeiterselbstverwaltung (autogestion) unterstellt sind. Das jugoslawische Beispiel zumindest zeigt – wenn auch die Übertragung von jugoslawischen Ergebnissen auf Frankreich zweifelhaft bleiben muß –, daß eine funktionsfähige Arbeiterselbstverwaltung nicht Schutz

6) Hierzu siehe Rainer Zoll, Der Doppelcharakter der Gewerkschaften, Frankfurt/M. 1976, insbesondere S. 128 ff.

7) Das Standardwerk über französische Wirtschaftsplanung ist m. E. verfaßt von Yves Ullmo, La planification en France, Paris 1974; ein Überblick über den Diskussionsstand ist ersichtlich in „planification et société, actes du colloque d'uriage, octobre 1973", Grenoble 1974.

vor Konjunkturzyklen und Inflation bedeutet. Die Arbeit von Pierre und Praire, die aus der Praxiserfahrung von Verwaltungsfachleuten geschrieben und dem „Gemeinsamen Programm" verpflichtet ist, gibt kaum eine Antwort auf Fragen, die für die Überlebenschancen der wahrscheinlichen Volksfront nach den französischen Wahlen 1978 entscheidend sein werden.

*

Aus der Vielzahl der staatstheoretischen Untersuchungen, die gegenwärtig in Frankreich und Deutschland veröffentlicht werden, wurden 6 Bücher ausgewählt, an denen die Problematik der Internationalisierung des Kapitals sichtbar gemacht werden kann. Die gegenwärtige weltwirtschaftliche Krisensituation – inzwischen unleugbar die schwerste Krise seit 1929 – ist der Rahmen, in dem die Neuordnung des Verhältnisses von Kapital und Staat sich blind und anarchisch durchsetzt. Vergleichbar ist dieser Rekonstruktionsprozeß mit der sogenannten „großen Depression", die von 1871 bis in die späten 80er Jahre dauerte und in der sich der Konkurrenzkapitalismus in den Monopolkapitalismus bzw. „organisierten Kapitalismus" verwandelte. Auch in dieser Epoche war der Durchsetzungsprozeß der wirtschaftlichen Neuordnung krisenhafter Natur. Der Internationalisierungsprozeß des Kapitals ist heute m. E. der Basiszusammenhang, der richtungweisend für die Neuordnung der Beziehungen von Kapital und Staat ist. Es ist das große Verdienst der Arbeit von Knieper und in gewissem Umfang auch von Palloix, diese Tendenz theoretisch erfaßt und empirisch belegt zu haben. Die Arbeiten von de Brunhoff und Guillaume verdeutlichen präzise die Führungsrolle des Kapitals in den Prozessen, in denen eine Neuordnung der Beziehungen zwischen Kapital und Staat sich durchsetzt. Dieser krisenhafte Durchsetzungsprozeß stellt sich auch, aber nicht nur als Krise des Staates dar[8]). Auf der juristischen Ebene wird dieser Prozeß begleitet von einer Entrechtlichung überholter und Verrechtlichung neuer Beziehungen zwi-

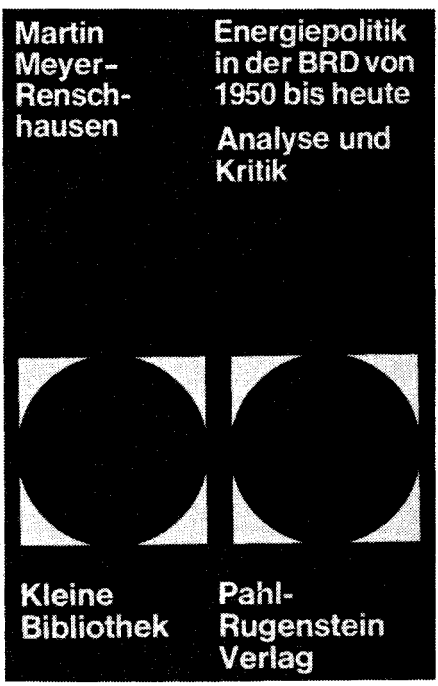
8) Die Themenstellung der Artikelsammlung von Nicos Poulantzas (Hrsg.), La crise de l'état, Paris 1976, scheint mir deshalb zu kurz gegriffen, um den Gesamtprozeß der Neuordnung von Beziehungen zwischen Kapital und Staat adäquat erfassen zu können.

Soeben erschienen

Martin Meyer-Renschhausen
Energiepolitik in der BRD von 1950 bis heute
Analyse und Kritik
Kleine Bibliothek
Band 85, 185 Seiten, DM 12,80

Dieses kritische Buch analysiert die Zurückdrängung der Steinkohle in der BRD durch die multinationalen Ölkonzerne. Es geht dem ständig wachsenden staatlichen Einfluß auf dem Energiesektor nach und deckt dabei für die Energiepolitik ausschlaggebende ökonomische Interessen auf. Auch das Energieprogramm der Bundesregierung aus den Jahren 1973/74, das einen beschleunigten Bau von Kernkraftwerken vorsieht, dient weniger dem gesellschaftlichen Erfordernis einer langfristigen Sicherung der Energieversorgung als vielmehr den wirtschaftlichen Interessen der energieerzeugenden Unternehmen.

Pahl-Rugenstein



schen Kapital und Staat. Es kennzeichnet die gegenwärtige Situation, daß der Verrechtlichungsprozeß neuer Bereiche sich vor allem auf die Außenbeziehungen von Nationalstaaten bezieht. Aber auch die Binnenbeziehungen der Nationalstaaten verändern sich, und es bleibt zweifelhaft, ob sich der gegenwärtige Stand der Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft (Ausbildung, Gesundheits- und Alterssicherung) bzw. der politischen Freiheiten aufrecht erhalten lassen wird, wenn die Organisationen der Arbeiterklasse sich nicht zu einer internationalisierten Gegenmacht zusammenfinden können[9]). Piehl zeigt den großen Rückstand internationaler gewerkschaftlicher Organisation auf, der wenig Raum für Optimismus läßt. Die Analyse der Studie von Pierre und Praire macht deutlich, daß radikale Reformpolitik nur dann erfolgreich sein kann, wenn Form- und Funktionswandel ökonomischer Staatstätigkeit im fortschreitenden Internationalisierungsprozeß des Kapitals angemessen berücksichtigt wird.

Die neuere materialistisch orientierte Staatsdiskussion hat, wie dieser Besprechungsaufsatz zeigen sollte, trotz des entgegengesetzten Eindrucks, der sich zuweilen aufdrängt, zu ersten Ergebnissen geführt, die sich offenbar nur dort produzieren lassen, wo eine Verbindung von Theorie und Praxis im Sinne von theoriegeleiteten empirischen Untersuchungen betrieben wird. Die ausgewählten Autoren scheuen vor dem harten Geschäft, sich an den Problemen der gegenwärtigen Wirklichkeit und ihrer Entstehung abzuarbeiten, nicht zurück. Ihre Arbeiten tüfteln nicht an selbstproduzierten Problemen wie auch immer gearteter, nur allzuoft ästhetischen Bedürfnissen folgender Begriffskonstruktionen, sondern versuchen, sich den Fragen, die die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung unserer Epoche uns unmittelbar aufdrängt, zu stellen. Dies scheint mir im Vergleich zur inneren Emigration theoriegeschichtlicher Marxologie der richtige, weil wissenschaftlich fruchtbare Erkenntnisweg zu sein, von dem aus die Veränderungsrichtungen und die Potentiale von Veränderbarkeit sichtbar gemacht werden können. Gerhard Leithäuser

9) U. K. Preuß, Zum Strukturwandel politischer Herrschaft im bürgerlichen Verfassungsstaat, in: Altvater/Basso/Mattick/Offe u. a., Rahmenbedingungen und Schranken staatlichen Handelns, zehn Thesen, Frankfurt/M. 1976, S. 71 ff., skizziert den Prozeß reaktionärer Dialektik, in dem im Namen der Freiheit die Unfreiheit institutionalisiert wird.

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Politik anderer Länder

Hans-Jürgen Puhle (Hrsg.), Lateinamerika. Historische Realität und Dependencia-Theorien, Verlag Hoffmann & Campe, Hamburg 1977, 240 S., 32,– DM. – Sieben Beiträge meist jüngerer Sozialhistoriker anläßlich eines Kolloquiums an der Universität Bielefeld, in denen die Erklärungskraft der Dependencia-Theorien kritisch untersucht wird. Von besonderem Interesse ist der Aufsatz von K. Lindenberg über Militär und Abhängigkeit in Lateinamerika.

Walter Dostal (Hrsg.), Die Situation der Indios in Südamerika, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1975, 3 Bde., zus. 588 S., 72,– DM. – Eine erschütternde Sammlung von Materialien über die Situation der Indianer in Südamerika und die Vernichtungswellen, denen sie ausgesetzt sind. Die Bücher wurden mit Zuschüssen aus dem Anti-Rassismus-Programm des Weltkirchenrats veröffentlicht. Ihr Inhalt gehört ins Zentrum der Diskussion über die Menschenrechte.

F. Büttner/K. Lindenberg/L. Reuke/R. Sielaff, Reform in Uniform? Militärherrschaft und Entwicklung in der Dritten Welt, Verlag Neue Gesellschaft, Bonn-Bad Godesberg 1976 (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 127), 532 S., 115,– DM. – Materialreiche Studien, die die These von den entwicklungs-beschleunigenden Auswirkungen von Militärregierungen in Entwicklungsländern nachdrücklich in Frage stellen.

A. Amad/W. Carroll/S. Farsoun/W. Hollstein/E. Lobel/M. Rodinson/F. Trabulsi, Nahostkrise, Edition etcetera, Basel 1976, 200 S., 16,80 DM. – Sammelband mit Beiträgen aus der Sicht aller am Nahostkonflikt beteiligten Seiten und ein Versuch, Lösungen dafür zu finden, der nicht propagandistisch eingefärbt ist.

Jean Ziegler, Eine Schweiz – über jeden Verdacht erhaben, Luchterhand Verlag, Darmstadt und Neuwied 1976, 188 S., 19,80 DM. – „Im weltweiten kapitalistischen System spielt die schweizerische Oligarchie eine zentrale Rolle: jene des Hehlers. Dank einem krankhaft aufgeblasenen Bankensystem, dank solcher

Stellungnahme von 22 Strafrechtsprofessoren zur Abhörpraxis in der BRD

(Wortlaut)

Die unterzeichneten Strafrechtsprofessoren nehmen zu den in der letzten Zeit bekanntgewordenen Abhörmaßnahmen Stellung:

1) Die Überwachung eines Bürgers durch technische Hilfsmittel (Minispione u. ä.), die staatliche Organe ohne Wissen des Betroffenen in seiner Wohnung angebracht haben, verstößt gegen das geltende Recht. Dabei werden das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung, der Schutz der Intimsphäre und die Unantastbarkeit der Menschenwürde in besonderer Weise verletzt.

a) Im Fall Traube war nicht einmal der Eingriff in das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung gerechtfertigt. Die Voraussetzungen einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen lagen erkennbar nicht vor. Die staatlichen Organe durften demnach nur auf der Grundlage bestehender Eingriffsgesetze tätig werden. Ein Gesetz, das den Verfassungsschutz oder irgendeine Behörde legitimiert, in private Wohnungen einzudringen, um die Gespräche eines verdächtigen Bürgers mitzuhören, gibt es nicht.

b) Schwerer noch als der Einbruch in eine fremde Wohnung wiegt die Verletzung des persönlichen Intimbereiches durch die Verwendung von Abhörvorrichtungen. Das persönliche Gespräch in den eigenen vier Wänden fällt in einen Kernbereich der Persönlichkeit, der unantastbar ist und dessen Verletzung zugleich die Würde des Menschen in grober Weise mißachtet. Einen Eingriff der in Rede stehenden Art verbietet die Verfassung unter allen Umständen.

c) Die zur Rechtfertigung der Überwachung geäußerte Auffassung, die Eingriffe seien aus Gründen eines übergesetzlichen Notstandes gerechtfertigt gewesen, ist unrichtig. Die Eingriffsmöglichkeiten, die das Grundgesetz und die das Grundgesetz ausführenden Gesetze vorsehen, sind zugleich als strikte Grenzen staatlicher Befugnisse zu verstehen. Die Exekutive darf die Verfassung und die verfassungsmäßige Ordnung auch in Notfällen nicht außer Kraft setzen. In diesem Zusammenhang ist nachdrücklich daran zu erinnern, daß die Notstandsgesetze vom Parlament gerade deshalb beschlossen und von weiten Kreisen der Bevölkerung nur deshalb hingenommen worden sind, um den Staat auch für den Notfall in seine Grenzen zu verweisen und damit der Gefahr vorzubeugen, daß die Exekutive in tatsächlichen oder vermeintlichen Krisensituationen sich nach eigenem Ermessen gegen den Bürger wendet.

2) Die heimliche Überwachung der vertraulichen Unterredungen zwischen Häftlingen und ihren Verteidigern ist ebenfalls eindeutig rechtswidrig. Die Strafprozeßordnung hat dem Interesse an einem ungehinderten Verkehr zwischen Verteidiger und Mandant stets Vorrang vor polizeilichen Erwägungen eingeräumt. Ausdrücklich auch für den Fall möglicher rechtswidriger Aktionen einzelner als Terroristen verdächtiger Häftlinge und ihrer Verteidiger hat der Gesetzgeber entschieden, daß eine Überwachung der Verteidigergespräche keinesfalls in Betracht kommt. Der Verstoß der Exekutive gegen diese klare Entscheidung des Parlaments ist nicht zu rechtfertigen.

3) Mit besonderer Sorge erfüllt uns die Vorstellung, man werde versuchen, eine gesetzliche Grundlage für die Verwendung von technischen Abhörvorrichtungen in Wohnungen und Haftan-

stalten zu schaffen. Ein solches Gesetz wäre verfassungswidrig. Bereits die Tatsache, daß Politiker aller Parteien eine entsprechende Bespitzelung von Bürgern dieses Landes für möglich halten, empfinden wir als außerordentlich bedrückend.

Prof. Dr. Amelung, Universität Bochum
Prof. Dr. Baratta, Universität Saarbrücken
Prof. Dr. Bemmann, Universität Augsburg
Prof. Dr. Dencker, Universität Münster
Prof. Dr. Einsele, Universität Frankfurt
Prof. Dr. Fezer, Universität Münster
Prof. Dr. Grünwald, Universität Bonn
Prof. Dr. Hassemer, Universität Frankfurt
Prof. Dr. Hellmer, Universität Kiel
Prof. Dr. Jäger, Universität Frankfurt
Prof. Dr. Dr. h.c. Jescheck, Universität Freiburg
Prof. Dr. Jung, Universität Hamburg
Prof. Dr. Kohlmann, Universität Köln
Prof. Dr. Krauß, Universität Saarbrücken
Prof. Dr. Krey, Universität Trier
Prof. Dr. Lüderssen, Universität Frankfurt
Prof. Dr. Marquardt, Universität Bonn
Prof. Dr. Müller-Dietz, Universität Saarbrücken
Prof. Dr. Rudolphi, Universität Bonn
Prof. Dr. Schmitt, Universität Freiburg
Prof. Dr. Wagner, Universität Kiel
Prof. Dr. Welp, Universität Münster

Deklaration zur Verwirklichung der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland

(Wortlaut)

Der Begriff Menschenrecht wird in unserem Lande immer mehr zum politischen Reizwort, mit dem Unrecht verdrängt, Unfreiheit kaschiert, Abhängigkeit vernebelt und Aggressivität getarnt werden soll. Wo selbsternannte Anwälte des Menschenrechts Strauß und Dregger heißen; wo Kampfbünde für das Menschenrecht von Springer und Löwenthal angeführt werden; wo Berufsverbote und Gesinnungsschnüffelei regieren; wo sich zwischen Grundgesetzauftrag und Verfassungswirklichkeit Abgründe auftun – dort ist es an der Zeit, Inhalt und Werte der Menschenrechte zu definieren.

Die Bundesrepublik ist ein technisch hochentwickeltes Land mit einem fleißigen und begabten Volk, das eine hochmoderne und leistungsfähige Industrie schuf. Doch in diesem Lande sind weit über eine Million Menschen arbeitslos, weil die Produktionsmittel im Besitz einer minimalen Oberschicht sind und allein nach dem Prinzip des höchstmöglichen Gewinns geführt werden.

> *Wir stellen fest: Das elementarste und allerwichtigste, für die Entfaltung der Persönlichkeit entscheidende Menschenrecht – das Recht auf Arbeit – muß in der Bundesrepublik verwirklicht werden.*

Das Land, in dem heute tagtäglich unermeßliche materielle Werte geschaffen werden, in diesem Land wird das wertvollste Gut – die Jugend – zum Wegwerfartikel der Großindustrie. 300 000 Ju-

gendliche ohne Lehrstelle, ohne Arbeit. 16jährige werden als Arbeits- und Berufslose ins Leben entlassen.

Wir stellen fest: Das unverzichtbare und im Grundgesetz festgeschriebene Menschenrecht auf gleiche Bildung und Berufsausbildung muß in der Bundesrepublik verwirklicht werden.

Die Frauen stellen die Mehrheit unseres Volkes. Sie leisten unendlich viel. Am Fließband, in Büros, im Haushalt und in der Familie. Doch die Frauen werden am schlechtesten ausgebildet und entlohnt, sie verlieren am ehesten ihren Arbeitsplatz, sie haben die geringsten Berufs- und Aufstiegschancen und sie dürfen nicht einmal darüber entscheiden, ob sie ein Kind gebären oder nicht.

Wir stellen fest: Das verbriefte und im Grundgesetz verankerte Menschenrecht auf Gleichberechtigung der Frau muß in der Bundesrepublik verwirklicht werden.

In unserem Lande werden Millionen ausländischer Arbeiter die primitivsten Menschenrechte vorenthalten. Das Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz, auf Ausbildung ihrer Kinder, auf menschenwürdige Wohnungen, auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, auf Zusammenleben ihrer Familien.

Wir stellen fest: In der Bundesrepublik müssen die Menschenrechte für die ausländischen Arbeiter und ihre Familien verwirklicht werden.

Die Bundesregierung duldet und fördert Berufsverbote, unter ihrer Verantwortung wird die verhängnisvolle Praxis der politischen Gesinnungsschnüffelei unter extremer Verletzung des Grundgesetzes praktiziert. Wo die Freiheit des Geistes und die Freiheit der Wissenschaft entwikkelt werden sollen – in den Schulen und Universitäten –, dort erzeugen die Berufsverbote eine erstickende Atmosphäre der reaktionären Anpassung, des Duckmäusertums, der Unfreiheit. 8000 000 Überprüfungen, 3000 akute Fälle von Berufsverbot stellen eine brutale Verletzung des Menschenrechts dar.

Wir stellen fest: Das Menschenrecht auf freie Wahl des Berufes, auf freien Zugang zu jedem öffentlichen Amt, auf Freiheit in Bildung und Wissenschaft muß in der Bundesrepublik verwirklicht werden.

Das Grundrecht auf Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit erstickte in unserem Land in einem beispiellosen Konzentrationsprozeß einiger weniger Pressemonopole. Nicht das tatsächliche politische Spektrum, nicht die realen gesellschaftlichen Prozesse, nicht die sozialen und demokratischen Probleme des Volkes werden in den Medien reflektiert, sondern der Standpunkt von Pressezaren wie Springer und Konzernbossen wie Schleyer. Die herrschende Meinung in der Bundesrepublik, das ist die Meinung der Herrschenden.

Wir stellen fest: Die Menschenrechte auf Informations- und Pressefreiheit müssen in der Bundesrepublik erst verwirklicht werden.

In unserem Lande dürfen ungehindert militaristische und neofaschistische Organisationen ihre Saat der revanchistischen Gewalt in Wort und Schrift verbreiten, SS-Treffen, Hitlerverehrung und Rudelaffäre sind nicht letzte Lebenszeichen Ewiggestriger, sondern Fanfarenstöße einer Bewegung, die sich in vielen Organisationen und Parteien, insbesondere in der CDU/CSU, breit macht.

Wir stellen fest: Das Menschenrecht auf Auslöschung von Kriegshetze und Völkerhaß muß in der Bundesrepublik verwirklicht werden.

Unser Volk hat bittere Erfahrungen mit dem Antikommunismus, insbesondere mit dem Antisowjetismus, gemacht. In seinem Namen starben Millionen Deutsche, und unser Volk stand am Abgrund des totalen Untergangs. Der Kalte Krieg, der im Zeichen des Antikommunismus geführt wurde, kostete unser Land Milliarden und viele Einschränkungen demokratischer Grundrechte und Freiheiten. Das ist die Erfahrung der Geschichte. Die Herrschenden überschwemmen unser Land erneut mit einer Welle von Antikommunismus.

Wir stellen fest: Das Menschenrecht auf Frieden und Völkerverständigung muß in unserem Lande durch die Überwindung des Antikommunismus verwirklicht werden.

Wenn in unserem Lande von den Herrschenden die Menschenrechte verachtet und verletzt werden, so drückt sich im Kampf der Gewerkschaften, im Wirken demokratischer Jugendverbände, in demokratischen Bewegungen gegen Berufsverbote und in Bürgerinitiativen der Wille des Volkes nach Demokratie, Freiheit, Menschenrecht und Selbstbestimmung aus.

Die hier genannten Menschenrechte verwirklichen heißt, die UNO-Charta und entscheidende Grundsätze der Schlußakte von Helsinki auf unser Land anzuwenden. Wir bekennen uns zu diesen Menschenrechten. Denn es geht um die Freiheit und die Menschenwürde des arbeitenden Volkes in unserem Lande.

Erstunterzeichner:
Prof. Dr. Wolfgang Abendroth; Lothar Adler, Elektromechaniker/Vertrauensmann; Horst Ahlbrecht, fristlos entlassenes Betriebsratsmitglied des Conti-Werkes Hannover; Eckehard Althaus, Dipl.-Physiker; Rembert v. Ascheraden, Lehrer; Klaus Augustin; Hans-Peter Beck, Dipl.-Physiker; Rüdiger-Bernhard Beck, Stabsarzt; Herbert Becker, Koblenz, arbeitslos; Jürgen v. Bergner, Rechtsanwalt; Michael Bieber, Flieger; Gertrud Bienko, Stud.-Rätin i. R.; *Heiner Blasenbrei, Bauingenieur, Berufsverbot; Günter Bloch, Gefreiter; Otto Bock, Grafiker*; Lienhard Böhning, Dipl.-Päd., Studienleiter; Irmela Braunschmidt, Studienreferendarin; Bernd Brejla, Arbeitsloser; Dr. Peter Brokmeier, Privatdozent, TU Hannover; Bärbel Broszeit, kfm. Angestellte, Betriebsrätin; Helmut Bünemann, Bauzeichner; Peter Burkart; Emil Carlebach, Redaktion „die tat", Antifaschistische Wochenzeitung; Wolfgang Cohnen, Kanonier; Heinz Dagimus, Schlosser, Betriebsrat, seit Betriebsschließung arbeitslos; Gabi Dallinger, Studentin; Raimund Darmstadt, jugendlicher Arbeitsloser; Martin Degenhardt, Mainz; Franz-Josef Degenhardt, Rechtsanwalt; Gertrude Degenhardt, Grafikerin; Gustav Dieckmann, arbeitsloser Lehrer, Berufsverbotsmaßnahme; Georgine Dielz-Zagar, Schmuckdesignerin, arbeitslos; Ingrid Eickenberg, arbeitslose Jugendliche; Willi Ende, Jugendleiter; Claudia Eisinger, Lehrerin, Berufsverbot seit 1972; Dieter Fehrentz, Physiker; Gretchen Finkenbrink, Lehrerin; Floh de Cologne, Dieter Klemm; Reinhard Frukkenmüller, Grafiker, vom Berufsverbot betroffen; Prof. Dr. Georg Fülberth; Pfarrer Simon-Peter Gerlach; Bernd Godenschwege, arbeitsloser Jugendlicher, NC-Opfer; *Eva M. Gottschaldt, Studentin; Gottfried Grimm*, Arbeitsloser; Rainer Schwind, Betriebsschlosser, Betriebsrat; Thomas Greiner, Bauproduktgestalter, arbeitslos; Horst-Eckart Gross, Dipl.-Mathematiker; Jens Hagen, Journalist/Schriftsteller; Dr. Jürgen Harrer; Elke Hartmann, jugendliche Arbeitslose; Ulrich Hermanski, jugendlicher Arbeitsloser; Dr. Eduard Hertel, Lehrer; Thomas Höll, Maschinenschlosser; Helga Hoffmann, Berufsverbotsbetroffene; Prof. Dr. Horst Holzer, Hochschullehrer, Berufsverbot; Bernd Hornack, Schriftsetzer, Bezirksjugendleiter IG Druck und Papier; Heinrich Horrelt, Betriebsratsmitglied, IGM-Vertreter; Hans Hoyer, Lehramtsanwärter; Siegfried Imlok, Fürth; Prof. Dr. Wolfgang Jantzen; Rudolf Jäkel; Dorothee Joachim, Malerin; Bernd Jünger, Langenfeld, arbeitslos; Dr. Dr. Joachim Kahl, Wiss. Ass.; Margot Kainz, 2. Bildungsweg/Abitur, kein Studienplatz wegen NC; Fred Karl, Berufsverbotsbetroffener; Eva Karl-Petermann, Studienreferendarin; Uschi Karmaun, langfristig arbeitslos; Helga Kern, Betriebsratsvorsitzende AEG-Telefunken, seit 1. 1. 1977 arbeitslos; Thomas Kerstan, keine Lehrstelle; Therese Kiesler, Maschinenbautechnikerin, arbeitslos; Dietrich Kittner, *Kabarettist; Manfred Korthaus, Lehrer; Rolf* Krack, Dipl.-Ing., arbeitslos; Brigitte Krause, jugendliche Arbeitslose; Gerhard Krauter, Student; Helmut Krebs, Lehrer, Berufsverbot; Gerlinde Krebs-Huber, Sozialarbeiterin; Cornelia Krohn, keine Lehrstelle; Franz Xaver Kroetz, Dramatiker; Jürgen Kruse, Vermessungsgehilfe, Berufsverbot als Angestellter seit 1976; Prof. Dr. Hans-Jürgen Krysmanski; Jürgen Kuprat, Gefreiter; Hans-Hartwig Lau, Lehrer, Berufsverbot; Rosemarie Leiß, Ortsvorstand DPG; Anne Lehnhardt, Lehrerin, Berufsverbot; Richard Limpert, Maschinist, Mitglied des Deutschen Schriftstellerverbandes, IGBE; Konrad Lübbert, Versöhnungsbund e. V., Deutscher Zweig des Intern. Versöhnungsbundes; Joachim Luplow, arbeitsloser Jugendlicher; Thomas v. Machni, Lehrer; Anne Macht, Nürnberg; Michael Matzerath, Dipl.-Ingenieur; Jost Maxim, Maler; Konrad Mette, Gefreiter; Udo Metzmacher, arbeitslos; Fritz Meyer, Dipl.-Psychologe, Berufsverbot; Günter Mielast, Lehrer, Berufsverbot; Vollrat Neumann, Gefreiter; Peter Oehring, Techniker, Berufsverbot seit 1975; Ludwig de Pellegrini, Oberlehrer a. D.; Lothar Peter, Wissenschaftler; Prof. Dr. Irene Pieper, Prof. für Mathematik an der Uni Oldenburg; Jörg Piepkorn, Berufsschullehrer, Berufsverbot seit 1. 6. 1976; Friedrich Pospich, Dipl.-Volkswirt, Berufsverbot; Uwe Post, Lehrer, Berufsverbot seit 1974; Horst Prange, Jugendlicher ohne Lehrstelle; Alfred Predhumeau, Jugendlicher ohne Lehrstelle; Liesel Richter, Lehrerin, Berufsverbot; Jo Riedler, Berufsverbot als Lehrer; Rudi Röder, Lokführer; Dieter Roth, Lehrer/Referendar mit Berufsverbot in Baden-Württemberg; Jutta Roth, Sonderschullehrerin; *Wolfgang Runge, Journalist, Chefredakteur SK – das sozialistische Nachrichtenmagazin*; Pfarrer Werner Sanß; Peter Satzky, Bremen, Schulabgänger ohne Lehrstelle; Hans Schaefer, Berufsverbot als Realschullehrer; Wolfgang Schilling; Werner Schimpke, 1. Staatsexamen als Lehrer 1976, Einstellung als Referendar frühestens 1978; Heike Schoop, Dozentin an der Hochschule für Musik und darstellende Kunst, Hamburg, Berufsverbot seit 1975; Rolf Schön, Diplomagraringenieur, Entlassung während der Probezeit ohne Begründung, seitdem arbeitslos; Joachim Schubert, Student; Dr. Peter Schütt; Ernst Schütte, Gefreiter; Hartmut Schütze, arbeitsloser Schulabgänger; Teddy Schütze, keine Lehrstelle; Wolfgang Schwanz, IGM, Betriebsrat, Mitglied Angestelltenausschuß der IGM Augsburg; Dietrich Selve, Berufsverbot als Lehrer am Wirtschaftsgymnasium; Arnold Siebert, arbeitsloser Jugendlicher; Stefan Siegert, Karikaturist, Journalist; Gisela Sprenger-Schoch, Kunsterzieherin (Lehrerin), vom Berufsverbot betroffen; Richard Stefaniuk; Jürgen Steinfurt, Oldenburg, arbeitslos; Wolfgang Stephan, Buchdrucker, KJA-Vorsitzender; Pfarrer Horst Stuckmann; Pfarrer Horst Symanowski; Adi *Taubner, Betriebsrat; Artur Troppmann*, Arbeiterschriftsteller; Petra Veit, Jugendliche ohne Ausbildungsplatz; Bettina Violet, Sonderschullehrerin; Peter Vogel, jugendlicher Arbeitsloser; Ernst Wagner, Maschinenbau-Ingenieur (grad.), arbeitslos seit 30. 9. 1975; Karl Wüsthoff, Arbeiterschriftsteller; Otto Zimpelmann, Betriebsrat, Chemiefacharbeiter; Hannelore Zlatner, Familienpflegerin; Manfred Zlatner, Dekorateur, Vertrauensmann.

Zustimmungserklärungen an Dr. Thomas Neumann, 4000 Düsseldorf, Camphausenstraße 18.

Madrider Erklärung der Kommunistischen Parteien Spaniens, Italiens und Frankreichs vom 3. März 1977

(Wortlaut)

Am 2. und 3. März 1977 fand in Madrid zwischen den Genossen Santiago Carrillo, Generalsekretär der KPS, Enrico Berlinguer, Generalsekretär der IKP, und Georges Marchais, Generalsekretär der FKP, ein Treffen statt.

Georges Marchais und Enrico Berlinguer, die einer Einladung Santiago Carrillos Folge leisteten, wollten der KPS und allen spanischen demokratischen Kräften die Solidarität der französischen und italienischen Kommunisten bei ihrer Aktion für die Demokratie und für den Aufbau eines freien Spaniens erneut bekräftigen.

In diesem Sinne verleihen die FKP und IKP ihrer Überzeugung Ausdruck, daß dem spanischen Volk die vollständige Herstellung der Demokratie gelingen wird, wobei ein wesentliches Element heute die Legalisierung der Kommunistischen Partei und aller demokratischen Kräfte ist, die für die Durchführung wirklich freier Wahlen unerläßlich ist. Sie bringen ihre Solidarität mit all jenen zum Ausdruck, die in Spanien tätig sind, um die Freilassung der politischen Gefangenen zu erreichen und um den faschistischen Provokationen und Verbrechen eine Niederlage zu bereiten, durch die der Marsch zur Demokratie behindert werden soll. Das Ende der Franco-Diktatur, das Ende des Faschismus in Portugal und in Griechenland ist eine wichtige und positive Veränderung in der europäischen Lage.

Der demokratische Fortschritt in Spanien ist von besonderem Interesse für das französische und das italienische Volk.

Die drei Länder machen gegenwärtig eine Krise durch, die zugleich ökonomischer, politischer, sozialer und moralischer Natur ist. Durch diese Krise wird die Forderung nach neuen Lösungen für die Entwicklung der Gesellschaft nachdrücklich unterstrichen. Über die Verschiedenartigkeit der Bedingungen in jedem der drei Länder hinaus bekräftigen die italienischen, französischen und spanischen Kommunisten die Notwendigkeit, die breiteste Übereinstimmung der politischen und sozialen Kräfte zu verwirklichen – die bereit sind, zu einer Politik des Fortschritts und der Erneuerung beizutragen –, um eine positive Alternative zur Krise zu sichern und die reaktionären Orientierungen zu bekämpfen. Dazu ist die Präsenz der Werktätigen und ihrer Parteien bei der Führung des politischen Lebens erforderlich. Die Kommunisten, die gleichzeitig täglich die unmittelbaren Interessen der Werktätigen verteidigen, befürworten tiefgreifende demokratische Reformen.

Die Krise des kapitalistischen Systems fordert mit größerer Stärke als je zuvor dazu auf, die Demokratie zu entwickeln und vorwärts zum Sozialismus zu schreiten.

Die Kommunisten Spaniens, Frankreichs und Italiens wollen für den Aufbau einer neuen Gesellschaft in der Pluralität der politischen und gesellschaftlichen Kräfte, in der Achtung, Gewährleistung und Entwicklung aller kollektiven und persönlichen Freiheiten wirken: der Gedanken- und Redefreiheit, der Presse- und Versammlungsfreiheit, der Freiheit, Vereinigungen beizutreten, der Demonstrationsfreiheit, der Bewegungsfreiheit der Menschen in ihren eigenen Ländern und im Ausland, der gewerkschaftlichen Freiheit, der Unabhängigkeit der Gewerkschaften und des Streikrechts, der Unverletzbarkeit des Privatlebens, der Respektierung des allgemeinen Wahlrechts und der Möglichkeit des demokratischen Wechsels der Mehrheiten, der religiösen Freiheiten, der kulturellen Freiheit und der Freiheit der verschiedenen Strömungen und Meinungen auf philosophischer, kultureller und künstlerischer Ebene. Von diesem Willen, den Sozialismus in Demokratie und Freiheit zu verwirklichen, sind die Konzeptionen durchdrungen, die von den drei Parteien jeweils in völliger Unabhängigkeit erarbeitet wurden.

Die drei Parteien beabsichtigen, die internationalistische Solidarität und die Freundschaft auch in Zukunft auf der Grundlage der Unabhängigkeit jeder einzelnen Partei, der Gleichberechtigung, der Nichteinmischung, der Respektierung der freien Wahl der eigenen Wege und Lösungen für den Aufbau sozialistischer Gesellschaften entsprechend den Bedingungen in den einzelnen Ländern zu entwickeln.

Dieses Treffen in Madrid bietet für die spanischen, die italienischen und die französischen Kommunisten auch die Gelegenheit, die wesentliche Bedeutung zu bekräftigen, die sie neuen Schritten nach vorn auf dem Wege der Entspannung und der friedlichen Koexistenz, realen Fortschritten bei der Rüstungsreduzierung, der vollständigen Verwirklichung aller Bestimmungen der Schlußakte der Konferenz von Helsinki und einem positiven Verlauf des Belgrader Treffens, Aktionen für die Überwindung der Spaltung Europas in antagonistische Militärblöcke, der Herstellung neuer Beziehungen zwischen den entwickelten und den Entwicklungsländern und einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung beimessen.

So sehen die drei Parteien die Perspektive eines friedlichen, demokratischen und unabhängigen Europas ohne Militärstützpunkte und ohne Wettrüsten sowie des Mittelmeeres als einem Meer des Friedens und der Zusammenarbeit zwischen den Anliegerländern.

Das freie Spanien, für das die spanischen Kommunisten und alle demokratischen Kräfte kämpfen, wird für Europa ein bedeutender Faktor der Demokratie, des Fortschritts und des Friedens sein. Zu diesem Zwecke ist es notwendig und möglich, daß die Unterschiedlichkeit der Ideen und der Traditionen gegenüber dem Dialog und dem Streben nach Übereinstimmung und allseitiger Verständigung zwischen den Kommunisten, den Sozialisten und den christlichen Kräften, in den Hintergrund tritt. Im Laufe der letzten Jahre war die Sache der Freiheit in Spanien das Feld für gemeinsame Aktionen. Von der Hauptstadt eines Spaniens aus, das den Weg der demokratischen Wiedergeburt betritt, rufen die Kommunisten der drei Länder heute zur Einheit aller Kräfte auf, die Demokratie und Fortschritt wünschen.

Dokumente zur Auseinandersetzung um die Teilnahme an den Abrüstungsdemonstrationen am 21. und 22. Mai 1977

Unter dem Motto „Beendet das Wettrüsten" hat das Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit, das bereits im vergangenen Jahr die von 40 000 Teilnehmern besuchte zentrale Abrüstungskundgebung am 22. Mai 1976 in Bonn initiiert hatte, für den 21. und 22. Mai 1977 zu regionalen Demonstrationen in Bremen, Essen, Frankfurt und München aufgerufen. Zu den Erstunterzeichnern des Aufrufs (Wortlaut in „Blätter", 2/1977, S. 256ff.) gehören u. a. Horst Bingel, Ernst Bloch, Martha Buschmann, Franz-Josef Degenhardt, Helmut Gollwitzer, Gerhard Kade, Dietrich Kittner, Reinhard Kühnl, Klaus Mannhardt, Martin Niemöller, Uta Ranke-Heinemann, Eckart Spoo und Hans-Helmuth Wüstenhagen. Nach Auskunft des Komitees sind bis Ende März rd. 6000 Zustimmungserklärungen eingegangen.

Auf ihrem Bundeskongreß vom 13. bis 20. März 1977 in Hamburg faßten die Jungsozialisten den Beschluß, den Aufruf des Komitees zu unterstützen, wurden aber vom Bundesgeschäftsführer der SPD, Egon Bahr, in ultimativer Form an der Realisierung des Kongreßbeschlusses gehindert. Auch auf die Jungdemokraten wurde massiver Druck dahingehend ausgeübt, sich von dem als „kommunistisch gelenkt", „gesteuert", „unterstützt", „orientiert" usw. diffamierten Komitee zu distanzieren. Der Kampagne gegen das Komitee und die Abrüstungsinitiativen trat Martin Niemöller, Mitbegründer des Komitees, u. a. auf einer Pressekonferenz am 29. März in Bonn entgegen. Nachstehend dokumentieren wir die Entwicklung seit dem Beschluß des Jungsozialistenbundeskongresses bis zum 3. April anhand der wesentlichen Beschlüsse und Erklärungen. Wie das Komitee mitteilt, hat die von SPD-Bundesgeschäftsführer Bahr ausgelöste Kampagne zu einer Welle von Solidaritätsbekundungen und weiteren Zustimmungserklärungen zum Demonstrationsaufruf geführt, darunter trotz der Repressionsandrohungen des Parteivorstandes einer bemerkenswert hohen Zahl auch von SPD-Mitgliedern. D. Red.

Beschluß des JUSO-Bundeskongresses vom 13.–20. März 1977

(Wortlaut)

Die Bundeskonferenz der Jungsozialisten unterstützt den Aufruf des „Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit"*) und ruft gleichfalls alle Untergliederungen auf, sich an den Demonstrationen in Bremen, Essen, Frankfurt, München am 21. und 22. Mai 1977 zu beteiligen. Geschäftsgrundlage für eine Beteiligung auf gleichberechtigter Basis von Jungsozialisten ist dabei, daß

a) Einfluß auf die inhaltliche Gestaltung der Kampagne gewährleistet ist,
b) daß Jungsozialisten an der organisatorischen Vorbereitung und Durchführung ausreichend beteiligt sind,
c) daß Jungsozialisten im Rahmen der Aktion ihre Position z. B. durch eigene Redebeiträge ungeschmälert einbringen können,
d) zukünftig die Jungsozialisten auch frühzeitig an der Formulierung der Aufrufe beteiligt werden.

Die Jungsozialisten werden weiterhin versuchen, ein gemeinsames Vorgehen insbesondere mit Gewerkschaftsjugend und SJD Die Falken zu erreichen, weil nur so die Beteiligung der wichtigsten fortschrittlichen Jugendorganisationen der BRD erreicht werden kann.

Mitteilung des Bundesgeschäftsführers der SPD für die Presse vom 25. März 1977

Der Sprecher des SPD-Vorstandes, Lothar Schwartz, teilt mit:

Der Bundesgeschäftsführer der SPD, Egon Bahr, hat dem Vorsitzenden der Jungsozialisten, Klaus-Uwe Benneter, am 24. März 1977 mitgeteilt, daß die Entscheidung dringend werde, ob der Bundesvorstand der Jungsozialisten auf punktueller Zusammenarbeit mit Kommunisten beharre. Die Ausführungen Benneters auf der Pressekonferenz des Bundesvorstandes der Jungsozialisten vom 23. März und das dadurch ausgelöste Echo schädige das Ansehen der SPD.

Der Bundesvorstand der Jungsozialisten hatte am 23. März 1977 erklärt, daß er Beratungen brauche, um sich insbesondere über die Haltung zum „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" zu entscheiden.

Der Vorsitzende der Jungsozialisten hat zugesagt, daß das Beratungsergebnis am Montag, dem 28. März 1977, vorliegen und dem Bundesgeschäftsführer erläutert wird.

Jungsozialisten fordern neue Offensive für Frieden und Abrüstung (Beschluß des Bundesvorstands vom 27. März 1977)

(Wortlaut)

1. Der Bundesvorstand der Jungsozialisten wendet sich entschieden gegen die nach dem Hamburger Bundeskongreß der Jungsozialisten entfachte Pressekampagne, mit der gegenwärtig gegen die Jungsozialisten insgesamt und insbesondere gegen ihren neugewählten Bundesvorsitzenden Stimmung gemacht wird. Er erwartet von allen Jungsozialisten, daß sie sich gemeinsam entsprechend den politischen Möglichkeiten für die Durchsetzung der Beschlüsse des Hamburger Bundeskongresses einsetzen und den Bundesvorstand bei der Lösung der anstehenden

*) Wortlaut in „Blätter", 2/1977, S. 232 f.

schwierigen Aufgaben solidarisch unterstützen. Der Bundesvorstand der Jungsozialisten stellt fest, daß der Beschluß L 3 nicht durchführbar ist, da bei der aufgezwungenen falschen Alternative Mitarbeit im Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit oder weitere sinnvolle Mitarbeit in der SPD, die Mitgliedschaft in der SPD Vorrang hat. Auch die Führung der SPD hat in innerparteilichen Konflikten darauf zu achten, daß nicht durch falsche Akzente Wasser auf die Mühlen von Franz Josef Strauß und anderer Gegner sozialdemokratischer Friedens- und Abrüstungspolitik geleitet wird. Insbesondere erwarten die Jungsozialisten vom Parteivorstand, daß er *alle* Diffamierungen gegen Sozialdemokraten öffentlich zurückweist und deutlich macht, daß die im Bundesvorstand vertretenen Positionen ihren legitimen Platz in der Partei haben.

2. Die Jungsozialisten weisen darauf hin, daß sie schon sehr früh eine konsequente Entspannungs- und Friedenspolitik gefordert haben. Sie haben die Initiativen, die Willy Brandt als Bundeskanzler begonnen hat, stets nachhaltig und uneingeschränkt unterstützt. Sie haben aber auch nicht vergessen, daß Teile des rechten Parteiflügels hier der sozialdemokratischen Politik in den Rücken gefallen sind. Deshalb erinnern sie daran, daß frühere Mitglieder der Partei zunächst die Jungsozialisten in übelster Weise angegriffen, dann die Ostpolitik nicht mehr mitgetragen und schließlich bei dem konstruktiven Mißtrauensvotum gegen Willy Brandt gestimmt haben. Aktuell wird die Friedens- und Entspannungspolitik aber nicht nur durch Reaktionäre in den Unionsparteien und durch übergelaufene Sozialdemokraten gefährdet. Gegenwärtig drohen auch Gleichgültigkeit und Resignation zu dauerhaften Hindernissen einer konsequenten Fortsetzung des einmal Begonnenen zu werden. Der Bundesvorstand kritisiert ebenfalls, daß die SPD in den letzten Jahren nicht mehr konsequent für eine Weiterentwicklung der Friedens- und Entspannungspolitik eingetreten ist, sondern auch Sozialdemokraten die Erfolge der von Willy Brandt eingeleiteten Politik unterlaufen.

Gerade die Fragen der beiderseitigen gleichgewichtigen Abrüstung in Ost *und* West sind jedoch auch heute die wesentlichen Voraussetzungen für eine Politik im Interesse der Menschen:

– In der ständigen Furcht vor militärischen Auseinandersetzungen bis hin zur atomaren Vernichtung ist ein wirklicher Frieden zwischen den Völkern undenkbar. Mit dieser Furcht kann es auch keine konsequente Weiterentwicklung der Kontakte zwischen den Menschen in den verschiedenen Staaten Europas geben.

– Gerade angesichts der gegenwärtigen „Finanzkrise" der öffentlichen Haushalte, die in weiten Bereichen zum Einfrieren oder gar zum Rückgang staatlicher Leistungen des Sozial-, des Gesundheits- und des Ausbildungswesens geführt hat, können durch eine beiderseitige gleichgewichtige Abrüstung in Ost und West finanzielle Mittel freigesetzt werden, die den Menschen bei uns und anderswo zugute kommen können.

Angesichts der Bedeutung der Friedens- und Entspannungspolitik und angesichts des Rückgangs der Mobilisierung für Frieden und Entspannung unmittelbar vor der Belgrader KSZE-Nachfolgekonferenz haben die Jungsozialisten auf ihrem Hamburger Bundeskongreß neue politische Initiativen beschlossen. Sie halten es für eine Selbstverständlichkeit, daß diese von allen Sozialdemokraten unterstützt werden und daß auch die Parteiführung endlich versucht, in einer der Hauptfragen sozialdemokratischer Nachkriegspolitik wieder in die Offensive zu kommen.

3. Der Bundesvorstand der Jungsozialisten geht davon aus, daß er nach den Richtlinien für die Jungsozialistenarbeit, die der SPD-Parteivorstand erlassen hat, politisch dem Bundeskongreß der Jungsozialisten verantwortlich ist. Diese Verantwortlichkeit gegenüber demokratisch legitimierten Vertretern der Mitgliedschaft ist konstitutiv für jeden politischen Jugendverband, der für sich die Qualität des „Demokratischen" in Anspruch nehmen will. Der Bundesvorstand geht dementsprechend davon aus, daß von niemandem für die Gegenwart oder für die Zukunft die demokratische Verfassung der Jungsozialisten in Frage gestellt werden soll.

Die vom Bundesgeschäftsführer der SPD gegenüber dem Beschluß des Hamburger Bundeskongresses zu den Demonstrationen des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit erhobenen Bedenken werden von den Jungsozialisten zur Kenntnis genommen. Die Jungsozialisten weisen die ultimative Aufforderung des Parteivorstandes entschieden zurück. Sie werden durch ihre künftige Arbeit klarmachen, daß sie sich nicht durch administrative Gängelungen Denkverbote auferlegen lassen. Die Jungsozialisten sind nicht bereit, diese Form der Auseinandersetzung hinzunehmen und erwarten, daß der Bundesgeschäftsführer seine vor der Wahl des

neuen Bundesvorstandes gegebenen Zusagen, sich politisch und nicht administrativ mit den Jungsozialisten auseinanderzusetzen, künftig auch einhält.

Der Bundesvorstand der Jungsozialisten vermag dem Beschluß von Parteirat und Parteivorstand zur Frage der Zusammenarbeit nicht zuzustimmen, auch wenn er die Gültigkeit dieses Beschlusses nicht bezweifelt. Sozialdemokraten sollten ohne formalisiert zum Beschluß erhobene Berührungsängste in der Lage sein, ihre eigenen politischen Vorstellungen offensiv auch gegenüber Kommunisten zu vertreten. Wer überall dort, wo auch Kommunisten tätig sind, das Feld räumt, der schwächt die eigene Partei und erreicht im Ergebnis das, was er zu verhindern meint.

4. Der Bundesvorstand der Jungsozialisten sieht seine Aufgabe darin, ohne ultimativen Druck von irgendeiner Seite alles zu tun, den Beschluß des Hamburger Bundeskongresses entsprechend den vorhandenen politischen Möglichkeiten umzusetzen. Entscheidend ist, daß es im Hamburger Beschluß um die offensive Vertretung der Friedens- und Entspannungspolitik geht. Für die Jungsozialisten muß die Möglichkeit geschaffen werden, breit und aktiv für diese Politik zu mobilisieren. In diesem Sinne wird der Bundesvorstand der Jungsozialisten an die DGB-Gewerkschaftsjugend, die Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken – und die Deutschen Jungdemokraten herantreten, um abzuklären, welche Möglichkeiten für eine gemeinsame Mobilisierungsaktion unter dem Motto „Beendet das Wettrüsten – Für gleichgewichtige Abrüstung in Ost und West" bestehen. Der Bundesvorstand der Jungsozialisten schlägt dem Bundesausschuß der Jungsozialisten vor, daß die Jungsozialisten als ihren Beitrag zur Vorbereitung der KSZE-Nachfolgekonferenz eine zentrale bundesweite Veranstaltung zu diesem Thema Ende Mai 1977 durchführen. Der Bundesvorstand wird darüber hinaus im Rahmen der 70-Jahr-Feier der Sozialistischen Jugendinternationale (IUSY) das Thema „Friede und Abrüstung" thematisieren und eine Demonstration in Stuttgart im August vorbereiten, um die Bedeutung des Friedens für die Jugend zu dokumentieren.

Der Bundesvorstand der Jungsozialisten erwartet von allen Jungsozialisten, daß sie sich gemäß der vorliegenden Entscheidung verhalten, die Veranstaltung Ende Mai 1977 mithelfen vorzubereiten und sich zahlreich daran beteiligen. Er geht davon aus, daß aufgrund der vorliegenden Entscheidung keine administrativen Maßnahmen gegen einzelne Parteimitglieder im Zusammenhang mit den geplanten Abrüstungsdemonstrationen erfolgen. Die auf dem Hamburger Bundeskongreß diskutierten und verabschiedeten Arbeitsschwerpunkte zur Durchsetzung der Interessen der Jugend in den Bereichen der Arbeits-, Ausbildungs- und Freizeitsituation und der Kampf zur Verteidigung der demokratischen Rechte werden weiterhin im Mittelpunkt der praktischen Arbeit der Jungsozialisten stehen.

•

Dieser Beschluß wurde einstimmig gefaßt.

Positionspapier des Bundesvorstands der Deutschen Jungdemokraten auf der Grundlage der im Bundeshauptausschuß vom 1.–3. April 1977 geführten Diskussion

(Wortlaut)

Die DJD unterstreichen die Notwendigkeit des aktiven Einsatzes für den Frieden. Dies bedeutet einerseits militärische Abrüstung und politische Entspannung sowie andererseits den Abbau von Repression und die Schaffung demokratischer gesellschaftlicher Strukturen, die die Selbstverwirklichung des einzelnen gewährleisten. Um diese Strukturen zu erreichen, setzen sich die DJD in ihrer politischen Arbeit gegen alle repressiven Tendenzen in der BRD wie z. B. Berufsverbote, Verschärfung des politischen Straf- und Strafprozeßrechts, illegale „Lauschangriffe", Ordnungsrecht an den Hochschulen, NC, Zensur von Schülerzeitungen und Beschneidung von politischer Betätigung in Ausbildung und Beruf zur Wehr. Eine repressionsfreie innere Entwicklung der verschiedenen Gesellschaftssysteme setzt auch den Abbau der Konfrontation zwischen Ost und West im Zuge einer tatsächlichen Entspannung voraus. Dies beinhaltet, daß Schritte unternommen werden, die von Rüstungskontrolle über Rüstungsbegrenzung zur vollständigen Abrüstung führen.

Es ist für die DJD unerträglich, wenn SPD und auch Teile der F.D.P. eine Strategie eingeschlagen haben, die auch zur Ablenkung von innergesellschaftlichen Krisen und koalitions- und parteiinternen Problemen durch eine Verschärfung antikommunistischer Feindbilder gerade die Voraussetzungen einer konsequenten Durchführung von Entspannungspolitik und deren Fortsetzung im Rüstungssektor unmöglich macht.

Die DJD betrachten das Verhalten der SPD gegenüber den Jusos als ein Zeichen innerer Schwäche. Es ist ein altbekannter Mechanismus, daß in Krisenzeiten dadurch von Schwierigkeiten abgelenkt wird, daß man Feindbilder verstärkt und gegenüber Minderheiten Stärke demonstriert. Durch das ständige Zurückweichen vor der Panikmache der CDU/CSU-Opposition und die Angleichung der Standpunkte der SPD/F.D.P.-Koalition an konservative und reaktionäre Forderungen wird der Anspruch und die Zielsetzung der sozialliberalen Koalition von 1969 für „mehr Demokratie" und Freiheit immer mehr aufgegeben.

Die DJD stellen sich dieser Entwicklung rigoros entgegen. Für sie gelten allein inhaltliche und sachliche Kriterien in der Zusammenarbeit mit Organisationen oder Einzelpersonen in öffentlichen Aktionen. Die DJD lassen sich deshalb nicht durch Androhungen administrativer Maßnahmen zu Abgrenzungsbeschlüssen gegenüber Initiativen oder Organisationen veranlassen, in denen auch Kommunisten beteiligt sind. Deshalb halten die DJD den Vorschlag der Jungsozialisten, eine weitere Mobilisierung zur gleichen Zeit durchzuführen, von der Sachlage her für unbegründet.

Die DJD beteiligen sich deshalb an den geplanten Demonstrationen zur Beendigung des Wettrüstens. Sie unterzeichnen den Aufruf des Komitees, wenn gewährleistet ist, daß die DJD auf allen vier geplanten Kundgebungen die Gelegenheit haben, ihre Positionen ausreichend darzustellen. Dies bedeutet, daß auf allen stattfindenden zentralen Demonstrationen am 21. Mai die DJD einen Hauptredner stellen. Der Bundesvorstand klärt bis Sonntagabend, dem 3. 4. 1977, die Einhaltung dieser Voraussetzung.

Grundlage für die Redebeiträge bildet unter anderem die folgende Zusatzerklärung:

Bisher hat die Menschheit überwiegend nach dem Motto gehandelt „Wenn Du den Frieden willst, rüste zum Krieg". Angesichts der inzwischen entwickelten Zerstörungs- und Übertötungspotentiale ist dieses Prinzip überholt. Ein zukünftiger Groß- oder Weltkrieg wird keinen Sieger mehr kennen, sondern eine unvorstellbare Zahl von Toten und Schwerstverwundeten – vor allem Zivilpersonen.

Selbst wenn unter den heute Herrschenden niemand absichtlich einen solchen Großkrieg riskieren wird, besteht die hohe Wahrscheinlichkeit dafür, daß kleinere bewaffnete Konflikte nicht eingegrenzt werden können und sich ausweiten.

Bisherige Abrüstungsbemühungen sind über Bekundungen des guten Willens und Vereinbarungen über uninteressante Teilbereiche (Meeresbodenvertrag, Antarktisvertrag) nicht hinausgekommen. Sie haben zum Teil sogar dazu geführt, daß sich die USA und die UdSSR nur über Ausmaß und Tempo ihres Rüstungswettlaufes verständigt haben.

Obwohl durch diesen Rüstungswettlauf materielle Ressourcen und Forschungs- und Entwicklungskapazitäten in unvorstellbarem Ausmaß vergeudet werden, sind die bisherigen Versuche in der Rüstungsbegrenzung in der Praxis weitgehend erfolglos geblieben. Hierfür gibt es eine Reihe von Ursachen, die sowohl in der inneren Struktur der verschiedenen Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme in Ost und West, als auch in der geschichtlichen Entwicklung der Supermächte seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges begründet sind.

Die beiden Supermächte USA und UdSSR haben seither die Welt in Einflußzonen aufgeteilt, in denen sie zur Erhaltung bzw. zum Ausbau ihrer Macht- und Herrschaftspositionen in mehreren Fällen ihre überlegene militärische Kraft gegenüber Unabhängigkeitsbestrebungen eingesetzt haben.

Beide Supermächte haben Militärblöcke unter ihrer jeweiligen Führung aufgebaut, die über die rein militärische Funktion hinaus dazu dienen, die jeweiligen „Bündnispartner" mit Hinweis auf eine militärische Gefahr, die vom jeweils anderen Militärblock ausgeht, auch politisch, wirtschaftlich und kulturell an die Supermächte zu binden. Diese Argumentation soll die konkreten

Profit- bzw. Machtinteressen des militärisch-industriellen bzw. militärisch-bürokratischen Komplexes vernebeln.

Zur Stabilisierung bzw. Ausweitung ihrer Einflußzonen insbesondere in den Ländern der Dritten Welt dient auch der Waffenexport, der bei weitem die Mittel für die wirtschaftliche Unterstützung der Entwicklungsländer in ihrem Kampf gegen Hunger, Krankheit und materielle Not übersteigt.

Die Jungdemokraten fordern:
– eine gleichwertige und vollständige Abrüstung in Ost und West
– als ersten Schritt die Senkung der Rüstungsausgaben um 10% und die Umschichtung dieser Mittel zugunsten von Ausgaben für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung vor allem in den Entwicklungsländern
– den Stopp von Waffenexporten in die Staaten der Dritten Welt
– die Begrenzung der strategischen Rüstung
– das Verbot der Entwicklung und Herstellung neuer chemischer und biologischer Massenvernichtungsmittel
– den Stopp aller Atomwaffentests
– Planungs- und Entwicklungsstopp für neue Rüstungsprogramme
– die Anerkennung des Rechts auf individuelle Kriegsdienstverweigerung in allen Staaten
– die Einrichtung einer internationalen Kommission nach dem Vorbild der Wiener Atomenergiebehörde, die die Einhaltung der konkreten Schritte in Richtung auf vollständige Abrüstung kontrolliert.

Die Jungdemokraten fordern die Bundesregierung auf:
– auf der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad, bei den MBFR-Verhandlungen in Wien wie auch in der UNO im Sinne der vorhergehenden Forderungen neue Initiativen für Entspannung und Abrüstung zu ergreifen
– den Rüstungshaushalt für die Dauer von 2 Jahren einzufrieren
– Verhandlungen mit den anderen NATO-Staaten aufzunehmen mit dem Ziel, die Weitergabe von Rüstungsprodukten an Drittländer und in Spannungsgebiete innerhalb der NATO zu verhindern
– die Rüstungsexportbestimmungen auch im Hinblick auf entsprechende Produktionsanlagen zu verschärfen
– bei multinationalen Rüstungskooperationen vertragliche Vereinbarungen abzuschließen mit dem Ziel, die relativ restriktiven Rüstungsexportbestimmungen der Bundesrepublik verbindlich zu machen
– jährlich einen umfassenden Bericht über Art und Umfang der Rüstungsexporte zu veröffentlichen
– den Wehrdienst auf 12 Monate zu senken
– das Prüfungsverfahren für Wehrdienstverweigerer ohne Einschränkungen abzuschaffen.

Stellungnahme von Pastor D. Martin Niemöller auf der Pressekonferenz des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit am 29. März 1977 in Bonn

(Auszüge)

Zurückgekommen von meinem Urlaub, auf dem ich mich von meinem 85. Geburtstag erholen wollte, habe ich eine große Enttäuschung erlebt, nämlich weil wieder einmal in der Öffentlichkeit, vor allem von der offiziellen Seite, so getan wird, als wäre das von mir mit ins Leben gerufene und initiierte, ja repräsentierte Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit kommunistisch gesteuert oder, schlimmer noch, von kommunistischer Ideologie beherrscht. Ich fühlte mich in alte Zeiten zurückversetzt, als ich kritisch z. B. gegen die Große Koalition Stellung nahm und deswegen als ein politischer Niemand bezeichnet wurde. Hier aber, in der Arbeit für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit, sehe ich jedoch etwas, wofür sich keine Partei oder irgendein Jemand in der Politik wirklich energisch eingesetzt hat oder heute energisch einsetzt. Deswegen

habe ich mich unmittelbar seit 1945, als ich aus dem KZ kam, einer Frage verpflichtet gefühlt, nämlich ob wir nochmal einen Krieg haben werden. Deshalb habe ich mich seitdem eingesetzt für eine Aufgabe, nämlich den Frieden zu sichern, eine Aufgabe, die nicht von einer Partei beherrscht oder auf eine Partei begrenzt werden kann, weil uns diese Frage alle angeht. Wir alle sind davon abhängig, denn der nächste Krieg wäre das Ende der Menschheit. Mein und unser Interesse am Frieden, an der Abrüstung und damit einer menschlichen Zusammenarbeit liegt darin, daß wir nur ein gemeinsames Schicksal haben. Denn angesichts der Bedrohungen durch das Atom und das Wettrüsten müssen wir zusammenstehen, um unsere Kinder und Enkel davor zu bewahren, das Ende der menschlichen Geschichte, die es dann nicht mehr geben wird, zu erleben. Das ist keine Parteiangelegenheit, das ist keine Angelegenheit welcher Ideologie auch immer. Das ist unser gemeinsames Schicksal, das uns daran erinnert, daß wir Mitmenschen sind und daß dies und daß der Mitmensch entscheidend für unser Schicksal geworden ist. Es geht uns also nur um eine Sache im Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit, nämlich um die Schaffung und Sicherung eines Friedens und der Vorbereitung eines Zusammenlebens und Zusammenwirkens und -arbeitens von uns Menschenkindern, ob das Konservative sind oder Kommunisten oder andere – wir sitzen alle in diesem vom Untergang bedrohten Boot und haben miteinander daran zu arbeiten, daß dieses Boot nicht sinkt. Dies ist unser Interesse unserer Zusammenarbeit. Deswegen können wir keine Grenzen ziehen und die Menschen, die daran mitarbeiten wollen, abweisen und sagen, es sei nur unsere eigene Angelegenheit. Deswegen bin ich erschüttert darüber, daß offensichtlich heute die ganze Menschheit schon ein politischer Niemand ist, die nichts zu sagen haben, wo eine kleine Minderheit entscheiden möchte. Wir sind alle daran interessiert und müssen daher jeden zur Mitwirkung zulassen.

Wer damit nicht einverstanden ist, wer bei uns nicht mitmachen möchte, der müßte uns eine Alternative zu unseren Bemühungen und Vorstellungen zeigen. Er kann nicht für den Frieden und die Abrüstung wirken, wenn er von seinem Feinddenken nicht Abstand nehmen will. Solche Handlungen und Unterlassungen gefährden heute die Menschheit, ziehen sie in Mitleidenschaft.

Das Aufeinandergehen heute muß gelernt werden, und wer will uns dazu eine Alternative zeigen, als daß wir bei den Sachen, um die es geht, bei der Frage der Friedenssicherung und der Abrüstung lernt, mit dem anderen zu sprechen und sich mit ihm zu einigen.

Wir stehen unserem Mitmenschen häufig immer noch mit einem geheimen Feinddenken gegenüber, als ob wir verschiedene Schicksale haben könnten in der Zukunft. Natürlich spreche ich mit jedem Kommunisten, der bereit ist, mit mir zu sprechen; natürlich spreche ich mit jedem Konservativem, der bereit ist, mit mir zu sprechen. Beiden kann ich nur das gleiche sagen: Unser Überleben hängt daran, daß wir Frieden halten und daß wir Frieden auch nicht nur als Möglichkeit in Betracht ziehen, die man früher immer noch als ultima ratio der Politik gehalten hat.

Wir müssen Politik miteinander treiben. Wir müssen aufeinander hören und lernen, daß wir unsere Differenzen durch Aussprachen in dieser wichtigen Frage überwinden, dann heißt es, daß es zu Frieden führen kann. Jedenfalls darf es nicht mehr dahin führen, daß wir uns gewaltsam aufeinandersetzen. Eine Alternative also vermag ich nicht zu sehen zu unserem aller Auftrag: aufeinander zuzugehen, zu sehen, wie wir gemeinsam für den Frieden und vor allem die Abrüstung wirken können.

In meinem langen Leben habe ich viele Erfahrungen, auch vor allem in der Friedensbewegung, gesammelt, der ich mich besonders nach dem Zweiten Weltkrieg gewidmet habe und habe hierbei viele Spaltungen erleben müssen. Und überall gibt es viele, die an solchen Spaltungen interessiert sind, während die Friedensarbeit nur darauf aus ist, die Feindschaft zwischen den Menschen, Rassen, Völkern und Staaten auf eine ungewaltsame Art so zu bereinigen, daß man miteinander leben und – was immer notwendiger wird – auch miteinander zu arbeiten lernt. Dies ist eine Aufgabe, mit der wir noch kaum angefangen haben. Aber es gibt Leute, die möchten erreichen, daß wir nicht an Frieden glauben, nicht an die Möglichkeit seiner Verwirklichung und an die Möglichkeit der Zusammenarbeit über Meinungsunterschiede hinweg.

Das sind die Leute, die daran interessiert sind, Friedensgruppen und jene, die Frieden schaffen möchten, auseinanderzuspalten und gegeneinander in Bewegung zu setzen. Sie sagen alle: wir wollen Frieden, aber keineswegs Frieden mit dem Feind; kein Frieden mit dem ideologischen Gegner, nicht einmal reden soll man mit ihnen dürfen. Das ist das Fürchterliche, was ich am Ende

meines Lebens erleben muß, daß man einer jungen Generation, gewissermaßen ultimativ verbietet, mit den anderen auch nur zu sprechen.

Alles, was die Menschen im Bemühen um Frieden voneinander abspaltet, dagegen müssen wir in unserem Komitee ein positives Beispiel setzen, vor allem im offenen Austausch unserer Gedanken, in dem Recht eines jeden, seine Überzeugung zu haben.

Gegen jeden Spaltungsversuch muß ich als Friedensfreund ein energisches Nein sagen und muß jedem sagen, der dies versucht, er ist ein politischer Niemand.

Aufruf zum Internationalen Kongreß Kritische Psychologie vom 13. bis 15. Mai 1977 in Marburg

(Wortlaut)

Im Zuge des Erstarkens der demokratischen Bewegung Ende der sechziger Jahre wurde es auch in der BRD und Westberlin möglich, kritische Positionen im Wissenschaftsbereich zu entwickeln und zu verankern. Während man anfangs auch in der Psychologie bei einer abstrakten Kritik des herrschenden Wissenschaftsbetriebs stehengeblieben war, sah man sich später gezwungen, einen systematischen eigenen Ansatz zu begründen, um von ihm aus konkrete, alternative Forschungsresultate vorzulegen. Dies auch wesentlich deshalb, weil es nicht um eine rein theoretische Kritik, sondern ganz entscheidend auch um eine alternative psychologische Praxis gehen mußte, welche dem enormen Bedeutungszuwachs der Psychologie in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen gerecht wird. Die sich hier konstituierende Kritische Psychologie zeichnet sich wissenschaftlich durch ein historisches Verständnis der menschlichen Persönlichkeit und praktisch-politisch durch ein Engagement im Interesse der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung aus. Dabei erlangten die Arbeiten der Westberliner „Holzkamp-Schule" eine über Westberlin und die BRD hinausgehende Bedeutung.

Zugleich stellt sich – selbstverständlich – Kritische Psychologie nicht als ein in allen Grundsatzfragen und Einzelproblemen homogenes Gebäude dar, sondern es gibt eine Vielzahl von unterschiedlichen Vorstellungen und Lösungsvorschlägen, die einer umfassenden Diskussion dringend bedürfen. – Auch entwickelt sich Kritische Psychologie nicht abseits der Heerstraße psychologischer Forschungen im allgemeinen, sondern versucht die vielen Einzelerkenntnisse positiv in ihrem Gesamtkonzept aufzuheben. Sie ist daher nicht nur an einer Diskussion mit Vertretern anderer Wissenschaftsauffassungen interessiert, sondern auf sie angewiesen.

Besonders durch den Ministerpräsidentenerlaß und die mit ihm legitimierte Praxis der zutiefst verfassungsfeindlichen Berufsverbote wird das Ausmaß deutlich, in dem von konservativer bis reaktionärer Seite versucht wird, die fortschrittliche wissenschaftliche und politische Bewegung zu be- und verhindern und sie auf den Stand von vor 10 Jahren zurückzudrängen. Dies erfordert den geschlossenen Widerstand aller an der Demokratisierung der Gesellschaft Interessierten.

Die Notwendigkeit, einen internationalen Kongreß „Kritische Psychologie" durchzuführen, ergibt sich also sowohl aus dem erreichten wissenschaftlichen Erkenntnisniveau als auch aus der Tatsache des umfassenden Angriffs auf alle demokratischen Positionen innerhalb und außerhalb der Universität. Deshalb soll dieser Kongreß ein Forum sein, wo die auf nationaler und internationaler Ebene gewonnenen Einsichten zusammengetragen werden, um somit die intensive, rationale, auf gemeinsamen Erkenntnisfortschritt zielende Diskussion zu fördern.

Autoren dieses Heftes

KNORR, Lorenz, geb. 1921 in Eger/CSR, ehemals Bundesvorsitzender der Sozialistischen Jugend Deutschlands „Die Falken", heute Mitglied des Direktoriums der Deutschen Friedens-Union, lebt als Publizist in Frankfurt/M. *** *GÄRTNER, Edgar Ludwig,* geb. 1949 in Magdlos, Krs. Fulda, Studium der Biologie und der Gesellschaftswissenschaften an der Universität Frankfurt/M.; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *WIENER, Norman R.,* geb. 1902 in Nürnberg, deutsch-amerikanischer Publizist, Mitarbeiter amerikanischer Rundfunkanstalten, lebt z. Z. in Stuttgart. *** *JENTZSCH, Barbara,* geb. 1942 in Kiel, seit 1974 freie Journalistin, vorher u. a. Tagesschau-Redakteurin. *** *LOCK, Peter,* geb. 1941, Diplom-Soziologe, wissenschaftlicher Angestellter; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen zu Fragen der Unterentwicklung und Rüstung. *** *WULF, Herbert,* geb. 1939, Diplom-Soziologe, wissenschaftlicher Angestellter; Zeitschriftenveröffentlichungen u. a. zu Rüstungsfragen. *** *KAISER, Dr. Peter M.,* geb. 1944 in Dresden, Wissenschaftlicher Assistent am Fachbereich Chemie der Universität Münster; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *KEINER, Dieter,* geb. 1940, Akademischer Oberrat am Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Münster; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *KRYSMANSKI, Dr. H. J.,* geb. 1935, Professor für Soziologie an der Universität Münster. Zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *AXT, Heinz-Jürgen,* geb. 1946 in Dillenburg, Studium der Sozialwissenschaften, Promotion mit einer Arbeit über die politische Integration der EG; Veröffentlichungen zu Problemen der westeuropäischen Integration und der internationalen Kapitalbewegung. *** *BRAUN, Karl-Heinz,* geb. 1948 in Düsseldorf, Studium der Gesellschafts- und Erziehungswissenschaft an der Universität Marburg; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *RADKAU, Dr. Joachim,* geb. 1943 in Oberlübbe/Krs. Minden, Dozent für Geschichte an der Pädagogischen Hochschule Westfalen-Lippe; Buchveröffentlichungen u. a.: Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute (zusammen mit George W. F. Hallgarten), Köln/Frankfurt/M. 1974.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Helga Deppe-Wolfinger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Kurt Bayertz, Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 364051.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,80 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,30), zuzüglich DM 0,40 Porto. Das Einzelheft kostet DM 5,30. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 56,–; öS 375,–; hfl 54,–; bfrs 792,–; FF 108,–; £ 13,20; Lit 19 500,–; dkr 127,50; nkr 127,50; skr 92,–; Yen 6600; $ 22,40. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Vorgebirgstraße 115, 5000 Köln 51, Telefon 362501. Konten: Postscheckamt Köln 6514-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Zentralsatz Dieter Noe, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuß. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.

G 1800 EX

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

Pahl-Rugenstein Verlag
Vorgebirgstraße 115

5000 Köln 51

WOLFERTS
GERTRUD 0994
42758

PARKSTR. 16

E 5620 VELBERT 1

Wolfgang Abendroth
Ulrich Albrecht
Frank Allaun
Günther Anders
Stefan Andres
Hans Apel
Manfred v. Ardenne
Otmar Frhr. v. Aretin
Geoffrey Barraclough
Hans Werner Bartsch
Wolf Graf v. Baudissin
Arno Behrisch
Max Bense
Frank Benseler
Wilhelm R. Beyer
Charles Bloch
Heinrich Böll
Bogislaw v. Bonin
Dieter Boris
William Borm
Lenelotte v. Bothmer
Wilfried Frhr. v. Bredow
Wilhelm M. Breuer
Fenner Brockway
Zbigniew Brzezinski
Vittorio de Caprariis
Eberhard Czichon
Wolfgang Däubler
Frank Deppe
Hans Ulrich Deppe
Karlheinz Deschner
Roshan Dhunjibhoy
Ingeborg Drewitz
Klaus Ehrler
Bernt Engelmann
Hans Magnus Enzensberger
Walter Fabian
Ossip K. Flechtheim
Friedrich Wilhelm Foerster
Gertrud v. le Fort
Erich Fried
Erich Frister
Klaus Fritzsche
Georg Fülberth
John Kenneth Galbraith
Hans-Jochen Gamm
Albrecht Goes
Werner Goldschmidt
Helmut Gollwitzer
Wilfried Gottschalch
Walter Grab
Heinrich Grüber
Max von der Grün
Dshermen Gwischiani
Wilmont Haacke
Sebastian Haffner
George W. F. Hallgarten
Hildegard Hamm-Brücher
Heinrich Hannover
Frigga Haug
Friedrich Heer
Ernst Henry
Werner Otto v. Hentig
Sebastian Herkommer
Joachim Hirsch
Werner Hofmann
Hans Heinz Holz
Alfred Horné
J. L. Hromadka
Jörg Huffschmid
Nikolai Inosemzew
Hans Joachim Iwand
Hans Henny Jahnn
Walter Jens
Wsewolod Jeschow
Gerhard Kade
William K. Kapp
Matti Kekkonen
Robert M. W. Kempner
Klemens Keplicz
Hans Hellmuth Kirst
Arno Klönne
Heinz Kloppenburg
Oswald A. Kohut
Walter Kreck
Erich Küchenhoff
Reinhard Kühnl
Helmut R. Külz
Manfred Lachs
Bernard Lavergne
Sidney Lens
Carlo Levi
Albert J. Luthuli
Gérard Lyon-Caen
Werner Maihofer
Iwan Maiski
L. L. Matthias
Gunnar Matthiessen
Ernst May
Seymour Muelman
Daniil Melnikow
Jutta Menschik
Eberhard Menzel
Thomas Metscher
Jules Moch
Wayne Morse
Friedrich Müller
Wolf-Dieter Narr
Oswald v. Nell-Breuning
Gustav Obermair
László Márton Pákozdy
Linus Pauling
Helveg Petersen
Wolfgang Pfaffenberger
Claudia Pinl
Ulf Preuss-Lausitz
Ulrich K. Preuß
Karin Priester
Helge Pross
Adam Rapacki
Harold Rasch
Albert J. Rasker
Hermann Rauschning
Marcel Reding
Michael Regus
Gerhard Reintanz
Rolf Rendtorff
Helmut Ridder
Renate Riemeck
Rainer Rilling
Henry Rolin
Peter Römer
Roman Rudenko
Wolfgang Ruge
Hans Karl Rupp
Bertrand Russell
Theo Schiller
Josef Schleifstein
Richard Schmid
Robert Scholl
Helga Schuchardt
Seiei Shinohara
William L. Shirer
Ulrich Sonnemann
Dorothee Sölle
Ilse Staff
A. S. Graf v. Stauffenberg
May Steenbeck
Gerhard Stuby
Horst Symanowski
Jerzy Sztucki
Bassam Tibi
Thomas Torsvig
Dragoljub Trailović
Dimitris Th. Tsatsos
Grigori Tunkin
Imre Vajda
Fritz Vilmar
Heinrich Vogel
Karsten D. Voigt
Roderich Wahsner
H. Günter Wallraff
James P. Warburg
Günther Weisenborn
Ryszard Wojna
Michail Woslenski
Hans-Helmuth Wüstenhagen
Erich Wulff
Konni Zilliacus
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

Rgl

Autoren dieses Heftes

KNORR, Lorenz, geb. 1921 in Eger/CSR, ehemals Bundesvorsitzender der Sozialistischen Jugend Deutschlands „Die Falken", heute Mitglied des Direktoriums der Deutschen Friedens-Union, lebt als Publizist in Frankfurt/M. *** *GÄRTNER, Edgar Ludwig,* geb. 1949 in Magdlos, Krs. Fulda, Studium der Biologie und der Gesellschaftswissenschaften an der Universität Frankfurt/M.; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *WIENER, Norman R.,* geb. 1902 in Nürnberg, deutsch-amerikanischer Publizist, Mitarbeiter amerikanischer Rundfunkanstalten, lebt z. Z. in Stuttgart. *** *JENTZSCH, Barbara,* geb. 1942 in Kiel, seit 1974 freie Journalistin, vorher u. a. Tagesschau-Redakteurin. *** *LOCK, Peter,* geb. 1941, Diplom-Soziologe, wissenschaftlicher Angestellter; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen zu Fragen der Unterentwicklung und Rüstung. *** *WULF, Herbert,* geb. 1939, Diplom-Soziologe, wissenschaftlicher Angestellter; Zeitschriftenveröffentlichungen u. a. zu Rüstungsfragen. *** *KAISER, Dr. Peter M.,* geb. 1944 in Dresden, Wissenschaftlicher Assistent am Fachbereich Chemie der Universität Münster; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *KEINER, Dieter,* geb. 1940, Akademischer Oberrat am Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Münster; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *KRYSMANSKI, Dr. H. J.,* geb. 1935, Professor für Soziologie an der Universität Münster. Zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *AXT, Heinz-Jürgen,* geb. 1946 in Dillenburg, Studium der Sozialwissenschaften, Promotion mit einer Arbeit über die politische Integration der EG; Veröffentlichungen zu Problemen der westeuropäischen Integration und der internationalen Kapitalbewegung. *** *BRAUN, Karl-Heinz,* geb. 1948 in Düsseldorf, Studium der Gesellschafts- und Erziehungswissenschaft an der Universität Marburg; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *RADKAU, Dr. Joachim,* geb. 1943 in Oberlübbe/Krs. Minden, Dozent für Geschichte an der Pädagogischen Hochschule Westfalen-Lippe; Buchveröffentlichungen u. a.: Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute (zusammen mit George W. F. Hallgarten), Köln/Frankfurt/M. 1974.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Helga Deppe-Wolfinger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Kurt Bayertz, Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 364051.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,80 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,30), zuzüglich DM 0,40 Porto. Das Einzelheft kostet DM 5,30. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 56,–; öS 375,–; hfl 54,–; bfrs 792,–; FF 108,–; £ 13,20; Lit 19 500,–; dkr 127,50; nkr 127,50; skr 92,–; Yen 6600; $ 22,40. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Vorgebirgstraße 115, 5000 Köln 51, Telefon 362501. Konten: Postscheckamt Köln 6514-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Zentralsatz Dieter Noe, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuß. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.